

Steffen Schoon / Nikolaus Werz (Hrsg.)

**Die Landtagswahl in Mecklenburg-
Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf
und ihre Wähler**

Universität Rostock
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
2006

HERAUSGEBER:

Universität Rostock,
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

REDAKTION:

Prof. Dr. Yves Bizeul
Prof. Dr. Jakob Rösel
Prof. Dr. Nikolaus Werz

LEKTORAT UND
DRUCKVORLAGE:

Steffen Schoon
Frithjof Reimers
Nico Jessen
Matthias Wyssuwa

CIP-KURZTITELAUFNahme:

Inhaltsverzeichnis

Steffen Schoon/Nikolaus Werz

Vorwort5

Nikolaus Werz

Die Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern6

Steffen Schoon

**Wählerverhalten und Strukturmuster des Parteienwettbewerbs in
Mecklenburg-Vorpommern nach der Landtagswahl 2006**9

Andreas Timm

Auf den Ministerpräsidenten kam es an – Die SPD21

Christian Schwießelmann

Wahlkampf mit Weichspüler? – Die CDU30

Frithjof Reimers/Christopher Scheele

Aus der Regierung zurück in die Opposition – Die Linkspartei.PDS43

Nico Jessen

Zurück im Schweriner Schloss – Die FDP54

Johannes Saalfeld/Carsten Socke

Landespolitisches Déjà-vu – Bündnis 90/Die Grünen60

Gudrun Heinrich/Arne Lehmann

Zwischen Provokation und Systemfeindschaft – Die NPD67

Sven Klüsener

Die Kleinstparteien und Einzelbewerber78

Matthias Wjssma

Landtagswahlen – Entscheidungen im bundespolitischen Schlaglicht82

Kartenanhang95

Abkürzungsverzeichnis97

Die Autoren98

**Ausgewählte Publikationen der Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in
Mecklenburg-Vorpommern“99**

Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“100

Vorwort

Steffen Schoon/Nikolaus Werz

Die Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern“, die aus aktuellen und ehemaligen Mitarbeitern sowie Absolventen und Studenten des Lehrstuhls für Vergleichende Regierungslehre am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock besteht, legt seit Jahren in regelmäßigen Abständen Analysen zu den Wahlen im nordöstlichen Bundesland vor.¹ Der nachfolgende Band analysiert den Ausgang der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern vom 17. September 2006 sowie die Wahlkampfführung der Parteien.

Nikolaus Werz nimmt in seinem Beitrag eine kurze Gesamtschätzung der Landtagswahl vor. Steffen Schoon analysiert die Wahl im Hinblick auf das Wählerverhalten und die Strukturmuster des Parteienwettbewerbs. Nach diesen Gesamtbetrachtungen folgen in den Beiträgen von Andreas Timm (SPD), Christian Schwießelmann (CDU), Frithjof Reimers und Christopher Scheele (Linkspartei.PDS), Nico Jessen (FDP), Johannes Saalfeld und Carsten Socke (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Gudrun Heinrich und Arne Lehmann (NPD) Analysen zu den einzelnen Parteien. Hierbei zeigt sich eine im Wesentlichen vergleichbare Vorgehensweise: Alle Beiträge nehmen Bezug auf die Ausgangslage der Partei vor der Wahl, zeichnen die strategischen Entscheidungen für den Wahlkampf sowie dessen Umsetzung nach, und bewerten schließlich das Wahlergebnis und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die jeweilige Partei. Sven Klüsener gibt danach einen kurzen Überblick über die Kleinstparteien und Einzelbewerber. Matthias Wyssuwa geht abschließend auf den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen ein und überprüft diese theoretischen Ergebnisse am Beispiel der Situation in Mecklenburg-Vorpommern. Alle Beiträge wurden auf mehreren Sitzungen der Arbeitsgruppe, an denen neben den Autoren auch Lars Bauer, Christoph Eisfeld, Kai Langer, Michael Maser und Robert Schulz teilnahmen, diskutiert.

Verschiedene Einrichtungen haben zu dieser Publikation beigetragen: Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Rostock hat auch für diese Veröffentlichung einen finanziellen Beitrag geleistet. Ein besonderer Dank geht auch an die Landeszentrale für politische Bildung in Schwerin für die finanzielle Unterstützung des Vorhabens. Den Mitgliedern der Arbeitsgruppe sei zudem nochmals für die engagierte Mitarbeit sowie Nico Jessen, Frithjof Reimers und Matthias Wyssuwa für die Hilfe bei der Erarbeitung der Druckvorlage und beim Lektorat gedankt.

Rostock, im Dezember 2006

¹ Siehe hierzu die Literaturliste am Ende des Bandes.

Die Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern

Nikolaus Werz

Auch wenn 16 Jahre und fünf Landtagswahlen nach 1990 die deutsche Vereinigung langsam selbst Geschichte wird, so prägen die Teilung und ihre Nachwirkungen nach wie vor das politische Geschehen. Mecklenburg-Vorpommern, das zu DDR-Zeiten zu einem maritimen Standort ausgebaut wurde, hatte im Zuge der Transformation hin zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen schwierige Zeiten zu durchlaufen.¹ Als Folge von De-Industrialisierung, Arbeitslosigkeit, Abwanderung und eines „Wende-Schocks“ im generativen Verhalten nahm die Bevölkerung gegenüber 1990 um fast 300.000 Menschen ab. In historischer Perspektive war es mit Blick auf die Bevölkerungsstruktur, wie sie vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestand, eine Normalisierung, für die meisten Bewohner des Landes indessen eine neue und keineswegs einfache Erfahrung. Zunehmend prägen die demografischen Veränderungen und Schrumpfungsprozesse die politische Debatte, denn sie erfordern unter anderem Anpassungen bei der Kreis- und Verwaltungsstruktur.² Sie dürften ein Grund für die Politikverdrossenheit sein, denn der anhaltende Transformationsprozess erfordert erhebliche persönliche Umstellungsleistungen. Der Verdruss an der Politik äußert sich auch in einem Protestwählerverhalten, das bei der jüngsten Landtagswahl einen Teil der Stimmen für die NPD ausgemacht haben dürfte. Gegenüber vorherigen Wahlen wies die Landtagswahl 2006 Besonderheiten auf.

Erstmals seit 1994 fand die Landtagswahl unabhängig von der Bundestagswahl statt

Ab 1994 erfolgten die Urnengänge im Land zeitgleich mit den Bundestagswahlen. Diese Koinzidenz hatte Auswirkungen auf die Wahlkämpfe und die Teilnahmebereitschaft.³ Während die erste Landtagswahl vom 14. Oktober 1990 noch die schwächste Beteiligung aller fünf neuen Länder zeigte, stieg sie danach zunächst an, weshalb die Gleichzeitigkeit der Wahltermine viele Befürworter hatte. Folgende Argumente für eine Zusammenlegung wurden angeführt:

1. Eine hohe Wahlbeteiligung: Bei der Landtagswahl 1998 erreichte die Wahlbeteiligung fast 80 Prozent und nahm damit gegenüber 1994 um 7,5 Prozentpunkte zu. Es handelte sich nicht nur um die höchste Wahlbeteiligung, die bei Landtagswahlen in einem der fünf neuen Bundesländer erreicht wurde, sondern auch – mit Ausnahme der Landtagswahl im Saarland 1994, die ebenfalls parallel mit der Bundestagswahl erfolgte – um die bis dahin höchste Wahlbeteiligung aller Bundesländer.
2. Die vereinfachte Suche nach den Wahlhelfern: Vor allem in den Städten des Flächenstaates traten Engpässe bei der Zusammenstellung der Wahlvorstände auf.
3. Zu viele Wahlen sind bei den Bürgern, folgt man den Umfragen und Teilen der veröffentlichten Meinung im Lande, unpopulär: Von den Befragten und in Pressebeiträgen wurde dabei das Kostenargument in den Vordergrund geschoben.

¹ Ein aktueller Überblick in: Politische Landeskunde Mecklenburg-Vorpommern, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Schwerin 2006. Zur ersten Phase der Transformation: Nikolaus Werz/Jochen Schmidt (Hrsg.): Mecklenburg-Vorpommern im Wandel. Bilanz und Ausblick, München 1998.

² Dazu: Nikolaus Werz/Reinhard Nuthmann (Hrsg.): Abwanderung und Migration in Mecklenburg und Vorpommern, Wiesbaden 2004.

³ Klaus von Beyme: Zusammenlegung von Wahlterminen: Entlastung der Wähler – Entlastung der Politiker? in: ZParl, Jg. 23 (1992), H. 2, S. 339-353.

Gegen eine Zusammenlegung von Wahlterminen sprechen folgende Argumente:

1. Die Abwertung der Landes- gegenüber der Bundesebene: Aus diesem Grunde ist die Gleichzeitigkeit von Bundes- und Landtagswahl in der Geschichte der Bundesrepublik außerordentlich selten, sie widerspricht obendrein dem Geist des Föderalismus. Einige Bundesländer lehnen eine Zusammenlegung strikt ab. Dies gilt etwa für Bayern, wo die Unabhängigkeit der Landtags- von den Bundestagswahlen als Möglichkeit gilt, um die Identifikation mit dem Freistaat zu bekunden. Mecklenburg-Vorpommern bildete in dieser Hinsicht zwischen 1994 und 2002 im Konzert des deutschen Föderalismus eine Ausnahme.
2. Die Überlagerung der Landesebene durch den Bundestrend, das heißt besonders durch den Kanzler- und Regierungsbonus: Es darf vermutet werden, dass die Landtagswahlen von 1998 und 2002 etwas anders ausgefallen wären, wenn sie nicht am gleichen Tag stattgefunden hätten wie die Bundestagswahlen. 1998 begünstigte die Abwahl von Kanzler Helmut Kohl nicht nur eine rot-grüne Regierung in Bonn/Berlin, sondern auch den Regierungswechsel in Schwerin. 2002 könnte sich das gute Wahlergebnis für Gerhard Schröder im Zeichen von Elbeflut und seiner Position gegen einen kriegerischen Einsatz im Irak zugunsten der Landes-SPD ausgewirkt haben.
3. Der Landtagswahlkampf und die Landtagswahlen werden zu Nebenwahlen: So zeigten die Umfrageergebnisse in den Jahren 2001/2002 sehr viel höhere Stimmungsbefunde für die oppositionelle CDU, als es der tatsächlichen Wahlabsicht der Bürger entsprach. Auch hier dürfte der Bundestrend und der Polarisierungseffekt zwischen den damaligen Kanzlerkandidaten Schröder und Stoiber die Landespolitik und die Bewertung der Leistungen der Landesregierung in den Hintergrund gedrängt haben.

Diese Einwände aus demokratiethoretischer Perspektive stehen auch nicht im Widerspruch dazu, dass die seit 1994 umgesetzte Regelung unter dem Gesichtspunkt der politischen Stabilität positive Effekte mit sich brachte. Sowohl für 1998 als auch 2002 kann darüber spekuliert werden, dass die Gleichzeitigkeit mit den Wahlen im Bund die Ergebnisse für rechtsradikale Parteien, die in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt in die Landtage einzogen, begrenzt hat. Dieser Polarisierungseffekt zugunsten der traditionellen Volksparteien CDU und SPD schmälerte allerdings auch die Möglichkeiten der anderen kleineren Parteien, das heißt der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen sowie 2002 auch der PDS. Die Darstellung unterschiedlicher Positionen der Parteien auf der Landesebene und die Profilierung der Politiker hätten aufgrund der Aufgabe der Gleichzeitigkeit beider Wahltermine also 2006 eine größere Bedeutung gewinnen können.

Vom Dreiparteien- zum Fünfparteiensystem

Dass sich die regionale Ebene zügig in den neuen Ländern konstituiert hat, zeigt auch die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Nach 1990 kam es zunächst mit einem hauchdünnen Vorsprung zu einer Koalition aus CDU und FDP, die bürgerbewegten Grünen scheiterten dagegen aufgrund ihrer Zersplitterung an der Fünf-Prozent-Hürde und konnten bislang überhaupt noch nicht in das Schweriner Schloss einziehen. Ab 1994 folgte eine große Koalition aus CDU und SPD, nach 1998 dann die erste rot-rote Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bei dem Übergang von der vormaligen Staats- zur Regierungspartei in einer parlamentarischen Demokratie hat die PDS weitgehend Realpolitik betrieben, auch wenn der so genannte zweite und dritte Arbeitsmarkt eine Spielwiese der Sozialisten blieb. In Mecklenburg-Vorpommern hat sie in stärkerer Weise als in Berlin die sozialistische Symbolik bemühen können. Wolfgang Methling, bis 2006 Umweltminister und stellvertretender Regierungschef, hat im Sommer 2006 gegen den Bush-Besuch in Stralsund demonstriert und frühzeitig Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 angekündigt. Trotz dieser Symbolpolitik hat die PDS im Zuge der von der SPD betriebenen Entzauberungsstrategie Federn gelassen und besonders bei den Wahlen 2002 deutlich Stimmen verloren.

Von 1994 bis 2006 bestand ein Dreiparteiensystem, die drei Großparteien lagen 1994 und 1998 zwischen 20 und 40 Prozent. Erst mit der Trennung der Wahltermine stiegen die Chancen der kleineren Parteien. 2006 zog mit der FDP die Partei ein, die im Wahlkampf am sichtbarsten demokratische Opposition betrieben hatte und mit der NPD eine Organisation, die in Opposition zum demokratischen System steht. Im Unterschied zu anderen großen Koalitionen in den neuen Ländern sind mit der SPD (30,2 Prozent) und der CDU (28,8 Prozent) die beiden Parteien mit den meisten Stimmen eine Koalition eingegangen. Dagegen erreichte die SPD bei den Landtagswahlen 2004 in ihrem Stammland Sachsen gerade mal 9,8 Prozent. Dort und in Sachsen-Anhalt ist sie als drittstärkste Partei in einer großen Koalition. Wie auf der Bundesebene besteht nun im Nordosten ein Fünfparteiensystem. Der Unterschied liegt darin, dass – wie in Sachsen – mit der NDP eine rechts-extreme und demokratiefeindliche Partei ins Parlament eingezogen ist.

Halber Regierungswechsel

Die SPD, die gerade noch fünf von 16 Regierungschefs in den Ländern stellt, kann mit Harald Ringstorff weiter das Amt des Ministerpräsidenten besetzen. Obwohl die Sozialdemokraten deutlich Stimmen verloren haben, ist die Position des Regierungschefs relativ stark. Er besitzt eine vergleichsweise lange Erfahrung beim Regieren, darüber hinaus wurden die Ministerien so verteilt, dass schwierige Aufgaben nicht zuletzt beim Koalitionspartner CDU gelandet sind. So darf der CDU-Innenminister nun die Verwaltungs- und Kreisreform umsetzen, gegen die die Partei im Wahlkampf noch eine Klage angestrebt hat. Darüber hinaus kann er sich mit der Durchführung des von der Vorgängerregierung beschlossenen G8-Gipfels in Heiligendamm beschäftigen, der bei der Bevölkerung im Lande wenig populär ist und aufgrund der Reduktion auf die finanziellen Kosten ein unergiebiges Dauerthema in der Regionalpresse darstellt.

Eine große Koalition war bereits 2002 in wirtschaftsnahen Kreisen gefordert worden und ist von Teilen der Bevölkerung erwünscht gewesen. Letztlich dürften der knappe Erfolg der SPD und der Einzug der NPD zur großen Koalition geführt haben. Ob unter ihrer Amtszeit der sich abzeichnende leichte Aufschwung anhält oder der Politikverdrossenheit noch weiter zunimmt, ist offen: Zum einen bleibt Mecklenburg-Vorpommern als maritimer Standort und Tourismusland weitgehend von der allgemeinen (Wirtschafts-) Konjunktur im In- und Ausland abhängig, zum anderen steht die im Land vorhandene Neigung zu einem großen Konsens in einem Spannungsverhältnis zu der ebenfalls in der Bevölkerung erkennbaren Dispositionen zu klarer Führung.

Die NPD im Landtag

Bereits 1998 war der Einzug einer rechtsradikalen Partei ins Parlament befürchtet worden.⁴ Die ländliche bzw. kleinstädtische Struktur, die hohe Arbeitslosigkeit und die gerade bei den bildungsfernen Schichten vorhandenen Vorbehalte gegenüber der parlamentarischen Demokratie waren ein geeigneter Humus für die NPD. Sie hat einerseits eine gezielte Ansiedlungsstrategie von NDP-Kadern aus dem Westen in einigen Regionen betrieben, andererseits eine Allianz mit den neonazistischen Kameradschaften gesucht und gefunden. Bis auf drei städtische Wahlkreise hat die NPD überall mehr als fünf Prozent der Stimmen erzielt.⁵ Es wird nun von den Parteien und der im Lande schwachen Bürgergesellschaft abhängen, ob es gelingt, die NPD einzugrenzen. Hierzu sind unter anderem programmatische Debatten und kontinuierliche Maßnahmen zur politischen Bildung notwendig.

⁴ Nikolaus Werz: Nach den Wahlen. Das Problem des Rechtsextremismus ist nur aufgeschoben, in: Gegenwartskunde, Jg. 47 (1998), H. 4, S. 419-424.

⁵ Vgl. die Beiträge von Steffen Schoon und Gudrun Heinrich/Arne Lehmann in diesem Band.

Wählerverhalten und Strukturmuster des Parteienwettbewerbs in Mecklenburg-Vorpommern nach der Landtagswahl 2006

Steffen Schoon

1. Einleitung

Seit 1994 prägte das Dreiparteiensystem aus CDU, SPD und Linkspartei.PDS den politischen Wettbewerb in Mecklenburg-Vorpommern. FDP, Bündnis 90/Die Grünen sowie die rechten Parteien spielten so gut wie keine Rolle in den politischen Auseinandersetzungen. Diese Beständigkeit des Parteienwettbewerbs zeigte sich auch im Wahlverhalten der Bürger, das sich im Kontrast zu den anderen neuen Bundesländern als ausgesprochen stabil darstellte.¹ Allerdings lag es nahe, diese Berechenbarkeit mit der seit 1994 bestehenden Gleichzeitigkeit von Landtags- und Bundestagswahl zu erklären. Die erstmals seit 1990 allein abgehaltene Landtagswahl am 17. September 2006 sollte insofern auch Aufschluss über die tatsächlichen Strukturen des Parteienwettbewerbs und des Wählerverhaltens in Mecklenburg-Vorpommern geben. Vor diesem Hintergrund gilt es, folgenden Fragen nachzugehen: Welche Faktoren sind für das Wahlergebnis ursächlich? Wie stellt sich die regionale Verteilungsstruktur der Wahlergebnisse dar und wie stabil ist sie? Auf welche Bevölkerungsgruppen stützten sich die Parteien und wo zeigten sich größere Veränderungen? Welche Konsequenzen hat der Ausgang der Landtagswahl für den Parteienwettbewerb im Land?

2. Wahlergebnis

Aufgrund der Entkopplung der Landtagswahl von der Bundestagswahl gingen alle Beobachter davon aus, dass die Wahlbeteiligung diesmal niedriger als bei früheren Wahlen ausfallen würde. Allerdings entwickelte sich im Vorfeld der Landtagswahl eine nahezu hysterische Stimmung in den Medien, die ihrerseits die niedrigste Wahlbeteiligung aller Zeiten in Deutschland erwarteten.² Zu keinem Zeitpunkt waren solche Prognosen aber gerechtfertigt.³ Der Wahlabend brachte insofern eine gewisse „Enttäuschung“ mit sich, da immerhin 59,1 Prozent der ca. 1,4 Millionen Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. Damit bewegt sich Mecklenburg-Vorpommern keineswegs am unteren Rand. In Sachsen-Anhalt gingen beispielsweise im März 2006 nur 44,4 Prozent der Bürger zur Wahl. Ebenso wie in Brandenburg (2004: 56,4 Prozent) und Thüringen (2004: 53,8 Prozent) fiel auch in den westdeutschen Ländern Baden-Württemberg (2006: 53,3 Prozent), Rheinland-Pfalz (2006: 58,2 Prozent) und Saarland (2004: 55,5 Prozent) die Wahlbeteiligung bei den jeweils letzten Landtagswahlen niedriger als in Mecklenburg-Vorpommern aus. Zweifellos führte die Kampagne gegen den möglichen Landtagseinzug der NPD in den letzten Wochen vor der Wahl zu einer stärkeren Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler. Eine gemeinsame, bundesweit bisher einmalige Aktion zur Wählermobilisierung starteten vor diesem Hintergrund auch die drei Regionalzeitungen und die Rundfunksender des Landes.

¹ Vgl. Steffen Schoon: Wahlen, Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern. Eine politikwissenschaftlich-empirische Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee im Zeitraum von 1871 bis 2002, Diss., Rostock 2005.

² Vgl. Angst vor Minusrekord an der Ostsee, in: Spiegel Online, 31.08.2006.

³ Vgl. Politologe rechnet mit 50 Prozent Wahlbeteiligung, in: OZ, 24.08.2006.

Tab. 1: Landtagswahlergebnisse (Zweitstimmen in Prozent) und Mandatsverteilung in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990

	2006		2002		1998		1994		1990	
	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze
CDU	28,8	22	31,4	25	30,2	24	37,7	30	38,3	29
SPD	30,2	23	40,6	33	34,3	27	29,5	23	27,0	21
Linkspartei.PDS	16,8	13	16,4	13	24,4	20	22,7	18	15,7	12
FDP	9,6	7	4,7	-	1,6	-	3,8	-	5,5	4
Bündnis 90/Grüne	3,4	-	2,6	-	2,7	-	3,7	-	9,3 ¹	-
NPD/Rechte ²	7,3	6	1,1	-	4,5	-	1,1	-	1,1	-
Sonstige	3,9	-	3,2	-	2,3	-	1,5	-	3,1	-
Wahlbeteiligung	59,1		70,6		79,4		72,9		64,7	

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern.

¹ 1990 traten Bündnis 90, Die Grünen und Neues Forum getrennt zur Landtagswahl an. Alle drei scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde.

² 1990, 1994 und 2002 NPD und Republikaner, 1998 NPD, Republikaner und DVU, 2006 nur NPD.

Die SPD erleidet gegenüber 2002 mit 10,4 Prozentpunkten dramatische Stimmeneinbußen, bleibt aber dennoch mit 30,2 Prozent stärkste politische Kraft im Land. Damit kann Ministerpräsident Ringstorff weiterregieren. Die Stimmung bei den Sozialdemokraten am Wahlabend war auch deshalb vergleichsweise gelassen, da diese Verluste erwartet worden waren. Es war klar, dass die SPD das sehr hohe Ergebnis der 2002er Landtagswahl – bedingt durch die besonderen Rahmenbedingungen (Elbeflut, Irakkrieg) – nicht würde halten können. Im Vergleich zur vorgezogenen Bundestagswahl 2005 (31,7 Prozent) bleibt die SPD dagegen stabil. Für den Wahlerfolg der SPD war neben dem Amtsbonus des Ministerpräsidenten vor allem die späte Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft mit dem Thema NPD-Landtagseinzug verantwortlich. Die Sozialdemokraten können sich jedoch vor allem in struktureller Hinsicht als Gewinner der Wahl fühlen. Die mecklenburg-vorpommersche SPD kann zum wiederholten Mal als einziger ostdeutscher Landesverband die Linkspartei.PDS (16,8 Prozent) bei Landtagswahlen deutlich auf Abstand halten. Während die Sozialdemokraten in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt ihre angestammte Funktion im Parteiensystem als linke Volkspartei an die zum Teil klar stärkere Linkspartei.PDS abtreten mussten, nimmt die SPD an der Ostsee die Position der Mehrheitspartei im linken Wählerlager ein. Die frühe Einbindung der PDS in die Regierungsverantwortung durch Harald Ringstorff hat sich demnach für die Partei in strategischer Hinsicht ausgezahlt: Die SPD wird im Gegensatz zu anderen ostdeutschen Ländern als der natürliche Widerpart der CDU wahrgenommen, während die Linkspartei.PDS in der Rolle als Regierungspartei kein „Robin-Hood-Image“ mehr aufrechterhalten kann. Diese Wirkung zeigte sich im Übrigen auch bei der gleichzeitigen Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus. Offenbar trägt die viel beschriebene „Entzauberungsstrategie“ der SPD Früchte. Es gelingt ihr anscheinend, die frühere fragile Zwischenstellung im Parteienwettbewerb zu verlassen.⁴

Die Linkspartei.PDS kann in der Tat als struktureller Verlierer der Wahl angesehen werden. Sie erzielt nur eine minimale Verbesserung ihres ohnehin schlechten Wahlergebnisses von 2002 (+0,4 Prozentpunkte), wodurch das scheinbar leicht erreichbare Wahlziel von „20 Prozent plus x“ deutlich verfehlt wurde. Die Zugewinne der Bundestagswahl 2005, bei der die Partei im Zuge der angekündigten Fusion mit der WASG 23,7 Prozent errang, sind damit vollständig weggebrochen. Erstmals in Ostdeutschland profitiert die Linkspartei.PDS auch nicht von der geringen Wahlbeteiligung. Obendrein brachte sich die Partei wegen ihrer ambivalenten Haltung zur Regierungsbeteiligung in der letzten Legislaturperiode und kurz nach der Wahl selbst um die Früchte ihrer Arbeit. Der Wunsch einiger Abgeordneter nach Erholung in der Opposition, der Ministerpräsident Ringstorff nicht unwesentlich zur Aufgabe des bisherigen Regierungsbündnisses veranlasste, könnte sich je-

⁴ Vgl. hierzu Nikolaus Werz/Jochen Schmidt: Fragile Mehrheit der Sozialdemokraten. Die Stabilisierung eines Dreiparteiensystems in Mecklenburg-Vorpommern, in: FAZ, 19.10.1998, S. 15.

doch als Fehlkalkulation erweisen. Ob die Partei wieder künftigen Protest aufsaugen kann, scheint alles andere als sicher.

Die CDU verfehlt trotz günstiger Rahmenbedingungen erneut den angestrebten Regierungswechsel. Mit einem Stimmenanteil von 28,8 Prozent fährt sie gar das schlechteste Ergebnis bei Bundes- oder Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern überhaupt ein. Seit Jahren „dümpeln“ die Christdemokraten nun um die 30-Prozent-Marke, scheinbar ohne Aussicht auf künftig höhere Ergebnisse. Obwohl die schwierigen ökonomischen Daten (Arbeitslosigkeit, Abwanderung) zu einem großen Vertrauensverlust der rot-roten Regierung in der Bevölkerung führten, gelang es der Union zu keinem Zeitpunkt eine Wechselstimmung im Land zu erzeugen. Ihr Kompetenzvorsprung in den wichtigen Themenfeldern Wirtschaft und Arbeit war nur gering. Zudem hatte Spitzenkandidat Jürgen Seidel in der Frage der Ministerpräsidenten-Präferenz gegenüber Harald Ringstorff deutlich das Nachsehen.⁵ Es ist zudem davon auszugehen, dass der „Kuschelwahlkampf“ der Christdemokraten und die hierdurch bedingte mangelnde Polarisierung zur SPD viele potentielle Unionsanhänger in die Arme der FDP trieb.

Die Liberalen sind die eigentlichen Sieger der Landtagswahl und erzielten mit 9,6 Prozent das beste Ergebnis bei Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern seit Wiedererrichtung des Landes 1990. Die FDP verstand es, die Unzufriedenheit im Land für sich nutzbar zu machen und war insofern die „demokratische Protestpartei“. Die Freien Demokraten setzen damit ihren stetigen Aufstieg in Mecklenburg-Vorpommern, beginnend mit der 2002er Bundes- und Landtagswahl, fort. Erstmals seit 1994 sind die Liberalen somit wieder im Landtag vertreten. Die Partei profitierte dabei zweifellos von der Rolle als stärkster Oppositionspartei im Bundestag und ihrem klaren Profil als „Steuersenkungspartei“. Somit erreichte sie vermutlich, wie schon bei der Bundestagswahl 2005, Anhänger der Christdemokraten in Größenordnungen für sich. Der FDP gelang es in den letzten Jahren, insgesamt ihre Position im Land auszubauen. 2004 zog sie in alle achtzehn Kreistage des Landes ein. Darüber hinaus konnte sie gerade unter jungen Leuten neue Parteimitglieder gewinnen. Die Liberalen haben erstaunlicherweise mehr Mitglieder unter 30 Jahre als die zahlenmäßig weitaus größere Linkspartei.PDS (Stand: Dezember 2004).⁶

Im Gegensatz zur FDP scheitern Bündnis 90/Die Grünen erneut an der Fünf-Prozent-Hürde (3,4 Prozent). Ihnen bleiben somit die Tore des Schweriner Schlosses wie eh und je versperrt. Zwar verbessern sie sich im Vergleich zur Landtagswahl 2002 ein wenig, allerdings fallen sie wieder hinter das hoffnungsvolle Ergebnis der Bundestagswahl 2005 (4,0 Prozent) zurück. Bündnis 90/Die Grünen finden in Mecklenburg-Vorpommern extrem schwierige Rahmenbedingungen vor, die an der grundsätzlichen Etablierung der Partei im Land zweifeln lassen. Der Landesverband zählt gerade einmal 290 Mitglieder (Stand: Dezember 2005) und ist dementsprechend nur ungenügend auf eine flächendeckende Wahlkampfführung vorbereitet. Die geringste Bevölkerungsdichte aller deutschen Länder (74 Einwohner pro km²), kaum städtische Ballungszentren, fehlendes Bildungsbürgertum und ein fehlendes alternatives Milieu schlagen negativ zu Buche.⁷ Darüber hinaus kann die Öko-Partei mit ihrem klassischen Thema Umwelt – obwohl ihr hier von der Bevölkerung eine außergewöhnlich hohe Kompetenz zugeschrieben wird (46 Prozent)⁸ – angesichts der großen Probleme auf dem Arbeitsmarkt und der sowieso in weiten Teilen unberührten Natur des Landes nicht reüssieren. Erschwerend kommt hinzu, dass ein Teil der Grünen-Anhänger aus taktischen Gründen stets zur Wahl der SPD neigt, da der Einzug ihrer eigentlich favorisierten Partei in den Landtag schon im Vorfeld der Wahlen als sehr ungewiss erscheint.

⁵ 55 Prozent der Wahlberechtigten wollten für Ringstorff und 33 Prozent für Seidel votieren, vgl. Infratest dimap: Wahlreport Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 17. September 2006, Berlin 2006, S. 81.

⁶ Vgl. Steffen Schoon: Wahlen, Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern, S. 162.

⁷ Vgl. Steffen Schoon/Britta Saß/Johannes Saalfeld: Kein Land(tag) in Sicht? – Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, München 2006.

⁸ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport, S. 76.

Nach der Bundestagswahl 2005, bei der die rechtsextremistische NPD immerhin 3,5 Prozent erhalten hatte, war von aufmerksamen Beobachtern schon frühzeitig der erstmalige Einzug der antidemokratischen Partei in den Schweriner Landtag befürchtet worden. Vor allem die absehbare niedrige Wahlbeteiligung nährte diese Einschätzung. Mit 7,3 Prozent schneidet die NPD jedoch noch deutlich besser als vermutet ab. Offenbar erreicht sie nicht nur das vorhandene rechtsextremistische Wählerpotential, sondern absorbiert auch einen großen Teil der Protestwähler. Es kann vermutet werden, dass die starke Fokussierung auf die NPD in den letzten Wochen des Wahlkampfes ihr in diesem Punkt geholfen hat. Nach Brandenburg (DVU) und Sachsen (NPD) ist Mecklenburg-Vorpommern nunmehr das dritte ostdeutsche Land mit einer rechtsextremistischen Partei im Landtag.

3. Regionale Strukturen der Stimmabgabe

Mecklenburg-Vorpommern weist bezüglich der regionalen Stimmverteilung seit 1990 eine relativ große Stabilität auf.⁹ Am augenscheinlichsten stellt sich dies im Wahlverhalten der beiden Landesteile dar (Tabelle 2). Die SPD ist auch bei dieser Wahl in Mecklenburg (32,5 Prozent) deutlich stärker als in Vorpommern (25,2 Prozent), während die CDU gerade im Osten des Landes ihren Schwerpunkt besitzt (32,1 gegenüber 27,1 Prozent). Für dieses strukturelle Merkmal des Wählerverhaltens im Land könnten drei Aspekte ursächlich sein: Vorpommern ist wirtschaftlich und kulturell noch ländlicher geprägt als Mecklenburg, was der Union sicher zugute kommt. Zudem weist die CDU in Vorpommern relativ viele Mitglieder auf und ist insofern vor Ort stark verankert. Dagegen sind hier die Strukturen der Sozialdemokraten ganz schwach ausgeprägt, was sich auch und gerade bei den Kommunalwahlen negativ auswirkt.¹⁰ Schließlich werden im Wählerverhalten auch einige historische Kontinuitäten zur Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik sichtbar.

Es verwundert insofern nicht wirklich, dass die Christdemokraten in Vorpommern sämtliche Direktwahlkreise gewinnen können. Darüber hinaus nehmen sie der SPD einige ost-mecklenburgische Wahlkreise ab. Interessanterweise liegt die CDU bei den Erststimmen im Gegensatz zu den Zweitstimmen landesweit vor den Sozialdemokraten. Insgesamt erobert die Union 20 der 36 Wahlkreise, wodurch gerade einmal zwei Kandidaten über die Landesliste – der Spitzenkandidat und Landeschef Jürgen Seidel sowie Fraktionschef Armin Jäger – ins Parlament einziehen. Da in einigen Wahlkreisen die CDU-Kandidaten zudem nur äußerst knapp unterlagen, ist die CDU nur haarscharf einem pikanten (Personal-) Problem entgangen. Selbst Überhang- und Ausgleichsmandate, und damit eine personelle Aufblähung des Landtages, waren am Wahlabend kurzzeitig im Bereich des Möglichen. Die Ursache hierfür liegt in der Schwäche der beiden Großparteien und dem Stimmenzuwachs der kleinen Parteien. Die SPD kann nur 15 ihrer vormals 24 Wahlkreise verteidigen. In Rostock gibt sie sogar in einem eigentlich sicheren sozialdemokratischen Wahlkreis das Mandat an den Spitzenkandidaten der Linkspartei.PDS, Umweltminister Wolfgang Methling, ab.

⁹ Vgl. Steffen Schoon: Wahlen, Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern.

¹⁰ Vgl. Steffen Schoon u.a.: Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2004 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 24).

Tab. 2: Landtagswahlergebnisse 2006 in Mecklenburg-Vorpommern in regionalen Kontexten

	WBT	CDU	SPD	Linke.PDS	FDP	B90/Grüne	NPD
MV gesamt	59,1	28,8	30,2	16,8	9,6	3,4	7,3
Mecklenburg	57,7	27,1	32,5	16,6	9,6	3,5	6,8
Vorpommern	53,4	32,1	25,2	17,0	9,7	2,8	9,4
bis 2.000 Einwohner	56,0	31,9	28,3	14,5	10,0	2,8	8,9
bis 8.000 Einwohner	54,2	30,0	30,9	15,2	10,0	2,5	7,9
bis 25.000 Einwohner	55,1	28,8	29,9	17,7	8,6	2,3	8,8
> 25.000 Einwohner	58,9	24,8	31,6	19,1	9,6	4,8	5,6

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der amtlichen Ergebnisse. Mittelwerte der Stimmenanteile in Prozent. Gemeindeebene (N=845), gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten. Ohne Briefwähler.

Unabhängig von der Stärke der CDU in Vorpommern verliert die Union vor allem in den östlichen Hochburgen von 2002 an Unterstützung (Tabelle 3). Hiervon profitiert insbesondere die NPD, die in diesen Gebieten überdurchschnittliche Stimmenzuwächse verzeichnet. Bester christdemokratischer Wahlkreis ist trotz größerer Verluste fast schon traditionell Demmin I.¹¹ Die Union weist erneut ein deutliches Land-Stadt-Gefälle auf. Während sie in den Gemeinden unter 2.000 Einwohnern im Mittel 32 Prozent erreicht, sind dies in den Städten über 25.000 Einwohner keine 25 Prozent (Tabelle 2). Die SPD büßt ebenfalls in ihren Hochburgen überproportional ein, insbesondere in Rostock verlieren die Sozialdemokraten – obwohl hier noch immer unangefochten stärkste Partei – deutlich an Zustimmung. Eine mögliche Ursache für diesen Rückgang in der Hansestadt könnten die Querelen zwischen Universität und dem Bildungsministerium um die geplanten Umstrukturierungen der fast 600-jährigen Alma Mater gewesen sein. Die größten Verluste – zugunsten der Union – müssen die Sozialdemokraten jedoch im Heimatwahlkreis von Jürgen Seidel (Müritz I) hinnehmen. Sichere SPD-Bastionen bleiben dagegen die Kreise Wismar, Ludwigslust und Nordwestmecklenburg.

Die Linkspartei.PDS besitzt ihre Hochburgen nach wie vor in den ehemaligen Bezirksstädten Rostock, Neubrandenburg und Schwerin – darin besonders die Plattenbaugebiete – sowie an der Ostküste Rügens. Hier besteht eine Konzentration der Kernwählerschaft der SED-Nachfolgepartei, zu der vor allem die Mitglieder der ehemaligen „Dienstklasse“¹² der DDR zählen. Die Partei weist in Umkehrung zur CDU ein leichtes Stadt-Land-Gefälle auf. Bei der FDP sind, wie schon in den vorherigen Wahlen ersichtlich, kaum regionale Besonderheiten erkennbar. Die Liberalen schneiden in beiden Landesteilen sowie in den verschiedenen Gemeindegrößenklassen in etwa gleich ab. Bündnis 90/Die Grünen können nur auf ihre städtischen Hochburgen Rostock, Schwerin, Greifswald und Stralsund bauen. In den Städten über 25.000 Einwohner, von denen es ohnehin nur sieben im Land gibt, erreichen sie immerhin 4,8 Prozent im statistischen Mittel. Dagegen kommen die Grünen vor allem in den vorpommerschen ländlichen Wahlkreisen kaum über den Status einer Splitterpartei hinaus.

Die NPD ist insbesondere in den östlichsten Landesteilen stark. Im Wahlkreis Uecker-Randow I erzielt sie 15 Prozent der Zweitstimmen. Auch in den Nachbarwahlkreisen Uecker-Randow II (13,1 Prozent) und Ostvorpommern I (12,2 Prozent) und II (11,5 Prozent) kommt sie deutlich über die Zehn-Prozent-Marke. In ganz Vorpommern schneiden die Rechtsextremen um ca. drei Prozentpunkte besser als in Mecklenburg ab. Die detaillierte regionale Stimmenverteilung zeigt, dass die Partei dabei auf die Hochburgen der Landtagswahl von 2002 und der Bundestagswahl von 2005

¹¹ Es muss dabei angefügt werden, dass sich der Zuschnitt des Wahlkreises bei dieser Wahl zuungunsten der CDU verändert hat.

¹² Michael Brie: Das politische Projekt PDS – eine unmögliche Möglichkeit. Die ambivalenten Früchte eines Erfolgs, in: Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch (Hrsg.): Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln 1995, S. 9–38, hier: S. 24.

aufbauen kann, denn in diesen legt sie spürbar mehr zu als in den Diasporagebieten (2002: 10,0 gegenüber 5,4 Prozentpunkten; 2005: 6,1 gegenüber 3,7 Prozentpunkten). Dies lässt auf eine klare Schwerpunktbildung und regionale Verankerung der NPD schließen. Allerdings gelang es den Rechtsextremisten in 33 der 36 Wahlkreise und damit nahezu flächendeckend, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Nur in drei ohnehin linksalternativ, studentisch bzw. bürgerlich geprägten Wahlkreisen Rostocks und Schwerins scheitert die NPD an dieser imaginären Schwelle, und auch dies nur knapp. In vielen mittelgroßen Städten kommt sie auf über zehn Prozent Stimmenanteil, zum Beispiel in Ueckermünde (18,2 Prozent), Anklam (15,6 Prozent) und selbst in den durch den Tourismus boomenden Dreikaiserbädern Ahlbeck, Heringsdorf und Bansin auf der Insel Usedom (12,4 Prozent). Einige kleine Gemeinden in Vorpommern, vor allem im Umkreis der Stadt Anklam, standen nach der Wahl besonders im Fokus der medialen Berichterstattung, da die NPD hier mit über 30 Prozent stärkste Partei wurde.¹³ In Gemeinden mit geringer Wahlbeteiligung und CDU-Dominanz fiel das NPD-Ergebnis im Übrigen deutlich höher als in anderen Gebieten aus (Tabelle 4).

Insgesamt lässt sich für die Landtagswahl ein leichter Rückgang der regionalen Stabilität bei CDU und SPD (Regressionskoeffizient $R^2=0.80$ bzw. 0.71) ablesen, die jedoch weiterhin ein Merkmal des Wählerverhaltens, insbesondere bei den beiden großen Parteien, in Mecklenburg-Vorpommern ist.¹⁴ Lediglich für die FDP ist wie bisher bei jeder Wahl keine feste regionale Verankerung auf der Wählerbene erkennbar (Regressionskoeffizient $R^2=0.13$), was den Wahlerfolg der Freien Demokraten freilich umso bemerkenswerter macht und für die These von der „demokratischen Protestpartei“ spricht.

Tab. 3: Landtagswahlergebnisse 2006 in Mecklenburg-Vorpommern in politischen Kontexten¹

	WBT		CDU		SPD		Linke.PDS		FDP		B90/Grüne		NPD	
	%	Diff. ²	%	Diff. ²	%	Diff. ²								
MV gesamt	59,1	-11,5	28,8	-2,6	30,2	-10,4	16,8	+0,4	9,6	+4,9	3,4	+0,8	7,3	+6,5
WBT-hoch ³	64,2	-2,7	29,2	-2,3	31,3	-11,1	15,5	+0,8	9,7	+4,8	3,6	+1,1	6,8	+5,8
WBT-niedrig ³	48,1	-15,2	30,0	-4,4	29,2	-9,3	15,8	+0,4	9,6	+5,1	2,4	+0,4	9,5	+7,5
CDU-Hochburgen	56,7	-8,9	39,2	-7,0	24,0	-9,0	13,6	+0,5	9,9	+5,6	2,5	+0,6	7,5	+8,7
CDU-Diaspora	57,7	-4,8	23,6	-1,2	34,0	-11,4	18,2	+0,7	9,5	+4,8	3,9	+1,0	6,8	+5,4
SPD-Hochburgen	57,6	-6,0	25,3	-1,4	36,9	-12,0	15,3	+1,0	9,3	+5,1	3,1	+1,0	6,5	+5,5
SPD-Diaspora	54,1	-9,6	36,4	-6,9	20,6	-8,5	15,5	0,0	10,6	+5,4	2,3	+0,6	10,9	+9,0
PDS-Hochburgen	56,9	-4,4	26,7	-2,6	29,4	-11,0	19,5	+0,4	9,2	+4,8	3,9	+1,1	7,0	+6,1
PDS-Diaspora	57,0	-9,7	33,0	-4,5	31,1	-9,9	10,3	+1,1	10,2	+5,0	2,6	+0,5	9,1	+7,8
FDP-Hochburgen	56,7	-9,6	31,0	-2,0	27,2	-9,8	14,2	-0,2	13,5	+4,3	2,9	+0,5	7,5	+6,7
FDP-Diaspora	55,3	-8,2	30,6	-3,6	31,3	-10,9	16,0	+0,5	6,7	+5,8	2,6	+0,5	9,0	+7,5
Grüne-Hochburgen	58,9	-4,1	26,5	-1,7	30,9	-11,1	18,0	+0,6	9,6	+5,0	4,8	+1,3	6,0	+5,1
Grüne-Diaspora	54,2	-8,7	31,2	-5,8	28,0	-10,6	15,9	+0,3	9,3	+5,0	1,2	+0,8	10,7	+9,5
NPD-Hochburgen	53,6	-8,8	30,1	-5,8	25,2	-10,2	15,3	-0,1	9,2	+5,0	2,0	+0,5	14,6	+10,0
NPD-Diaspora	58,9	-4,6	27,2	-1,7	32,0	-9,7	17,2	-0,1	9,9	+5,1	4,5	+0,7	5,1	+5,4
Regression: R^2 ⁴	0.27		0.80		0.71		0.65		0.13		0.59		0.46	

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der amtlichen Ergebnisse. Mittelwerte in Prozent. Gemeindeebene (N=845), gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 2006. Ohne Briefwähler.

¹ Hochburgen und Diaspora: jeweils das Viertel der Gemeinden mit den höchsten bzw. niedrigsten Ergebnissen.

² Veränderungen gegenüber 2002 in Prozentpunkten in den politischen Kontexten von 2002 (Wahlergebnis).

³ Bei Diff. bildet die Veränderung der Wahlbeteiligung zwischen 2006 und 2002 den Kontext.

⁴ Regressionskoeffizient R^2 . Regression der jeweiligen Parteiergebnisse 2006 auf 2002.

¹³ Zum Beispiel in der Gemeinde Postlow mit 38,2 Prozent.

¹⁴ Der Koeffizient R^2 gibt die Güte der Regression an. Ein Wert von 1 bedeutet eine vollkommene „Erklärung“ (Varianzreduktion) der regionalen Strukturen 2006 durch die Verteilungsstruktur der Vorwahl.

Tab. 4: Korrelationen der Veränderungen des Stimmenanteils bei der Landtagswahl 2006 zu 2002 in Mecklenburg-Vorpommern (Pearson's r)

	Δ WBT	Δ CDU	Δ SPD	Δ Linke.PDS	Δ FDP	Δ B90/ Grüne	Δ NPD
Δ WBT	1.00	0.20	-0.19	0.06	-0.10	0.28	-0.22
Δ CDU	-	1.00	-0.45	-0.21	-0.24	-0.05	-0.50
Δ SPD	-	-	1.00	-0.26	-0.21	-0.26	0.01
Δ Linke.PDS	-	-	-	1.00	-0.01	0.15	-0.18
Δ FDP	-	-	-	-	1.00	0.09	-0.10
Δ B90/Grüne	-	-	-	-	-	1.00	-0.25
Δ NPD	-	-	-	-	-	-	1.00

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der amtlichen Ergebnisse. Gemeindeebene (N=845), gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 2006. Ohne Briefwähler.

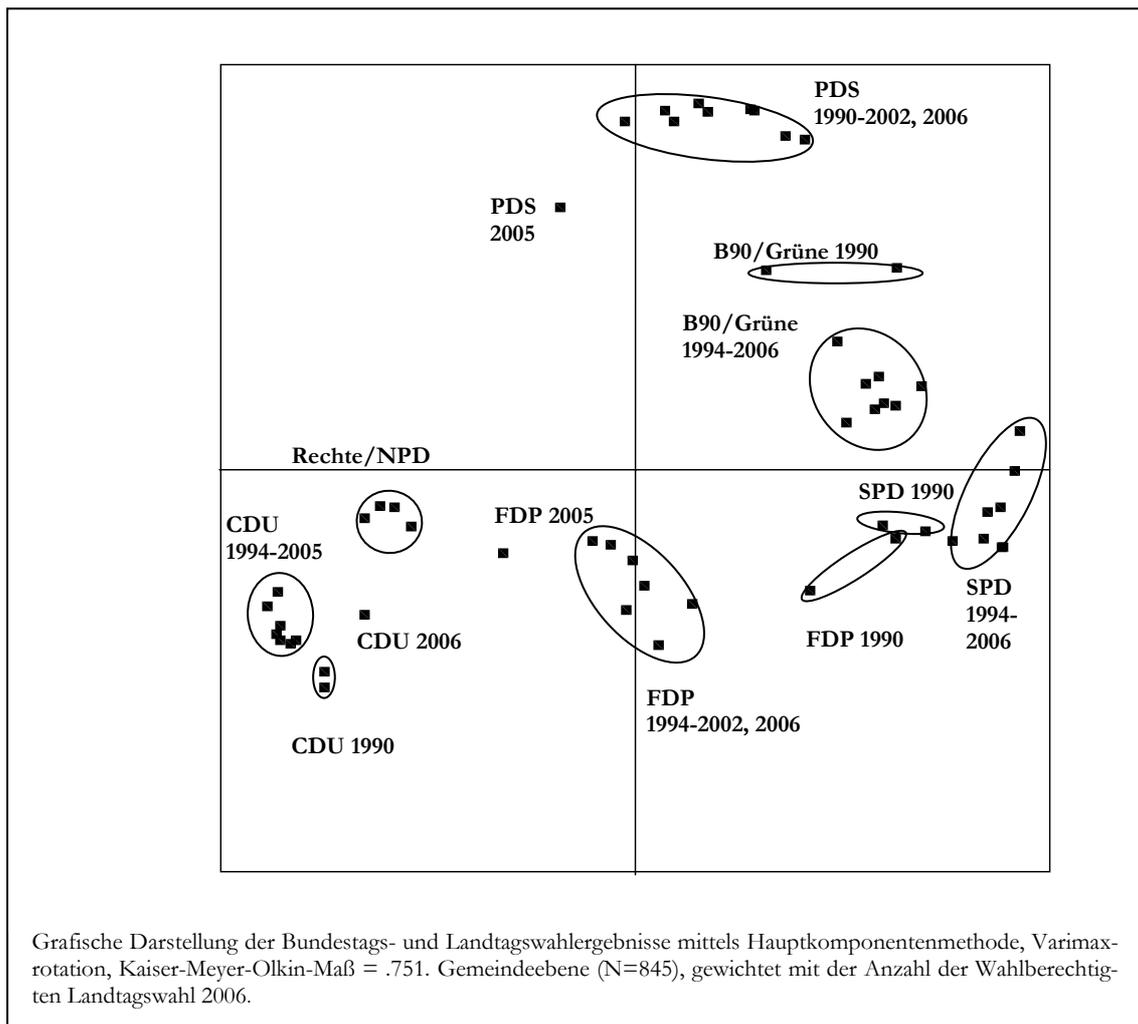
Die Strukturen des Parteienwettbewerbs in Mecklenburg-Vorpommern können mit Hilfe einer so genannten Faktorenanalyse auch grafisch dargestellt werden. Basis hierfür sind die Wahlergebnisse in den Gemeinden des Landes.¹⁵ Zwei Aspekte sind aus Abbildung 1 ablesbar: Zum einen gibt sie über die Stabilität der regionalen Stimmenverteilung einer jeden Partei Auskunft. Je stärker sich die einzelnen Wahlergebnisse einer Partei „zusammenklumpen“, desto fester und stabiler ist deren regionale Verankerung in der Wählerschaft. Die These, nach der die regionale Verteilungsstruktur für die Bundes- und Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern eine gewisse Stabilität aufweist, findet auch nach der Landtagswahl 2006 grundsätzlich Bestätigung, auch wenn diesmal kein weiterer Stabilisierungsschub zu erkennen ist. Vielmehr sind neuere Bewegungen nicht zu übersehen. So fügt sich beispielsweise das 2006er Ergebnis der CDU nicht mehr so nahtlos in die Wahlergebnisse der Vorjahre ein. Sehr wahrscheinlich liegt das an den überproportionalen Verlusten der Partei in ihren Hochburgen und dort, wo die NPD stark zulegen konnte. Bei der Linkspartei.PDS wird erkennbar, dass die Bundestagswahl 2005 offensichtlich eine Ausnahmewahl für die Partei war. Damals konnten die Sozialisten Wählerschichten erreichen, die sonst nicht zum Potential der Linkspartei gehören. Insofern stellt die Landtagswahl 2006 für die Linkspartei.PDS eine Normalisierung dar. Die Ergebnisse der rechten Parteien bzw. der NPD ordnen sich ebenfalls nahe beieinander ein, womit nochmals deren regionale Schwerpunktbildung deutlich wird.

Ein anderer Aspekt, der aus der Grafik zu entnehmen ist, sind die Konfliktstrukturen des Parteiensystems. Die horizontale Achse stellt dabei die Konkurrenz zwischen der SPD und der CDU und somit die wichtigste Konfliktlinie des Parteiensystems dar. Die vertikale Achse steht für die zweite Konfliktachse, die vor allem Linkspartei.PDS und CDU trennt. Die Anfang und Mitte der 1990er Jahre für Ostdeutschland konstatierte „Frontstellung“ zwischen den Christdemokraten und der SED-Nachfolgepartei ist in Mecklenburg-Vorpommern seit längerem nicht mehr zu beobachten.¹⁶ Die Ursache für diese Entwicklung liegt in der relativen Stärke der SPD gegenüber der Linkspartei.PDS in Mecklenburg-Vorpommern. Trotz der Verluste für die beiden Großparteien bei der Landtagswahl 2006 hat sich an dieser Konstellation nichts geändert.

¹⁵ Hierbei handelt es sich um ein Verfahren, bei dem die einzelnen Wahlergebnisse der Gemeinden miteinander korreliert und zu so genannten Hauptkomponenten zusammengefasst werden. Dies ermöglicht eine Komplexitätsreduzierung der Daten. In der Abbildung werden die jeweiligen Korrelationswerte mit den zwei wichtigsten Hauptkomponenten grafisch dargestellt. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Abbildung nicht einen inhaltlich-programmatischen Orientierungsrahmen darstellt, sondern einen rein geografischen.

¹⁶ Vgl. Steffen Schoon: Wahlen, Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern, S. 192.

Abb. 1: Der politisch-geografische Raum in Mecklenburg-Vorpommern 1990 bis 2006



4. Wer wählte wen? – Stimmabgabe in sozialen Gruppen

Wie schon 2002 sind auch 2006 zum Teil deutliche Unterschiede im Wahlverhalten der Geschlechter und der Altersgruppen zu erkennen (Tabelle 5). Die SPD schneidet bei Frauen (33 Prozent) deutlich besser als bei Männern ab (27 Prozent). Vor allem die älteren Frauen stimmen weit überproportional für die Sozialdemokratie (43 Prozent), wodurch sich dieser seit 2002 zu beobachtende Trend fortsetzt. In historischer Perspektive ist dies freilich eine höchst interessante Entwicklung, denn früher galt gerade diese Wählergruppe als Kernklientel der CDU. Die Sozialdemokraten weisen darüber hinaus eine nicht unproblematische Wählerstruktur auf, denn sie verlieren vor allem in den mittleren Jahrgängen an Zustimmung, während sie bei den Über-60jährigen klar die stärkste Partei bleiben. Überspitzt formuliert haben sich gerade die beruflich aktiven Wähler, gemeinhin als Steuerzahler bezeichnet, verstärkt von der SPD abgewendet. Dagegen verdeutlicht das Ergebnis der CDU die seit längerem zu konstatierenden Schwierigkeiten der Christdemokraten, jüngere Wähler zu erreichen. Hier verliert die Union deutlich mehr als in den älteren Wählergruppen.

Gleiches gilt in verstärkter Form auch für die Linkspartei.PDS. Seit 1994 hat sich die Altersstruktur der Partei deutlich verändert. Während 1994 gerade die jungen Wählerkohorten für die Sozialisten stimmten, sind es seit 2002 die Älteren, und hierunter insbesondere diejenigen mit Universitätsabschluss (Tabelle 6). Es scheint sich die These zu bestätigen, wonach die Linkspartei.PDS in Mecklenburg-Vorpommern keine Volkspartei ist. Hierfür ist die Partei zu sehr auf ein begrenztes Milieu

als Kernwählerschaft angewiesen, denn darüber hinaus unterscheidet sich die Höhe der Wahlergebnisse der Partei nicht von denen der FDP. Es deutet ebenso nichts auf einen dauerhaften Wandel in der PDS-Wählerschaft hin, der sich mit der Bundestagswahl 2005 und der angekündigten Fusion mit der WASG abzuzeichnen schien.¹⁷ Aus nordostdeutscher Sicht sind insofern an der langfristigen Etablierung einer gesamtdeutschen Linkspartei nach wie vor Zweifel erlaubt.¹⁸

Die FDP gewinnt im Unterschied zu 2002 und zur Bundestagswahl 2005, als sie gerade unter Jungwählern ihre Anhänger hatte, insbesondere bei den mittleren Jahrgängen enorm hinzu. Wahrscheinlich finden sich gerade hierunter die Protestwähler, die sich wegen der wirtschaftlichen Probleme von der SPD entfernt und auch der CDU keine Besserung der Lage zugetraut haben. Bündnis 90/Die Grünen liegen zwar in den jüngeren Wählergruppen über der wichtigen Fünf-Prozent-Marke, erreichen aber in der zahlenmäßig größten Gruppe der Über-60jährigen fast gar keinen Zuspruch. Die Öko-Partei scheint sich somit offensichtlich nur äußerst langsam eine tragfähige Wählerbasis im Land aufbauen zu können. Immerhin zeigen die Wählerwanderungsbilanzen wiederholt ein Saldo-Plus in der Generationenfolge. Dies dürfte freilich nur ein schwacher Trost für den verpassten Landtagseinzug sein.

Die NPD-Wählerschaft ist extrem jung. 17 Prozent der Wähler unter 25 Jahren und 14 Prozent derjenigen zwischen 25 und 34 Jahren votierten für die Rechtsextremisten. Damit zahlte sich offenbar der auf diese Klientel maßgeschneiderte Wahlkampf der Partei aus. Die Wählerschaft der NPD ist darüber hinaus vor allem männlich dominiert. Zehn Prozent aller Männer stimmten für die NPD, nur vier Prozent der Frauen. Unter den männlichen Jungwählern erzielt die Partei sogar 23 Prozent und ist so gemeinsam mit der SPD stärkste politische Kraft in dieser Gruppe. Allerdings zeigten sich letztlich nur die Wähler über 60 Jahre resistent gegenüber den rechtsextremen Wahlparolen.

Tab. 5: Wahlentscheidung bei der Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern und Veränderungen zu 2002 nach Alter und Geschlecht

	CDU		SPD		Linke.PDS		FDP		B90/Grüne		NPD	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
MV gesamt	28,8	-2,6	30,2	-10,4	16,8	+0,4	9,6	+4,9	3,4	+08	7,3	+6,5
18-24 Jahre	21	-7	24	-14	13	+1	12	+4	7	+2	17	+14
25-34 Jahre	27	-6	22	-13	12	+1	13	+4	6	+2	14	+12
35-44 Jahre	31	-4	23	-15	15	+1	13	+8	5	+3	8	+8
45-59 Jahre	30	-2	29	-13	18	+1	10	+6	3	+1	7	+6
60 und älter	29	+1	40	-5	20	-1	6	+3	1	0	2	+2
Frauen	29	-1	33	-11	17	0	9	+5	4	+1	4	+4
18-24 Jahre	22	-7	27	-12	15	+2	13	+6	7	+1	10	+7
25-34 Jahre	28	-6	24	-13	14	+2	14	+5	6	+1	7	+7
35-44 Jahre	30	0	25	-19	16	+1	12	+8	6	+3	5	+4
45-59 Jahre	29	-2	32	-12	19	+1	9	+6	3	+1	4	+4
60 und älter	29	+3	43	-5	17	-2	5	+3	2	0	2	+1
Männer	29	-4	27	-10	17	0	10	+5	3	+1	10	+9
18-24 Jahre	20	-7	23	-15	11	-2	11	+2	6	+2	23	+19
25-34 Jahre	27	-7	20	-12	11	-1	13	+2	6	+2	19	+17
35-44 Jahre	33	-7	21	-12	13	+1	13	+8	5	+2	12	+11
45-59 Jahre	32	-1	25	-14	17	0	11	+6	2	+1	9	+9
60 und älter	29	-1	37	-5	23	-1	6	+3	1	0	3	+3

Quelle: Infratest dimap: Wahlreport, S. 46.

¹⁷ Vgl. Oskar Niedermayer: Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005. Sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung, in: ZParl, Jg. 37 (2006), H. 2, S. 523-538.

¹⁸ Vgl. Steffen Schoon: Populismus mit prekärer Perspektive, in: Berliner Republik, Jg. 8 (2006), H. 2, S. 26-31; vgl. Steffen Schoon/Nikolaus Werz: Die Bundestagswahl 2005 in den neuen Ländern, in: DA, Jg. 38 (2005), H. 6, S. 972-980.

Eine Konstante im mecklenburg-vorpommerschen Wahlverhalten bleiben die unterschiedlichen politischen Präferenzen der Konfessionen, obwohl die konfessionell gebundenen Wählergruppen nach wie vor nur eine Minderheit in der Bevölkerung darstellen (Katholiken: vier Prozent, Protestanten: 19 Prozent). Über die Hälfte aller katholischen Wähler unterstützen erneut die CDU, nur 24 Prozent die SPD. Bei den Protestanten liegt die Union (36 Prozent) dagegen nur knapp vor den Sozialdemokraten (31 Prozent). Die SPD bleibt weiterhin stärkste Partei unter den Konfessionslosen. Hier schneidet auch die Linkspartei.PDS traditionell überdurchschnittlich ab (20 Prozent). Auffällig ist ebenso die deutliche Diskrepanz im Ergebnis der FDP, die insbesondere bei Protestanten und Konfessionslosen, jedoch nicht bei den Katholiken zulegt.

Die Sozialdemokraten erleiden gerade in ihren Traditionskompanien, vor allem bei Arbeitern (27 Prozent, -14 Prozentpunkte) und Arbeitslosen (24 Prozent, -17 Prozentpunkte) große Verluste. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern bleibt sie zwar deutlich stärkste Partei, jedoch vor allem aufgrund der stabilen Unterstützung durch die gewerkschaftlich organisierten Angestellten (42 Prozent). Während die Rentner weit überdurchschnittlich für die SPD votieren, fällt die Zustimmung unter den Selbständigen und Beamten sehr niedrig aus. Insgesamt ist bei den Sozialdemokraten der deutliche Rückgang unter den berufstätigen Wahlberechtigten bemerkenswert.

Die CDU bleibt bei den Beamten und bei den Selbständigen klar stärkste Partei, obwohl sie in letztgenannter Gruppe wie schon 2002 Stimmenanteile – wahrscheinlich an die FDP – verliert. Gewerkschaftsmitgliedschaft wirkt sich dagegen erneut dämpfend für das Unionsergebnis aus. Im schlechten Abschneiden bei den Arbeitslosen spiegelt sich zudem das fehlende Vertrauen in einen Regierungswechsel zugunsten der Union wider.

Die Linkspartei.PDS schneidet erwartungsgemäß bei Arbeitslosen, Wählern mit hoher formaler Bildung und Rentnern sowie Gewerkschaftsmitgliedern überdurchschnittlich ab. Bei den Erwerbslosen und Arbeitern kann sie allerdings weniger als erhofft zulegen, ein Indiz dafür, dass die Partei nur in geringem Maße Protestwähler absorbiert hat. In struktureller Hinsicht sind zudem die leichten Verluste bei Auszubildenden/Studenten und Angestellten interessant, die sich gegenüber 2002 fortsetzen und die Schwierigkeit der Partei belegen, neue Wählerschichten neben der alten Kernklientel zu erreichen.

Bei den kleinen Parteien zeigen sich zum Teil sehr deutliche Schwerpunkte. Die Liberalen gewinnen zwar in allen Gruppen hinzu – was durchaus auf den schon erwähnten „Protestgehalt“ des Wahlergebnisses schließen lässt –, vor allem aber die Selbständigen neigen verstärkt der FDP zu. Bündnis 90/Die Grünen können zumindest in der Gruppe der Auszubildenden/Studenten mit zehn Prozent ein beachtliches Ergebnis vorweisen, womit möglicherweise Hoffnungen auf bessere Zeiten begründet sind. Die NPD saugt dagegen offensichtlich das Protestpotential auf, da sie speziell unter Arbeitslosen deutliche Zugewinne verzeichnet. Aber auch bei Arbeitern und sogar Selbständigen schneidet sie überdurchschnittlich ab.

Tab. 6: Wahlentscheidung bei der Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern und Veränderungen zu 2002 nach sozialen Gruppen

	CDU		SPD		Linke.PDS		FDP		B90/Grüne		NPD	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
MV gesamt	28,8	-2,6	30,2	-10,4	16,8	+0,4	9,6	+4,9	3,4	+08	7,3	+6,5
<i>Bildung</i>												
hoch	28	-1	27	-9	21	0	11	+5	6	+2	4	+3
mittel	30	-3	28	-13	16	+1	10	+5	2	0	10	+9
niedrig	28	-4	38	-8	14	-1	7	+4	2	+1	7	+7
<i>Tätigkeit</i>												
Berufstätig ¹	34	+1	25	-14	14	-1	12	+6	4	+1	7	-
Arbeiter	28	-5	27	-14	14	+1	12	+7	3	+1	12	+10
Angestellte	30	-1	30	-11	14	-2	11	+5	5	+1	4	+4
Beamte	44	+3	15	-15	15	0	11	+2	3	0	4	+4
Selbständige	42	-5	13	-6	11	-2	20	+9	3	+1	10	+8
Rentner	28	0	40	-6	22	+1	5	+3	2	0	3	+3
in Ausbildung	22	-2	30	-7	11	-3	13	+5	10	+3	8	+6
Arbeitslose	21	-7	24	-17	22	+3	9	+5	3	+1	17	+15
<i>Gewerkschaft¹</i>												
Mitglied	24	0	36	-11	21	0	7	+3	2	+1	6	-
kein Mitglied	29	-4	29	-10	16	0	10	+5	4	+1	8	-
<i>Arbeiter</i>												
Gewerk.-Mitglied	26	+3	31	-14	20	+5	8	+4	1	-1	9	-
kein Mitglied	27	-7	29	-12	15	+1	10	+6	2	0	13	-
<i>Angestellte</i>												
Gewerk.-Mitglied	20	+4	42	-6	24	+2	4	0	4	+2	3	-
kein Mitglied	29	0	31	-10	19	+1	10	+5	3	0	4	-
<i>Konfession</i>												
evangelisch	36	-5	31	-8	10	+1	10	+6	4	0	5	+5
katholisch	51	+2	24	-12	10	+5	4	+2	4	-1	6	+6
keine/andere	25	-1	30	-12	20	-1	10	+5	3	+1	8	+7

Quellen: Infratest dimap: Wahlreport, S. 49.

¹ Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 17. September 2006, Mannheim 2006 (Berichte der FGW; 127), S. 45.

5. Zusammenfassung

Der Parteienwettbewerb in Mecklenburg-Vorpommern hat sich mit der Landtagswahl 2006 deutlich verändert. Das bisher relativ stabile Dreiparteiensystem im Land gehört durch die starken Stimmengewinne von FDP und NPD der Vergangenheit an. Dies wird vermutlich Auswirkungen auf künftige Koalitionsoptionen haben und neue Fronten im Parteienwettbewerb entstehen lassen. Die CDU hat den kompletten Regierungswechsel verpasst. Anstatt gegen die Regierung zu polarisieren, hat sie einen sehr verhaltenen Wahlkampf geführt und somit potentielle Wähler der FDP zugetrieben. Die Christdemokraten sind nunmehr seit Jahren im „30-Prozent-Turm“ gefangen. Es deutet wenig auf eine strukturelle Ausweitung ihrer Wählerschaft hin. Die SPD bleibt trotz deutlicher Verluste stärkste Kraft im Land. Mecklenburg-Vorpommern ist damit das einzige östliche Bundesland, in dem die Sozialdemokraten die Linkspartei.PDS bei Landtagswahlen klar hinter sich lassen können. Die SPD hat es mit der Ringstorff'schen Strategie – der Einbindung der PDS in die Regierung – geschafft, ihre fragile Zwischenstellung im Parteiensystem zu verlassen und die Linkspartei.PDS tatsächlich zu „entzaubern“. Allerdings offenbarten sich erneut die Schwierigkeiten der Sozialdemokraten bei der Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft. Letztlich brachte allein die starke Zuspitzung im Wahlkampf gegen die NPD die nötigen Stimmen, um die Mehrheit zu erlangen. Der Einbruch gerade bei den beruflich aktiven Wählergruppen könnte perspektivisch ein großes Problem für die SPD werden. Die Linkspartei.PDS konnte das ohnehin schlechte Ergebnis von 2002 nur minimal verbessern und büßte die Zugewinne aus der letzten Bundestagswahl im Zuge der angekündigten Fusion mit der WASG vollständig wieder ein. Erstmals profitierte sie in Ost-

deutschland nicht von der geringen Wahlbeteiligung. Ob die Partei in der neuen Rolle als Oppositionspartei wieder künftigen Protest aufsaugen kann, ist nicht sicher.

Die FDP profitierte von der fehlenden Polarisierung im Wahlkampf. Aufgrund ihrer Rolle als stärkster Oppositionspartei im Bund konnte sie eine Reihe von unzufriedenen Wählern gewinnen und war insofern die demokratische Protestpartei. Der wiederholt misslungene Versuch von Bündnis 90/Die Grünen, in den Landtag zu kommen, macht nochmals deutlich, welche extrem schwierigen Rahmenbedingungen die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern vorfinden: geringste Bevölkerungsdichte Deutschlands, kaum Großstädte und fehlendes Bildungsbürgertum. Zudem spielt das Thema Umwelt angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Region keine Rolle. Der Erfolg der NPD basiert nicht nur auf Protestwählern, die sich aufgrund der starken medialen Fokussierung auf die Partei während des Wahlkampfes letztlich vor allem bei der NPD wiederfanden. Er ist auch Ausdruck des rechtsextremistischen Wählerpotentials im Land, insbesondere in bestimmten Regionen. Das Abschneiden der NPD sollte Anlass sein, um über die Bedeutung und Ausgestaltung der politischen Bildung im Land neu zu diskutieren.

Die Wahlbeteiligung fiel mit fast 60 Prozent deutlich höher aus, als von der Öffentlichkeit befürchtet. Allerdings kann die Wahlbeteiligung angesichts der diesbezüglichen Erwartungshaltung in Deutschland sicher nicht befriedigen.

Das Wählerverhalten in Mecklenburg-Vorpommern weist vor dem Hintergrund der singulären Landtagswahl trotz der Wählerbewegungen nach wie vor eine größere Stabilität als in den anderen neuen Ländern auf. Falls die Abkehr einiger Wählerschichten von den Großparteien hin zu den kleinen Parteien, die diesmal sicher noch mit Protestwahlverhalten zu erklären ist, jedoch von Dauer ist, so dürfte sich auch im nordöstlichen Bundesland künftig eine größere Volatilität des Wahlverhaltens einstellen. In der großen Koalition haben sowohl SPD als auch CDU die Chance, mit einer im wahrsten Sinne des Wortes „guten Politik“ verloren gegangene Wähler wieder zu reintegrieren. Allerdings: Bisherige große Koalitionen in der Bundesrepublik haben oftmals das Erstarken der kleinen Parteien begünstigt.

Auf den Ministerpräsidenten kam es an – Die SPD

Andreas Timm

1. Einleitung

Die SPD bleibt nach der Landtagswahl 2006 stärkste Partei in Mecklenburg-Vorpommern. Auch künftig stellt sie mit Harald Ringstorff den Ministerpräsidenten des Landes. Allerdings mussten die Sozialdemokraten bei der Landtagswahl am 17. September 2006 Einbußen von mehr als zehn Prozentpunkten hinnehmen. Das Abschneiden der SPD kann somit weder als klarer Sieg noch als eindeutige Niederlage eingestuft werden. Dieser Beitrag bilanziert Wahlkampf¹ und Wahlergebnis der SPD bei der Landtagswahl 2006. Im Mittelpunkt steht die Frage, mit welcher Strategie die Partei die Wahl zu gewinnen versuchte und welchen Erfolg sie dabei hatte.

2. Ausgangslage

Vor Beginn des Wahlkampfes konnte die SPD in Mecklenburg-Vorpommern auf eine bundesweit einmalige Siegesserie bei Landtagswahlen zurückblicken. Bei den vier Landtagswahlen seit 1990 gelang es der Partei, ihre Wahlergebnisse kontinuierlich zu steigern, von 27,0 Prozent (1990) über 29,5 Prozent (1994) und 34,3 Prozent (1998) auf 40,6 Prozent bei der Landtagswahl 2002. Durch diese Wahlerfolge konnte die SPD eine Schlüsselstellung im Parteiensystem des Landes erlangen. Mit der Landtagswahl 1994 etablierte sich in Mecklenburg-Vorpommern ein Dreiparteiensystem aus CDU, SPD und PDS. Die Sozialdemokraten verfügten darin als einzige Partei über zwei Optionen zur Regierungsbildung. Faktisch war damit ab der Landtagswahl 1994 keine Regierung ohne die SPD, ab 1998 keine Regierung ohne einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten möglich.

Trotz des kontinuierlichen Ausbaus dieser Schlüsselstellung wäre es aber „vermessen“ gewesen, die SPD auf dem Weg zur „strukturellen Mehrheitspartei“ im Land zu sehen.² Bei Zwischenwahlen, insbesondere bei den Kommunal- und den Europawahlen 2004, bei denen die SPD nur den dritten Platz hinter CDU und PDS belegte, musste die Partei mehrfach schwere Niederlagen hinnehmen. Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 wurde sie zwar stärkste Partei in Mecklenburg-Vorpommern. Mit 31,7 Prozent blieb sie aber deutlich hinter ihren Wahlergebnissen von 1998 und 2002 zurück.

Zudem zeigen Wahlanalysen, dass die SPD ihre Landtagswählerfolge zwar auch einer wachsenden Zahl an dauerhaft an die Partei gebundenen Anhängern³ und klug gewählten Wahlkampfstrategien⁴ auf Landesebene verdankte. Vor allem aber profitierte sie bei ihren Erfolgen 1998 und 2002 vom günstigen Bundestrend bei den parallel stattfindenden Bundestagswahlen⁵.

¹ Die nachfolgende Untersuchung des Wahlkampfes stützt sich vor allem auf die Auswertung von Pressemitteilungen und Wahlkampfmaterialien der SPD. Thomas Krüger, Landesgeschäftsführer der SPD Mecklenburg-Vorpommern, danke ich für die kritische Durchsicht des Textes und wertvolle Ergänzungen.

² Vgl. Steffen Schoon: Wähler, Wahlverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern. Eine politikwissenschaftlich-empirische Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee im Zeitraum von 1871 bis 2002, Diss. Universität Rostock, Rostock 2005.

³ Ebd., S. 273

⁴ Vgl. Andreas Timm: Wahlkampf und Wahlsieg der SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 16 (2003), H. 1, S. 104-108.

⁵ Vgl. Nikolaus Werz/Jochen Schmidt: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September: Bestätigung der rot-roten Koalition mit Gewinnern und Verlierern, in: ZParl, Jg. 34 (2003), H. 1, S. 60-79.

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, die 2006 zum zweiten Mal aus einer rot-roten Regierung heraus in den Wahlkampf ging, konnte sich einer Fortsetzung ihrer Landtagswählerfolge also keinesfalls sicher sein. Die Ausgangslage war in zweifacher Hinsicht anders als vor früheren Wahlen. Zum einen fanden 2006 erstmals seit dem Wendejahr 1990 Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern ohne gleichzeitige Bundestagswahlen statt. Zum anderen regierten seit Herbst 2005 CDU und SPD auf Bundesebene zusammen, so dass sich erstmals alle drei im Landtag vertretenen Parteien entweder auf Bundes- oder auf Landesebene in Regierungsverantwortung befanden, die SPD sogar auf beiden.

Die SPD-Spitze um Ministerpräsident Harald Ringstorff und den SPD-Landesvorsitzenden Till Backhaus war sich dieser veränderten Ausgangslage bewusst. Die Erwartungen waren zu Beginn des Wahljahrs eher gedämpft. Man ging davon aus, dass das herausragende Wahlergebnis von 2002 kaum noch einmal zu erreichen sein würde. Und man schätzte ein, dass die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft die wichtigste und schwierigste Aufgabe im Wahlkampf sein würde.

3. Die SPD im Landtagswahlkampf 2006

3.1 Wahlziele

Entsprechend „konservativ“ formulierte die SPD-Spitze ihr Wahlziel. Auf einer Pressekonferenz am 6. Februar 2006, die der Vorstellung eines Entwurfs für das Regierungsprogramm diene, verkündeten Ringstorff und Backhaus das Ziel, mit der SPD bei den Landtagswahlen „wieder stärkste Partei werden“ und mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze „weiter Regierungsverantwortung übernehmen“ zu wollen.⁶ An diesem Ziel hielt die SPD bis zum Wahltag fest.

Dazu wurde in den ersten Monaten des Wahljahres eine Wahlkampfstrategie entwickelt. Drei Kernelemente prägten diese Strategie:

- ein Personenwahlkampf, der ganz auf den Spitzenkandidaten Harald Ringstorff zugeschnitten war,
- ein Themenwahlkampf mit den Blöcken „Wirtschaft und Arbeitsplätze“ und „Soziale Gerechtigkeit“,
- ein Angriffswahlkampf, der sich gegen die CDU als Gegnerin im Kampf um die Position der stärksten Partei im Land richtete.

Diese Strategie ist ab Sommer 2006 umgesetzt und im Laufe des Wahlkampfs nur an einem – wenn auch möglicherweise wahlentscheidenden – Punkt verändert worden. Personen-, Themen- und Angriffswahlkampf sollen im Folgenden genauer untersucht werden.

3.2 Personenwahlkampf

Die Entscheidung über die SPD-Spitzenkandidatur fiel in zwei Vieraugengesprächen zwischen Ministerpräsident Harald Ringstorff und Landesparteichef Till Backhaus in den Tagen nach der Bundestagswahl 2005. Im Ergebnis dieser Gespräche ging die SPD in Mecklenburg-Vorpommern zum vierten Mal mit Harald Ringstorff an der Spitze in den Wahlkampf. Ringstorff und Backhaus informierten am 30. September 2005 die Öffentlichkeit über diese Entscheidung. Die offizielle Nominierung des Spitzenkandidaten erfolgte auf dem SPD-Landesparteitag am 8. April 2006 in

⁶ Vgl. „Harald Ringstorff und Till Backhaus stellen Regierungsprogramm vor“, SPD-Pressemitteilung vom 06.02.06.

Göhren-Lebbin. Dabei erzielte Ringstorff mit 95,7 Prozent sein bestes Ergebnis als Spitzenkandidat seiner Partei.

Spitzenkandidaten erfüllen im Wahlkampf eine Doppelfunktion. Sie sind zum einen die Hauptakteure im Wahlkampf und damit die wichtigsten Vertreter des programmatischen Profils ihrer Partei. Zum anderen können sie aufgrund ihrer Persönlichkeit selbst zum Argument im Wahlkampf und bei der Wahlentscheidung werden.⁷ Verfügt eine Partei über einen angesehenen Spitzenkandidaten, ist sie gut beraten, diesen in den Mittelpunkt ihrer Kampagne zu stellen. Alle Umfragen des Wahljahres 2006 wiesen Harald Ringstorff als den bekanntesten und beliebtesten aller Spitzenkandidaten aus. Bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten hätte Ringstorff jederzeit über einen klaren Vorsprung vor seinem Herausforderer Jürgen Seidel verfügt⁸.

Die SPD hat deshalb ihren Spitzenkandidaten sehr konsequent in den Mittelpunkt ihrer Wahlkampagne gestellt. Harald Ringstorff war nicht nur Hauptakteur, sondern auch wichtigstes Argument der SPD im Landtagswahlkampf 2006. Besonders deutlich wird dies auf dem Abschlussplakat der Sozialdemokraten. Es zeigte einen entspannten, lächelnden Harald Ringstorff in Nahaufnahme – in Hemd und Krawatte, aber ohne Jackett – verbunden mit der Textbotschaft: „Auf den Ministerpräsidenten kommt es an.“ Auch auf allen anderen Wahlplakaten sowie in allen Wahlanzeigen der Partei war der Ministerpräsident in Bild und Text präsent.

Tab. 1: Großplakate der SPD

Slogan	Thema	personalisiert	Welle
Den Erfolg fortsetzen	Wirtschaft	ja	1
Soziale Gerechtigkeit sichern	soziale Gerechtigkeit	ja	2
Auf den Ministerpräsidenten kommt es an	Regierungschef	ausschließlich	3

Quelle: Eigene Darstellung.

Eine wichtige Grundlage für den Personenwahlkampf war eine von der SPD-Landesgeschäftsstelle in Auftrag gegebene Meinungsumfrage, in der das Image des Spitzenkandidaten ausführlich untersucht wurde. Ringstorff wurde darin von knapp der Hälfte der Wähler als „starke Führungspersönlichkeit“ (45 Prozent) wahrgenommen. Die Wähler hielten ihn für sympathisch (57 Prozent) und billigten ihm eine „angenehme Ausstrahlung“ (60 Prozent) zu. Vor allem aber wurde Ringstorff attestiert, zu „Mecklenburg-Vorpommern zu passen“ (64 Prozent). Ringstorff punktete also mit persönlichen Eigenschaften und in der Rolle des Landesvaters.

Die SPD hat versucht, dieses „Landesvater-Image“ im Wahlkampf weiter zu verstärken. Auf ihrer Internetseite beschrieb sie Ringstorff als „erfahrenen“, „solide und beharrlich“ für das Land arbeitenden Ministerpräsidenten und als heimatverbundenen Landesvater mit „Herz und Verstand“.⁹ Ziel war es, den Amtsbonus des Ministerpräsidenten zu nutzen. Zu dieser Strategie gehörte auch, dass Ringstorff bis in den August hinein als Ministerpräsident im Land unterwegs war. Er besuchte Unternehmen, soziale Einrichtungen und Volksfeste im Land. Auf Wahlveranstaltungen wurde hingegen verzichtet.

Erst in den letzten vier Wochen vor der Wahl wurde Ringstorff stärker als „Wahlkämpfer“ sichtbar. Der SPD-Spitzenkandidat ging mit einem roten Bus auf landesweite Wahlkampftour. Hinzu kamen drei Kundgebungen in Schwerin, Greifswald und Rostock gemeinsam mit Kurt Beck bzw. Matthias Platzeck, die im Vergleich zu ähnlichen Veranstaltungen in früheren Wahlkämpfen allerdings eher spärlich besucht waren.

⁷ Vgl. Werner Wolf: Wahlkampf und Demokratie, Köln 1990, S. 124.

⁸ Vgl. Tab. 3 im Beitrag von Christian Schwießelmann in diesem Band.

⁹ Vgl. zum Beispiel den Text „Harald Ringstorff – unser Ministerpräsident.“ auf www.spd-mv.de.

Auf die Aufstellung einer Mannschaft¹⁰ verzichtete die SPD, da dies die Konzentration auf den Spitzenkandidaten konterkariert hätte. „Mannschaftsspiel ja – Mannschaftswahlkampf nein“, lautete intern die Devise. Wichtigster Akteur beim Mannschaftsspiel war der Landesvorsitzende Till Backhaus, der ebenfalls auf landesweite Wahlkampftour ging und die Angriffe auf die konkurrierenden Parteien übernahm¹¹, während sich Ringstorff auf die Rolle des Ministerpräsidenten konzentrierte.

Der gegnerische Spitzenkandidat wurde zunächst ignoriert. Man setzte sich mit der CDU, nicht mit der Person Jürgen Seidel auseinander, um es der Union zu erschweren, den Bekanntheitsgrad ihres Kandidaten zu erhöhen. Erst in den letzten Wochen vor der Wahl hat die SPD diese Strategie gelegentlich verlassen. Jürgen Seidel wurde mehrfach als „Filialleiter von Frau Merkel“ charakterisiert, womit dem CDU-Spitzenkandidaten das nötige Format für das Amt des Ministerpräsidenten abgesprochen und die von Seidel als Stärke hervorgehobene Nähe zur Bundeskanzlerin in eine Schwäche umgemünzt werden sollte. Seidels Mannschaft wurde vom SPD-Landesvorsitzenden als „nicht der Rede wert“¹² bezeichnet.

Zu direkten Streitgesprächen zwischen Ringstorff und Seidel kam es bei einem Forum in Neubrandenburg am 5. September, an dem auch Linkspartei-Spitzenkandidat Wolfgang Methling teilnahm, und einem TV-Duell im NDR-Fernsehen am 13. September 2006. Mit rund 90.000 Zuschauern in Mecklenburg-Vorpommern war das TV-Duell ohne Zweifel das wichtigste Ereignis im Landtagswahlkampf 2006. Es gibt jedoch leider keine gesicherten demoskopischen Erkenntnisse über Ausgang und Wirkung des Duells.¹³

Alles in allem konzentrierte sich der SPD-Personenwahlkampf aber eindeutig auf den eigenen Kandidaten. Die Kampagne war noch stärker auf die Person Harald Ringstorff ausgerichtet als 2002. „Auf den Ministerpräsidenten kommt es an“, wurde so zu einer der beiden Hauptbotschaften der SPD in den Tagen vor der Wahl.

3.3 Themenwahlkampf

Auf dem bereits angesprochenen Parteitag in Göhren-Lebbin verabschiedete die SPD ihr – bewusst so bezeichnetes – *Regierungsprogramm* „Zukunft aus eigener Kraft“. Auf knapp 60 Seiten benannte die Partei die Bereiche „Arbeit und Wirtschaft“, „Bildung und Gerechtigkeit“, „Kinder und Familie“ und „moderne Verwaltung“ als Schwerpunkte sozialdemokratischen Regierungshandelns in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Bedeutung von Wahlprogrammen darf indes nicht überschätzt werden. Die wenigsten Wähler lesen die umfangreichen Programme, die Parteien vor Wahlen entwickeln. Um der Wählerschaft inhaltliche Begründungen für die Wahlentscheidung liefern zu können, bedarf es deshalb über die Programmarbeit hinaus eines gezielten „Themenmanagements“¹⁴ im Wahlkampf.

¹⁰ Zu verschiedenen Varianten des Mannschaftswahlkampfs sowie seinen Vor- und Nachteilen vgl. Werner Wolf: Wahlkampf und Demokratie, S. 132 sowie Andreas Timm: Die SPD-Strategie im Bundestagswahlkampf 1998, Hamburg 1999, S. 32-33.

¹¹ Vgl. zum Beispiel „Backhaus zum CDU-Programm: Ähnliche Schwerpunkte, aber ungerecht“, Pressemitteilung der SPD MV vom 14.03.06; „Unfinanzierbares CDU-Programm – kraftloser CDU-Parteitag produziert Seifenblase“, Pressemitteilung der SPD MV vom 29.06.06.

¹² Vgl. „Reaktion auf das Schattenkabinett“, Pressemitteilung der SPD MV, 14.09.2006.

¹³ zur Wirkung von TV-Duellen generell vgl. Jürgen Maier/Thorsten Faas: Schröder gegen Stoiber: Wahrnehmung, Verarbeitung und Wirkung der Fernsehdebatten im Bundestagswahlkampf 2002, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Bernhard Weßels: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden 2005, S. 78-99.

¹⁴ Vgl. Jan Peter Hinrichs: Wir bauen einen Themenpark, in: Marco Althaus (Hrsg.): Kampagne! Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying, Münster 2001, S. 46.

Drei Techniken kennzeichnen ein professionelles Themenmanagement¹⁵:

- das bewusste Setzen von Themen, bei denen man sich Vorteile gegenüber den konkurrierenden Parteien verspricht (Agenda-Setting),
- das gezielte Vermeiden von Themen, bei denen man sich gegenüber konkurrierenden Parteien im Nachteil sieht (Agenda-Cutting) und
- der Versuch, unvorhersehbare Themen und Ereignisse zum eigenen Vorteil zu nutzen (Agenda-Surfing).

Für alle drei Techniken finden sich Beispiele im SPD-Themenwahlkampf: Das erste sozialdemokratische Schwerpunktthema „Wirtschaft und Arbeitsplätze“ lag auf der Hand. Alle Umfragen wiesen die Arbeitslosigkeit als das aus Sicht der Wähler größte Problem im Land aus. Als Wahlkampfthemen waren die Entwicklung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt somit praktisch gesetzt. Die SPD hat bei diesem Thema versucht, die wirtschaftlichen Erfolge im Land stärker ins Bewusstsein der Wählerschaft zu rücken. Unter der Überschrift „Den Erfolg fortsetzen“ wurde auf Neuanstellungen, steigende Übernachtungszahlen im Tourismus, bessere Verkehrsverbindungen, Fortschritte in der Zukunftsbranche Biotechnologie, hohe Wachstumsraten im Verarbeitenden Gewerbe und die damit verbundenen Arbeitsplatzeffekte verwiesen.¹⁶ Die SPD versuchte also nicht ein neues Thema, sondern eine andere Sichtweise auf dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Dieses Vorhaben war nicht frei von Risiken. Zu Wahlkampfbeginn verfügte die Union über klare Kompetenzvorsprünge in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Angesichts der Relevanz des Themas und einer von der Union erwarteten „Rote-Laterne-Kampagne“ entschied sich die SPD aber dennoch, das Thema offensiv anzugehen.

Daneben setzte die SPD mit dem zweiten Schwerpunktthema „Soziale Gerechtigkeit“ auf die ihr traditionell zugeschriebene Sozialkompetenz. Als konkretes Beispiel führte die SPD die von der rot-roten Landesregierung in Angriff genommenen Maßnahmen zur Verbesserung der Kinderbetreuung an. Verbunden mit der Botschaft „Soziale Gerechtigkeit sichern“ wurden aber auch eher allgemeine Ziele wie die „Gleichberechtigung von Mann und Frau“ thematisiert.¹⁷

Zwar gab es kein Thema, das von der SPD im Wahlkampf bewusst gemieden wurde. Die oft als „wichtigstes Reformvorhaben“ der rot-roten Landesregierung bezeichnete Verwaltungsreform rückte im Themenprofil der SPD aber etwas in den Hintergrund. Hier werden zumindest Ansätze eines „Agenda-Cuttings“ sichtbar.

Als Beispiel für erfolgreiches „Agenda-Surfing“ kann das Vorgehen nach dem Besuch von US-Präsident George W. Bush in Mecklenburg-Vorpommern eingestuft werden. Die sehr späte Einladung des Ministerpräsidenten zum Grillabend der Kanzlerin in Trinwillershagen, die Debatte über die Frage, ob Ringstorff den Präsidenten mit der gebotenen Höflichkeit empfing und die lange Zeit ausbleibende Zusage der Bundesregierung, das Land Mecklenburg-Vorpommern bei der Finanzierung der Kosten zu unterstützen, sorgten in den Wochen vor der Wahl mehrfach für heftige Auseinandersetzungen zwischen SPD und CDU.

Ministerpräsident Ringstorff brachte dabei mit seiner Formulierung von der „teuersten Grillparty der Welt“ die in der Bevölkerung weit verbreitete Kritik am Aufwand des Besuchs auf den Punkt. Der Bush-Besuch, vermutlich auch als Wahlkampfunterstützung der Bundeskanzlerin für die CDU in Mecklenburg-Vorpommern gedacht, wurde so ungeplant zu einem Thema der SPD.

¹⁵ Vgl. Frank Bretschneider: Die Medienwahl 2002: Themenmanagement und Berichterstattung, in: APuZ, B 49-50 (2002), S. 38.

¹⁶ Vgl. „Den Erfolg fortsetzen“, SPD-Anzeige im Sonntagsblitz vom 20.08.2006.

¹⁷ Vgl. „Soziale Gerechtigkeit sichern“, SPD-Anzeige im Sonntagsblitz, vom 27.08.2006.

Weniger erfolgreich „surfte“ die SPD beim Thema „Rauchverbot an Schulen“. Die CDU hatte sich schon zu Beginn des Wahljahrs für ein Rauchverbot ausgesprochen und diesen Vorschlag mehrfach erneuert. Nachdem eine Umfrage des Forsa-Instituts eine breite Zustimmung zu dieser Forderung signalisierte und eine erneute Debatte über dieses Thema anstieß¹⁸, machte sich der Ministerpräsident diesen Vorschlag zwei Wochen vor der Wahl zu eigen. In einer Pressemitteilung kündigte er an, das Thema zur „Chefsache“ zu machen und formulierte das Ziel, im Jahr 2007 zu „rauchfreien Schulen“ zu kommen.¹⁹ Dieser Vorstoß entsprach zwar der inhaltlichen Überzeugung des SPD-Spitzenkandidaten, nicht aber der bisherigen Linie seiner Partei. So konnte dieser Vorstoß von CDU und Linkspartei relativ leicht als „unglaublich“²⁰ abqualifiziert werden und dürfte – zumindest mit Blick auf die Wahl – wenig gebracht haben.

Ansonsten mussten sich die Sozialdemokraten in diesem Wahlkampf nur wenigen thematischen Offensiven von CDU und Linkspartei erwehren. Zum wohl wichtigsten Vorstoß der CDU, der kostenlosen Kita, nahm die SPD eine differenzierte Position ein. Sie bekannte sich dazu, Einrichtungen der Kinderbetreuung ebenfalls kostenfrei gestalten zu wollen. Zugleich wurde aber erklärt, dass dieses Ziel nur langfristig und mit Unterstützung der Bundesregierung zu erreichen sei.²¹

Insgesamt war der SPD-Wahlkampf eher personen- als themenzentriert. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Partei im Wahlkampf nicht nur auf ihren Spitzenkandidaten, sondern auch auf Themen setzte.

3.4 Angriffswahlkampf

Eine Wahlentscheidung kann unterschiedliche Motive haben. Die Wähler können sich am Wahltag bewusst *für*, aber auch *gegen* eine Partei oder deren Kandidaten entscheiden.²² Parteien setzen in Wahlkämpfen deshalb nicht nur auf die Präsentation des eigenen Kandidaten und der eigenen Programmatik. Sie entwickeln zumeist auch Angriffslinien gegen konkurrierende Parteien. Allerdings können andere Parteien auch bewusst ignoriert werden. Beide Varianten finden sich in der SPD-Kampagne 2006 wieder. Angriffskampagnen können auf Personen-, Sachthemen- oder Parteiebene ansetzen.²³ Der Angriffswahlkampf der SPD richtete sich zunächst vor allem gegen die CDU und setzte – sieht man von vorhin schon erwähnten punktuellen Angriffen auf den CDU-Spitzenkandidaten ab – auf der Sachthemenebene an.

Von der Union vorgetragene negative Wirtschaftsdaten konterte die SPD mit dem Vorwurf, die CDU rede das „Land schlecht“.²⁴ Beim Thema „Soziale Gerechtigkeit“ kritisierte die SPD Vorstöße aus der Bundes-CDU zur Lockerung des Kündigungsschutzes oder zur Neuregelung der Witwenrenten. Sie warnte davor, dass eine CDU-geführte Landesregierung den sozialen Zusammenhalt im Land gefährden würde und hielt der Union vor, noch nie etwas von sozialer Gerechtigkeit verstanden zu haben.²⁵

Gegenüber der Linkspartei.PDS verzichtete die SPD hingegen auf einen Angriffswahlkampf. An-

¹⁸ „Fast jeder will ein Rauchverbot an Schulen“, OZ, 31.08.2006.

¹⁹ „Ministerpräsident Ringstorff für rauchfreie Schule“, Pressemitteilung 277/2006 der Landesregierung MV vom 02.09.2006

²⁰ Vgl. „Mal hüh, mal hott. Unter CDU-geführter Landesregierung kommt Rauchverbot an Schulen noch in diesem Jahr“, Pressemitteilung der CDU MV vom 03.09.2006.

²¹ Vgl. „Ringstorff auf Jahresempfang der SPD-Neubrandenburg“, Pressemitteilung der SPD MV vom 23.03.2006.

²² Vgl. Peter Radunski: Wahlkämpfe. Moderne Wahlkampf-führung als politische Kommunikation, München 1980, S. 95.

²³ Vgl. Gerd Strohmeier: Moderne Wahlkämpfe – wie sie geplant, geführt und gewonnen werden, Baden-Baden, 2002, S. 304 f.

²⁴ Vgl. zum Beispiel „Reaktion auf neueste NDR-Umfrage“, Pressemitteilung der SPD vom 16.07.2006.

²⁵ Vgl. „Soziale Gerechtigkeit sichern“, SPD-Anzeige im Sonntagsblitz vom 27.08.2006; „Auf den Ministerpräsidenten kommt es an“, SPD-Anzeige im Sonntagsblitz, 17.09.2006.

griffe auf die Sozialisten oder ihren Spitzenkandidaten hätten auch nicht zur geplanten Hauptauseinandersetzung mit der CDU und zur Konzentration auf den Ministerpräsidenten gepasst. Der SPD kam dabei entgegen, dass auch die Linkspartei auf Angriffe gegen ihren damaligen Regierungspartner verzichtete.²⁶

Die Gefahr eines Einzugs der NPD in den Landtag wurde von der SPD-Spitze frühzeitig gesehen. In wahlstrategischer Hinsicht war die Frage nach dem erfolgversprechendsten Umgang mit der NPD nicht einfach zu beantworten. Einerseits konnte man darauf hoffen, mit der Warnung vor einem Einzug der NPD potentielle SPD-Anhänger zur Wahlteilnahme zu bewegen. Andererseits stand zu befürchten, dass eine Thematisierung der NPD auch auf Seiten der Rechtsextremisten zu einem Mobilisierungseffekt führen würde. Zunächst galt deshalb die Linie, die NPD zwar im Wahlkampf zu thematisieren, sie aber nicht zu einem Hauptthema der Wahlkampagne zu machen. Nachdem die NPD zwei Wochen vor der Wahl erstmals in Umfragen die Fünf-Prozent-Hürde überspringen konnte, nahm die SPD ihren einzigen Strategiewechsel vor. Sie rückte nun die Auseinandersetzung mit den – so eine häufig gewählte Bezeichnung – „neuen Nazis von der NPD“ in den Mittelpunkt ihres Angriffswahlkampfes.

Beispielsweise veröffentlichte die SPD in ihrer nächsten Wahlanzeige einen Aufruf des Ministerpräsidenten, in dem es unter der Überschrift „Gemeinsam Nazis verhindern“ unmissverständlich hieß: „Jeder muss wissen: Wer der NPD seine Stimme gibt, wählt nicht Protest. Er wählt Nazis, die Demokratie und Freiheit bedrohen. Ein Einzug der NPD in den Landtag würde uns allen schaden, auch wirtschaftlich... Sie können am 17. September einen wichtigen Beitrag leisten, um die NPD zu verhindern. Bitte gehen Sie zur Wahl“.²⁷ Ein möglicher Einzug der NPD wurde also einerseits als Gefahr für die Demokratie, andererseits als Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes beschrieben.

Auch die Schlussanzeigen am Wahlwochenende enthielten neben der Botschaft „Auf den Ministerpräsidenten kommt es an“ und einer kurzen Nennung der wichtigsten Themen noch einmal einen deutlichen Aufruf zur Wahlteilnahme und zur Verhinderung der NPD.²⁸ Damit setzte die SPD in den letzten Tagen vor der Wahl vor allem auf ihren Spitzenkandidaten Harald Ringstorff und die Warnung vor einem Einzug der NPD in den Landtag.

4. Wahlkampf und Wahlergebnis

Mit 30,2 Prozent wurde die SPD am 17. September 2006 zum dritten Mal in Folge stärkste Partei bei einer Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Ihr Ergebnis fiel allerdings um 10,4 Prozentpunkte schlechter aus als bei der Landtagswahl 2002. Ihre Position als stärkste Partei verdankte die SPD vor allem zwei Wählergruppen: den Frauen (33 Prozent) und den Wählerinnen und Wählern über 60 Jahren (40 Prozent). In allen anderen Altersgruppen und bei Männern blieb die Partei unter der 30-Prozent-Marke. Bei den Wählern zwischen 25 und 60 fielen die Sozialdemokraten auf den zweiten Platz hinter der CDU zurück. Es waren also vor allem die mittleren Jahrgänge, die im Arbeitsleben stehen, bei denen die SPD Schwierigkeiten hatte. Besonders deutlich verloren die Sozialdemokraten – wie schon bei der Bundestagswahl 2005 – bei Arbeitslosen (-17 Prozentpunkte) und Arbeitern (-14 Prozentpunkte), in jenen Wählergruppen also, die sich auf dem Arbeitsmarkt in der schwierigsten Position befinden.²⁹

²⁶ Siehe dazu auch den Beitrag von Frithjof Reimers und Christopher Scheele in diesem Band.

²⁷ Vgl. „Gemeinsam gegen Nazis“, SPD-Anzeige im Sonntagsblitz, 10.09.2006.

²⁸ Vgl. „Auf den Ministerpräsidenten kommt es an“, SPD-Anzeige im Sonntagsblitz, 17.09.2006.

²⁹ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport. Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 17. September 2006, Berlin 2006, S. 46 ff. sowie die ausführliche Darstellung bei Steffen Schoon in diesem Band.

In der Wahlanalyse der Forschungsgruppe Wahlen werden zwei Ursachen für die Verluste der SPD genannt: eine für die Sozialdemokratie ungünstigere Stimmungslage als 2002 und ein geringeres Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die Fähigkeit der SPD, die Probleme des Landes zu lösen.³⁰ Bei ihrem Wahlerfolg 2002 profitierte die SPD stark von der Bundestagswahl mit den Themen „Flut“, „Irak“ und der Kandidatenalternative „Schröder gegen Stoiber“. 2006 blieb ein solcher Rückenwind aus Berlin aus. Zu hoher Unzufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung kamen Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Parteiendemokratie insgesamt. In der Woche vor der Wahl meinten 63 Prozent der Mecklenburger und Vorpommern, dass keine Partei die Probleme in Deutschland lösen könne. Der Aussage „Egal, welche Partei regiert, es ändert sich ja doch nichts“ stimmte immerhin jeder zweite Befragte zu.³¹ Diese Zahlen erklären, warum sich alle drei auf Bundes- oder Landesebene in Regierungsverantwortung befindlichen Parteien – SPD, CDU und PDS – bei dieser Wahl schwer taten.

Erschwerend kam hinzu, dass auch die Arbeit der rot-roten Landesregierung und die Problemlösungskompetenz der Landes-SPD schlechter bewertet wurden als vier Jahre zuvor. Die Kompetenzwerte der SPD blieben auf allen wichtigen Themenfeldern rund zehn Prozentpunkte hinter denen des Jahres 2002 zurück. Bei der Frage, welcher Partei insgesamt die Lösung der Zukunftsprobleme des Landes zugetraut wird, wurden SPD und CDU von jeweils 31 Prozent der Wähler genannt. 2002 hatte die SPD bei dieser Frage noch über einen klaren 43:28-Vorsprung verfügt.³²

Welche Bedeutung hatten dann aber die Schwerpunktsetzungen im Wahlkampf für den Ausgang der Wahl? Es spricht viel für die These, dass die Wahlkampfstrategie der SPD half, ihre Position als stärkste Partei im Land zu behalten. In jedem Fall konnte die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten punkten. Harald Ringstorff erreichte zwar nicht die Popularitätswerte besonders beliebter „Landesväter“ wie Kurt Beck oder Matthias Platzeck. Eine Direktwahl des Ministerpräsidenten hätte Ringstorff aber klar gegen seinen Herausforderer Jürgen Seidel gewonnen (Infratest dimap: 55:33, Forschungsgruppe Wahlen 48:31). Wichtiger noch: 33 Prozent der SPD-Wähler gaben an, sich wegen des Kandidaten für ihre Partei entschieden zu haben, deutlich mehr als bei jeder anderen Partei.³³ Auf den Ministerpräsidenten kam es an.

Der Themenwahlkampf der SPD scheint zumindest in die richtige Richtung gegangen zu sein. Von den Wählern wurden vor allem drei Themenfelder als wahlentscheidend benannt: Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik³⁴, jene Felder also, die von der SPD in den Mittelpunkt ihres Themenwahlkampfes gerückt wurden.

Zwar wurde der CDU mehr Wirtschafts- und Arbeitsmarktkompetenz³⁵ zugebilligt, so dass diese Themen eher der Union genützt haben dürften. Der Vorsprung der Union bei der Wirtschaftskompetenz verringerte sich jedoch zwischen Mai und September von 25 auf fünf Prozentpunkte. Der SPD ist es also offenbar gelungen, die wirtschaftlichen Erfolge im Land auf die Agenda zu setzen. Dennoch bleibt dieser Teil des Themenwahlkampfes sicherlich das umstrittenste Element der gesamten Kampagne. Über die Botschaft „Den Erfolg fortsetzen“ gehen die Meinungen – auch innerhalb der SPD – bis heute auseinander. Leider sind weder die Botschaft noch das entsprechende Großflächenplakat, das Harald Ringstorff vor dem Wismarer Hafen zeigte und auf erfolgreiche Unternehmensansiedlungen verwies, jemals demoskopisch getestet worden. So kann man nur darüber spekulieren, ob die Botschaft nützlich oder schädlich war.

³⁰ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 17. September 2006. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 127, Mannheim 2006, S. 10.

³¹ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport, S. 85.

³² Vgl. Infratest dimap: Wahlreport, S. 76.

³³ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Mecklenburg-Vorpommern S. 27ff., Infratest dimap: Wahlreport. S. 41, 81.

³⁴ Vgl. Infratest dimap, S. 43.

³⁵ Zu den Kompetenzwerten im Detail vgl. Infratest dimap: Wahlreport, S. 75f.

Beim Thema „Soziale Gerechtigkeit“ ergibt sich ein umgekehrtes Bild. Hier verfügte die SPD schon zu Beginn des Wahlkampfs über einen Kompetenzvorsprung vor Linkspartei und CDU. Dieser konnte jedoch bis zum Wahltag nicht weiter vergrößert werden. Möglicherweise spielte dabei eine Rolle, dass die SPD ihre Sozialkompetenz im Wahlkampf nicht so konsequent mit konkreten Beispielen untermauerte wie ihre Wirtschaftskompetenz. Die erneut überdurchschnittlichen Verluste bei Arbeitern und Arbeitslosen könnten allerdings auch ein Hinweis darauf sein, dass das Image der SPD als „Partei der sozialen Gerechtigkeit“ durch die Hartz-Reformen in einigen Wählergruppen dauerhaft Schaden genommen hat, so dass die Offensive im Wahlkampf wenig Wirkung zeigen konnte.

Der zwei Wochen vor der Wahl vorgenommene Strategiewechsel – hin zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit der NPD – hat zwar den Einzug der Rechtsextremisten in den Landtag nicht verhindern können. Er half der SPD aber dabei, noch unentschlossene potentielle Anhänger zur Stimmabgabe zu bewegen. In der Woche vor der Wahl bezeichneten es 79 Prozent der Mecklenburger und Vorpommern als schlecht, wenn die NPD im Landtag sitzen würde.³⁶ Die Anti-NPD-Kampagne traf also auf eine weit verbreitete Stimmung in der Bevölkerung. Sie trug mit anderen Wahlaufrufen dazu bei, dass die Wahlbeteiligung mit 59,1 Prozent höher als bei anderen Landtagswahlen in Ostdeutschland ausfiel.

Ein optimaler Wahlkampf ist der SPD sicher nicht gelungen. Manche Veranstaltung, aber auch manch thematischer Vorstoß lief nicht wie beabsichtigt. Über die Botschaft „Den Erfolg fortsetzen“ kann man geteilter Meinung sein. Vor allem enthüllte der Landtagswahlkampf 2006 die nur geringe Verankerung *aller* Parteien in der Wählerschaft des Landes. Ohne parallele Bundestagswahlen hatten SPD, CDU und Linkspartei gleichermaßen Schwierigkeiten, ihre potentiellen Anhänger zur Wahlteilnahme zu motivieren.

Festzuhalten bleibt aber: Ihre wichtigsten strategischen Entscheidungen hat die SPD-Spitze richtig getroffen. Die Meinungsforscher von Infratest dimap haben ermittelt, dass unter den SPD-Anhängern der Anteil derer besonders groß war, die sich erst in den Tagen vor der Wahl oder sogar erst am Wahltag für ihre Partei entschieden.³⁷ In diesen Tagen konzentrierte sich das Profil der Partei vor allem auf die Person Harald Ringstorff und eine klare Positionierung zur NPD. Offenbar entschieden diese beiden Faktoren, dass die SPD ihr Wahlziel erreichen konnte.

5. Die Position der SPD nach der Landtagswahl 2006

Für die SPD bedeutet der Ausgang der Landtagswahl 2006 Kontinuität und Wandel. Die Partei bleibt stärkste Kraft im Land, stellt weiter den Ministerpräsidenten und verfügt auch weiter über eine Schlüsselstellung im Parteiensystem des Landes. Allerdings hat die SPD mit der CDU einen neuen Regierungspartner an ihrer Seite. Zudem hat sich das Parteiensystem des Landes gewandelt. Künftig müssen die Sozialdemokraten in einem Fünfparteiensystem agieren. Diese veränderte Konstellation wird kommende Wahlkämpfe für die Sozialdemokraten nicht einfacher machen. Die SPD wird einerseits auf Erfolge der gemeinsamen Regierungsarbeit mit der CDU verweisen müssen. Andererseits muss sie zur Abgrenzung zu nun vier anderen Parteien ein eigenständiges Profil entwickeln.

Für Szenarien zur Landtagswahl 2011 ist es noch zu früh. Eins allerdings ist heute schon absehbar: Die Ausgangslage für die nächste Wahl wird nicht nur von Erfolg oder Misserfolg der neuen rot-schwarzen Landesregierung, sondern auch vom Ausgang der Bundestagswahl 2009 abhängen.

³⁶ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Mecklenburg-Vorpommern, S. 25.

³⁷ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport, S. 42.

Wahlkampf mit Weichspüler? – Die CDU

*Christian Schwießelmann*¹

1. Einleitung

An der Bewertung des CDU-Landtagswahlkampfes 2006 scheiden sich die Geister: Der Wahlkampf war einerseits personell zugespitzt auf den CDU-Vorsitzenden Jürgen Seidel und sollte andererseits zugleich als offensiver Themenwahlkampf geführt werden. Die CDU vermied persönliche Angriffe auf den Spitzenkandidaten der SPD, Harald Ringstorff, und wollte dennoch „Rot-Rot“ abwählen. Der Spitzenkandidat Seidel präsentierte sich als „Mann des Ausgleichs“, aber plakatierte „Seidel statt Ringstorff“. Auch das Ergebnis des Wahlkampfes ist ein Zahlen gewordener Widerspruch: Die CDU sank bei den Zweitstimmen unter 30 Prozent und landete am Ende trotzdem in der Regierung.

Nachfolgend sollen die Besonderheiten dieses paradoxen Wahlkampfes beschrieben und analysiert werden. Dabei fällt auf, dass die CDU nach wie vor Schwierigkeiten bei der politischen Kommunikation und der Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft hat.² Zudem schmälerten die bundespolitischen Umstände der Landtagswahl die Chancen der Union.

2. Ausgangsbedingungen

Seit 1998 hat die CDU Mecklenburg-Vorpommern folgenschwere Umbrüche durchleben müssen. Dies betraf nicht nur das Personaltableau, sondern auch ihre Rolle im politischen System. 1998 verlor sie bei den Landtagswahlen zeitgleich mit der Kohlregierung die Regierungsverantwortung und ging in die Opposition. Seitdem ist die SPD stärkste politische Kraft auf Landesebene. Zu einem personellen Wechsel führte die Parteispendenaffäre 1999/2000. Die CDU-Landesvorsitzende Angela Merkel profitierte als Generalsekretärin der Bundespartei vom Rücktritt des in die Affäre verwickelten Bundesvorsitzenden Wolfgang Schäuble. Merkels Krisenmanagement brachte ihr einen Karriereschub und das höchste Parteiamt der CDU. Den Landesvorsitz übernahm 2000 Steffie Schnoor, die ehemalige Kultusministerin des Landes (1992-1994). Sie gab den Posten bereits nach einem Jahr an den „heimlichen starken Mann“ der Landes-CDU, den Fraktionsvorsitzenden im Schweriner Landtag, Eckhardt Rehberg, ab. Rehberg geriet nach der verlorenen Landtagswahl 2002 in die Kritik. Innerhalb der Fraktion traten unterschwellige Spannungen offen zu Tage. Eine Reihe vor allem jüngerer Abgeordneter kritisierte den Führungsstil des Fraktions- und Parteivorsitzenden. Dennoch gelang es ihnen nicht, Rehberg zu stürzen. Er behauptete sich 2003 knapp als Fraktions- und Landesvorsitzender und räumte erst 2005 für Jürgen Seidel den Parteivorsitz. Seidel wiederum war der Wunschkandidat der CDU-Basis, wie eine Findungskommission des Landesvorstandes ermittelt hatte.³

Die vorgezogene Bundestagswahl hat die Rahmenbedingungen der Landtagswahl 2006 stark verändert. Die getrennten Wahltermine vor allem aber der Ausgang der Bundestagswahlen versetzte den CDU-Landesverband in eine völlig neue Situation. Gänzlich unerwartet kam für die Wahlstrategen

¹ Der Verfasser dankt Herrn Matthias Schult, Referent für Politik und Öffentlichkeitsarbeit beim CDU-Landesverband MV, für den Gedankenaustausch und Hintergrundinformationen zum Landtagswahlkampf.

² Vgl. Peter Radunski: Lektionen lernen – Der Wahlkampf der CDU 2005, in: CIVIS MIT SONDE, 2 (2006), S. 54 ff.

³ Eine wissenschaftliche Darstellung der Vorgänge steht noch aus. Zu den Ereignissen siehe: „Schröder hilft Rehberg“, in: SVZ, 23.07.2005.

der Union, dass der Landtagswahlkampf vor der Kulisse einer Großen Koalition in Berlin stattfand. Dadurch verschwand die Möglichkeit, gemeinsam mit der Bundes-CDU gegen „Rot-Rot“ und „Rot-Grün“ vorzugehen und „Abwahlsynergien“ zu nutzen. Stattdessen war man darauf angewiesen, dass der Kanzlerbonus des prominentesten Mitglieds des Landesverbandes, Angela Merkel, als Trumpfkarte stach.

3. Wahlvorbereitungen

Die Schwierigkeiten waren enorm, weil das Bild der Landes-CDU durch die anhaltenden Personalquerelen gelitten hatte. Die persönlichen Animositäten in der Fraktion wurden seit 2003 öffentlich ausgetragen und überlagerten die Wahrnehmung der Oppositionsarbeit häufig. Der neue CDU-Vorsitzende Jürgen Seidel zog daraus zum Jahreswechsel 2005/2006 die Schlussfolgerung, dass die CDU mit ihren Positionen besser „durchdringen“ müsse. Viele Menschen hätten sich bereits „eingeschlafen mit der Situation unter der Regierung Harald Ringstorffs“.⁴ Er kündigte an, dass die teilweise eingeschlafenen Fachausschüsse für die Programmarbeit wiederbelebt werden. Die Vorbereitung des Wahlkampfes begann unmittelbar nach der Bundestagswahl 2005 mit der Kandidatenaufstellung für die 36 Direktwahlkreise.

Erste Wahlkampfplanungen lagen den Kreisvorsitzenden der CDU auf einer Konferenz in Plau am See (20.01.2006) vor.⁵ Inhaltlich waren die Pflöcke spätestens nach der Klausurtagung des Landesvorstandes (24./25. Februar) eingerammt. Der dort erarbeitete Entwurf des CDU-Wahlprogramms formulierte bereits im Titel die Kernbotschaft des CDU-Wahlkampfes: „Gemeinsam mehr erreichen“. Darin deutete sich bereits ein weniger konfrontativer Wahlkampf an: „Keiner darf erfolgreiche Unternehmensansiedlungen schlecht reden. Wir brauchen alle Erfolge als Bausteine, um im Land Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu erreichen. [...] Wir wollen aufmerksamer zuhören, Ideen ernst nehmen und Argumenten gegenüber aufgeschlossen sein. Auch die politischen Parteien haben so die ehrliche Chance, Mecklenburg-Vorpommern spürbar voran zu bringen.“⁶

Mit dem professionellen Marketing wurde die Werbeagentur Shipyard aus Hamburg beauftragt. Die 2000 gegründete Agentur hatte zuvor bereits die Wahlkämpfe der CDU in Hamburg 2001, 2004 und zuletzt der Christdemokraten in Sachsen-Anhalt im März 2006 begleitet. Besonders erfolgreich war die Personalisierungsstrategie „Ole wählen“ im Wahlkampf der Hamburger CDU 2004. Die hanseatische CDU errang die absolute Mehrheit und damit einen historischen Wahlsieg.⁷ Dagegen verlangte die Situation in Mecklenburg-Vorpommern konzeptionelles Umdenken. Im Gegensatz zu Hamburg 2004 und Sachsen-Anhalt 2006 bestand die Aufgabe nicht darin, einen bekannten Regierungschef im Amt zu verteidigen, sondern eine Wechselstimmung zu generieren und einen relativ unbekanntem Spitzenkandidaten einem möglichst großen Teil der Wählerschaft bekanntzumachen.

Der 11. politische Aschermittwoch der CDU in Demmin sollte die Basis auf den kommenden Wahlkampf einstimmen. Angela Merkel präsentierte sich vor 2.500 Unionsanhängern erstmals als Kanzlerin und ging die rot-rote Landesregierung mit Verweis auf die Pannen bei der Bewältigung der Vogelgrippe offensiv an. Der Landesvorsitzende Jürgen Seidel rief ebenso kämpferisch zur Abwahl von „Rot-Rot“ auf.⁸

Bei der Aufstellung der Landesliste am 18. März in Gägelow bei Wismar bemühte sich die CDU um ein Bild der Geschlossenheit. Die Delegierten wählten Jürgen Seidel mit 135 von 136 Stimmen

⁴ „CDU-Chef geht mit neuem Politikstil ins Wahljahr“, in: SVZ, 31.12.2005.

⁵ Vgl. CDU MV aktuell. Der Newsletter der CDU MV, Ausgabe 01/2006 (www.cdu-mv.de).

⁶ Vgl. Arbeitsentwurf des Wahlprogramms der CDU MV: Gemeinsam mehr erreichen, S. 4.

⁷ Näheres zu dieser modernen Wahlkampagne in: shipyard nice media (Hrsg.) 2004: 47,2 Wie die CDU die absolute Mehrheit in Hamburg holte und was wir damit zu tun haben, Reinbek bei Hamburg (www.shipyard.de).

⁸ Vgl. CDU MV aktuell. Der Newsletter der CDU MV, Ausgabe 05/2006 (www.cdu-mv.de).

(99,2 Prozent) zum Spitzenkandidaten der CDU. Auch der Listenvorschlag des Landesvorstandes passierte ohne große Überraschungen. Erst ab Listenplatz 19 gab es Verschiebungen. Seidel selbst kandidierte nicht für ein Direktmandat und hielt sich somit die Option offen, bei einem schlechten Wahlergebnis wieder ins Warener Landratsamt zurückzukehren. Inhaltlich ließ vor allem die starke familienpolitische Ausrichtung aufhorchen, darunter die Forderung nach der Befreiung der Eltern von den Kita-Beiträgen, die auch die anwesende Bundeskanzlerin Angela Merkel ausdrücklich herausstellte.⁹

Die Programmdiskussion startete ebenfalls im März 2006. Der Programmentwurf wurde publik gemacht und in den Gliederungen der Partei sowie auf drei Regionalkonferenzen diskutiert. Als Gastredner der Konferenzen waren jeweils einflussreiche CDU-Bundespolitiker geladen, die zugleich als unbedingte Vertrauensmänner von Angela Merkel gelten: Bei der Auftaktkonferenz in Schwerin (26. April) kam Merkels Kanzleramtschef Thomas de Maizière, der in Mecklenburg-Vorpommern seine politische Karriere als Kulturstaatssekretär und später als Chef der Staatskanzlei (1994-1998) begann. Er warb für eine Regierungsbeteiligung der CDU, betonte aber die Kompromissbereitschaft in einer Großen Koalition.¹⁰ An der Regionalkonferenz in Neustrelitz (3. Mai) war der Generalsekretär der Bundes-CDU, Roland Pofalla, beteiligt. In die dortige Programmdebatte brachte der CDU-Landtagsabgeordnete Wolf-Dieter Ringguth den Antrag ein, in das Programm eine klare Absage für das Bombodrom der Bundeswehr in der Kyritz-Ruppiner Heide aufzunehmen, das auch den Tourismus an der Müritz gefährden könnte.¹¹ Eine letzte Regionalkonferenz fand in Rostock (11. Mai) mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, statt.

Die Phase der Wahlvorbereitung schloss mit der Verabschiedung des Wahlprogramms auf dem Landesparteitag in Pasewalk (24.06.2006) ab. Ohne eine weitere Grundsatzdebatte darüber nahm die Versammlung das Programm bei einer Gegenstimme an. Abermals warf Angela Merkel ihre Amtsautorität in die Waagschale und nutzte den Parteitag als Plattform für heftige Attacken gegen den SPD-Amtsinhaber Harald Ringstorff wegen seiner bundespolitischen Alleingänge.¹²

4. Wahlkampfführung

4.1 Wahlziele

Erklärtes Wahlziel der Union war es, die SPD-Linkspartei-Koalition abzulösen und selbst wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dazu wollte sie wieder die stärkste politische Kraft auf Landesebene werden. Jürgen Seidel bekannte sich zu diesem Ziel, vermied aber eine Festlegung auf eine Prozentzahl, wohl auch um späteren Enttäuschungen vorzubeugen.¹³ Die Voraussetzungen für die Rückkehr zu alter Stärke waren nach den deutlichen Siegen bei den Kommunalwahlen 1999 und 2004 günstig. Die kommunale Machtbasis sollte im Landtagswahlkampf nutzbar gemacht werden.

Anders als bei der SPD waren für die CDU die Koalitionsoptionen im Falle eines Wahlsieges stark begrenzt. Das aus Sicht der CDU präferierte Bündnis mit den Liberalen lag demoskopisch in weiter Ferne. Es setzte den Einzug der Liberalen mit einer stattlichen Anzahl von Abgeordneten voraus und war zudem nur bei einem überragenden CDU-Wahlsieg von 40 Prozent Zweitstimmenanteil und mehr denkbar. Als realistischere Alternative dazu blieb die Große Koalition. Sie bestand unter

⁹ Vgl. „Erfahrene Mannschaft mit neuer Leitfigur“, in: Nordkurier, 20.03.2006.

¹⁰ Vgl. „Berliner Gast schwört CDU des Landes auf Große Koalition ein“, in: Nordkurier, 28.04.2006.

¹¹ Vgl. „Zuviel Rot im Nordosten“, in: Nordkurier, 04.05.2006.

¹² Vgl. „Ran an den Speck. CDU auf dem Parteitag in Pasewalk kämpferisch“ und „Merkel attackiert Ringstorff“, in: SVZ, 26.06.2006.

¹³ Vgl. „Ich habe schon ein paar Namen im Kopf. CDU-Spitzenkandidat Seidel über sein Schattenkabinett und die Koalitionsfrage“, in: SVZ, 20.03.2006.

CDU-Führung bereits in den Jahren 1994 bis 1998 und war eine sehr konflikträchtige Konstellation. Allerdings verfügten beide potentiellen Koalitionspartner dadurch über einen gemeinsamen Erfahrungsschatz. Sowohl Jürgen Seidel als auch Harald Ringstorff hatten in der Großen Koalition Ministerämter inne. Neben den Erfahrungen der Akteure sprach für eine Große Koalition auch eine Synchronisation landes- und bundespolitischer Interessen. Die Große Koalition im Bund strahlte in den Nordosten hinein.

In der seit 1994 bestehenden Drei-Parteien-Landschaft war die Große Koalition insbesondere für den Fall wahrscheinlich, dass die Linkspartei stärker als die SPD würde. Der CDU nützte in dieser Drei-Parteien-Konstellation selbst eine relative Mehrheit kaum etwas, solange SPD und Linkspartei.PDS zusammen über eine absolute Mehrheit verfügten. Die SPD befand sich dagegen in einer komfortablen Situation. Sie besaß als einzige Partei zwei Optionen, um entweder ein Bündnis mit den Sozialisten oder mit den Christdemokraten zu schmieden.

4.2 Wahlkampfmittel

Gemessen an den Maßstäben vorangegangener Wahlkämpfe hat die CDU einen zurückhaltenden Wahlkampf geführt. Zuallererst in quantitativer Hinsicht: Im Vergleich etwa zu den Landtagswahlkämpfen der 1990er Jahre war die CDU in der Fläche mit viel weniger Plakaten präsent. Da auch andere etablierte Parteien bei der Plakatierung Zurückhaltung übten und sich auf Schwerpunkte konzentrierten, war der Kontrast zur NPD besonders groß. Letztlich entschieden die CDU-Landtagskandidaten selbst, mit wie vielen Plakaten sie in ihrem Wahlkreis auf sich aufmerksam machen wollten. Sie hatten auch die Kosten dafür zu tragen.

Die Landes-CDU setzte auf eine Kombination traditioneller und moderner Werbemittel. Dazu gehörten 400 Großflächenplakate mit fünf unterschiedlichen Motiven, die in zwei Wellen geklebt wurden. Zunächst sollte in erster Welle mit inhaltlichen Aussagen die Lösungskompetenz der Union bei wichtigen Landesthemen demonstriert werden. In der zweiten Welle erfolgte die personelle Zuspitzung auf Seidel als Alternative zu Ringstorff. Kritiker beklagten indessen die Austauschbarkeit und die geringe Aussagekraft der Plakatmotive.¹⁴

Tab. 1: Großplakate der CDU

Slogan	Thema	personalisiert	Welle
Bildung statt Schulsterben	Bildung	nein	1
Arbeit statt Abwanderung	Wirtschaft	nein	1
Handeln statt aufgeben	Bürokratie?	nein	1
Anpacken statt abwarten	Regierung	ja	2
Seidel statt Ringstorff	Regierungschef	ja	2

Quelle: CDU Landesverband MV. Eigene Darstellung.

In qualitativer Hinsicht war das Regionalmagazin *OBEN* Kernstück der Kampagne. Es wurde in einer Auflage von 450.000 Stück produziert und konnte so an jeden zweiten Haushalt verteilt werden. Generalsekretär Lorenz Caffier bezeichnete das Heft als „Novität“, weil es Polemik gegen den politischen Gegner vermied und im Reportagestil über die Arbeit der 36 CDU-Direktkandidaten berichtete.¹⁵ Ein ganz neues Wahlkampfinstrument war das Magazin indessen nicht. Schon im Bundestagswahlkampf 1998 hatte die Kohl-Regierung in Ostdeutschland mit dem Magazintitel *NBI* geworben, um Assoziationen mit jener auflagestarken Wochenzeitschrift *Neue Berliner Illustrierte* aus

¹⁴ Eine Bewertung der Plakate zum Beispiel in: „Stimmenfang auf Mecklenburgisch“, in: SVZ, 18.08.2006. Das Bildungsmotiv (eine junge Frau mit einem Buch vor dem Gesicht) tauchte auch in SPD-Werbemitteln auf.

¹⁵ Vgl. „Rechts oben ist gut leben“, in: Nordkurier, 02.09.2006.

DDR-Zeiten zu wecken. Das CDU-Magazin *OBEN* war für den Leser nicht auf dem ersten Blick als Wahlwerbung zu erkennen. Die Werbebotschaft wurde subtil in einen flüssig lesbaren, journalistisch-informativen Text gekleidet. Alle Direktkandidaten steuerten Themen mit regionalem Bezug bei. Die Redaktion bestand sowohl aus professionellen Journalisten als auch aus Mitarbeitern der Partei unter Leitung von Lorenz Caffier.¹⁶ Dass die Mehrzahl der Adressaten das Heft komplett gelesen hat, darf bezweifelt werden. Gewiss ist, dass der enorme materielle Aufwand Mittel band und den Verzicht auf eine flächendeckende Plakatierung bedeutete.

Bei den klassischen Anzeigen in der Tagespresse und in den Anzeigenblättern beschränkte sich die CDU auf wenig und lag quantitativ hinter der SPD. Stattdessen konzentrierte sich die Partei auf eigene Presseerzeugnisse und ließ neben dem Magazin *OBEN* auch noch eine Aktionszeitung zur Landtagswahl von der Bundesgeschäftsstelle herausgeben. Im Internet verfügte Seidel – anders als Ringstorff – über eine eigene Plattform unter www.seidel-2006.de, auf der Bilder, Pressemitteilungen und Biographisches eingestellt waren. Die Kampagnenseiten der Union waren unter der Adresse des Landesverbandes, www.cdu-mv.de, geschaltet.¹⁷

4.3 Personenwahlkampf

Der Wahlkampf der CDU war auf den Spitzenkandidaten zugeschnitten. Die inhaltliche Ausrichtung des Wahlkampfs mit dem Hauptziel eines neuen politischen Stils der Gemeinsamkeit entsprach der medialen Wahrnehmung Jürgen Seidels als „Mann des Ausgleichs“.¹⁸ Insofern stimmten inhaltliche Botschaft und die Person des Spitzenkandidaten überein. Seidel wurde als bürgernahe, bodenständiger Landrat präsentiert, der um Interessensausgleich vor Ort interessiert ist und den Müritzkreis vorangebracht hat: „Als Landrat Spitze für den Landkreis Müritz – als Ministerpräsident Spitze für Mecklenburg-Vorpommern.“¹⁹

Größter Schwachpunkt Seidels im Direktvergleich mit Harald Ringstorff war jedoch der geringe Bekanntheitsgrad. Umfragen ergaben, dass rund zwei Wochen vor der Wahl nur 63 Prozent der Wahlberechtigten den CDU-Kandidaten namentlich kannten. Der Amtsinhaber Ringstorff war hingegen 95 Prozent der Befragten bekannt. Selbst der Linkspartei.PDS-Kandidat Wolfgang Methling lag mit einem Bekanntheitsgrad von 72 Prozent vor Seidel.²⁰ Um diesen Nachteil wettzumachen, startete Jürgen Seidel Anfang Juli vor der „heißen Phase“ eine Wahlkampftour quer durchs Land.²¹ Dabei legte der Unionsführer mit einem eigenen Wahlkampfbus ca. 25.000 km zurück und nahm insgesamt über 600 Termine wahr. Um den Wahlkampf in der Fläche besser zu vernetzen, konnten die Kreisverbände und Landtagskandidaten den Bus anfordern und zur eigenen Bewerbung nutzen. Die Bustour war sicher alternativlos, aber keine Patentlösung für den Abbau des Popularitätsvorsprungs von Ringstorff.

Die CDU musste damit rechnen, dass die SPD Seidels Funktionen in der DDR-CDU thematisieren würde. Der in Waren geborene Diplom-Ingenieur für Werkstoffkunde wurde 1971 Mitglied in der CDU und hatte bald wichtige hauptamtliche Funktionen auf Kreisebene inne. Unter anderem war Seidel von 1974 bis 1984 Ratsmitglied des Kreises Waren für Umweltschutz, Wasser und Erho-

¹⁶ Vgl. CDU-Landesverband MV (Hrsg.): *OBEN. Das Magazin für Mecklenburg-Vorpommern*, Ausgabe Sept. 2006.

¹⁷ Zur Bewertung des Internetwahlkampfs siehe: „Online-Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern“, unter: (www.politik-digital.de).

¹⁸ Stellvertretend für viele Kommentare: „Portrait. Ein Mann des Ausgleichs“, in: *Lübecker Nachrichten*, 20.03.2006.

¹⁹ Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): *Aktions/Zeitung Landtagswahl 2006*, S. 2.

²⁰ Vgl. Infratest dimap: *LänderTREND Mecklenburg-Vorpommern August III 2006*, Erhebung auf der Grundlage computergestützter Telefoninterviews, 1.000 Befragte, Erhebungszeitraum: 27.08.-30.08.2006 (www.infratest-dimap.de).

²¹ Vgl. „CDU-Kandidat startet mit Bus Wahlkampftour“, dpa-Meldung, 04.07.2006 (www.seidel-2006.de).

lungswesen.²² Die Befürchtung, dass die SPD den CDU-Kandidaten vor diesem biographischen Hintergrund angreift, wurde durch eine Äußerung des Innenministers Gottfried Timm während der Landtagsdebatte zur Verwaltungsreform genährt. Timm verwies auf die Mitwirkung der CDU im SED-Staat, weil sie die Verabschiedung des Verwaltungsmodernisierungsgesetzes als „Tyrannie der Mehrheit“ gescholten hatte. Ausdrücklich erwähnte Timm dabei Seidel „als ehemaliges Ratsmitglied“.²³

Um möglichen Angriffen vorzubeugen, bekannte sich Seidel im Wahlkampf offen zu seiner DDR-Biographie. Tatsächlich attackierte die SPD Seidel aber weniger wegen seiner vermeintlichen Systemnähe, sondern weil er sich seiner guten Kontakte zur Bundeskanzlerin Angela Merkel rühmte. Der SPD-Vorsitzende Till Backhaus prägte nicht frei von Hämie das Wort vom „Filialleiter von Frau Merkel“.²⁴ Auf diese Weise gelang es der SPD, den Personenwahlkampf der CDU zumindest teilweise empfindlich zu stören. Das demonstrativ gute Verhältnis des Spitzenkandidaten zur Kanzlerin war fortan kein ernsthaftes Argument mehr, zumal deren eigene Umfragewerte zu sinken begannen.

Eine persönliche Auseinandersetzung zwischen den Spitzenkandidaten Seidel und Ringstorff war von beiden Seiten nicht gewollt. Zum einen passte sie nicht in das Konzept eines neuen gemeinschaftlichen und ehrlichen Politikstils. Zum anderen sah sich Seidel auch charakterlich hierzu außerstande. Die CDU verzichtete schließlich auf seine Intervention hin darauf, die rot-rote Regierungsbilanz auf ihren Großplakaten mit Ringstorff-Zitaten zu karikieren.²⁵ Auch die SPD hatte kein Interesse an einem personenbezogenen Angriffswahlkampf. Sie wollte Seidel nicht aufwerten oder durch einen Meinungsstreit mit Ringstorff seinen Bekanntheitsgrad steigern. Das hohe Ansehen des Amtsinhabers, der in seiner zweiten Amtsperiode (2002-2006) einen zunehmend präsidentiellen Regierungsstil herausgebildet hat, hätte dadurch beschädigt werden können. Das Fernsehduell wenige Tage vor der Wahl zeigte, dass diese Gefahr für die SPD durchaus gegeben war. Wenngleich Jürgen Seidel oft im Unkonkreten blieb, wertete die Schweriner Volkszeitung den Ausgang der Sendung als „Sieg für Seidel im Spitzenduell“.²⁶ Der Herausforderer präsentierte sich angriffslustiger und selbstsicher, während Ringstorff „angespannt“ bis „nervös“ wirkte und seinem Duellanten „häufig aggressiv ins Wort“²⁷ fiel. Das TV-Duell hatte rund 90.000 Zuschauer. Die Auswirkungen auf die Wahlentscheidung der 1,4 Mio. Wahlberechtigten sind jedoch unklar.²⁸

Der Personenwahlkampf der CDU hatte eine weitere Besonderheit: Nur wenige Tage vor dem Wahlsonntag wurde das „Schattenkabinett“ bekannt gegeben. Offensichtlich wollte die CDU verhindern, dass die Kandidaten – wie mit Paul Kirchhof im Bundestagswahlkampf 2005 geschehen – im Vorfeld beschädigt oder gar demontiert werden. Der späte Zeitpunkt offenbarte auch Rekrutierungsprobleme der CDU. Es fiel Seidel offenkundig schwer, ministrable Mitstreiter zu finden. Dadurch blieb den Medien vorab viel Raum für Spekulationen.²⁹ Seidel mied bei der Vorstellung den Begriff „Schattenkabinett“ und sprach von einer „Mannschaft“. Für ihn, der die Personalauswahl selbst traf, standen vor allem Kompetenz und Loyalität im Vordergrund. Es erstaunte, dass in dem siebenköpfigen Team vier Quereinsteiger waren, deren Namen landespolitisch bislang keine Rolle

²² Vgl. Lebenslauf Jürgen Seidel unter www.seidel-2006.de. Siehe auch CDU-Fraktion MV (Hrsg.): 1990-2000 CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2000, S. 74 f.

²³ Vgl. Plenarprotokoll des Landtags MV, 4/74, 05.04.2006, S. 4415.

²⁴ Beispielsweise in: „Reaktion auf das Schattenkabinett“, Pressemitteilung der SPD MV, 14.09.2006.

²⁵ Vgl. „Kandidat der Kanzlerin“, in: Die Welt, 25.08.2006.

²⁶ „Sieg für Seidel im Spitzenduell“, in: SVZ, 14.09.2006.

²⁷ „Verbissenes Duell“, in: OZ, 14.09.2006.

²⁸ Vgl. „Kein Siegesgeheul – fast nirgends“, in: Nordkurier, 15.09.2006.

²⁹ Stellvertretend für viele Medienspekulationen: „Schattenkabinette nehmen noch keine konkreten Formen an“, in: Nordkurier, 25.8.2006; vgl. auch: „Mehr Schatten als Kabinett“, in: OZ, 08.09.2006.

spielten. Überraschend war ferner die Präsentation von Claudia Nolte als einziger Person mit bundespolitischem Erfahrungshorizont. Jürgen Seidel garantierte keinem aus seiner Mannschaft nach der Wahl ein Amt und legte zeitgleich ein 25-Punkte-Sofortprogramm für den Fall der Regierungsübernahme vor.³⁰

Tab. 2: Wahlkampfmannschaft von Jürgen Seidel

Name	Qualifikation	Tätigkeit	Kompetenzfeld	polit. Erfahrung
Andrea Köster (CDU)	Dipl.-Volkswirtin	Bürgermeisterin	Finanzen	ja
Armin Jäger (CDU)	Jurist	Fraktionsvorsitzender	Justiz	ja
Bernd Fischer (parteilos)	Maschinenbauing.	Geschäftsführer	Arbeit/Wirtschaft	nein
Claudia Nolte (CDU)	Dipl.-Ing. Automat.	K.-Adenauer-Stiftung	Familie	ja
Harald Nitschke (CDU)	Agraringenieur	Geschäftsführer	Landw./Umwelt	nein
Henry Tesch (parteilos) ¹	Lehrer	Schulleiter	Bildung	nein
Lorenz Caffier (CDU)	Maschinenbauing.	parlam. Geschäftsführer	Innenpolitik	ja

Quelle: „Sie treten zur Wahl gegeneinander an“, in: SVZ, 15.09.2006. Eigene Darstellung.

¹ Henry Tesch trat nach der Wahl der CDU bei.

4.4 Themenwahlkampf

Das Generalthema eines neuen gemeinschaftlichen Politikstils durchzog das gesamte CDU-Wahlprogramm, das vier Schwerpunktbereiche aufwies: 1. Arbeit/Wirtschaftspolitik, 2. Familienpolitik, 3. Bildungspolitik und 4. Kommunalpolitik/Verwaltungsreform.³¹ Das Grundmotiv „Gemeinsam mehr erreichen“ war unverbindlich genug, um sich auf diesen Politikfeldern beliebig variieren zu lassen. Im Bereich der Wirtschaftspolitik unterschied sich die CDU vom politischen Gegner durch ihre keineswegs neue Forderung nach einem Mittelstandsprogramm für kleinere Unternehmen und Handwerker. Ferner strebte sie eine Zusammenlegung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums zwecks Bündelung von Ressourcen an. Die familienpolitische Zielstellung, „die Eltern von den Kosten für die Kindertagesbetreuung zu befreien“³², war im Wahlkampf heiß umstritten. Die SPD bezweifelte eine seriöse Finanzierung des Projektes. Den Bildungsbereich wollte die CDU als ein klassisches ideologisches Schlachtfeld zwischen Christ- und Sozialdemokratie zuallererst befrieden. Die Schulstrukturen sollten deshalb nicht verändert werden. Die Christdemokraten plädierten für den Leistungsgedanken, eine stärkere Autorität des Lehrers, Kopfnoten und die religiöse bzw. philosophische Wertevermittlung an den Schulen des Landes. Auf die Themen Kommunalpolitik und Verwaltungsreform legte die Union besonderes Augenmerk, galt es doch, ihre starke kommunal verankerte Basis zu motivieren. Umso schwerer wog der Lapsus, der Jürgen Seidel unterlief, als die CDU am 15. August den Abschlussbericht ihrer parteiinternen Kommission „Verwaltungsreform“ der Presse vorstellte: Die Kommission unter Leitung des ehemaligen CDU-Justizministers Herbert Helmrich empfahl das Zurücknehmen der Kreisgebietsreform bei gleichzeitiger Ausweitung der Aufgabenübertragung.³³ Sie stützte damit die Klagebestrebungen der CDU-Fraktion vor dem Landesverfassungsgericht.³⁴ Jürgen Seidel deutete an, dass die CDU die Klage im Falle einer Großen Koalition nach Beseitigung der Verfassungswidrigkeit zurückziehen könne. Einige Presse-

³⁰ Vgl. „Mecklenburg-Vorpommern: Seidel stellt Kompetenzteam vor“, in: Die Welt, 14.09.2006.

³¹ CDU Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Gemeinsam mehr erreichen. Wahlprogramm der CDU Mecklenburg-Vorpommern, beschlossen auf dem Landesparteitag am 24.06.2006, Pasewalk 2006 (www.cdu-mv.de).

³² Ebd., S. 30.

³³ Vgl. CDU Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Schlussbericht der „Kommission Verwaltungsreform“ der CDU Mecklenburg-Vorpommern, August 2006, S. 69 ff. unter: www.cdu-mv.de.

³⁴ Der Antrag auf abstrakte Normenkontrolle nach § 11, Abs. 1 Nr. 2 LVerfG wurde am 21. September 2006 von den Verfahrensbevollmächtigten DOMBERT-Rechtsanwälte, Potsdam, gestellt. Antrag und Begründung unter www.cdu-fraktion.de.

vertreter missverstanden diese Überlegung als Offerte an die SPD.³⁵ Die Wirkung in den eigenen Reihen war verheerend, weil die Bekämpfung der „kommunalfindlichen“ Verwaltungsreform seit Jahren zum politischen Credo der Union gehörte. Der Eindruck von zu großer Kompromissbereitschaft des Unionskandidaten ließ sich nachträglich nicht so ohne weiteres korrigieren. Der ausgesprochen defensiv geführte Wahlkampf offenbarte seine Tücken. Die Union schien ihre Hoffnung auf den Wahlsieg schon begraben zu haben. In einem Pressekommentar war vom „Weichspüler“ die Rede.³⁶

Wie wichtig schnelles Reagieren für effektives Themenmanagement im Wahlkampf ist, zeigt das Beispiel der rauchfreien Schule. Die CDU kämpfte seit Jahren für ein Rauchverbot an Schulen, entsprechende Anträge im Landtag wurden jedoch von der rot-roten Koalition stets mit der Begründung abgelehnt, dass ein Rauchverbot die Schüler nicht am Rauchen hindere. Seidel machte die CDU-Position im Wahlkampf deutlich. Nachdem eine von der *Ostsee-Zeitung* in Auftrag gegebene Umfrage Ende August ergab, dass sich 86 Prozent der befragten Bürger für ein Rauchverbot an Schulen aussprechen, schwenkte auch Harald Ringstorff plötzlich um. Er versprach, bereits zum Beginn des Schuljahres 2007/2008 ein solches Verbot zu erlassen. Der CDU blieb nur übrig, Ringstorffs Meinungswechsel als ungläubiges Wahlkampfmanöver zu brandmarken.³⁷

Zum politischen Schlagabtausch zwischen CDU und SPD geriet der Besuch des US-Präsidenten George W. Bush im Juli 2006 in Vorpommern auf Einladung der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ihr Kalkül dürfte es gewesen sein, den eigenen vorpommerschen Wahlkreis aufzuwerten und ihre politische Heimat der Weltöffentlichkeit zu präsentieren. Ohne Zweifel erwartete die CDU von Fernsehbildern einen nachhaltigen touristischen Effekt sowie Rückenwind in ihrer Hochburg Vorpommern. Die rot-rote Regierungskoalition war in der Bewertung des Besuchs durchaus gespalten. Zudem überlagerte eine Kostendebatte die Diskussion um den Besuch. Die Polizeigewerkschaft bezifferte die Einsatzkosten für polizeiliche Absicherung des Politikertreffens auf bis zu 20 Mio. Euro. Der Landes-CDU drohte damit eines ihrer besten Argumente für den Besuch abhanden zu kommen, nämlich das des touristischen Nutzwertes durch die US-amerikanische Medienöffentlichkeit. Dementsprechend barsch reagierte sie auf die Forderungen der Landesregierung, der Bund solle die Kosten für den Einsatz der rund 12.000 Polizisten zahlen.³⁸

Treffsichere Wahlkampf-Munition lieferte der SPD der Grillabend mit Bush in Trinwillershagen, einem ehemaligen DDR-Musterdorf bei Stralsund. Ministerpräsident Ringstorff erhielt erst am Vortag eine schriftliche Einladung zu dem eher inoffiziellen Treffen,³⁹ auf dem die CDU mit zahlreichen Landes- und Lokalpolitikern vertreten war. Ringstorff revanchierte sich auf seine Art und sprach fortan im Wahlkampf von der „teuersten Grillparty der Welt“. Die CDU kreidete ihm im Gegenzug den „lustlosen“ Empfang des Präsidenten am Flughafen Rostock-Laage an. Sie bewertete das Treffen zwischen Bush und Merkel in Vorbereitung des G8-Gipfels in Sankt-Petersburg als „einen weltweiten Imagegewinn“ für das Land.⁴⁰ Fest steht, dass die politische „Wahrnehmung“ dieses Staatsbesuchs infolge des Wahlkampfs erheblich verzerrt war. Die Linkspartei.PDS spielte auf der anti-amerikanischen Klaviatur, wenngleich die Anti-Bush-Demonstrationen mit 800 Teilnehmern hinter den Erwartungen zurückblieben.⁴¹ Der CDU brachte der Bush-Besuch als Thema kein Stimmungshoch: Laut Umfrage hielten sich Zustimmung (45 Prozent) und Ablehnung (47 Prozent) in der Bevölkerung knapp die Waage. 70 Prozent der Befragten empfanden die Sicher-

³⁵ Vgl. „Seidel flirtet mit der SPD“, in: OZ, 16.08.2006.

³⁶ Vgl. „Seidel zum SPD-Flirt: So verrückt bin ich nicht“, in: OZ, 18.08.2006; siehe auch den Kommentar: „Weichspüler inklusive“, in: Nordkurier, 16.08.2006.

³⁷ Vgl. „Kehrtwende: SPD für Rauchverbot“, in: OZ, 04.09.2006; „Schulen ab 2007 rauchfrei“, in: SVZ, 04.09.2006.

³⁸ Vgl. „Bush-Besuch wird teurer“, in: OZ, 06.07.2006.

³⁹ Vgl. Kleine Anfrage von Barbara Borchert (Linkspartei.PDS), MdL, Landtags-Drucksache, 4/2374, 14.08.2006, S.1.

⁴⁰ Vgl. „Ministerpräsident sollte absurde Behauptungen unterlassen - Trinwillershagen war kein CDU Fest!“, in: Pressemitteilung der CDU MV (www.cdu-mv.de).

⁴¹ Vgl. „Friedlicher Protest im Abseits des Staatsbesuchs“, in: Nordkurier, 14.07.2006.

heitsvorkehrungen als übertrieben.⁴² Angesichts dieser Stimmungslage dürfte die CDU und ihr Spitzenkandidat Seidel kaum von den staatsmännischen Bildern mit George W. Bush und seiner Außenministerin Condoleezza Rice profitiert haben.⁴³

Der Themenwahlkampf der CDU wurde von der CDU-Landtagsfraktion vorbereitet und flankiert. Seit Dezember 2005 verschickte sie Flyer zu ihren parlamentarischen Arbeitsfeldern, die sich zum Teil mit den Wahlkampfthemen deckten.⁴⁴ Im April 2006 publizierte die Fraktion ihre „Abrechnung“ mit der rot-roten Regierungskoalition. Der provokante Titel „8 Jahre SPD/PDS. Diktatur der Mehrheit“ ließ auf einen angriffslustigen Wahlkampf der CDU schließen. Der demokratietheoretisch nicht unproblematische Vorwurf im Titel rieb sich vor allem an dem wenig Konsens orientierten Regierungshandeln in Bezug auf die Verwaltungsmodernisierung, die gegen den Widerstand der meisten Kommunalpolitiker durchgesetzt wurde. Der Text folgerte, dass es dem Land unter „Rot-Rot“ an einer „Politik des Miteinanders und der Gemeinsamkeit“⁴⁵ mangle.

Der CDU-Fraktion gelang es nicht durchweg, aus all ihren parlamentarischen Initiativen Nektar für den Wahlkampf zu saugen. Erinnert sei an das Missmanagement der Landesregierung bei der Vogelgrippe Anfang des Jahres sowie an den parlamentarischen Untersuchungsausschuss im Mordfall Carolin. Beide Themen gingen in der „heißen Phase“ im Wahlkampfgetöse unter. Auch hier zeigten sich deutliche Schwächen bei der politischen Kommunikation der Partei und einem effektiven Themenmanagement.

4.5 „Heiße Phase“

Die CDU läutete die „heiße Phase“ des Wahlkampfs offiziell am 25. August in der Heimatstadt des Spitzenkandidaten ein. Bundeskanzlerin Angela Merkel stand Jürgen Seidel vor dem Panorama des Warener Stadthafens erneut zur Seite.⁴⁶ Bei den häufigen gemeinsamen Auftritten hatten Merkel und Seidel eine „Redner-Choreographie“ eingeübt. Während Merkel die rot-rote Regierung von höherer Warte aus angriff und um Verständnis für die Große Koalition in Berlin warb, war Seidel für die Detailfragen der Landespolitik zuständig. Das Angriffsmoment des CDU-Wahlkampfs trat vor allem in diesen Reden, weniger aber in den Materialien und den Plakaten hervor. Das Primärziel der Union, die Landesregierung abzuwählen, drang zu wenig durch.

Eine Besonderheit des CDU-Wahlkampfs lag in dem großen Engagement von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Offenbar hatte die Schützenhilfe für ihren Heimatlandesverband mehr als nur Symbolcharakter. Die Kanzlerin besuchte das Land allein in der „heißen Phase“ fünfmal. Sie gestaltete den Auftakt in Waren mit, zeigte sich am 1. September in Rostock und Greifswald sowie am 7. September in der Landeshauptstadt Schwerin. Zum Wahlkampfendspurt am 15. September ermutigte sie Seidel und den Landesverband in der Demminer Tennishalle. Neben Merkel bot die Landespartei so viele Bundesredner auf wie noch nie: eine ganze Riege von Ministerpräsidenten (Dieter Althaus, Roland Koch, Ole von Beust, Peter-Harry Carstensen, Wolfgang Böhmer, Christian Wulff), von Mitgliedern des Bundeskabinetts (Thomas de Maizière, Annette Schavan, Horst Seehofer) und gewichtiger Parteipolitiker (Philip Mißfelder, Ronald Pofalla, Hans-Gert Pöttering und

⁴² Vgl. Infratest dimap: LänderTREND Mecklenburg-Vorpommern Juli II 2006, Erhebung auf der Grundlage computergestützter Telefoninterviews, 1.000 Befragte, Erhebungszeitraum: 10.07.-11.07.2006 (www.infratest-dimap.de).

⁴³ Entsprechende Fotos, die Seidel, Bush, Rice u.a. in entspannter Gesprächsatmosphäre zeigten, waren unter www.seidel-2006.de veröffentlicht. Vgl. „Schwarz-Rot oder wieder Rot-Rot in Schwerin?“, in: Hamburger Abendblatt, 02.09.2006.

⁴⁴ Themen waren Haushaltspolitik (Dezember 2005), Innere Sicherheit (Januar 2006), Bildungspolitik (Februar 2006), Arbeitsmarkt (März 2006), Verwaltungsreform (April 2006), Wirtschaftspolitik (Mai 2006), Bevölkerungsentwicklung (Juni 2006), Deutschland und Europa (Juli 2006) sowie aktive Bürgergesellschaft (August 2006).

⁴⁵ CDU-Landtagsfraktion MV (Hrsg.): 8 Jahre SPD/PDS. Diktatur der Mehrheit. Aufklärung über die Ergebnisse von acht Jahren SPD/PDS-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2006, S. 31.

⁴⁶ Vgl. „Angela Merkel und Jürgen Seidel rufen zur Abwahl von Rot-Rot auf“, in: Newsletter der CDU MV, 27.08.2006; „Schützenhilfe von der Kanzlerin“, in: Nordkurier, 26.08.2006.

Günther Beckstein (CSU)) leisteten den christdemokratischen Wahlkämpfern im Nordosten Beistand.⁴⁷ Dies war in der Wahlgeschichte des Bundeslandes einzigartig und stellte sogar den couragierten Landtagswahlkampf 1990 in den Schatten. Hauptgrund hierfür waren sicher auch die freien Kapazitäten infolge der Vorverlegung der Bundestagswahl 2005.

In der „heißen Phase“ häuften sich die Zusammenstöße der politischen Hauptkonkurrenten CDU und SPD. Die SPD schaltete Wahlanzeigen, in denen sie sich „gegen die Sozialabbaupläne der CDU bei Kündigungsschutz und Witwenrenten“⁴⁸ wandte und sich zum Garanten sozialer Gerechtigkeit im Land stilisierte. Die CDU sah damit eine „rote Linie“ überschritten und bezichtigte den Ministerpräsidenten offen der Lüge.⁴⁹ In ähnlich reizbarer Atmosphäre verlief das erste Zusammentreffen der Kontrahenten Seidel und Ringstorff vor dem TV-Duell während einer Diskussionsveranstaltung aller Spitzenkandidaten der Landtagsparteien im Neubrandenburger Verlagshaus des Nordkuriers. Dem oppositionellen Lagebericht Seidels hielt Ringstorff beharrlich entgegen, die CDU rede das Land schlecht. Der Spitzenkandidat der Linkspartei.PDS, Wolfgang Methling, blieb auf der Sachebene und punktete mit Argumenten.⁵⁰

Dramaturgisch gesehen, besaß der CDU-Wahlkampf einen starken Endspurt. TV-Duell (13. September), Vorstellung der Mannschaft (14. September) und Wahlkampfabschluss in Demmin (15. September) folgten Schlag auf Schlag. Die Umfragen hielten dabei allerdings nicht mit. Im September verschlechterten sich die Umfrageergebnisse für die CDU sogar. Infratest dimap ermittelte eine Woche vor den Wahlen, dass 54 Prozent der Befragten meinten, eine CDU-geführte Landesregierung könne die Probleme des Landes nicht besser lösen. Damit sank auch die Zustimmung zum CDU-Kandidaten Jürgen Seidel und die Wechselbereitschaft der Wähler. Der CDU wurde eine Ablösung der rot-roten Koalition nicht zugetraut. Der zaghafte Wahlkampf tat ein Übriges.

Die CDU vermochte es insbesondere in der heißen Phase nicht, die sich Anfang August in schwachen Konturen abzeichnende Wechselstimmung zu verstärken. Dies war in erster Linie der Themenkongruenz der beiden großen Parteien geschuldet. Der CDU mangelte es ganz offenkundig an abgrenzungsfähigen typischen Unionsthemen, die das konservativ-bürgerliche Lager traditionell mobilisieren. Hier sind die klassischen Law-and-Order-Themen wie die innere Sicherheit zu nennen.

Das Agenda-Setting der Union in der heißen Phase des Landtagswahlkampfs wurde jedoch dadurch erschwert, dass die Medien den Fokus ihrer Berichterstattung stärker auf die NPD lenkten, die bei den Meinungsumfragen zulegte. Infolgedessen erhielt der Wahlkampf eine unverhoffte Wende. Die Parteien rückten zusammen und appellierten gemeinsam an die Wählerschaft, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Eine hohe Wahlbeteiligung, so die Überlegung dahinter, sollte die NPD vom Landtag fernhalten. Während die SPD kurzerhand ihren gesamten Wahlkampf umbaute und eine Anti-NPD-Kampagne initiierte,⁵¹ führte die CDU ihren Wahlkampf ohne derlei Aktionismus weiter.

⁴⁷ Vgl. Fußnote 1, Informationen des CDU Landesverbandes.

⁴⁸ Vgl. „Harald Ringstorff: Soziale Gerechtigkeit sichern“, SPD-Anzeige, in: Sonntags Blitz, 27.08.2006.

⁴⁹ Vgl. „Ringstorff hat mit Blitzanzeige rote Linie überschritten – unanständige und falsche Behauptungen sollen Rot-Rot sichern“, in: Newsletter der CDU MV, 28.08.2006.

⁵⁰ Vgl. „Lippenbekenntnisse in dünner Haut“, in: Nordkurier, 06.09.2006.

⁵¹ Vgl. den Beitrag von Andreas Timm in diesem Band.

Tab. 3: Umfragewerte für MV in Prozent der Befragten

Fragethema		Sept. 02	Juli 06	Aug. 06 I	Aug. 06 II	Aug. 06 III	Sept. 06
Zufriedenheit mit Landesregierung	unzufrieden	56	68 ¹	-	63	62	61
	zufrieden	42	29 ¹	-	34	35	35
Ist eine CDU-Regierung besser?	nicht besser	56	45 ¹	-	54	50	54
	Besser	27	33 ¹	-	22	27	24
Kandidatenpräferenz bei Direktwahl	Ringstorff	63	50	45	53	53	48
	Seidel	27 (Rehberg)	22	30	30	33	30
Wer soll die nächste Regierung führen?	SPD	-	-	40	-	45	43
	CDU	-	-	32	-	34	30
Wen würden Sie wählen, wären am kommenden Sonntag Landtagswahlen?	SPD	40,6 ²	31	29	31	30	31
	CDU	31,4 ²	32	33	30	31	30
	Linkspartei	16,4 ²	21	22	23	21	20
	FDP	4,7 ²	7	6	6	6	7
	B90/Grüne	2,6 ²	4	4	3	4	4
	NPD	-	-	4	4	6	6

Quelle: Infratest dimap: Mecklenburg-Vorpommern TREND, September 2002 bis September 2006. Eigene Darstellung.

¹ Juni 2004.

² Zweitstimmenergebnisse der Landtagswahlen 2002.

5. Ergebnisse

Das Ergebnis der Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern ist eindeutig: Die beiden großen Parteien mussten kräftig Federn lassen. Die SPD stürzte zwar dramatisch von dem hohen Niveau der Landtagswahl 2002 auf ein Normalniveau⁵² herab, konnte aber ihr Primärziel – als stärkste Partei den Ministerpräsidenten zu stellen – erreichen. Die Neigung mancher Journalisten, den Wahlausgang als „Ringstorffs Niederlage“ zu qualifizieren, trifft nicht wirklich.⁵³ Eigentlicher Wahlverlierer ist die CDU. Sie profitierte nicht von dem erdrutschartigen Verlust der SPD, sondern unterbot ihr mäßiges Wahlergebnis von 2002 nochmals. Mit 28,8 Prozent Zweitstimmenanteil (-2,6 Prozentpunkte) fuhr die Partei das schlechteste Ergebnis in der Wahlgeschichte der Nordost-CDU inklusive der „halbdemokratischen“ Landtagswahl 1946 ein. Seit 1994 konnten die Christdemokraten keine Wählerstimmen mehr hinzugewinnen. Im Gegensatz zur SPD verloren sie seitdem bei Landtagswahlen einen großen Anteil ihrer Wählerschaft (36,1 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen) nicht schlagartig, sondern in einem Prozess schleichender Erosion.

Tab. 4: Zweitstimmen Landtagswahl 1990-2006

Partei	1990		1994		1998		2002		2006	
	absolut	%								
SPD	239.872	27,0	288.431	29,5	371.885	34,3	394.118	40,6	247.312	30,2
CDU	340.134	38,3	368.206	37,7	327.948	30,2	304.125	31,4	235.350	28,8
PDS	139.612	15,7	221.814	22,7	264.299	24,4	159.065	16,4	137.253	16,8
FDP	48.669	5,5	37.498	3,8	17.062	1,6	45.676	4,7	78.440	9,6
NPD	1.488	0,2	1.429	0,1	11.531	1,1	7.781	0,8	59.845	7,3

Quelle: Statistisches Amt MV (www.statistik-mv.de)

Die CDU verfehlte alle Wahlziele: Sie konnte die SPD nicht aus ihrer Rolle als stärkste Landespartei verdrängen; ebenso wenig gelang es ihr, eine eigene Mehrheit von „Rot-Rot“ zu verhindern. Das hatte mehrere Gründe:

⁵² So Prof. Nikolaus Werz im Gespräch mit der OZ, 17.09.2006.

⁵³ Vgl. den Kommentar von André Uzulis: „Ringstorffs Niederlage“, in: Nordkurier, 17.09.2006; siehe auch: „Debakel für Ringstorff“, in: Die Welt, 17.09.2006.

Trotz großer Unzufriedenheit mit der rot-roten Landesregierung wurde die CDU nicht als glaubwürdige Alternative wahrgenommen. Die Wähler trauten einer CDU-geführten Regierung insgesamt nicht zu, die Probleme des Landes besser lösen zu können als SPD und Linkspartei.PDS. Inhaltlich billigte der Wähler der Union zwar auf dem Politikfeld der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie bei der Verbrechensbekämpfung einen Kompetenzvorsprung zu, die SPD hatte aber bei den Themen soziale Gerechtigkeit, Bildung, Schule und Ausländerpolitik die Nase vorn.⁵⁴

Harald Ringstorff brachte für die SPD einen kräftigen Amtsbonus ein. Im direkten Vergleich konnte Jürgen Seidel zwar Boden gutmachen, erreichte aber nicht die Popularitätswerte des Amtsinhabers. Die Personalisierungsstrategie der SPD ist also aufgegangen. Besser als die CDU vermochte sie den Ansehensverlust der Partei durch ihr Spitzenpersonal zu kompensieren.⁵⁵

Die CDU hat insbesondere junge Wählergruppen (unter 30 Jahre) und Wähler über 60 Jahre nicht in ausreichendem Maße angesprochen. Bei den älteren Frauen über 60 Jahre liegt die CDU deutlich hinter der SPD. Komplementär dazu „schwächelte“ die SPD bei den mittleren Alterskohorten. Schlechter als in den Vorjahren schnitt die CDU außerdem bei den gering qualifizierten Bevölkerungsteilen sowie bei Arbeitslosen ab. Es dürfte kaum verwundern, dass die NPD gerade aus diesem Wählerreservoir Stimmen abschöpfen konnte.⁵⁶

Der Wahlkampf der Union wurde zu defensiv und zaghaft geführt. Die Kernbotschaft, „Rot-Rot“ abzuwählen, drang nicht durch. Der Versuch, Seidel als Kontrastmittel zum politischen „Haudrauf“ Eckhardt Rehberg zu kommunizieren, wurde übertrieben. Starke Themenfelder wie die Innen- und Sicherheitspolitik hat die CDU schlichtweg vernachlässigt. Die Union wirkte „weichgespült“ und auf eine Große Koalition fixiert. An diesem entscheidenden Punkt misslang die politische Kommunikation im Wahlkampf völlig.

Wegen der Unzufriedenheit mit dem Regierungshandeln der Großen Koalition in Berlin fiel der CDU die Mobilisierung ihrer Stammwählerschaft schwerer als bisher. Diese Unzufriedenheit ist auch der Grund, warum die massive Präsenz der Bundeskanzlerin Angela Merkel den Unionswahlkampf nicht beflügelte. In Anbetracht der schlechten Umfragewerte wäre wahltaktisch vielleicht sogar das Gegenteil von Nähe, nämlich Distanz, angebracht gewesen.

Die generelle Frustration über Politik und die fehlende Wahrnehmung einer Alternative verschmolzen miteinander und ließen den Oppositionseffekt der Union „verpuffen“. Viele ehemalige Unionswähler blieben der Wahl schlicht weg fern (45.000), andere wechselten zur FDP (17.000) oder setzten mit der Wahl der NPD (12.000) ein deutliches Protestsignal.⁵⁷

Tab. 5: Wählerstromkonto der CDU bei der Landtagswahl 2006

	SPD	Linke. PDS	FDP	Grüne	NPD	Sonstige	Nicht- wähler	Erst- wähler	Zuzug/ Wegzug	Summe
Zustrom	32.000	4.000	4.000	1.000	0	1.000	12.000	11.000	11.000	76.000
Abstrom	15.000	6.000	21.000	2.000	12.000	2.000	57.000	15.000	14.000	144.000
Saldo	17.000	-2.000	-17.000	-1.000	-12.000	-1.000	-45.000	-4.000	-3.000	-68.000

Quelle: Infratest dimap: Wahlberichterstattung im Auftrag der ARD, eigene Darstellung.

Die FDP kanalisierte dabei den Unmut des bürgerlichen Lagers und von Teilen der CDU-nahen Unternehmerschaft. CDU und FDP haben in diesem Bereich ein affines Wählerpotential, das bei

⁵⁴ Vgl. Infratest dimap: Ländertrend Mecklenburg-Vorpommern August II 2006, Erhebung auf der Grundlage computer-gestützter Telefoninterviews, 1.000 Befragte, Erhebungszeitraum: 20.08.-23.08.2006 (www.infratest-dimap.de).

⁵⁵ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen: Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin und Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, 17. September 2006, Newsletter vom 18.09.2006, S. 3 (www.forschungsgruppe.de).

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 4.

⁵⁷ Vgl. Neu, Viola 2006: Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 17. September 2006, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Online-Publikation, Berlin, o. S. (www.kas.de).

dieser Landtagswahl offenbar die Liberalen bevorzugte. Erfolgreich war auch die Zweitstimmekampagne der FDP im Unionslager. Dafür gibt es evidente Belege: Die CDU weist einen Überschuss von 17.538 Erststimmen auf und liegt nach Erststimmen gerechnet mit 31 Prozent vor der SPD. Demgegenüber verfügt die FDP, wie die meisten der kleineren Parteien, über einen Zweitstimmenüberschuss von 8.017 Stimmen.⁵⁸

Die NPD profitierte in Vorpommern vom Unionslager. Die Motive ehemaliger Unionswähler mögen unterschiedlich geartet sein. Neben Protestverhalten und allgemeiner Unzufriedenheit ist die Perspektivlosigkeit vieler Arbeitssuchender, die in Vorpommern traditionell auch Hoffnung in die Union setzten, ganz sicher ein Grund. Hinzu kommt, dass die CDU durch den Verzicht auf konservative, polarisierende Themen und eine flächendeckende Plakatierung der NPD viel Terrain überlassen hat. Die Christdemokraten müssen deshalb unbedingt über ihre „konservative Grundierung“⁵⁹ nachdenken. Das schließt das Verhältnis der Partei zur Nation (versus Europäische Integration), zur nationalen Symbolik, aber auch zu Fragen der Ausländer- und Integrationspolitik sowie der inneren Sicherheit mit ein. Hier ließen sich auch in einer Großen Koalition deutliche konservative Akzente setzen. Und das wäre allemal die bessere Strategie, der NPD das Wasser abzugraben, als in einem antifaschistischen Allparteienbündnis den „Kampf gegen Rechts“ zu skandieren.⁶⁰

Das Wahlergebnis war für viele CDU-Mitglieder enttäuschend. Dennoch ist die Landes-CDU „mit einem blauen Auge davongekommen“.⁶¹ Sie gewann 20 von 36 Direktmandaten, vorwiegend im Osten des Landes. Viele ländliche mecklenburgische Wahlkreise im Landkreis Parchim, Bad Döberan und Güstrow konnte sie der SPD wieder abtrotzen. Die dortigen CDU-Kandidaten genossen beim Wähler zum Teil ein höheres Ansehen als die eigene Partei. Klar ist auch: Die CDU ist in Vorpommern und Ostmecklenburg nach wie vor gegenüber der SPD strukturell im Vorteil. Sie wäre daher gut beraten, ihre Hochburgen zu pflegen und sie nicht von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Zentren und Westmecklenburgs abkoppeln zu lassen.

Für die CDU in Mecklenburg-Vorpommern ist das Ergebnis der Landtagswahl 2006 besonders paradox: Aus einer Position der Schwäche heraus ist ihr die Rückkehr an die Macht gelungen. Die Große Koalition birgt für die Union gleichermaßen Chancen und Risiken in sich. Vermag sich die CDU mit ihren vier Kernressorts – Innen-, Justiz-, Wirtschafts- und Kultusministerium – zu profilieren, könnte sie gestärkt aus der Koalition hervorgehen. Lässt sie sich aber wie bisweilen die Linkspartei.PDS von Ringstorffs SPD brüskieren, droht der endgültige Abstieg unter die 30-Prozent-Marke. Die CDU hat mit ihrem „weichgespülten“ Wahlkampf gewiss eine Schlacht verloren, nicht aber den gesamten Feldzug.

⁵⁸ Vgl. Statistisches Amt MV: Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl 2006 in Erst- und Zweitstimmen (www.statistik-mv.de).

⁵⁹ „Die CDU muss ihre konservative Grundierung wieder stärker betonen“, Interview mit Jörg Schönbohm, in: Die Welt, 20.09.2006.

⁶⁰ Als Handlungsanleitung lesenswert: Jesse, Eckhard: Der Umgang mit parteipolitischen Rechtsextremismus, Sonderdruck der CDU-Fraktion im Landtag MV mit Genehmigung der Konrad-Adenauer-Stiftung, o.J.

⁶¹ So die aussagekräftige Überschrift in: Pommersche Zeitung, 23.09.2006.

Aus der Regierung zurück in die Opposition – Die Linkspartei.PDS

Frithjof Reimers/Christopher Scheele¹

1. Ausgangslage

Die Landtagswahl 1998 in Mecklenburg-Vorpommern brachte für die PDS wie auch für das deutsche Parteiensystem ein Novum. Erstmals in der deutschen Geschichte formierte sich damals eine rot-rote Regierung auf Landesebene. Dem Eintritt der PDS in die Regierungskoalition als Partner der SPD waren damals lange und heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen vorausgegangen.² Grund war der systemoppositionelle Charakter der direkten Nachfolgeorganisation der SED, der zum Teil bis heute betont wird.³ Trotz dieser anfänglichen innerparteilichen Konflikte funktionierte die Regierungsarbeit weitestgehend reibungslos, was der rot-roten Koalition unter Ministerpräsident Harald Ringstorff recht bald das Etikett „Prima-Klima-Club“ einbrachte.⁴ Daran konnte auch die Regierungskrise im Frühjahr 2001 nichts ändern, als der Ministerpräsident im Bundesrat entgegen der koalitionsintern vereinbarten Enthaltung für den zweiten Teil der Rentenreform der Bundesregierung stimmte; der dadurch ausgelöste Koalitionskrach verebbte bald.⁵

Bereits vor der Landtagswahl 2002 hatte der Wille bestanden, die gemeinsame Regierungsarbeit fortzusetzen. Zwar verlor die PDS im Vergleich zur Wahl vier Jahre zuvor ganze acht Prozentpunkte, dennoch konnte die rot-rote Koalition dank einer erstarkten SPD in ihre zweite Legislaturperiode gehen. Dabei stellte die PDS trotz ihrer Verluste mit Wolfgang Methling (Umwelt und stellvertretender Ministerpräsident), Helmut Holter (Arbeit, Bau und Landesentwicklung) und Marianne Linke (Soziales) weiterhin drei Minister in der neunköpfigen Regierungsmannschaft. Die Zeit des „Prima-Klima-Clubs“ war jedoch bald zu Ende; die zweite gemeinsame Legislaturperiode war von deutlich stärkeren Auseinandersetzungen der beiden Koalitionspartner geprägt. Das lag nicht zuletzt auch an den bundespolitischen Rahmenbedingungen, die die PDS in Mecklenburg-Vorpommern in eine taktische Zwickmühle trieben und die Koalitionsarbeit nicht einfacher machten. Während die PDS auf Bundesebene ihre Rolle gemäß dem oppositionellen Selbstverständnis wahrnahm und die rot-grüne Bundesregierung unter Kanzler Schröder für deren unsoziale Reformpolitik ungeniert kritisieren konnte, musste sie auf Landesebene auf ihren sozialdemokratischen Regierungspartner, der die Politik der Bundesregierung unterstützte, Rücksicht nehmen.⁶ Das führte jedoch zu innerparteilichen Konflikten. Während die Parteispitze oftmals einen realpolitischen, auf Ausgleich mit dem Regierungspartner bedachten Kurs fuhr, um die Koalition nicht zu gefährden, äußerten Teile der Parteibasis des Öfteren harsche Kritik an der SPD, aber auch am Regierungskurs der eigenen Parteiführung. Dabei kam immer wieder die Ablehnung jedweder Re-

¹ Die Verfasser danken Steffen Bockhahn, stellvertretender Landesvorsitzender der Linkspartei.PDS, für den Gedankenaustausch und die Hintergrundinformationen.

² Vgl. Birgit Schwebs: Auf dem Weg in die Koalition, in: Edeltraut Felfe/Erwin Kischel/Peter Kroh (Hrsg.): Warum? Für wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung, Schkeuditz 2005, S. 84-110, hier: S. 91 ff.

³ Vgl. Steffen Schoon: Parteien und Wahlen, in: Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Politische Landeskunde Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2006, S. 67-87, hier: S. 73 f.

⁴ Die Bezeichnung „Prima-Klima-Club“ wird erstmals erwähnt in: Der Urlaub ist vorbei, in: Nordkurier, 02.09.1999; Zur rot-roten Regierungsarbeit vgl. auch: Gudrun Heinrich: Die PDS als Regierungspartei in Mecklenburg-Vorpommern. Im Spagat zwischen Oppositionsspielwiese und Regierungsallday, in: vorgänge, Jg. 43 (2004), H. 4, S. 92-100, hier: S. 94 ff.

⁵ Vgl. Steffen Schoon: Zwischen „Ostkompetenz“ und Entzauberung. Die PDS und ihre Wähler in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1994 und 1998, in: DA, Jg. 34 (2001), H. 5, S. 777-784, hier: S. 777.

⁶ Vgl. Edeltraut Felfe/Gerd Friedrich: Bedingungen unter denen die PDS in Mecklenburg-Vorpommern mitregiert, in: Edeltraut Felfe/Erwin Kischel/Peter Kroh (Hrsg.): Warum? Für wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern in der Regierung, Schkeuditz 2005, S. 46-83, hier: S. 61.

gierungsverantwortung an der Basis zum Vorschein, die ihre Partei viel mehr als moralische Instanz und sozialistisches Gewissen innerhalb der Opposition sah. Die Partei schien gefangen im Widerspruch zwischen realpolitischer Regierungsverantwortung und eigenen Ansprüchen und Programmatiken. So nahm die PDS in Mecklenburg-Vorpommern eine gespaltene Rolle ein, die in der *FAZ* als „doppelzüngig“ beschrieben wurde.⁷ Man sah sich als Regierungs- und Oppositionspartei zugleich. Exemplarisch dafür waren die Hartz-Reformen, gegen die sich in der PDS großer Widerstand formierte. Pikant: Mit Arbeitsminister Helmut Holter musste ausgerechnet ein PDS-Minister die Hartz-IV-Gesetze in Mecklenburg-Vorpommern umsetzen.⁸

Doch nicht nur innerhalb der Partei, auch in der Koalition gab es tief greifende Auseinandersetzungen, die die Regierungsarbeit belasteten; es war ein „Regieren unter Vorbehalt der Zustimmung der Basis“ der PDS.⁹ So führte zum Beispiel die EU-Verfassung zu einem Streit der beiden Regierungspartner. Während die PDS die Verfassung strikt ablehnte, wurde sie von der SPD befürwortet. Zur Abwendung einer Koalitionskrise enthielt sich die Landesregierung schließlich im Bundesrat bei der Abstimmung über das europäische Verfassungswerk.¹⁰ Zu einem Problem für die Koalition wurde auch der Besuch von US-Präsident George W. Bush in Mecklenburg-Vorpommern im Juli 2006 auf Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Während Harald Ringstorff als Regierungschef den Staatsgast empfing, nahmen die PDS-Minister Wolfgang Methling und Marianne Linke zum großen Ärger nicht nur der SPD, sondern auch der oppositionellen CDU unter dem Motto „Not welcome, Mr. President“ an Protesten gegen Bush und dessen Irak- und Menschenrechtspolitik teil.¹¹

Zur Belastung für die Regierungskoalition wurde auch eines der zentralen Projekte der rot-roten Landesregierung: die Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform. Wichtigstes Element der Reform zur Effizienzsteigerung der Verwaltung war die Reduzierung der zwölf Landkreise und sechs kreisfreien Städte. Der zwischen den Regierungsparteien ausgehandelte Kompromiss, der ein radikales Fünf-Kreis-Modell vorsah, wurde vom PDS-Sonderparteitag in Sternberg am 17. Januar 2004 mit 63 zu 23 Stimmen abgelehnt. Innerhalb des Regierungslagers fürchtete man deshalb um die Stabilität und Handlungsfähigkeit der rot-roten Koalition. Erst ein Sonderparteitag der Linkspartei stimmte dem Kompromiss schließlich zu und bewahrte so die Koalition vor dem Zerschlagen. Die entscheidende Abstimmung im Schweriner Landtag am 5. April 2006 brachte allerdings ein gespaltenes Votum der Linksfraktion; sieben von zwölf Abgeordneten stimmten gegen das ausgehandelte Reformpaket, das mit den Stimmen der SPD aber dennoch verabschiedet wurde.¹²

Trotz der wiederholten Querelen in der Koalition waren die Sozialisten mit dem in der Regierungsarbeit Erreichten zufrieden. „Ja. Wir sind Schuld!“, so überschrieb die Linkspartei.PDS, wie sich die PDS seit einem Beschluss der Delegierten auf dem Bundesparteitag im Juli 2005 nennt, freimütig und selbstironisch nach acht Jahren Regierungsbeteiligung ihre Bilanz, mit der sie beim Wähler und der Basis nach der Legitimation für weitere Jahre auf den Regierungsbänken nachsuchte. Die eigenen Erfolge sah man in der Stärkung von Demokratie und Toleranz sowie der Bürgerbeteiligung, aber auch in den Bereichen Arbeit und Wirtschaft sowie Bildung und Wissenschaft. So hielten sich die Sozialisten den Abbau von Bürokratie durch Verwaltungsmodernisierung und Funktionalreform und die Förderung von Existenzgründungen durch die Initiative „Einfach anfangen“ zugute. Positiv bewertet wurden auch die Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren und der Erhalt der Universitätsstandorte. Im Bereich Umwelt und Natur war man vor allem darauf stolz, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf fast ein Drittel gesteigert zu haben. Darüber hinaus

⁷ Doppelzüngig, in: *FAZ*, 08.09.2006, S. 4.

⁸ Vgl. ebd.

⁹ Kein Logos, kein Eros, in: *Die Zeit*, 14.09.2006, S. 8.

¹⁰ Schweriner Koalition streitet über die EU-Verfassung, in: *FAZ*, 27.05.2005, S. 2.

¹¹ Vgl. Ein Wildschwein für Bush, in: *Spiegel Online*, 06.07.2006.

¹² Vgl. Knappe Mehrheit für Verwaltungsreform, in: *OZ*, 06.04.2006, S. 1.

glaubte man auch in den Feldern Soziales sowie Kultur und Sport viel geleistet zu haben. Propagiert wurde die Vision eines eigenständigen und weltoffenen, auf seine Stärken besonnenen Mecklenburg-Vorpommerns. Daher erklärte man zum Ziel, das „Haus Mecklenburg-Vorpommern“ auf den drei Säulen „Jobmotor“, „lebenslanges Lernen“ und „Perspektiven für Mensch und Natur“ auszubauen.¹³ Dass es der PDS in der Regierungszeit mit der SPD hingegen nicht gelungen war, den Haushalt zu sanieren und die Arbeitslosigkeit entscheidend zu senken und damit bei zwei der drängendsten Probleme des Landes keine wesentlichen Fortschritte gemacht werden konnten, wurde in der Bilanz allerdings geflissentlich verschwiegen.

Die Linkspartei ist im Parteiensystem Mecklenburg-Vorpommerns fest verankert. Bei vier Landtagswahlen zwischen 1990 und 2002 zog sie mit Ergebnissen zwischen gut 15 und knapp 25 Prozent stets als drittstärkste Kraft in den Schweriner Landtag ein. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die PDS als SED-Nachfolgerin einen gewissen Wettbewerbsvorteil gegenüber den konkurrierenden Parteien genoss und zum Teil bis heute genießt. Der Linkspartei wird eine starke „Ostkompetenz“ zugeschrieben¹⁴; sie gilt als „natürliche“ Vertreterin ostdeutscher Interessen.

Die politische Stimmungslage vor der Wahl war recht durchwachsen. Die anhaltenden Probleme in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt führten unter den Bürgern zu großer Verdrossenheit und zu wachsender Skepsis in Bezug auf die Lösungskompetenz der Parteien. Die Folgen der Unzufriedenheit insbesondere gegenüber den Regierungsparteien bekam vor allem die Linkspartei zu spüren: In der Wählerzufriedenheit rangierte sie nur knapp vor den Grünen an vierter Stelle. Dennoch sahen die Wahlprognosen für die Linkspartei vor der Wahl gut aus. In mehreren Umfragen der Meinungsforschungsinstitute Infratest dimap und TNS Emnid kam sie zwischen Juli und September 2006 konstant auf Werte zwischen 20 und 23 Prozent. Diese Prognosen kamen dem tatsächlichen Wahlergebnis der PDS von 24,4 Prozent bei der Landtagswahl 1998 nahe und ließen somit eine deutliche Steigerung gegenüber dem Ergebnis von 2002 erwarten.¹⁵

2. Wahlkampf

2.1 Rahmenbedingungen und Wahlziele

Die Tatsache, dass die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern erstmals seit 1990 nicht mit einer Bundestagswahl zusammenfiel und damit einhergehend landespolitische Themen in den Vordergrund rückten, schuf vollkommen neue Rahmenbedingungen für den Wahlkampf.¹⁶ Ein weiterer wichtiger Faktor war, dass die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern mit der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus zusammenfiel, wo ebenfalls eine rot-rote Landesregierung zur Wiederwahl antrat. Die Berliner Wahl erreichte allerdings eine ungleich größere Aufmerksamkeit, weshalb der Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern in der nationalen Berichterstattung eindeutig im Schatten des Wahlkampfs zum Berliner Landesparlament stand. Im *Tagesspiegel* war in diesem Zusammenhang vom „Wahlkampf im toten Winkel“ die Rede.¹⁷

Am 10. April beschloss der Bundesvorstand die Grundsätze und Ziele der Linkspartei für die anstehenden Wahlen und den Wahlkampf: „Bei den Landtagswahlen am 17. September 2006 in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern geht es darum, aus der Position einer Regierungspartei heraus für

¹³ Vgl. Die Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Ja. Wir sind Schuld! Eine Bilanz in Stichworten über acht Jahre Regierungseteiligung in M-V, Schwerin 2006.

¹⁴ Vgl. Nikolaus Werz/Jochen Schmidt: Fragile Mehrheit der Sozialdemokraten. Die Stabilisierung eines Dreiparteiensystems in Mecklenburg-Vorpommern, in: FAZ, 19.10.1998, S. 15.

¹⁵ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport. Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 17. September 2006, Berlin 2006, S. 70 ff.; vgl. TNS Emnid, Abdruck in: NNN, 12./13.08.2006, S. 7, 09./10.9.2006, S. 3.

¹⁶ Vgl. den Beitrag von Matthias Wyssuwa in diesem Band.

¹⁷ Wahlkampf im toten Winkel, in: Tagesspiegel, 02.09.2006, S. 3.

die Fortsetzung einer sozialen und solidarischen Politik zu werben.“ Es wurde betont, man habe in Koalitionen mit der SPD „praktische Politikfähigkeit bewiesen und sozial verträgliche Politik durchgesetzt.“¹⁸ Herausgestellt wurde auch, dass die Wahlen vor dem Hintergrund einer im Entstehen begriffenen neuen Linkspartei statt fanden. Die Wahlkämpfe sollten deshalb gemeinsam mit der WASG organisiert werden.¹⁹ Dass sich die beiden WASG-Landesverbände in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern später vor Gericht das Recht erstritten, mit eigenen Listen in Konkurrenz zur Linkspartei zur Wahl antreten zu dürfen – trotz anders lautender Beschlüsse der Bundesverbände von Linkspartei und WASG –, erzeugte zwar kurzfristig ein gewisses Medieninteresse. Für den Wahlkampf der Linkspartei hatte diese Entwicklung jedoch keine spürbaren Konsequenzen.

In den eigentlichen Wahlkampf startete die Linkspartei im Frühjahr 2006. Bereits am 18. März hatte sich der Landesvorstand auf den amtierenden Umweltminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Wolfgang Methling als Spitzenkandidaten geeinigt.²⁰ Dieser Beschluss wurde bei der Abstimmung über die Landesliste auf dem Parteitag in Sternberg am 22. und 23. April von den Delegierten bestätigt.

Zur Unterstützung des Landtagswahlkampfes der Linkspartei in Mecklenburg-Vorpommern beschloss der Bundesvorstand am 22. Mai, 400.000 Euro aus dem zentralen Wahlkampffonds bereitzustellen. Das bestehende Bundeswahlbüro unter Leitung des Bundeswahlkampfleiters Bodo RameLOW sollte die Wahlkämpfe in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern koordinieren.²¹ In Mecklenburg-Vorpommern selbst wurde der Wahlkampf durch das achtköpfige Landeswahlbüro organisiert. Landesgeschäftsführer Friedemann Reinhold wurde zum Landeswahlkampfleiter berufen. Kritik wurde später dahingehend geäußert, dass der Landesvorstand im Wahlkampf nicht weit genug in die Entscheidungen des Landeswahlbüros eingebunden war.

Am 14. August startete die Linkspartei mit dem Auftakt der Wahlplakatkampagne schließlich offiziell in die „heiße Phase“ des Wahlkampfes, der unter dem Motto „Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit“ stand. Gleichzeitig wurde in der Hansestadt Rostock eine Wahlkampftour durch über 20 Städte in Mecklenburg-Vorpommern begonnen, die von den beiden Vorsitzenden der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, unterstützt wurde.²² Der konservativ geführte Internetwahlkampf, der auf moderne Mittel wie Weblogs, Podcasts, Chats oder Foren, wie sie zum Beispiel von den Grünen verwendet wurden, verzichtete, war bereits am 15. Juni mit der Freischaltung der Webseite www.landtagswahlen-2006.de angelaufen.²³

Nach Aussage von Spitzenkandidat Methling wollte man einen „ehrlichen Wahlkampf“ führen: „Wir werden den Menschen sagen, dass wir manches erreicht haben, auf das wir stolz sein können, aber dass wir auch noch viel zu tun haben.“²⁴ Der Wahlkampf lief daher auf eine starke Themenorientierung hinaus, wie der Landesvorsitzende Peter Ritter bereits im März gefordert hatte: „Es muss klare Ansagen geben, wie wir die Probleme anpacken wollen.“²⁵ Außerdem sollte der Wahlkampf mit Spitzenkandidat Methling personalisiert werden.

Als Wahlziel wurde ausgegeben, inhaltlich und personell gestärkt in den Landtag im Schweriner Schloss einzuziehen; ein konkreteres Wahlziel beschloss man nicht. Innerhalb der Partei wurde jedoch von vielen Seiten der Wunsch nach einem konkreteren Ziel geäußert. Spitzenkandidat

¹⁸ Beschluss des Parteivorstands der Linkspartei, 10.04.2006.

¹⁹ Vgl. ebd.

²⁰ Vgl. PDS-Vorstand einigt sich auf Kandidatenliste, in: NNN, 20.03.2006, S. 4.

²¹ Vgl. Beschluss des Parteivorstands der Linkspartei, 22.05.2006.

²² Vgl. Linkspartei.PDS bereitet heiße Wahlkampfphase vor, Pressemitteilung der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern, 01.08.2006.

²³ Vgl. Wahlkampf-Internetseite der Linkspartei.PDS M-V online, Pressemitteilung der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern, 15.6.2006.

²⁴ Wolfgang Methling, zitiert in: Linke startet Landtagswahlkampf, in: NNN, 15.08.2006, S. 4.

²⁵ Interview mit Peter Ritter, in: NNN, 27.03.2006, S. 4.

Methling gab schließlich – bestärkt durch die positiven Umfragewerte für die Linkspartei – „20 Prozent plus x“ als Losung aus. Diese Forderung blieb jedoch ein inoffizielles Wahlziel.

Ähnlich unkonkret blieb die Partei auch in ihren Aussagen für die Zeit nach der Wahl. Nach acht Jahren Regierungsarbeit, die in der Partei überwiegend positiv bewertet wurde, bestand insbesondere in der Parteispitze der Wille, eine erneute Regierungsbeteiligung anzustreben. Eine konkrete Koalitionsaussage wurde dennoch nicht gemacht, stattdessen ging man auf Distanz zum bisherigen Koalitionspartner SPD. Und das, obwohl die Zahl der möglichen Koalitionspartner realistisch betrachtet arg beschränkt war.²⁶ Zwar gab es im Landesvorstand eine Zweidrittelmehrheit für eine klare Koalitionsaussage, doch war vor allem an der Parteibasis noch die Erinnerung an die Niederlage bei der Landtagswahl 2002 präsent, in deren Vorfeld die PDS eine klare Koalitionsaussage zugunsten der SPD getroffen hatte. 2006 wäre ein eindeutiges Votum der Partei für eine Koalitionsaussage daher nicht sicher gewesen, weshalb der Landesvorstand eine Koalitionsaussage aus strategischen Gründen beim Landesparteitag nicht zur Abstimmung stellte.

2.2 Personenwahlkampf

Der personelle Wahlkampf der Linkspartei.PDS lässt sich in einem Wort zusammenfassen: „Methling“. Der stellvertretende Ministerpräsident, Umweltminister und stellvertretende Bundesvorsitzende, mit dem die Linkspartei zum ersten Mal als Spitzenkandidat in eine Landtagswahl ging, wurde im Wahlkampf ähnlich großformatig präsentiert wie Ministerpräsident Ringstorff selbst. Konkrete Personalausagen für die Zeit nach der Wahl gab es keine; anders als CDU-Spitzenkandidat Seidel verzichtete Methling auf die Benennung eines Kompetenzteams als Schattenkabinett. Methling selbst wurde im Internet, in Flyern, aber vor allem auf drei Wahlplakaten an den Wähler herangeführt. Darauf betonte er die Rolle der umbenannten PDS als Partei der sozialen Gerechtigkeit. Außerdem wurde sowohl seine Verbundenheit mit Mecklenburg-Vorpommern hervorgehoben, als auch sein starkes ökologisches Profil als führender Umweltpolitiker des Landes. Der studierte Tiermediziner sollte auf Landesebene das ökologische Gewissen der Linkspartei darstellen und dieses in Ermangelung einer grünen Fraktion im Landtag brachliegende Feld für die Sozialisten in Anspruch nehmen. Zudem galt der politisch erfahrene Methling nicht nur innerparteilich als Garant für den Frieden. Durch möglichst häufige mediale Präsentation ihres Spitzenkandidaten bemühte sich die Linkspartei zudem darum, eine noch größere Reichweite zu erzielen. Am TV-Duell der Spitzenkandidaten von SPD und CDU am 13. September nahm Methling allerdings nicht teil.

Zum Personenwahlkampf hinzu kamen lediglich Plakate mit Lafontaine und Gysi, die allerdings nur in Zusammenhang mit Auftritten beider Politiker auftauchten und die keine weiteren Themen transportierten. Die weiteren Kandidaten der Linkspartei wurden, wenn überhaupt, nur in ihren jeweiligen Wahlbezirken auf eigenen Plakaten präsentiert. Somit tat sich hinter der beeindruckenden Fassade Methlings eine große Lücke auf. So sehr der Spitzenkandidat im Vordergrund stand, so sehr standen die Listen- und Direktkandidaten – unter ihnen die Minister Holter und Linke – in der Präsentation im Schatten. Das war durchaus Absicht: Peter Brill, Vorsitzender des Linkspartei-Kreisverbands Schwerin, zeigte sich überzeugt, „dass Wählerinnen und Wähler auf die vielen Personenplakate verzichten können.“²⁷ Den Kandidatenbonus im Falle Mehtlings versuchte die Linkspartei zwar zu nutzen, gestaltete die übrigen Plakate jedoch nicht in dem Maße, dass der Eindruck einer Regierungspartei erweckt wurde.

²⁶ Vgl. Interview mit Wolfgang Methling, in: NNN, 26./27.08.2006, S. 2.

²⁷ Plakatieren nach Regeln. Inhaltliche Auseinandersetzung im Wahlkampf gesucht, Pressemitteilung der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern, Kreisverband Schwerin, 09.08.2006.

Schon vor Beginn des Wahlkampfs war Wolfgang Methling als bekanntes Gesicht aus der Landespolitik vielen Wählern ein Begriff gewesen. Durch den voll und ganz auf seine Person zugeschnittenen Wahlkampf konnte der Spitzenkandidat der Linkspartei seinen Bekanntheitsgrad noch weiter steigern. Laut einer Umfrage vom August war Methling 72 Prozent der Befragten ein Begriff. Noch bekannter war mit 95 Prozent lediglich SPD-Spitzenkandidat Ringstorff; Jürgen Seidel, Spitzenkandidat der Christdemokraten, landete mit einem Bekanntheitsgrad von 63 Prozent weit hinter Methling.²⁸

2.3 Themenwahlkampf

Grundlage des Themenwahlkampfs war das Wahlprogramm, das am 22. April 2006 auf der vierten Tagung des neunten Landesparteitags im mecklenburgischen Sternberg beschlossen wurde.²⁹ In dem 21-seitigen Papier benannte die Linkspartei neun Schwerpunkte für ihre zukünftige politische Arbeit. Dabei standen die Themenfelder Arbeit, Bildung, Soziales und Umwelt klar im Vordergrund. Im Bereich Arbeit wollte die Linkspartei dem Beschäftigungsproblem mit Arbeitsmarktprogrammen, der Förderung von Existenzgründungen und Forderungen nach einem Mindestlohn entgegenreten. Dabei sollten nicht nur die städtischen Zentren, sondern auch die ländlichen Regionen eine Rolle spielen. Außerdem setzte man auf die zukunftsorientierten Branchen Gesundheits- und Tourismuswirtschaft. Unter dem Begriff „Mecklenburg-Vorpommern – ein lernendes Land“ propagierte man nicht nur die Verfügbarkeit von Kultur und Bildung für alle sozialen Schichten und Klassen, sondern auch den Ausbau der vorschulischen Erziehung sowie des Kinderbetreuungsangebots. In der Hochschulpolitik sollte der aktuelle Status unter Berücksichtigung der bereits beschlossenen Kürzungsprogramme erhalten werden. Im Sozialbereich versprach man die Stärkung von Familien und Kindern. Außerdem setzte die Linkspartei im Bereich Umwelt auf eine ökologisch nachhaltige Entwicklung des Landes und auf Arbeiten, Wirtschaften und Leben in Einklang mit der Natur. In der Presse wurde deshalb auch von einem „grünen“ Wahlprogramm gesprochen. Untergeordnete Punkte im Wahlprogramm waren darüber hinaus die Förderung von Integration und Toleranz, die Haushalts- und Finanzpolitik sowie die Partnerschaft im Ostseeraum.

Mit insgesamt sechs Themenplakaten sollten die im Wahlprogramm niedergelegten Themen der Linkspartei den Wählern vermittelt werden. Da die Sozialisten bewusst die inhaltlichen Aussagen hervorheben wollten, stand der Text auf den Plakaten im Vordergrund; auf besonders auffällige Motive und Personen verzichtete man. Erstaunlich war, dass die Plakate in Blau gehalten waren. „Das ist ein emotionaler Anklang an den Norden. Blau steht für Maritimes. Außerdem heben sich die weißen Schriftzüge davon ab“, erläuterte Reiner Strutz, Geschäftsführer der von der Linkspartei angeheuerten Berliner Agentur Trialon, die Abwendung vom vertrauten Rot. Zugleich wollte sich die Linkspartei damit klar von der Farbgebung der NPD im Wahlkampf abgrenzen. Karl-Rudolf Korte, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen, interpretierte die ungewöhnliche Farbgebung dahingehend, dass sich die Linkspartei durch den Kontrast stärker vom Orange der WASG abheben wollte. Der Farbwechsel könnte allerdings beim Wähler zu Verwirrung geführt haben.³⁰

Die Linkspartei.PDS versuchte sich im Themenwahlkampf vor allem als Partei der sozialen Gerechtigkeit zu positionieren: „Auf diesem Feld ist die Partei zu Hause, dort ist unser Programm am stärksten“, erklärte Wahlkampfleiter Reinhold.³¹ Mit dieser „Sozialromantik“ trat man ganz bewusst

²⁸ Vgl. Infratest dimap: Ländertrend. Mecklenburg-Vorpommern, August III 2006, Berlin 2006.

²⁹ Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit. Sozial, ökologisch, wirtschaftlich, demokratisch. Wahlprogramm der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern, Sternberg 2006.

³⁰ Vgl. Die Linke/PDS: Die Farbe macht den Unterschied, in: OZ, 19./20.08.2006, S. 3.

³¹ Friedemann Reinhold, zitiert nach: Holger Böhling/Johannes Altmeyer/Frithjof Reimers: Kampf ohne Dampf, in: politik&kommunikation, Jg. 5 (2006), H. 39, S. 36 f., hier: S. 37.

in Konkurrenz zum Koalitionspartner SPD und wollte sich als „wahre“ linke Partei nach außen hin darstellen. Gemäß dem Motto des Wahlkampfes trat man an, um „gemeinsam für mehr Gerechtigkeit“ zu kämpfen. Folgerichtig lautete ein Slogan auf den Wahlplakaten: „Für die Schwachen machen wir uns stark.“ Für einen intellektuellen Beiklang im Themenwahlkampf sorgte ein Zitat des antiken griechischen Philosophen Platon („Der höchste Grad von Ungerechtigkeit ist geheuchelte Gerechtigkeit.“). Ob dies vom Wähler wahrgenommen wurde und welche Wirkung es erzielt hat, bleibt allerdings fraglich.

Weiterhin wurden auf den Wahlplakaten die Themen Umweltpolitik („Natürlich Nordosten. Wir haben ein schönes Land. Perspektiven für Mensch und Natur.“) und Bildung („Voller Ideen. Kultur- und Bildungsland. Gute Bildung ist entscheidend. Dafür haben wir vieles getan.“) gemäß der Schwerpunktsetzung im Wahlprogramm ins Licht gerückt. Darüber hinausgehend versuchte die Linkspartei auch mit Heimatverbundenheit und Regionalpatriotismus zu punkten. Mit Texten aus DDR-Kinderliedern („Unsre Heimat sind nicht nur die Städte und Dörfer“) umgarnte man dabei zugleich die klassische Wählerklientel der SED-Nachfolgepartei. Der Appell an die regionale Identität erntete allerdings nicht nur positive Reaktionen, erinnerte er doch bisweilen fatal an die Heimitümelei der NPD, von der man sich mit der Farbgebung der Plakate doch bewusst zu distanzieren versucht hatte. Der Themenkomplex Arbeit spielte im Plakatwahlkampf der Linkspartei erstaunlicherweise – seiner herausgehobenen Stellung im Wahlprogramm und der prekären Beschäftigungslage im Land zum Trotz – eine eher untergeordnete Rolle.

Insgesamt betrachtet führte die Linkspartei in Mecklenburg-Vorpommern eine einfache und sparsame Wahlkampagne, was nicht zuletzt daran lag, dass die Linkspartei im Wahlkampf im Nordosten mit deutlich geringerer finanzieller Unterstützung als der Landesverband in Berlin auskommen musste.³²

2.4 Angriffswahlkampf

Der Wahlkampf der Linkspartei verlief überwiegend sachlich, was vermutlich auch der Tatsache geschuldet war, dass die Zeiten der „Rote Socken“-Rhetorik im Land Vergangenheit sind. Hinzu kam, dass das Umweltressort, dem der Spitzenkandidat seit 1998 vorstand, nicht in dem Maße Angriffspotential bot. Zudem lag das Hauptinteresse im Landtagswahlkampf eindeutig auf dem Duell der Spitzenkandidaten von CDU und SPD, weswegen sich Methling kaum direkter Angriffe erwehren musste.

Die Linkspartei hatte sich frühzeitig entschieden, einen personenorientierten Themenwahlkampf zu führen; einen echten Angriffswahlkampf mit scharfen Attacken auf die konkurrierenden Parteien plante man nicht. So mussten sich die Sozialisten auch nur der Angriffe weniger Parteien erwehren. Den größten Teil der Auseinandersetzungen im Wahlkampf führten die SED-Nachfolger dann auch mit der CDU. Die Union musste sich von der Linkspartei unfinanzierbare Vorschläge im Sozial- und Bildungsbereich vorwerfen lassen. Die Angriffe der Christdemokraten gegen die Sozialisten konzentrierten sich ebenso auf Sachthemen. Kritisiert wurde beispielsweise die mit Neuverschuldung verbundene Finanzpolitik der rot-roten Koalition.³³ Weitere Angriffe richteten sich gegen die beschlossenen Einsparungen im Hochschulbereich, gegen die Verwaltungsreform und gegen den angeblichen Populismus der Linkspartei im Zusammenhang mit dem Besuch von US-Präsident Bush und der Vorbereitung des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm.³⁴

³² Vgl. Stimmenfang auf Mecklenburgisch, in: NNN, 18.08.2006, S. 4.

³³ Vgl. Methling weist Kritik der CDU an Finanzpolitik der Landesregierung als unseriös zurück, Pressemitteilung der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern, 06.09.2006.

³⁴ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport, S. 61.

Innerhalb des Regierungslagers selbst wahrten SPD und Linkspartei den Burgfrieden. Dies war zum einen der achtjährigen gemeinsamen Regierungsarbeit, zum anderen aber auch den besonnenen Charakterzügen der Spitzenkandidaten geschuldet. Außerdem war für die Sozialisten klar, dass eine erneute Regierungsbeteiligung nur über eine Koalition mit der SPD machbar sein würde, so dass größere Angriffe in Richtung der Sozialdemokraten ausblieben. Die SPD dürfte dies ähnlich gesehen haben, so dass man schon aus reinem Machtkalkül den Koalitionspartner im Wahlkampf schonte. SPD und Linkspartei sahen sich folglich mehr als politische Kontrahenten und potentielle Partner denn als echte Gegner.

Einig waren sich die Parteien in der Ablehnung der NPD. Als wenige Wochen vor der Wahl aufgrund der Umfragewerte der Einzug der Rechtsextremen in den Landtag zu befürchten stand, starteten die fünf großen Parteien Wahlaufufe und schwenkten in eine gemeinsame Front ein, um die NPD im Schweriner Schloss zu verhindern. Man war sich einig, dass „in dieser für unser Land und die demokratische Grundordnung wichtigen Frage [...] parteipolitische Egoismen keine Rolle zu spielen [haben].“³⁵ Die Linkspartei.PDS war allerdings die einzige Partei, die ihren Angriffswahlkampf gegen die NPD mit einem eigenen Wahlplakat führte. Die simple, aber eindeutige Botschaft: „Sozial gerecht schreibt sich ohne N, P, D!“

3. Wahlergebnis

Das Wahlergebnis war für die Linkspartei enttäuschend. Von den knapp 900.000 Wählern gaben 137.253 ihre Stimme der Linkspartei, was einem Anteil von 16,8 Prozent entspricht. Damit konnte die Linkspartei ihr Zweitstimmenergebnis gegenüber der Landtagswahl 2002 zwar um 0,4 Prozentpunkte leicht verbessern, blieb aber weit hinter den von den Umfragen geschürten Erwartungen und auch weit hinter dem Ergebnis von 1998 (24,4 Prozent) zurück. Hinzu kommt, dass die Linkspartei von der gesunkenen Wahlbeteiligung nicht profitieren konnte und absolut 21.812 Stimmen weniger erhielt als noch vor vier Jahren.³⁶ Insgesamt konnten die Sozialisten 13 Mandate erringen – und damit genauso viele wie bei der Landtagswahl vier Jahre zuvor. Das einzige Direktmandat der Partei gewann Spitzenkandidat Wolfgang Methling im Wahlbezirk Rostock II, die weiteren zwölf Abgeordneten der Linksfraktion zogen über die Landesliste der Partei in den Schweriner Landtag ein.³⁷

Das von Spitzenkandidat Mehtling ausgegebene inoffizielle Wahlziel „20 Prozent plus x“ wurde eindeutig nicht erreicht. Klar verfehlt wurde aber auch das vom Parteitag beschlossene Wahlziel. Das gestand auch der Landesvorsitzende Ritter in einem offenen Brief freimütig ein: „Wir wollten inhaltlich und personell gestärkt in den Landtag einziehen. Dieses Wahlziel haben wir nicht erreicht.“³⁸ Die Linkspartei konnte somit ihre Stellung insbesondere gegenüber der SPD nicht aus eigener Kraft verbessern, sondern nur aufgrund der Verluste der Sozialdemokraten. Als Wahlverlierer sahen sich die Genossen aber trotz allem nicht.

In 25 der 36 Wahlkreise konnte die Linkspartei ihr Ergebnis von 2002 verbessern, allerdings nur in dreien (Rostock I und II sowie Rügen I) um mehr als zwei Prozentpunkte. In den meisten Wahlkreisen schwankte der prozentuale Zweitstimmenanteil zwischen gut 14 und 21 Prozent. Ihr schlechtestes Ergebnis erzielte die Linkspartei dabei in Ludwigslust mit 13,8 Prozent (Ludwigslust

³⁵ Rechtsextremen gemeinsam entgegen treten! Pressemitteilung der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern, 02.09.2006.

³⁶ Vgl. Daten des Statistischen Landesamts Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2006; vgl. Infratest dimap: Wahlreport, S. 7 f.

³⁷ Vgl. Presse- und Informationsdienst des Parteivorstands der Linkspartei.PDS, Jg. 9 (2006), H. 38, S. 2.

³⁸ Peter Ritter: Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit. Offener Brief des Landesvorsitzenden der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern, in: Presse- und Informationsdienst des Parteivorstands der Linkspartei.PDS, Jg. 9 (2006), H. 41, S. 8.

I) und 13,7 Prozent (Ludwigslust II), die stärksten Verluste verbuchte sie mit -2,1 Prozentpunkten im Wahlkreis Uecker-Randow II sowie mit -2,2 Punkten im Wahlkreis Parchim II. Im Rahmen der normalen Schwankungsbreite sind die Ergebnisse aber relativ gleichmäßig über das Land verteilt. So kommen die Sozialisten im Landesteil Mecklenburg auf 16,6 Prozent, in Vorpommern auf 17,1 Prozent. Einzig in den städtischen Ballungszentren und ehemaligen DDR-Bezirkshauptstädten Rostock mit 24,2 Prozent (Rostock II) und Neubrandenburg mit 24,1 Prozent (Neubrandenburg I) konnte die Linkspartei deutlich über Landesdurchschnitt abschneiden. Angesichts der Ergebnisse von SPD und CDU in diesen Wahlkreisen wäre es aber verfehlt, von echten Hochburgen der Linkspartei zu sprechen. Bei den Wahlergebnissen der Linkspartei lässt sich somit auf der Ebene der Wahlkreise kein signifikantes regionales Gefälle ausmachen.³⁹ Diese Beobachtungen bestätigen die Tendenz, die sich bereits bei den vergangenen Wahlen im Land seit 1990 abzeichnete.⁴⁰

Die großen absoluten Stimmenverluste bei der SED-Nachfolgepartei erklären sich vor allem dadurch, dass etwa 22.000 ehemalige Wähler der Linkspartei bei dieser Landtagswahl nicht wählen gingen. Die Generationenfolge kostete darüber hinaus weitere 5.000 Stimmen. Verloren haben die Sozialisten zudem 4.000 Stimmen – viele davon vermutlich Protestwähler – an die rechtsextreme NPD. Im Gegenzug konnte die Linkspartei 7.000 Wähler von der SPD gewinnen; von der Union wanderten weitere 2.000 Stimmen zur Linkspartei. Über alle Parteien gerechnet, erreichten die Sozialisten einen Zustrom von 3.000 Wählern.⁴¹ Der eigenständige Antritt der WASG zur Landtagswahl in Konkurrenz zur Linkspartei hatte auf das relative Stimmenergebnis der Linkspartei keinen messbaren Einfluss. Selbst wenn alle 4.281 Zweitstimmen der WASG bei ihrem Nichtantreten zur Wahl an die Linkspartei gefallen wären, hätten die Sozialisten kein weiteres Mandat im Schweriner Landtag gewonnen.⁴²

Grund für die Entscheidung zugunsten der Linkspartei war insbesondere die Sachkompetenz. 55 Prozent der Wähler der Partei gaben ihr aus diesem Grund die Stimme. Die Parteibindung war immerhin bei rund einem Viertel der Wähler ausschlaggebend. Aufgrund des Spitzenkandidaten Methling entschied sich – trotz dessen großen Bekanntheitsgrads – mit 15 Prozent hingegen nicht einmal einer von sieben Wählern für die Linkspartei. Die starke Personalisierung des Wahlkampfs bei der Linkspartei hat hier offensichtlich nur geringe Wirkung erzielt. Ganz anders bei der Themenorientierung: Für jeden zweiten Wähler war die Frage der sozialen Gerechtigkeit wahlentscheidend. Arbeitsmarktpolitik gaben weitere 31 Prozent der Linkspartei-Wähler als entscheidungsrelevant an. Für knapp jeden Fünften spielten Wirtschafts- bzw. Schul- und Bildungspolitik eine herausragende Rolle. Ein dezidiert ökologisches Profil hat die Linkspartei trotz aller Bemühungen weder personell noch thematisch entwickeln können. Umweltpolitik spielte gerade einmal bei sechs Prozent der Linkspartei-Wähler eine Rolle für die Wahlentscheidung.⁴³

Die Wahlentscheidung der Linksparteiwähler fiel überwiegend relativ früh. Ein Drittel der Wähler entschied sich bereits längere Zeit vor der Wahl für die Linkspartei, weitere 24 Prozent wählten die umbenannte PDS, weil sie die Partei auch früher schon gewählt haben. Nur 29 Prozent fällten ihre Entscheidung zugunsten der Linkspartei erst kurz vor der Wahl oder unmittelbar am Wahltag selbst. Diese Tendenz spiegelt sich auch in der Alterstruktur wieder. Zwar verlor die Linkspartei bei den stärker bzw. langfristig parteigebundenen Wählern über 60 Jahren leicht, dennoch macht diese Gruppe ein Fünftel der Wählerschaft der SED-Nachfolgepartei aus. Gemeinsam mit der Gruppe

³⁹ Vgl. Daten des Statistischen Landesamts Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2006; vgl. Infratest dimap: Wahlreport, S. 34 ff.

⁴⁰ Vgl. Steffen Schoon: Wahlen, Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern. Eine politikwissenschaftlich-empirische Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee im Zeitraum 1871 bis 2002, Diss., Rostock 2005, S. 179 f.

⁴¹ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport, S. 28, 30.

⁴² Vgl. hierzu auch den Beitrag von Sven Klüsener in diesem Band.

⁴³ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport, S. 43 ff.

der 45- bis 59jährigen stellen sie sogar 38 Prozent des sozialistischen Elektorats. Mit sinkendem Alter fällt auch der Zuspruch zur Linkspartei. Entsprechend der Altersstruktur der Wählerschaft machen die Rentner mit 22 Prozent die größte Gruppe unter den Linkspartei-Wählern aus. Den gleichen Anteil an der Wählerschaft hat die Gruppe der Arbeitslosen, was beim Selbstverständnis der Partei als Kämpferin für die sozial Benachteiligten nicht verwundert.⁴⁴

Gegenwartsprobleme und Zukunftsperspektiven

Am Abend des 17. September schien eine Fortsetzung der rot-roten Koalition in Schwerin möglich, da SPD und Linkspartei.PDS rein rechnerisch eine knappe Mehrheit von einem Mandat gehabt hätten. Die Sozialdemokraten entschieden sich jedoch nach langen Verhandlungen mit der CDU und nach dem Vorbild auf Bundesebene, in eine Große Koalition unter Führung von Harald Ringstorff einzutreten. Die enttäuschte Linkspartei, die sich selbst nicht als Wahlverlierer sah, musste somit auf den harten Oppositionsbänken Platz nehmen, von denen aus sie in keine einfache Zukunft blickt. Die Partei steht vor mehreren ungelösten Problemen.

Problem 1: Die Linkspartei hat ein Glaubwürdigkeitsdefizit.

Seit sie in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin an der Regierung beteiligt war und dabei schmerzhaft soziale Kürzungen mitzutragen und durchzusetzen hatte, hat das Image der Linkspartei als „Anwältin der sozial Benachteiligten“ gelitten. Schon bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998 zeigten sich die Konsequenzen, als ein großer Teil der Protestwähler zur rechtsextremen DVU wechselte, nachdem die PDS zuvor vier Jahre lang im so genannten Magdeburger Modell eine rot-grüne Minderheitsregierung toleriert hatte. 2002 in Mecklenburg-Vorpommern zeigte sich nach vier Jahren direkter Regierungsbeteiligung ein ähnliches Bild: Die PDS verlor fast 40 Prozent der Zweitstimmen.⁴⁵ Die verlorene Glaubwürdigkeit wiederzugewinnen, wird schwierig werden, da sich glaubwürdige Politik am ehesten in Regierungsverantwortung vernünftig umsetzen lässt.

Problem 2: Die Linkspartei ist keine Volkspartei.

In allen ostdeutschen Bundesländern konnte die Linkspartei nach der Bundestagswahl 2002 ihre Stellung als Partei der Mitte ausbauen.⁴⁶ Einzig in Mecklenburg-Vorpommern stellt sich die Lage anders dar. Im nordöstlichsten Bundesland konnte sich die SED-Nachfolgerin nicht als linke Volkspartei etablieren. Von der Gründung einer neuen Linkspartei durch den Zusammenschluss von umbenannter PDS und WASG werden die Sozialisten in Mecklenburg-Vorpommern nicht wesentlich profitieren, weil das Wählerpotential der von „frustrierten West-Linken“ gegründeten Wahlalternative in Ostdeutschland zu gering ist.

Problem 3: Die Linkspartei verliert ihre Wählerschaft.

Fast 40 Prozent der Wählerschaft der Sozialisten sind über 45 Jahre alt und in der DDR sozialisiert. Junge Wähler kann die SED-Nachfolgepartei hingegen kaum für sich gewinnen. Die Linkspartei ist damit erkennbar die politische Heimat eines spezifischen DDR-Milieus. In den nächsten Jahren wird die Stammwählerschicht durch Überalterung aber zunehmend wegbrechen. Mit fortschreitender Zeit könnte die Linkspartei deshalb zu einer Ein-Generationen-Partei der Über-60jährigen werden.⁴⁷ Erschwerend kommt hinzu, dass wie bei allen Parteien im Land die Zahl der Mitglieder – für gewöhnlich ein sicheres Wählerreservoir – seit 1990 stark sinkt. Ehemals mit 22.000 Mitgliedern die

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 46 ff.

⁴⁵ Vgl. Vorhut ohne Nachhut, in: Die Zeit, 07.04.2004, S. 7.

⁴⁶ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport, S. 22.

⁴⁷ Vgl. Steffen Schoon: Wahlen, Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern, S. 241.

größte Partei in Mecklenburg-Vorpommern, kann die Linkspartei ihre Position mit 6.793 Mitgliedern nur noch knapp vor der CDU mit 6.000 Mitgliedern (Stand 2006) verteidigen.⁴⁸ Junger Parteinachwuchs ist indes nicht in Sicht.

Problem 4: Die Linkspartei bekommt Konkurrenz.

Mit dem Einzug von FDP und NPD in den Landtag ist das bisherige, stabile Dreiparteiensystem in Mecklenburg-Vorpommern zerbrochen. Dadurch ergeben sich zwangsläufig neue Koalitionsoptionen, weshalb die Konkurrenz für die Linkspartei potentiell größer wird.⁴⁹ Die Wählerwanderung von der Linkspartei zur NPD zeigt darüber hinaus, dass die Sozialisten das Protestwählerpotential nicht umfassend zu binden vermochten. Ob sie dies in Zukunft schaffen werden, wird wesentlich davon abhängen, ob sich die NPD mittelfristig im Parteiensystem etablieren kann. Ob die Zeiten des stabilen Dreiparteiensystems endgültig vorbei sind, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings noch nicht absehen.

Um im Parteienwettbewerb im Nordosten der Republik zukünftig konkurrenz- und potentiell regierungsfähig zu sein, muss die Linkspartei eine zweigleisige Strategie fahren. Zum einen muss sie sich auf ihre Stärken besinnen. Was in den alten Bundesländern ein Wettbewerbsnachteil ist, ist in den neuen Bundesländern ein echter Vorteil: Die Linkspartei ist eine „Ostpartei“. Für die Sozialisten wird es daher wichtig sein, ihre originäre „Ostkompetenz“ zu pflegen und – falls möglich – auszubauen.⁵⁰ Zum anderen muss sich die Partei ihrer Schwächen bewusst werden und neue Wege beschreiten, um vor allem jüngere Wähler zu gewinnen und stärker in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen. „Es genügt [...] nicht, einfach nur Verteidigerin der sozialen Interessen der vom Neoliberalismus Gebeutelten zu sein und frühere Sozialstaats-Leitbilder, die aus der Vergangenheit des fordistischen Kapitalismus stammen, zu vertreten.“⁵¹ Die Linkspartei muss stattdessen die Vielzahl der alltäglichen praktischen Probleme in der Gesellschaft aufgreifen und Lösungen dafür anbieten. Horst Kahrs, Bereichsleiter Strategie und Politik beim Parteivorstand der Linkspartei, beschreibt die Perspektiven deshalb so: „Die Chance der Linken besteht [...] in der lösungsorientierten Zuspitzung auf Phänomene, die in der Alltagswahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger präsent sind.“⁵²

Der Erfolg der Sozialisten bei zukünftigen Wahlen wird sich daran messen lassen, wie sehr es ihnen gelingt, die beschriebenen Wege zeitgleich zu beschreiten. Sicher ist: Die Linkspartei in Mecklenburg-Vorpommern steht vor keiner einfachen Aufgabe. Die Auszeit auf den Oppositionsbänken jenseits der Regierungsverantwortung dürfte für die Partei deshalb hilfreich sein. Schon Mitte der 90er Jahre lautete das Wahlkampf motto der damaligen PDS: „Veränderung beginnt mit Opposition“.

⁴⁸ Vgl. Zwei große Parteien verlieren Mitglieder, in: NNN, 08.09.2006, S. 4.

⁴⁹ Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff: Landtags- und Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Niedersachsen, September 2006. Wahlkampfbericht und Analyse, Berlin 2006, S. 8.

⁵⁰ Vgl. Steffen Schoon: Zwischen „Ostkompetenz“ und Entzauberung, S. 783.

⁵¹ Erhard Crome: Nach der Wahl ist vor der Wahl, Berlin 2006, S. 6.

⁵² Horst Kahrs, zitiert nach: Hoff: Wahlkampfbericht und Analyse, S. 12.

Zurück im Schweriner Schloss – Die FDP

Nico Jessen

1. Einleitung

Als am 17. September 2006 gegen 18 Uhr die ersten Hochrechnungen der Landtagswahlen auf den Fernsehschirmen zu sehen waren, war das Abschneiden der FDP die eigentliche Überraschung des Abends. Dass die Freien Demokraten nach 1990 wieder in das Schweriner Schloss einziehen würden, war zu erahnen. Dass aber die Liberalen Mecklenburg-Vorpommerns diese Aufgabe so souverän mit einem Ergebnis von 9,6 Prozent meistern würden, hatten die Liberalen selbst nicht zu hoffen gewagt. Der folgende Aufsatz soll Aufschluss darüber geben, wo die Ursachen für den Erfolg der FDP zu finden sind. Hierzu sollen Ausgangslage, Wahlkampfstrategie und die liberale Wählerschaft näher analysiert werden.

2. Ausgangslage

Die FDP in Mecklenburg-Vorpommern fristete seit zwölf Jahren ein Schattendasein abseits der politischen Bühne des Landesparlaments. Zwar bildeten die Liberalen als Juniorpartner der CDU im Schweriner Schloss 1990 die erste Regierungskoalition, aber schon 1994 wurde die Fünf-Prozent-Hürde nicht mehr übersprungen. Als außerparlamentarische Opposition konnte die FDP wenig Wirkungsmacht entfalten, so dass sie im Parteiengefüge in Mecklenburg-Vorpommern seither eine untergeordnete Rolle spielte.¹

Abseits der Macht und befreit von den Niederungen des Regierungsalltags fristen die Liberalen nach der Ära Kohl-Genscher-Kinkel auch auf Bundesebene ihr Dasein als Oppositionspartei, was besonders in Zeiten eines rot-roten Bündnisses in Schwerin und einer Großen Koalition in Berlin besondere Auswirkungen auf die Ausrichtung im Landtagswahlkampf hat: Die FDP nahm in dem Landtagswahlkampf 2006 eine doppelte Oppositionsrolle ein. Die SPD und Linkspartei.PDS, aber auch die CDU waren auf Landes- beziehungsweise Bundesebene in der Regierungsverantwortung, so dass sich lediglich die Liberalen als wirkungsmächtige Alternative zur Regierungspolitik in Bund und Land anbieten konnten. Die Grünen spielten aufgrund ihrer Schwäche in Mecklenburg-Vorpommern nur eine untergeordnete Rolle. Das erweist sich als positive Ausgangslage, wenn es um die Zufriedenheit des Wahlvolkes mit den Regierungen in Bund und Land nicht allzu gut bestellt ist.

Zudem zeigt ein Blick auf die vorangegangenen Wahlergebnisse im Nordosten, dass die FDP Mecklenburg-Vorpommern mit dem Abstreifen der Regierungsverantwortung auf Bundesebene einen Aufschwung erlebte. Mit einem Ergebnis von 1,6 Prozent der Wählerstimmen bei den Landtagswahlen 1998 drohte die Landes-FDP in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Selbst der Landesvorsitzende Hans Kreher musste einräumen, dass die Partei in einer tiefen strukturellen Krise steckte.²

Im Folgenden konnte die FDP bei Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern kontinuierlich an Wählerstimmen zulegen. Obwohl sie bei den Europawahlen im Lande am 13. Juni 1999 nur 1,3 Prozent

¹ Vgl. Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke: Die F.D.P. in Mecklenburg-Vorpommern, in: Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München 2002, S. 140-159, hier: S. 152 ff.

² Vgl. ebd., S. 155.

errang, votierten bei den am selben Tag stattfindenden Kommunalwahlen schon wieder 4,1 Prozent der Wähler für die Freien Demokraten. Die imaginäre Fünf-Prozent-Hürde wurde bei den nächsten Kommunalwahlen 2004 genommen und die vorgezogene Neuwahl für den Bundestag 2005 brachte einen weiteren leichten Stimmenzuwachs.

Diese positive Entwicklung nahm die FDP mit in den Landtagswahlkampf 2006. In den Prognosen des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap lagen die Liberalen stets bei mindestens sechs Prozent. In den letzten Umfrageergebnissen vor der Wahl konnten sie sich mit sieben Prozent sogar noch leicht verbessern.³

3. Der Landtagswahlkampf der FDP

3.1 Wahlziele

Gestützt und beflügelt durch die positive Entwicklung der vorangegangenen Wahlergebnisse und die optimistisch stimmenden Umfragewerte lautete das Minimalziel der Freien Demokraten für die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2006, nach langjähriger Abwesenheit wieder in den Landtag einzuziehen.⁴ Die Vorgabe, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen, erschien durch und durch realistisch und wenig verwegen. Neben diesem Minimalziel äußerte Michael Roolf des Weiteren den Wunsch, die rot-rote Koalition in Schwerin abzulösen.⁵ Allerdings hatte es im Vorfeld keinerlei Aussagen zu einer Regierungsbeteiligung von Seiten der FDP in Richtung Christdemokraten gegeben. Die Umfrageergebnisse vor der Landtagswahl konnten auch keine Mehrheit für eine solche Konstellation prognostizieren. Die FDP hätte mit einer Koalitionsaussage ihre klare Abgrenzung zu den Regierungsparteien und die Rolle als doppelte Opposition aufgegeben.

3.2 Personenwahlkampf

Durch die Wahl der Kandidatenliste am 11.11.2005 in Rostock vollzogen die Liberalen einen Generationenwechsel. Der stellvertretende Landesvorsitzende Michael Roolf wurde zum Spitzenkandidaten der FDP gekürt und Landeschef Hans Kreher nahm nur noch den zweiten Platz auf der Kandidatenliste ein.⁶ Der 66 Jahre alte pensionierte Lehrer Kreher war im Zuge der Wende über das „Neue Forum“ zur FDP gestoßen. Seit 1999 führt er die Liberalen in Mecklenburg-Vorpommern an und bestritt seither als erster Listenkandidat seiner Partei die Landtagswahlkämpfe. Roolf ist mit 45 Jahren deutlich jünger und zu der Nachwendegeneration der Partei zu zählen.⁷

Die Personalentscheidungen gingen aber nicht ohne Querelen von statten. Roolf wie Kreher erhielten beide weniger als 75 Prozent der Landesvertreterversammlung; alle nachfolgenden Listenkandidaten mussten sich mit noch geringeren Stimmenanteilen zufrieden geben. Besonders die Jungen Liberalen zeigten sich unzufrieden mit der Kandidatenwahl. Ihr Favorit Gino Leonhardt kam nicht wie erwünscht auf Platz fünf, sondern fand sich auf Platz sieben der Landesliste wieder. Vor diesem Hintergrund machte sich der Parteinachwuchs zum einen für eine Trennung von Amt und Mandat innerhalb der ersten Legislaturperiode stark, falls die FDP den Einzug in den Landtag schaffen würde, um so den Weg für neue Amtsträger im Parteivorstand zu erleichtern. Zum anderen kündigten die Jungen Liberalen an, in der programmatischen Diskussion um das Parteiwahlprogramm

³ Infratest dimap: Ländertrend, 12.07.2006: sieben Prozent, 25.08.2006: sechs Prozent, 01.09.2006: sechs Prozent, 07.09.2006: sieben Prozent.

⁴ Hans Kreher/Michael Roolf: Gemeinsam in den Landtag, in: M-V Liberal, 5/2006, S. 1.

⁵ Vgl. Michael Roolf: Rede auf dem FDP-Landesparteitag, 17. Juli 2006, zitiert nach: www.steueralarm.de (Stand: 19.06.2006)

⁶ Vgl. Geschäftsbericht 2005/06 des FDP-Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern, Anlage 6.

⁷ Vgl. www.liberales-mv.de (Stand: 17.09.2006)

konsequent auf ihren Forderungen zu beharren: Die Schule als eigenständige Rechtsperson setzte sich aber ebenso wenig durch wie die Konzentration der Flughafenförderung auf Rostock-Laage.⁸

Trotz dieser anfänglichen Schwierigkeiten schaffte es Spitzenkandidat Roolf seine Partei im beginnenden Wahlkampf hinter sich zu vereinen. Allerdings nahm er auch nicht die zentrale Position in der Wahlkampfstrategie der FDP ein. Die Plakate schmückten vor allem die Gesichter der liberalen Honoratioren vor Ort, denen bestimmte Schwerpunktthemen zugeordnet wurden. In Rostock waren es beispielsweise Ralf Grabow mit dem Thema „soziale Gerechtigkeit“ und Professor Norbert Ulfig mit der Bildungskompetenz, die in der Plakatschlacht um die Gunst der Wähler warben. Ulfig ist Mitglied der Rostocker Bürgerschaft und Grabow im sozialen Bereich der Hansestadt engagiert. Nicht der liberale Spitzenkandidat, sondern Wahlkampfthemen und die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner stellten die Hauptpfeiler des Wahlkampfs der FDP dar.

3.3 Themenwahlkampf

Wie die übrigen Parteien im Lande, so maßen auch die Freien Demokraten der Bildungspolitik einen sehr hohen Stellenwert bei; diese findet man im Landtagswahlprogramm 2006 noch vor der liberalen Herzensangelegenheit Wirtschaft an erster Stelle.⁹ Ebenso wie CDU, Linkspartei und Grüne forderte auch die FDP die Einführung von kostenlosen Kindergartenplätzen, um allen Kindern einen chancengleichen Einstieg in das Bildungssystem zu ermöglichen; es blieb also wenig Raum sich hier zu profilieren. Anders stellte sich dies in der Schul- und in noch stärkerem Maße der Hochschulpolitik dar. Die von den Liberalen propagierte „wirklich selbstständige Schule“ sollte mehr Spielraum in der Gestaltung des Unterrichts, der Finanzen und des Personals bekommen.¹⁰

Im besonderen Maße konnte die FDP im Bereich der Hochschulpolitik gegen die rot-rote Koalition polarisieren. Aufgrund der Sparpläne im Bereich der Hochschulen war es zum Zerwürfnis zwischen der Landesregierung und der Universität Rostock gekommen. Weil die Universitätsleitung nicht Willens war, die von Bildungsminister Metelmann verordneten Sparmaßnahmen zu realisieren, wurden die Zielvorgaben vom Parlament durchgesetzt, was einen Verstoß gegen das Prinzip der Hochschulautonomie darstellte.¹¹ Diesen Ball nahmen die Liberalen auf und forderten die Wiederherstellung der Hochschulautonomie. Hierbei griffen sie in ihrem Wahlkampf die Forderungen der Bürgerinitiative „pro jura“ auf und unterstützten diese bei ihrer Unterschriftenaktion zum Erhalt der Juristischen Fakultät der Universität Rostock. Diese kurzfristige Forderung konnte die FDP mit den Aussagen ihres Wahlprogramms verbinden. Die Autonomie der Hochschule sollte durch die Etablierung von „Stiftungshochschulen“, die neben selbst eingeworbenen Mitteln auch finanzielle Unterstützung vom Land erhalten, sichergestellt werden.¹²

Trotz der Priorität der Bildungspolitik im Wahlprogramm überwogen im „heißen“ Wahlkampf der FDP steuerpolitische Forderungen. Hier konnten die Freien Demokraten die in den Medien und der Öffentlichkeit geführte Diskussion um die Erhöhung der Mehrwertsteuer aufgreifen. Die Wahlkampf-Webseite der Liberalen im Internet trug den Titel „Steueralarm“¹³, und wie auch schon in vergangenen Landtagswahlkämpfen tourte die „Steuerwehr“, ein altes Feuerwehrfahrzeug, das in den Farben der FDP, blau und gelb, lackiert ist, durch Mecklenburg-Vorpommern.¹⁴ Warben die

⁸ Vgl. Interview mit dem Landesvorsitzenden der Jungen Liberalen Mecklenburg-Vorpommern, René Lange, 16.06.2006, in: Eigenes Archiv.

⁹ Vgl. Programm zu Landtagswahl 2006, verabschiedet auf dem Parteitag am 17.06.2006 in Stralsund.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 10.

¹¹ Vgl. OZ, 17.05.2006.

¹² Vgl. Programm zur Landtagswahl 2006, S. 12 f.

¹³ www.steueralarm.de.

¹⁴ Vgl. Nico Jessen: Die FDP in Mecklenburg-Vorpommern. Entwicklungen seit 1998, Bakkalaureus-Arbeit, Rostock 2006, S. 28 f.

übrigen Parteien auf großflächigen Plakaten für ihre Spitzenkandidaten, so war auf denen der FDP eine entnervt dreinblickende Blondine zu sehen, die sich in Selbstmordpose einen Benzin Zapfhahn an die Schläfe hielt. Des Weiteren erregten die Freien Demokraten besonderes öffentliches Aufsehen, als sie am 1. September an einer Tankstelle in Greifswald „die Mehrwertsteuer außer Kraft“ setzten, indem sie die Steuern auf die Benzinpreise übernahmen und 200 Autofahrer für eine Stunde verbilligt Tanken konnten.¹⁵

Mit diesem Schachzug wurde um die Gunst der Wähler geworben, indem der verbreitete Unmut über die hohen Spritpreise angesprochen und die Steuerpolitik der Bundesregierung als Ursprung des Übels identifiziert wurde. Auf diese Weise schaffte es die FDP, die Bürger durch ihren Bezug zu Alltagsproblemen „abzuholen“ und mit ihrer Kritik an der Bundespolitik zu verbinden. Die wirtschaftlichen Kernthesen – Abbau der Bürokratie, eine Förderpolitik, die „vereinfacht, vereinheitlicht und vernetzt“ wird, und die Unterstützung des Mittelstandes – traten hinter die Steuerpolitik zurück.¹⁶

Eine inhaltliche Kontroverse mit den übrigen Parteien konnte die FDP mit ihren Wahlkampfthemen aber nicht auslösen, was wohl auch damit zusammenhing, dass CDU, SPD und Linkspartei.PDS verstärkt auf ihre Spitzenkandidaten als auf Themenschwerpunkte bauten und die FDP als Kleinpartei weit weg von Regierungsverantwortung nicht ernst genommen wurde. Jegliche Versuche der Liberalen, einen inhaltlichen Schlagabtausch zu initiieren, mussten demnach ins Leere laufen.

3.4 Angriffswahlkampf

Schon die Schwerpunktsetzung der Themen im Wahlkampf der FDP verdeutlicht, dass die Partei sich zum einen als Opposition zur rot-roten Landesregierung, zum anderen aber auch als Opposition zur Großen Koalition der Bundesregierung verstand und dementsprechend im Wahlkampf positionierte. Sie konnte sich zur verbliebenen demokratischen Alternative zu den amtierenden Regierungen stilisieren, weil die Grünen aufgrund ihrer Schwäche in Mecklenburg-Vorpommern eine noch kleinere Rolle in der Hektik des Wahlkampfes spielten.

Mit einem gelben Quietscheentchen und dem Slogan „Ackern statt Schnattern“ griffen die Liberalen auf Plakaten die bisher im Landtag vertretenen Parteien an. Hinter dieser „Schmunzel-Kampagne“ steckte die Kritik an der amtierenden rot-roten Landesregierung unter dem SPD-Ministerpräsidenten Harald Ringstorff. Ihm wurde vorgeworfen, bloße „Ankündigungspolitik“ zu betreiben. Ringstorff warb mit dem Wahlspruch „den Erfolg fortsetzen“ und reklamierte einen wirtschaftlichen Aufschwung in Mecklenburg-Vorpommern als Errungenschaft seiner Politik.¹⁷ Die liberale Sicht der ökonomischen Lage des Landes fiel ungleich negativer aus: Der Nordosten sei im Vergleich zu den übrigen Bundesländern noch immer Schlusslicht. Entgegen ihren Aussagen habe es die rot-rote Regierung nicht geschafft, die ökonomische Situation im Land zu verbessern. Die Landesregierung mache eine schlechte Arbeit und verspiele ihr Vertrauen auch noch mit Versprechungen, die nicht einzulösen seien. Gegenüber dieser rot-roten Regierung habe die CDU es ihrerseits nicht geschafft, die Aufgabe als Opposition zu erfüllen und alternative Konzepte zu entwickeln.¹⁸

Die FDP versuchte im Verlauf ihres ironisierten Angriffswahlkampfes, die Parlamentsparteien als Parteien des politischen Stillstands bloßzustellen und sich selbst als Partei des Fortschritts zu stil-

¹⁵ Vgl. OZ, 02.09.2006.

¹⁶ Vgl. Programm zur Landtagswahl 2006. S. 21 f.

¹⁷ Vgl. den Beitrag von Andreas Timm in diesem Band.

¹⁸ Vgl. Rede von Michael Roolf auf dem FDP-Sonderparteitag in Schwerin, 10.09.2006, in: www.steueralarm.de (Stand: 15.09.2006).

sieren. CDU, SPD und Linkspartei aber griffen die Attacken von Seiten der Liberalen nicht auf. Die FDP führte einen Wahlkampf als Opposition – weil sie wie auch auf inhaltlicher Ebene von ihren Kontrahenten nicht wahrgenommen wurde – für sich allein.

4. Wahlergebnis

Die FDP konnte mit 9,6 Prozent ihr Ergebnis der letzten Landtagswahl 2002 mehr als verdoppeln. Damals erreichte sie nur 4,7 Prozent. Die Freien Demokraten profitierten bei diesen Landtagswahlen vor allem von Wechselwählern. Von den CDU-Wählern der letzten Landtagswahl gewannen sie 17.000 hinzu, 12.000 ehemalige Stimmen der SPD wanderten zu den Liberalen und auch 1.000 Linkspartei-Wähler wechselten zur FDP. Daneben entschieden sich auch 5.000 Erstwähler, ihre Stimme den Landes-Liberalen zu geben; allerdings schaffte es die FDP nicht, frühere Nichtwähler an die Wahlurne zu locken.¹⁹ Somit erfolgte die Stimmenabgabe zugunsten der Liberalen vor allem aus Unzufriedenheit gegenüber CDU und SPD.

Vergleicht man das Erststimmen- mit dem Zweitstimmenergebnis, so ist festzustellen, dass ein Stimmensplitting sehr selten vorgenommen wurde. Zwar gab ungefähr ein Zehntel des bürgerlichen Lagers seine Erststimme der CDU und die Zweitstimme den Liberalen.²⁰ Insgesamt jedoch erzielten die freidemokratischen Direktkandidaten 8,6 Prozent der Erststimmen. In den Wahlkreisen Demmin I, Müritz I, Ostvorpommern I und Rügen II gab es sogar einen Erststimmenüberhang für die Liberalen.²¹ Die Stimmenvergabe der FDP-Wähler erfolgte somit zum größten Teil nicht nach taktischen Gesichtspunkten. Dies aber ist keine Anomalie dieser Landtagswahl, denn dieser Trend lässt sich auch auf Bundesebene beobachten.²²

Es spricht einiges dafür, dass dies im Zusammenhang mit der heterogenen Herkunft der Wählerschaft steht. Die FDP-Wähler sind nicht eindeutig dem bürgerlichen Milieu zuzuordnen, was ein Stimmensplitting zwischen CDU und FDP nahe legen würde. Zwar schnitten die Liberalen mit ungefähr 20 Prozent bei den Selbständigen besonders gut ab, aber auch mehr als zehn Prozent der Angestellten, Beamten und Arbeiter sowie der Auszubildenden wählten FDP. Lediglich bei Rentnern und Arbeitslosen konnte sie weniger als zehn Prozent Stimmenanteil erreichen.²³ Die FDP-Wählerschaft ist relativ jung. Unter den 18 bis 24jährigen gaben zwölf Prozent, von den 25 bis 44jährigen 13 Prozent und von Wählern zwischen 45 bis 59 Jahren zehn Prozent ihre Stimme für die Liberalen ab. Lediglich bei den über 60jährigen erlangten die Freien Demokraten nur sechs Prozent.²⁴ Das größte Stimmenpotential entwickelte die FDP also bei den im werktätigen Alter befindlichen Wählern. Geschlecht und Bildung spielten bei der Stimmenabgabe für die Liberalen nur eine untergeordnete Rolle. All das zeigt, dass das Wählerklientel der Freien Demokraten nicht auf die gut ausgebildeten Besserverdiener beschränkt ist, sondern wesentlich breiter angelegt ist. Auch dieser Trend folgt dem Muster der Bundesebene.²⁵

Dass eine solche Wählerstruktur zu einem nachhaltigen Erstarken der Partei der Liberalen in Mecklenburg-Vorpommern führt, dürfte unwahrscheinlich sein. Die Wahlentscheidung zu Gunsten der FDP erfolgte eher kurz- als langfristig. 62 Prozent der FDP-Wähler entschieden ihre Stimmenvergabe erst in den letzten Wochen des Wahlkampfes; nur zwölf Prozent gaben die Bindung an die

¹⁹ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport. Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 17. September 2006, Berlin 2006, S. 32.

²⁰ Vgl. Ebd., S. 21.

²¹ Vgl. Statistisches Landesamt: Endgültiges Ergebnis der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2006.

²² Vgl. Hans Vorländer: Die Schattenpartei. Mit Erfolg aus dem Scheinwerferlicht verschwunden: Die FDP, in: Hans Zehetmair (Hrsg.): Das deutsche Parteiensystem: Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2004, S. 159-171, hier: S. 169.

²³ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport, S. 54.

²⁴ Vgl. ebd., S. 50.

²⁵ Vgl. Vorländer: Die Schattenpartei, S. 169.

Partei als ausschlaggebenden Grund für ihre Wahlentscheidung an. Für den Großteil von 66 Prozent der liberalen Wählerschaft war die Wahlentscheidung auf Sachthemen bezogen; besonders wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Fragestellungen gaben den Ausschlag.²⁶

Der Wahlerfolg der FDP bei der Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern ist also vor allem den Protestwählern zuzuschreiben, die sich von SPD und CDU abgewendet haben. Dabei profitierten die Liberalen nicht nur vom Unmut im bürgerlichen Lager, sondern schafften es, ein breites Protestpotential in der Wahlbevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns aufzugreifen. Man kann den Erfolg der Liberalen als Votum für eine demokratische Oppositionskraft gegenüber den Regierungsparteien in Bund und Land, CDU, SPD und Linkspartei.PDS, interpretieren, die sich als liberales Korrektiv besonders in wirtschaftspolitischen Fragen versteht.

5. Fazit und Ausblick

Die FDP hat ihr primäres Wahlziel erreicht. Mit 9,6 Prozent hat sie die Fünf-Prozent-Hürde deutlich übersprungen und ist erstmals nach 1994 wieder im Schweriner Schloss vertreten. Die Liberalen sind daher zu den klaren Gewinnern dieser Landtagswahl zu zählen. Dabei profitierte die FDP von ihrer Rolle als doppelte Opposition, die sie im Wahlkampf konsequent eingenommen hat. Durch ihren themen- und konfliktorientierten Wahlkampf grenzte sie sich deutlich vom „Kuschelkurs“ der Koalitionäre in Bund und Land ab. Die nähere Analyse des Wahlergebnisses zeigt, dass die Liberalen mit ihrer Wahlkampfstrategie durchaus erfolgreich waren.

Durch ihre Rolle als parlamentarische Opposition gewinnt die FDP im parteipolitischen Wettbewerb des Landes an Einfluss. Sie genießt nun ein höheres Maß an öffentlichem und medialem Interesse. Dadurch ist es ihr leichter möglich, liberale Themen, Standpunkte und auch Personen in die politische Diskussion einzubringen. Als außerparlamentarische Opposition war dies nur schwer möglich. Des Weiteren profitiert auch der liberale Parteiapparat von dem Einzug ins Schweriner Schloss. Die finanzielle Situation der Partei, die sich in der Vergangenheit teilweise als schwierig erwiesen hat, wird durch den Wahlerfolg verbessert. Durch Wahlkampfkostenerstattung und Fraktionsgelder ist es der FDP nun möglich, einen größeren Stab an Mitarbeitern für die politische Arbeit im Land zu beschäftigen. Bisher waren lediglich zwei Mitarbeiter in der Schweriner Parteizentrale angestellt. Mit einer größeren Zahl ist es jetzt möglich, die Parteiarbeit zu professionalisieren.

Ob die FDP in Zukunft an den jüngsten Wahlerfolg anknüpfen kann, bleibt abzuwarten. Profitierten die Liberalen bei dieser Landtagswahl von protestierenden Wechselwählern, so können sich diese bei der nächsten Wahl schon wieder anders entscheiden. Mittelfristig bleiben die Liberalen davon abhängig, wie das Urteil über die Politik der Regierungen in Bund und Land ausfällt und ob die FDP sich als glaubwürdige Alternative darstellen kann. Nicht unerheblich ist auch die Stellung der Freien Demokraten auf Bundesebene: Der Aufstieg der Landes-FDP ist maßgeblich durch den Gang in die Opposition nach 1998 angeschoben worden.

Langfristig hängt die Position der Liberalen im Parteiensystem des Landes von der Entwicklung der politischen Kultur in Mecklenburg-Vorpommern ab. Nur wenn sich eine breitere bürgerliche Mittelschicht herausbildet, kann die FDP auf ein stabiles Wählerpotential zurückgreifen. Dies könnte die Möglichkeit für eine bürgerliche Koalition aus Christdemokraten und Liberalen eröffnen. Bis dahin muss die FDP ihre Rolle als Opposition ausfüllen.

²⁶ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport, S. 47.

Landespolitisches Déjà-vu – Bündnis 90/Die Grünen

Johannes Saalfeld/Carsten Socke

1. Ausgangslage

Mecklenburg-Vorpommern ist für Bündnis 90/Die Grünen ein schwieriges Terrain. Bisher gelang es der Partei nicht, in den Landtag des nordöstlichsten deutschen Bundeslandes einzuziehen, sodass Mecklenburg-Vorpommern bislang ein weißer Fleck auf der grünen Landkarte geblieben ist. Die beste Chance für einen Einzug in den Landtag hatte die Partei bei der ersten Landtagswahl am 14. Oktober 1990. Damals waren Neues Forum, Bündnis 90 und Grüne getrennt voneinander angetreten und hatten zusammen 9,3 Prozent der Stimmen erreicht. Im Ergebnis zeigte sich, dass sie damit die falsche Entscheidung getroffen hatten, denn keine der drei übersprang die Fünf-Prozent-Hürde (Neues Forum 2,9 Prozent, Bündnis 90 2,2 Prozent, Grüne 4,2 Prozent).¹ Bei den nachfolgenden Wahlen und unter dem gemeinsamen Namen Bündnis 90/Die Grünen konnten keine nennenswerten Erfolge mehr eingefahren werden. Sowohl bei Landtags- als auch Bundestagswahlen schwankten die Ergebnisse meist zwischen 2,5 und vier Prozent. Das beste Ergebnis war dabei das der Bundestagswahl 2005, bei der man mit 39.379 Zweitstimmen² immerhin vier Prozent der Stimmen erreichte. Bei den letzten Landtagswahlen am 22. September 2002 konnte man dagegen nur 2,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinen und verpasste wiederholt deutlich den Einzug in den Landtag.

Die schwachen Wahlergebnisse haben es der Partei bisher versagt, sich auf der parlamentarisch-gouvernementalen Ebene des Parteiensystems Mecklenburg-Vorpommerns zu profilieren. Stattdessen musste sie sich bis jetzt mit dem oppositionellen Schattendasein außerhalb des Parlaments begnügen. Aus einer solchen Position Politik machen zu müssen, ist in der modernen Parteiendemokratie allerdings ein schwieriges Unterfangen. Die Probleme, die diese Position mit sich bringt, sind vielfältig. Besonders schwer erscheint es allerdings, der Bevölkerung „grüne“ Landespolitik zu vermitteln, da aufgrund der dauerhaften parlamentarischen Abwesenheit die Medienpräsenz der Landespartei verschwindend gering ist. So ist es nicht verwunderlich, dass die Landesvorstandssprecher der Partei in der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt sind und die Programmatik nur vage von der Bundespartei abgeleitet wird.³

Die Landespartei bleibt damit stark hinter den Erwartungen der Bundespartei zurück, die seit über 20 Jahren eine feste Größe im bundesdeutschen Parteiensystem ist und sogar sieben Jahre lang Regierungspartei war. Aufgrund dieses Gegensatzes ist die geringe Präsenz von Abgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern in der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen nicht verwunderlich. Obwohl mit Dr. Harald Terpe seit langer Abstinenz wieder ein Vertreter aus dem Nordosten Mitglied der Bundestagsfraktion ist, bleiben die Ausstrahlungseffekte auf die Landespartei bisher gering. Zur mangelnden Ausstrahlungskraft des Landesverbandes kommt die schwache Verankerung der Partei in der Bevölkerung. Mit ca. 300 Mitgliedern⁴ sind Bündnis 90/Die Grünen „hoffnungslos“ unterbesetzt. Ungünstig ist dies besonders in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern, in dem flächendeckende Wahlkämpfe besonders viel Personal erfordern. Allerdings

¹ Vgl. Jochen Schmidt: Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, in: Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München 2000, S. 160-169, hier: S. 161.

² Vgl. hierzu das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 2005 unter: www.statistik-mv.de/index_lwahl.htm.

³ Vgl. Johannes Saalfeld: Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern von 1993 bis 2006 – Der lange Weg zur Partei, in: Steffen Schoon/Britta Saß/Johannes Saalfeld: Kein Land(tag) in Sicht? – Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, München 2006.

⁴ Hierzu die Angaben der Landespartei unter: www.m-v.gruene.de.

ist darauf hinzuweisen, dass der Landesverband Mecklenburg-Vorpommerns diese Probleme mit allen ostdeutschen Landesverbänden von Bündnis 90/Die Grünen teilt. Die Ausgangssituation der Bündnisgrünen gestaltete sich zu Beginn des Wahlkampfes also denkbar schlecht, allerdings bestand dennoch die Hoffnung, diesmal die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen und endlich in den Landtag einzuziehen. Das Wahlziel konnte daher nur lauten: „Fünf Prozent plus x“.

Traditionell erzielen die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern in Umfragen vor Wahlen meist bessere Ergebnisse, als sie anschließend bei den Wahlen tatsächlich erreichen. Auch diesmal gaben die Umfragewerte vor der Wahl Grund zur Hoffnung. Mitte 2004 lag die Partei in den Umfragen bei fünf Prozent⁵ und auch kurz vor der Wahl erschien das Ziel, in den Landtag einzuziehen, nicht allzu weit entfernt. Bei einer im Auftrag des NDR kurz vor der Wahl durchgeführten Umfrage gaben immerhin vier Prozent der Befragten an, die Grünen wählen zu wollen.⁶ Allerdings wurde auch im direkten Vorfeld dieser Wahl wiederum das notorische Problem von Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern deutlich: die geringe Bekanntheit der Spitzenkandidaten. Bei einer Umfrage nach dem Bekanntheitsgrad der Spitzenkandidaten der zur Landtagswahl antretenden Parteien schnitten die grünen Kandidaten durchweg schlecht ab. Nur 20 Prozent der Befragten kannten die von der Landespartei auf Listenplatz 1 gesetzte Ulrike Seemann-Katz. Noch schlechter schnitt der zweite Spitzenkandidat, Hendrik Fulda, ab, der nur zwölf Prozent der Befragten ein Begriff war.⁷ Der Partei fehlen folglich nach wie vor bekannte Gesichter, die der Partei Profil geben könnten. Darin ist ein deutlicher Wettbewerbsnachteil gegenüber den anderen Parteien zu sehen. Dabei stehen die Grünen seit jeher in enger Konkurrenz zur SPD und PDS. Dies zeigen Analysen zur Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala von Parteianhängern und Nicht-Parteianhängern.⁸ Mit Harald Ringstorff und Wolfgang Methling schickten SPD und Linkspartei.PDS allerdings Spitzenkandidaten ins Rennen, deren Bekanntheit weit über die Landesgrenzen Mecklenburg-Vorpommerns reicht.

2. Wahlergebnis

Die Ergebnisse der Landtagswahlen vom 17. September 2006 zeigen, dass Bündnis 90/Die Grünen ihr Ziel, in den Landtag einzuziehen, wiederholt verfehlt haben. Trotz eines Zugewinns von 0,8 Prozentpunkten blieb die Partei mit 3,4 Prozent der Zweitstimmen deutlich unter der Zielmarke von fünf Prozent, die den Einzug in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns ermöglicht hätten. Mit 27.542 Stimmen⁹ konnte man im Vergleich zur Landtagswahl 2002 nur 2.240 Stimmen dazugewinnen. Wird die geringe Wahlbeteiligung¹⁰ in die Betrachtung miteinbezogen, so relativiert sich der geringe Stimmengewinn von 0,8 Prozentpunkten nochmals. Auf die Wahlbeteiligung von 2002 bezogen hätte der Stimmengewinn von 2.240 Stimmen nur einem Zugewinn um 0,2 Punkte entsprochen. Die Grünen haben daher von der geringeren Wahlbeteiligung prozentual profitieren können.

Bei genauerer Betrachtung der Wahlergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen wird deutlich, dass die Grünen keine bedeutenden Hochburgen im Land besitzen. Lediglich die stark universitär geprägten

⁵ Vgl. Infratest dimap: Ländertrend. Mecklenburg-Vorpommern, Juni II 2004, abrufbar unter: www.infratest-dimap.de/?id=194&aid=43.

⁶ Vgl. Infratest dimap: Ländertrend. Mecklenburg-Vorpommern, August III 2006, abrufbar unter: www.infratest-dimap.de/?id=194&aid=178.

⁷ Vgl. ebd.

⁸ Vgl. Steffen Schoon: Wahlen, Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern. Eine politikwissenschaftlich-empirische Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee im Zeitraum von 1871 bis 2002, Diss., Rostock 2005, S. 475.

⁹ Vgl. hierzu amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern unter: www.statistik-mv.de/index_lwahl1.htm.

¹⁰ 2002 hatte die Wahlbeteiligung in Kopplung mit der Bundestagswahl noch bei 70,6 Prozent gelegen. Bei der Landtagswahl am 17. September 2006 gaben hingegen nur noch 59,1 Prozent der Stimmberechtigten ihre Stimme ab.

Wahlkreise Rostock III¹¹ und Greifswald könnten mit 8,5 bzw. sieben Prozent wohlwollend als solche bezeichnet werden. Ansonsten gelang es den Grünen nur noch in Rostock IV¹² und Schwerin I, die magischen fünf Prozent zu überspringen. Dagegen konnten die Bündnisgrünen auf dem Land nur marginal Stimmen auf sich vereinen.

Bemerkenswert ist, dass die Partei hauptsächlich bei den Erststimmen dazugewinnen konnte, obwohl ihr Wahlkampf auf den Gewinn von Zweitstimmen ausgerichtet war. So konnten mit 26.991 Erststimmen¹³ rund 10.000 Stimmen im Vergleich zu 2002 hinzugewonnen werden. Hier zahlte sich für die Grünen aus, dass sie erstmals in allen Wahlkreisen Direktkandidaten aufgestellt hatten. Dieser Zugewinn an Erststimmen führte jedoch kaum zu einer Erhöhung der Zweitstimmen-Anzahl, die die Grünen zum Einzug in den Landtag so dringend gebraucht hätten. Auffällig ist jedoch die flächendeckende Übereinstimmung von Erst- und Zweitstimmen. Der bündnisgrüne Wähler nutzte demnach kaum die Möglichkeit des Stimmen-Splittings. Nur in Rostock III ist ein signifikantes taktisches Wahlverhalten zu beobachten. Dort klaffen Erst- und Zweitstimmenergebnis immerhin um 20 Prozent auseinander.¹⁴ Wobei dies auch nur bedeutet, dass gerade einmal jeder fünfte grüne Wähler seine Erststimme einer anderen Partei gab. Diese landesweite Übereinstimmung der Erst- und Zweitstimmen kann unterschiedlich interpretiert werden: Es könnte sich einerseits bei den grünen Wählern nur noch um den „harten Kern der Überzeugten“ handeln, die jeweils beide Stimmen aus Prinzip der Partei gaben. Dies würde bedeuten, dass die Bündnisgrünen nur den „Minimal kern“ ihrer Wählerschaft mobilisieren konnten. Dagegen spricht jedoch, dass es sich bei der Übereinstimmung der Erst- und Zweitstimmenergebnisse nicht um ein auf die grüne Partei begrenztes Phänomen handelt, sondern bei allen Parteien zu beobachten ist. Das klassische Lagerwahlverhalten, wie wir es aus dem westdeutschen Bundesgebiet kennen, kann in Mecklenburg-Vorpommern nicht (mehr) beobachtet werden. Dazu haben möglicherweise die fehlenden Koalitionssaussagen vor der Wahl beigetragen – dem Wähler war somit nicht klar, in welchem Lager sich seine beiden Stimmen nach der Wahl wiederfinden würden. Eine andere Erklärung für das fehlende Stimmen-Splitting bei den kleineren Parteien könnte in einem stark erhöhten Protestwahlverhalten der Wähler gegenüber den drei großen Parteien liegen. Allerdings trifft dieser Erklärungsversuch im Gegensatz zu FDP- und NPD-Wählern weniger auf die Wähler der Grünen zu, da diese mehrheitlich aus „Überzeugung“ (55 Prozent) und weniger aus „Enttäuschung von der bisherigen Landespolitik“ (36 Prozent) ihre Wahlentscheidung getroffen haben¹⁵ – was die erste These („Minimal kern-Mobilisierung“) stützt.

Die Grünen hatten bei den Unter-35jährigen Wählern den größten Rückhalt – das heißt umgekehrt, dass es die Partei kaum vermochte, die Über-35jährigen anzusprechen und zu überzeugen.¹⁶ In der Gruppe der Auszubildenden erhält sie mit zehn Prozent der Wähler den höchsten Anteil – insgesamt erzielen die Grünen erwartungsgemäß nur bei den Wählern mit hohen Bildungsabschlüssen ein Ergebnis jenseits der Fünf-Prozent-Hürde.¹⁷

Während die drei großen Parteien herbe Verluste in den absoluten Stimmergebnissen hinnehmen mussten, konnten die Grünen den seit Jahren anhaltenden Abwärtstrend stoppen und ihr Zweitstimmenergebnis von 2002 mit geringen Zuwächsen absolut behaupten. Im Vergleich zu den anderen kleinen Oppositionsparteien, denen diesmal der Einzug in das Parlament gelang, nimmt sich

¹¹ Rostock III = Kröpeliner-Tor-Vorstadt, Hansaviertel etc.

¹² Rostock IV = Stadtmitte, Gehlsdorf, Toitenwinkel, Dierkow etc.

¹³ Vgl. dazu die Zahlen des Landeswahlleiters Mecklenburg-Vorpommern unter: www.statistik-mv.de/index_lwahll.htm (Stand: Oktober 2006).

¹⁴ In einigen anderen Wahlkreisen liegen Erst- und Zweitstimmenergebnis zwar teilweise noch weiter auseinander, die absolute Stimmenzahl ist in diesen Kreisen jedoch so verschwindend klein, dass hier nur von rein statistischen Effekten ohne Aussagekraft gesprochen werden kann.

¹⁵ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport. Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 17. September 2006, Berlin 2006, S. 89.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 50.

¹⁷ Vgl. ebd.

dieses Ergebnis jedoch relativ bescheiden aus. Darauf deuten auch die Wählerwanderungsbilanzen hin. Laut Infratest dimap konnten die Grünen 2.000 Stimmen von der SPD (Zustrom 5.000 Stimmen von der SPD, Abstrom 3.000 Stimmen zur SPD) und 1.000 Stimmen von der CDU (Zustrom 2.000, Abstrom 1.000) dazugewinnen. Demgegenüber steht ein Abgang von ca. 3.000 Wählern in das Lager der Nichtwähler.¹⁸ Allerdings sind diese Zugewinne für eine Oppositionspartei zu gering. Vor allem von der SPD, die an alle Parteien Wähler abgeben musste, hätten die Grünen deutlich mehr Stimmen gewinnen können – insbesondere da die Bündnisgrünen mit der SPD seit jeher in enger Konkurrenz stehen. Bezeichnend ist, dass alle anderen Parteien – auch die NPD – der SPD deutlich mehr Stimmen abnehmen konnten.¹⁹ Von der Linkspartei.PDS, die wie die SPD ebenfalls aus der Regierungsverantwortung Wähler verlor, konnten noch weniger beziehungsweise fast gar keine Stimmen gewonnen werden. Bemerkenswerterweise – aber auch erwartungsgemäß – erfolgte zwischen den Grünen und der NPD im Gegensatz zu allen anderen Parteien keine nachweisbare Wählerwanderung.²⁰

Die Frage, ob mit Wahlkämpfen Wahlen gewonnen werden können oder aber Wahlkämpfe nur dazu geführt werden, um Wahlen nicht zu verlieren, kann demnach für die Grünen wie folgt beantwortet werden: Beides ist der Öko-Partei weitestgehend misslungen. Im Folgenden soll deshalb der Wahlkampf der Bündnisgrünen untersucht werden, um Aussagen treffen zu können, ob der Wahlausgang durch ein konzeptionelles Wahlkampfdebakel oder durch die bekannte Wählerstrukturschwäche in Mecklenburg-Vorpommern verantwortet wird.

3. Wahlkampf

Für Bündnis 90/Die Grünen war die Landtagswahl 2006 der erste eigenständige Landtagswahlkampf. Bisher konnten sie wegen den gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahlen immer auf die volle Unterstützung der Bundespartei zurückgreifen. Diesmal musste jedoch von der Auswahl der Agentur über die Wahlkampfstrategie bis hin zur Wahlkampflinie und dem Plakatekleben alles von Anfang an selbst geplant und organisiert werden, ohne dabei auf Vor- bzw. Parallelleistungen der Bundespartei zurückgreifen zu können. Dabei stellte sich nach Meinung von Landessprecher Jürgen Suhr heraus, dass der Landesverband nicht kampagnenfähig sei.²¹ Es seien zwar einzelne Kreisverbände kampagnenfähig, aber der Landesverband sei es in seiner Gesamtheit nicht. Und in der Tat schienen die Grünen strukturell wie personell mit der Landtagswahl überfordert zu sein. Erschwerend kam hinzu, dass es innerhalb der regulären Vorbereitungsphase zur Landtagswahl unerwartet die Bundestagswahl 2005 zu organisieren galt. Die Grünen befanden sich somit, wenn man die Kommunalwahlen 2004 dazuzählt, fast drei Jahre im permanenten Wahlkampf, was an den Kräften der wenigen aktiven Parteimitglieder enorm zehrte.

Nichtsdestotrotz wurde viel Zeit in der Vorbereitung verloren, sodass erst am 3. Mai 2006 die Agentur für den Wahlkampf ausgewählt wurde. Infolgedessen erfolgte erst am 2. Juni eine Vorauswahl der Wahlkampflinie, zu der unter anderem die Auswahl der Plakatmotive gehörte. Diese Vorauswahl durch die Parteispitze führte bereits zu ersten großen Verstimmungen im Landesverband. Auf dem Kreisverbändetreffen vom 17. Juni 2006 in Rostock wurde die Wahlkampflinie vom Parteivorstand „präsentiert“, die Basis kritisierte jedoch, dass zu diesem Zeitpunkt kaum noch Einfluss genommen werden konnte – obwohl doch der inhaltliche Schwerpunkt des Wahlkampfes „Demokratie“ hieß. Je näher der Wahltermin rückte, desto weniger Basisdemokratie sei in der Partei praktiziert worden, so die Meinung einzelner Parteimitglieder nach der Wahl. Diese Verstimmungen

¹⁸ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport. Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin 2006, S. 31.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 29.

²⁰ Vgl. ebd., S. 31.

²¹ Vgl. Wahlkampf-Auswertung von Bündnis 90/Die Grünen vom 14.10.2006 im Haus Böll/Rostock.

führten zu erheblichen Reibungsverlusten und ließen die Bereitschaft zur Mitarbeit insbesondere in den wichtigen Kreisverbänden Greifswald und Schwerin sinken.²²

Ein großes Problem sei auch der Verzug in der Bereitstellung wichtiger Materialien gewesen. Während der Online-Wahlkampf erst am 2. August eröffnet wurde, kamen die Materialien für den konventionellen Wahlkampf meist noch viel später. Von Plakaten über Flyer bis hin zu „give-aways“ sei fast alles zu spät eingetroffen, so unisono die meisten aktiven Wahlkampfhelfer. Zudem waren die Plakatmotive ohne jeglichen Bezug zum Land Mecklenburg-Vorpommern. Die Wahlplakate der Grünen hätten ohne weiteres auch in jedem anderen Bundesland oder bei Bundestagswahlen eingesetzt werden können. Dies ist natürlich besonders dann von Nachteil, wenn im Landtagswahlkampf hauptsächlich landesbezogene Themen den Wähler bewegten. Die Frage, ob bei ihrer Wahlentscheidung die Landes- oder die Bundespolitik die wichtigere Rolle spielt, beantworteten vor der Wahl 56 Prozent der Befragten mit der Landespolitik. Für die Bundespolitik entschieden sich hingegen nur 30 Prozent.²³ Die Schwerpunktsetzung der Partei im Wahlkampf kann daher als Fehlschlag betrachtet werden. Dies wird besonders deutlich, wenn man einen Blick auf die wahlentscheidenden Themen wirft. Das waren bei den diesjährigen Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern die Wirtschaftspolitik, die soziale Gerechtigkeit, die Arbeitsmarktpolitik und die Bildungspolitik.²⁴ Themen, die im Wahlkampf der Grünen – sieht man einmal von der Bildungspolitik ab – nur unterrepräsentiert vorkamen. Stattdessen setzten die Bündnisgrünen auf die Schlagwörter „Demokratie“ und „ökologische“ sowie „gentechnikfreie Landwirtschaft“ – also Themen, die bei den gegenwärtigen Problemen des Landes von vielen Wählern nur sekundär wahrgenommen werden. Bemerkenswert bleibt jedoch, dass die Wähler den Grünen – mit großem Abstand zu den anderen Parteien – die höchste Kompetenz in Fragen des Umwelt- und Verbraucherschutzes zuschreiben: 46 Prozent aller Wähler glauben, dass die Grünen die beste Umweltpolitik umsetzen würden.²⁵

Obwohl der Wahlkampf mit ca. 175.000 Euro Gesamtkosten²⁶ für die Größe der Partei recht passabel ausgestattet war, fällt die Wahrnehmung der Partei in der Öffentlichkeit sehr differenziert aus. In der Presse wurden wegen der bundespolitischen Bedeutung der Partei relativ regelmäßig Berichte und vor allem gleichberechtigte Kandidateninterviews sowie Programmatikvorstellungen und -vergleiche gedruckt. Andererseits waren die Grünen in der Öffentlichkeit jenseits der Presse nur sehr schwach wahrnehmbar. Dies lag unter anderem an der relativ geringen Zahl von Plakatpappen (insgesamt knapp 5.000), die die Kreisverbände in nur sehr geringer Stückzahl orderten, da ihnen die nötigen Personalressourcen zum Auf- und Abhängen der Plakate fehlten. So wurden im Großraum Stralsund nur ca. 200 Pappen gehängt. Auch der Wähler nahm den grünen Wahlkampf kaum wahr: Auf die Frage, welche Partei den intensivsten Wahlkampf geführt habe, werden die Grünen nicht genannt (null Prozent), die FDP immerhin von drei Prozent der Befragten.²⁷ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass sich die kleinen Oppositionsparteien, denen der Einzug ins Parlament im September 2006 gelungen ist, durch eine enorme Plakatierung am Straßenrand auszeichneten. Das klassische Pappplakat scheint also noch lange nicht ausgedient zu haben. Die immer wieder als „langweilig und aussagelos“ gescholtenen Kopfplakate fehlten den Grünen in besonderer Weise: Da die grünen Spitzenkandidaten von vornherein in weiten Teilen des Landes unbekannt waren, war der spärliche Einsatz der Kopfplakate eher negativ zu werten – der Wähler kannte bis zum Wahltag (und vermutlich darüber hinaus) die grünen Kandidaten nicht.

²² Vgl. Wahlkampf-Auswertung von Bündnis 90/Die Grünen vom 14.10.2006 im Haus Böll/Rostock.

²³ Vgl. von Infratest dimap im Auftrag des NDR durchgeführte Umfrage zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, 01.09.2006, abrufbar unter: www1.ndr.de/ndrde_slideshow/0,2964,OID3023750_SIX0,00.html.

²⁴ Vgl. Infratest dimap: Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2006. Umfragen, Wahlentscheidende Themen, abrufbar unter: stat.tagesschau.de/NDR/wid250/umfrage Themen0.shtml (Stand: Oktober 2006).

²⁵ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2006. S. 78.

²⁶ Wahlkampf-Auswertung von Bündnis 90/Die Grünen vom 14.10.2006 im Haus Böll/Rostock.

²⁷ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport, S. 88.

Positiv ist dagegen die Wahlkampfzeitung der Grünen zu werten, die immerhin 66 Prozent aller Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern erreichte, und alle Kandidaten sowie das Programm und eine Reihe von Sympathisanten und Unterstützer vorstellte. Von vielen Parteimitgliedern wurde jedoch der Wahlwerbespot kritisiert, der viermal im NDR-Fernsehen und in den Kinos des Landes gezeigt wurde. Weder die darin angesprochene Vogelgrippe, noch der thematisierte Gen-Mais entsprachen den Themen, die die Mecklenburger und Vorpommern zu dieser Zeit interessierten. Nach der Wahl kam in der Partei der Vorschlag auf, statt der enormen Kosten dieser TV- und Kino-Werbung das nächste Mal lieber mehr Pappplakate hängen zu lassen.

Der Mangel an Wahlkampfhelfern aus den eigenen Reihen war offensichtlich. Die aktiven Mitglieder während des Wahlkampfes waren zudem gleichzeitig fast immer auch Mandats- oder Funktionsträger der Partei. Einfache Mitglieder waren in der Regel eher weniger unter den engagierten Wahlkampfhelfern zu finden. Dies führte einerseits zu der schon erwähnten geringen Plakatierung, andererseits zu einer geringen Breitenwirkung der Partei. So konnten bestimmte Gebiete, zum Beispiel die für die Grünen sehr attraktiven Vorstadt-Gebiete bzw. die sogenannten „Speckgürtel“²⁸, nicht ausreichend erreicht werden. Es ist erstaunlich, dass überhaupt so viele Informationsstände und Aktionen realisiert werden konnten. Dabei waren schon einzelne Aktionen, wie die von den Medien relativ positiv aufgenommene Traktor-Tour, mit enormem Kraft- und Ressourcenaufwand verbunden. Insbesondere die Traktor-Tour, bei der sich die Spitzenkandidaten in ganz Mecklenburg-Vorpommern der Bevölkerung vorstellten, hat extrem viele Personalressourcen gebunden und war zudem äußerst unflexibel, da der Traktor mit maximal 30 Kilometern in der Stunde nicht schnell auf wichtige Termine an unterschiedlichen Standorten reagieren konnte. Aber auch der Einsatz von fünf parteiexternen, jungen Praktikanten in der Schweriner Parteizentrale war sicherlich nicht immer von Vorteil, wenn es darum ging, auf schwierigem parteipolitischem beziehungsweise „vermintem“ Terrain Strategien und Veranstaltungen zu organisieren.

Auch wenn den großen Parteien CDU, SPD und Linkspartei im Nachhinein ein mutloser und an Polarisierung uninteressierter Wahlkampf nachgesagt wird, vermochten auch die Grünen nicht, thematisch zu provozieren oder gar zu polarisieren. Dementsprechend gelang es ihnen auch nicht, sich als inhaltliche Alternative zu den etablierten Parteien in Mecklenburg-Vorpommern anzubieten – von der personellen Alternative ganz zu schweigen. Obwohl sie zum Beispiel die einzige Partei mit einer Frau als Spitzenkandidatin waren, vermochten es die Bündnisgrünen nicht, diesen Vorteil für sich zu nutzen und als Thema im Landtagswahlkampf zu setzen. Die Bündnisgrünen sollten sich dabei für die Zukunft überlegen, wie sie die Marke „Grün“ weiter nutzen und entwickeln wollen. Bisher stand diese Marke für unkonventionelle, kreative Lösungsansätze, die gerne einmal über die vertretbaren Grenzen des politischen Geschmacks hinaus provozierten. Davon war im Wahlkampf 2006 nur wenig zu spüren. Die Partei muss sich daher in Zukunft stärker als Alternative präsentieren; sie muss kurzum ihre Konturen in der Öffentlichkeit besser darstellen. Denn auch die vielen jungen Wähler, die besonders „identitätsbedürftig“ sind und „markenorientiert“ handeln, werden prüfen, ob die Marke „Grün“ in dieser Form auch in Zukunft noch zu ihnen passt.

Sicherlich haben die Bündnisgrünen aus sozioökonomischer Sicht in Mecklenburg-Vorpommern einen schweren Stand, aber auch der erste eigenständige Wahlkampf hatte am Ergebnis seinen Anteil. Letztlich gründete die Wahlniederlage der Grünen wie immer auf einem Konglomerat verschiedenster negativer Ausgangslagen sowie parteipolitischer und personalstrategischer Entscheidungen, sodass keine monokausale Erklärung für die Erfolglosigkeit der Grünen bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern gegeben werden kann. Dieses Konglomerat an Problemen verdichtet sich regelmäßig kurz vor den Wahlen zu einer „self-fulfilling prophecy“, nach der die schlechten Umfragewerte der Grünen potentielle Wähler abschrecken, die ihre Stimme nicht verschenken möchten. Dabei liegt das Wählerpotential der Grünen in Mecklenburg-Vorpommern

²⁸ Vgl. hierzu zum Beispiel die Wahlergebnisse der Wahlkreise Bad Doberan I sowie Bad Doberan II.

durchaus über fünf Prozent. So sahen kurz vor der Landtagswahl 52 Prozent der Bevölkerung die Grünen als eine Partei, die zu Mecklenburg-Vorpommern passt – weit vor der CDU (38 Prozent) und der FDP (37 Prozent).²⁹ Zudem wird den Grünen mit großem Abstand die höchste Kompetenz unter den Landesparteien zu Umwelt- und Verbraucherschutzthemen zugesprochen.³⁰ Auf diese Stärken gilt es sich in Zukunft zu konzentrieren.

4. Perspektiven der Grünen in Mecklenburg-Vorpommern

Die Landtagswahlen 2006 haben an der Situation der Bündnisgrünen in Mecklenburg-Vorpommern nicht viel geändert. Aufgrund des verfehlten Einzugs in den Landtag wird ihnen auch in den nächsten Jahren nicht viel mehr als ein Schattendasein in der außerparlamentarischen Opposition bleiben. Hinzu kommt allerdings, dass sich durch das Ausscheiden der Linkspartei aus der Regierung die Konkurrenz in der linken Opposition verschärfen wird. Bedenkt man, dass die Sozialisten im Land auf bedeutend bessere Ressourcen zurückgreifen können und mit ihrem Platz im Parlament ein enormes Medieninteresse auf sich ziehen werden, dürften die nächsten fünf Jahre nicht gerade einfacher für Bündnis 90/Die Grünen werden.

Im Gegensatz zu vielen westdeutschen Landesverbänden können die nordostdeutschen Grünen sich nicht auf ihre Stammwählerschaft in Großstädten verlassen, dazu ist Mecklenburg-Vorpommern eindeutig zu wenig urbanisiert. Von daher ist eine Verbreiterung der Mitgliederbasis zwingende Voraussetzung, um in zukünftigen Wahlkämpfen in der Fläche besser wirken zu können. Dabei sollte unter den knapp 30.000 Wählern sicher noch das eine oder andere Mitglied zu finden sein, denn schließlich hatte der Landesverband 1998 schon einmal fast 500 Mitglieder statt der heutigen 300 Mitglieder. In diesem Sinne ist das vom alten und neuen Landessprecher Jürgen Suhr ausgegebene Ziel, nämlich bis zur nächsten Landtagswahl im Jahr 2011 die Mitgliederzahlen zu verdoppeln, eine notwendige Voraussetzung für ein erfolgreicherer Abschneiden der Partei bei zukünftigen Wahlen.³¹

Zudem muss der Landesverband sein regionales Profil schärfen und stärker landespolitische Themen besetzen. Dies sollte langfristig mit dem Wegfall der kommunalpolitischen Fünf-Prozent-Hürde möglich sein. Andernfalls werden die kommenden Landtagswahlen für die Partei und die Öffentlichkeit nur noch weitere Déjà-vu-Erlebnisse erzeugen. Im Ergebnis der Landtagswahlen 2006 bleibt für Bündnis 90/Die Grünen nur die bittere Erkenntnis, dass sie die Wahlen nicht in einem singulären Kraftakt im Wahlkampf gewinnen können, sondern nur in den mühevollen Jahren zwischen den Wahlen.

²⁹ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport, S. 81.

³⁰ Vgl. ebd., S. 78.

³¹ Grüne wollen Mitgliederzahl im Land verdoppeln, in: OZ, 13.12.2006.

Zwischen Provokation und Systemfeindschaft – Die NPD

Gudrun Heinrich/Arne Lehmann

1. Ausgangslage

Der Einzug der NPD in den Schweriner Landtag kam für Beobachter der rechtsextremen Szene im Land nicht unerwartet. Ihr Erfolg im September 2006 ist das Ergebnis einer jahrelangen Aufbauarbeit, die rechtsextreme Akteure gezielt im Land vorangetrieben haben.

Der Blick auf die Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern bestätigt das Ergebnis der Rechtsextremismusforschung, die vom Rechtsextremismus als einer sozialen Bewegung spricht, eindrücklich.¹ Im Land agiert eine Vielzahl unterschiedlicher Organisationen, Kameradschaften und Strukturen, die unterschiedliche Bedürfnisse aufgreifen, unterschiedlichen Strategien folgen und unterschiedliche Zielgruppen ansprechen. Gemeinsam ist ihnen jedoch das Bewusstsein, Teil einer rechtsextremen bzw. „nationalen“ Bewegung zu sein und gemeinsam am Ziel der Abschaffung der pluralistischen Demokratie zu arbeiten.²

Die NPD ist dabei als Bewegungspartei eng mit den unterschiedlichen Akteuren sowohl organisatorisch als auch personell vernetzt. Sie nutzt die Bewegungsakteure zum einen als Reservoir an Aktivist*innen, zum anderen ist die NPD auch für die Akteure Bezugspunkt. Dabei reflektiert die Partei ihre Rolle, indem sie diese in ihrer „Drei-Säulen-Strategie“ bewusst umsetzt. In diesem offiziellen Strategiepapier wird der gleichzeitige „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Köpfe“ und „Kampf um die Parlamente“ propagiert. Die Zusammenarbeit mit den Kameradschaften und ihr Engagement bei Demonstrationen und Aufmärschen dient dem „Kampf um die Straße“. Beim „Kampf um die Köpfe“ schlüpft die NPD bewusst in das Schafsfell und organisiert Kinderfeste und ähnliche unpolitisch erscheinende Veranstaltungen, womit es ihr in einigen Orten Mecklenburg-Vorpommerns gelungen ist, zumindest Präsenz zu zeigen. Damit ist die Orientierung auf den Wahlkampf und den Einzug in Parlamente nur ein Teil einer umfassenden Zielstellung der NPD und der mit ihr kooperierenden Strukturen.³ Diese Stellung der NPD als Bewegungspartei innerhalb der rechtsextremen Szene in Mecklenburg-Vorpommern ist eine wesentliche Voraussetzung für ihren relativen Erfolg bei den Landtagswahlen.

Mit Blick auf das schlechte Wahlergebnis bei der Landtagswahl 2002 mit 0,8 Prozent der Zweitstimmen hätte man der NPD kaum eine Chance eingeräumt, 2006 in den Schweriner Landtag einzuziehen. Seit 2004 kann die NPD auf eine Reihe landes- und bundesweiter strategischer Erfolge verweisen, die dazu beigetragen haben, ihre Stellung in der rechtsextremen Szene und ihr Selbstbewusstsein enorm zu stärken. Seit dem Scheitern des Verbotsantrages scheint die NPD auf einer

¹ Siehe hierzu u.a.: Rainer Benthin: Auf dem Weg in die Mitte. Öffentlichkeitsstrategien der Neuen Rechten, Frankfurt/Main, New York 2004; Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006; Dieter Rucht: Rechtsradikalismus aus der Sicht der Bewegungsforschung, in: Thomas Grunke/Bernd Wagner (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke. Vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002, S. 75-86.

² So hieß es in der Erklärung des NPD-Präsidiums „Volksfront statt Gruppenegoismus“: „Die NPD bekennt sich zur Gesamtbewegung des nationalen Widerstandes [...] Mit unserer Erklärung wollen wir einen Beitrag leisten, der vor allem für Multiplikatoren der nationalen Opposition notwendig ist, um zu einer Volksbewegung zu werden – einer Volksfront all jener, die sich noch als Deutsche fühlen.“, www.eine-bewegung-werden.de/volksfront.htm, 30.09.2004.

³ Zu den rechtsextremen Strukturen in MV und den Strategien der NPD: Gudrun Heinrich: Was ist Rechtsextremismus, in: Gudrun Heinrich (Hrsg.): Stark machen gegen Rechtsextremismus, 2. Aufl., o. O. 2005, S. 7-15; Toralf Staud: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, 2. Aufl., Köln 2006; Andrea Röpke/Andreas Speit: Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD, 2. Aufl., Berlin 2005; Mathias Brodtkorb/Thomas Schmidt: Gibt es einen modernen Rechtsextremismus? Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2002.

Welle des Erfolgs zu schwimmen. Marksteine sind hier der Einzug der NPD in den Landtag in Dresden, womit ihr nicht nur öffentliche Aufmerksamkeit zuteil wurde, sondern ein Geld- und Stellensegen auf sie fiel, der zahlreiche NPD-Akteure finanziell versorgt hat. Die erfolgreichen Absprachen mit der DVU und die Strategie, eine „Volksfront von rechts“ zu führen, brachten ebenfalls eine enorme Stärkung der Position der NPD im rechtsextremen Spektrum. Mit der Kommunalwahl 2004 konnte die NPD in Mecklenburg-Vorpommern aus dem Schattendasein einer Splitterpartei heraustreten und – nicht zuletzt durch den Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde – sieben Mandate in kommunalen Vertretungen erzielen. Auch wenn durch Studien eindrücklich belegt werden kann⁴, dass ihre Tätigkeit in den kommunalen Vertretungen nicht durch Sacharbeit und konstruktive Opposition gekennzeichnet ist und von hier zunächst keine direkte Gefahr für die Demokratie auszugehen scheint, so ist sie dennoch in der Lage, diesen ersten Wahlerfolg öffentlich als solchen darzustellen und sich als Alternative und Systemopposition in Stellung zu bringen. Dies konnte sie erstmals bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 nutzen. Insgesamt gaben 34.711 Wahlberechtigte der NPD ihre Zweitstimme (3,5 Prozent), in vielen kleineren Gemeinden gelang es ihr, sogar zweistellige Ergebnisse zu erzielen. In der überregionalen Presse war schon die Rede vom „Pionierland der Nazis“.⁵ Der die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 prägende Wegfall der Gleichzeitigkeit von Bundes- und Landtagswahlen ließ die kleinen Parteien und damit auch die NPD durch die geringere Wahlbeteiligung auf ein höheres Ergebnis hoffen.

Durch diese positiven Rahmenbedingungen ermutigt, gelang es der NPD erstmals in allen 36 Wahlkreisen einen Direktkandidaten für die Wahlen zum fünften Schweriner Landtag aufzustellen.⁶ Zwar wird keiner der Direktkandidaten, die nicht gleichzeitig auf der Landesliste standen, geglaubt haben, im künftigen Landtag zu sitzen. Die flächendeckende Aufstellung der Direktkandidaten erleichterte jedoch auch die Gestaltung eines landesweiten Wahlkampfes und ist darüber hinaus ein Indiz für die gute strukturelle Verankerung im Land. Das mutige Wahlziel lautete als viertstärkste Kraft mit „Sieben Prozent plus x“ in den Landtag einzuziehen.⁷

Tab. 1: Wahlergebnisse der NPD in Mecklenburg-Vorpommern

Wahl	Stimmenanteil in Prozent
Landtagswahl 1990	0,2
Landtagswahl 1994	0,1
Landtagswahl 1998	1,1 ¹
Kommunalwahl 1999 ²	0,5
Landtagswahl 2002	0,8
Kommunalwahl 2004 ²	0,8
Wahl zum Europäischen Parlament 2004	1,7
Bundestagswahl 2005	3,5
Landtagswahl 2006	7,3

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern.

¹ Die Parteien erhalten Gelder aus der Wahlkampfkostenrückerstattung, sobald sie bei Landtagswahlen mindestens ein Prozent, bei Europawahlen oder Bundestagswahlen mindestens 0,5 Prozent der Stimmen errungen haben.

² Wahl der Kreistage der Landkreise und der Stadtvertretungen/Bürgerschaften der kreisfreien Städte.

Die Wählerschaft in Mecklenburg-Vorpommern äußerte sich im Vorfeld der Wahlen eindeutig ablehnend gegenüber der NPD: Ein deutliche Mehrheit von 84 Prozent der Wahlberechtigten sahen es in einer Umfrage als Schande an, zöge die Partei in den Landtag. Dennoch wird sie von der Hälfte der potentiellen Wähler nicht als Problemlöser, sondern vielmehr als Problemnener gese-

⁴ Katharina Beier u.a.: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald 2006.

⁵ Vgl. Im Pionierland der Nazis, in: taz, 08.04.2006.

⁶ Flächendeckender Wahlantritt – NPD auf den [sic!] Weg in den Landtag, www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=37&cmsint_id=1&detail=762, 01.08.2006. 1998 und 2002 waren es nur zwei bzw. sieben Kandidaten.

⁷ Holger Apfel zitiert nach: ebd.

hen. Jeder Zehnte (elf Prozent) war sogar der Meinung, dass sich die Partei um die Menschen im Lande kümmere.⁸

2. Wahlkampf

Diese positiven Rahmenbedingungen konnte die NPD im Wahlkampf für sich nutzen. Durch einen provokativen und auf Themen orientierten Wahlkampf, der auf einen hohen Ressourceneinsatz – sowohl finanziell⁹, als auch personell schließen lässt – war es ihr gelungen, sich bekannt zu machen. Denn – auch wenn die Partei in einigen Regionen personell verankert ist – in der Mehrzahl der Gemeinden ist sie nicht präsent, und ihre Gesichter sind unbekannt. „Die NPD ist in vielen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns weiterhin eine virtuelle Partei.“¹⁰ Zum einen musste die NPD erst einmal den Wähler auf sich aufmerksam machen, zum anderen ist es Merkmal einer Bewegungspartei, verstärkt auf Symbole und Symbolsprache zu setzen, wobei der Wahlkampf eine wichtige Plattform darstellt.

Schon das so genannte Wahlmobil, was bei den großen Parteien als langer Luxusbus mit entsprechendem Konterfei des Spitzenkandidaten daherkommt – wie beispielsweise bei der SPD – war bei der NPD ein in die Jahre gekommener, schwarzer Volkswagen-Pick-Up, auf dessen Ladefläche das riesige Parteilogo auf einem Aufsteller prangerte. Mit wehender Fahne steuerte dieses Wahlkampfmobil vor allem auf dem Land die Marktplätze an, um dort Infostände aufzubauen. Diese Auftritte hatten in hohem Maße symbolischen Charakter. Auf der einen Seite präsentierte sich die Partei in einem kämpferischen Schwarz. Auf der anderen Seite gab man das Signal an die Wähler, im Vergleich zu den Wahlmobilen der großen Parteien mit einem weniger pompösen und glamourösen Auftritt mehr Nähe zu schaffen.

Physisch kämpferischer wurde der Wahlkampf in der „heißen Phase“ unter Anwendung rüderer Methoden, wie es auch im gleichzeitig stattfindenden Berliner Abgeordnetenhauswahlkampf der Fall war. So kam es nach Angaben von Linkspartei.PDS und der SPD nicht selten vor, dass eine Gruppe von mehreren Anhängern der rechtsextremen Szene die Infostände belagerte, um deren Wahlkämpfer einzuschüchtern. Bei der SPD sei dies innerhalb von zwei Monaten 20-mal vorgekommen.¹¹

Aufgrund der allgemeinen Medienhysterie kam es in Folge steigender Umfragewerte in den letzten Wochen vor der Wahl zu einer verstärkten Kampagne der demokratischen Kräfte, die einen Einzug der NPD verhindern wollten. So forderten SPD-Parteispitzen auf der Landes- und Bundesebene wie Till Backhaus, Peter Struck oder Kurt Beck, erneut ein NPD-Verbotsverfahren zu prüfen, das 2002 aufgrund von Verfahrensfehlern scheiterte.

Die volle Aufmerksamkeit für die NPD entfaltete sich zusätzlich durch Aufrufe und Gegenveranstaltungen von Gewerkschaftsbund, Bündnissen von Antifaschisten („keine Stimme den Nazis“), den Jusos, der SPD sowie etlichen Gesprächsrunden zum Thema Rechtsextremismus und NPD. Des Weiteren rief Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (SPD) im Zusammenhang eines von ihr initiierten „Bürgerbündnisses für Wahlbeteiligung“ in Hinblick auf die zu befürchtende niedrige Wahlbeteiligung dazu auf, zur Wahl zu gehen. Zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Kultur, Gesellschaft, Sport und Wirtschaft schlossen sich diesem Aufruf an.¹² Ziel war es, durch eine erhöhte Wahlbeteiligung die Prozente der NPD zu senken und gegebenenfalls ihren Einzug in den Landtag

⁸ Siehe zu den Umfragen: Infratest dimap: Wahlreport. Mecklenburg-Vorpommern hat gewählt, Berlin 2006, S. 82.

⁹ Nach eigenen Angaben gab die Partei etwas weniger als 400.000 Euro für den Wahlkampf aus. Vgl. Wahlabschlussfeier mit Udo Pastörs in Rostock, www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=37&cmsint_id=1&detail=959, 24.09.2006.

¹⁰ Hubertus Buchstein zitiert nach: Die NPD handelt hochgradig professionell, in: *taz*, 12.09.2006.

¹¹ Gewalt ist auch eine Strategie, in: *Die Zeit*, 14.09.2006.

¹² Vgl. Promis unterstützen Wahlauftritt, in: *OZ*, 24.08.2006.

zu verhindern. In den Tageszeitungen verging kaum kein Tag, an dem der NPD keine Meldung zugeschrieben war. Damit rückte die NPD verstärkt in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion, was in seiner Wirkung auf den Wahlausgang nicht eindeutig bewertet werden kann. Bei den überzeugten Wählern konnte man sich so in die beliebte Opferrolle bringen und bestätigte sich in dem Hass auf die „Systemmedien“ und „Politbonzen“, die anderen konnten immerhin nicht behaupten, mit dem Kreuz bei der NPD nicht gewusst zu haben, wem man seine Stimme gab. Insgesamt kann man der NPD einen gelungenen Wahlkampf bescheinigen. Dabei betrieb die Partei ohnehin schon einen enormen Plakatierungsaufwand¹³, was wiederum die mediale Aufmerksamkeit, die hiervon ausging, verstärkte.¹⁴

2.1 Personenwahlkampf

Wie viele der Führungsköpfe der Partei kommt auch der 1952 geborene Ex-Bundeswehroffizier und NPD-Spitzenkandidat Udo Pastörs aus Westdeutschland. Neben ihm und Thomas Wulff (Direktkandidat Schwerin) wohnen die meisten Kandidaten der Landesliste entweder im äußersten Westen oder äußersten Osten Mecklenburg-Vorpommerns. Pastörs siedelte um das Jahr 2000 in der Gemeinde Lübtheen bei Ludwigslust an, wo er ein Juweliergeschäft betreibt. Sein Ziel ist es, hier im Länderdreieck Niedersachsen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern eine regionale Keimzelle zu schaffen.¹⁵ In der Partei nimmt er die Funktion des stellvertretenden Landesvorsitzenden ein und ist Beisitzer im Ludwigsluster Kreisverband. Außerhalb der Partei engagiert sich Pastörs zudem in der Bürgerinitiative „Braunkohle – Nein“ als Gründungsmitglied, was hier nach dem Bekanntwerden seiner NPD-Mitgliedschaft zu inneren Zerwürfnissen führte. Seine Wahl zum Spitzenkandidaten am 5. Februar 2006 in Greifswald ist wohl vor allem dem Umstand geschuldet, dass der Parteivorsitzende Stefan Köster in erster Instanz vorbestraft war und aus der ersten Reihe abgezogen werden musste. So wurde der bis dahin eher unbekannte Pastörs mit 95,4 Prozent der Stimmen ohne Gegenkandidaten an die Spitze des Wahlkampfteams gestellt. Seinen ersten großen Auftritt hatte der Unterzeichner des verfassungsfeindlichen und rassistischen „Aufrufs an alle Deutschen zur Notwehr gegen Überfremdung – Der Völkermord am Deutschen Volk“ bei der frühzeitigen Wahlkampföffnung auf der 1.-Mai-Demonstration 2006 in Rostock.¹⁶ Hier trat er neben dem Bundesparteivorsitzenden Udo Voigt und dem Wahlkampfchef Holger Apfel (stellvertretender Parteivorsitzender der Bundes-NPD und NPD-Fraktionschef im Sächsischen Landtag), der für die Wahlkampfunterstützung später eigens in Anklam residierte, auf. Allerdings gab es neben dieser allgemeinen Wahlkampföffnung noch eine weitere offizielle Wahlkampföffnung in Lübtheen am 18. Juni.¹⁷

Das Profil der Kandidaten unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von dem der Kandidaten der anderen Parteien. Zum einen ist hier der Altersdurchschnitt am niedrigsten. Zum anderen ist unter

¹³ Im Grimmener Stadtgebiet, wo nach Auflagen des Ordnungsamtes nur 40 Plakate einer Partei zugelassen sind, musste die Partei einige Plakate abhängen, da sie alleine in einer Straße diese Zahl schon überschritten hatte. Vgl. OZ, 14.09.2006.

¹⁴ Da angeblich tausende Plakate der NPD abgerissen wurden, rief der NPD-Landesverband sogar einen Ermittlungsausschuss aus, der die wachsamten Bürger dazu aufforderte, jegliche Sabotage an ihren Plakaten unverzüglich zu melden. Siehe www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=37&cmsint_id=1&detail=919, 07.09.2006.

¹⁵ Siehe auch hierzu: Andrea Röpke: Nationale Saubermänner, in: bnr.de, blick nach rechts Nr. 14, 07.07.2006, S. 3 f.

¹⁶ So bezeichnete die NPD die „Großdemo“ der NPD am 1. Mai 2006 in Rostock gleichzeitig als den Wahlkampfauftakt, siehe: „1. Mai: Tag der Arbeit - Arbeit für alle Deutschen!“, www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=37&cmsint_id=1&detail=426, 02.05.06.

¹⁷ Wahlkampfveranstaltung am 18. Juni in Lübtheen, in: www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=37&cmsint_id=1&detail=672. Des Weiteren veranstaltete die NPD gemeinsam im Vorfeld zur Wahl mit der Mecklenburgischen Aktionsfront und dem „Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern“ (Nachfolger des Kameradschaftsbündnisses „Pommersche Aktionsfront“) am 27.05.2006 eine Demonstration unter dem Motto „SPDPDSCDU = Außer Spesen nix gewesen! Schwerin wir kommen!“ in Neubrandenburg. Siehe auch: www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=37&cmsint_id=1&detail=546.

allen Direktkandidaten nur eine Frau zu finden. Bei der Betrachtung der Kandidatenliste bestätigt sich die Einschätzung der NPD als Bewegungspartei, da sich hier zahlreiche Mitglieder von Kameradschaften oder anderer Strukturen finden.

Die dem Landtagswahlkampf vorausgegangene Eintrittswelle der Kameradschaftsmitglieder¹⁸ hatte demnach auch eine Mitbestimmung über die Landeslistenkandidaten zur Folge. Bei den meisten der 44 Delegierten auf dem Landesparteitag zur Wahl bei der Vergabe der Listenplätze „(...) handelte es sich um Neuzugänge, die vor kurzem aus der freien Kameradschaftsszene in die Partei eingetreten waren und zwar in einer solchen Menge, dass sie in den meisten Kreisverbänden faktisch die alte Partei-Nomenklatura aushebelten und zur Bedeutungslosigkeit verurteilten.“¹⁹ „Allein auf den ersten 13 Plätzen der Landesliste der NPD kandidieren bereits sieben einflussreiche militante Kameradschaftsaktivisten, darunter Tino Müller und Michael Gielnik vom „Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern“ (SNBP) sowie David Petereit von der „Mecklenburgischen Aktionsfront“ (MAF).“²⁰ Unter den Direktkandidaten finden sich zahlreiche Mitläufer wie Uwe Krumrei (Uecker-Randow), Thomas Bröcker (Neubrandenburg) und Bernd Flotow (Rügen) wieder, wobei von vielen jungen Kandidaten nichts bekannt ist. Neben ihnen kandidierten in der Szene bekannte Aktivisten wie der mehrfach, unter anderem 2001, wegen Volksverhetzung vorbestrafte Klaus Bärthel oder der Kreisvorsitzende der NPD in Ludwigslust, Andreas Theißen, der im Umfeld der „Nachfolgeorganisation“ der verbotenen Wiking-Jugend, der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ), aktiv sein soll.²¹

2.2 Themen- und Angriffswahlkampf

Neben den üblichen populistischen Pauschalparolen und Ressentiments gegenüber Ausländern („Asylbetrüger raus. Touristen willkommen“) präsentierten sich die „Nationaldemokraten“ als Anwalt der kleinen Leute und polemisierten gegen „die da oben“. Mit dem NSDAP-Vokabular „Wehrt Euch“ unter der kleinformatischen Überschrift „Arbeitslosigkeit und Sozialabbau“ und der Parole „Kopf hoch – nicht in den Sand“ mit dem Zusatz „sozial und national“ wurde unter anderem mit der Thematisierung der Abwanderung um die Gunst des Wählers geworben. Dies tat man in Verbindung mit dem NPD-typische Thema „Heimat“. Dabei ging es der Partei darum, nicht nur von anderen Parteien Wähler zu gewinnen, sondern auch Nichtwähler zu mobilisieren, diese insbesondere aus den so genannten sozial schwachen Milieus, und unter den Hartz-IV Empfängern.²² Sie selbst rief dazu auf, zur Wahl zu gehen, Nichtwählen sei ein teures Hobby: „Eine hohe Wahlbeteiligung und herausragende NPD-Ergebnisse sagen aus: Hier ist ein Volk, das sich wehrt! Finger weg von Kürzungen im sozialen Bereich oder es knallt!“²³

Die Hauptzielgruppe war zudem in den Erstwählern zu sehen. Schon bei der Wahl zum sächsischen Landtag waren es besonders die Erst- und Jungwähler, die der NPD ihre Stimme gaben. Etwa ein Fünftel der 18 bis 25jährigen wählte 2004 hier die NPD. So richtete sich der Wahlkampf auch in Mecklenburg-Vorpommern speziell auf diese Gruppe, die mit einer gezielten Briefaktion persönlich angesprochen wurde.²⁴ Die „Schulhof-CD“ wurde in ihrer dritten Auflage vor Schulhö-

¹⁸ Vgl. Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2005 (Pressefassung), Schwerin 2006, S. 53.

¹⁹ Altermedia Deutschland (rechtsextremistisches Informationsportal): NPD-Landtagskandidatenwahl in Greifswald, http://de.altermedia.info/general/npd-landtagskandidatenwahl-in-greifswald-050206_4544.html, 05.02.2006.

²⁰ Andrea Röpke: Wackelige Volksfront, in: bnr.de, blick nach rechts, Nr. 18, 01.09.2006, S. 3.

²¹ Vgl. Philipp Wittrock: NPD-Basis Lübtheen. Siegeszug der braunen Siedler, in: Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,438707,00.html>, 26.09.2006.

²² Die NPD hat speziell für Hartz-IV-Empfänger ein Faltblatt „Arbeitslos... aber nicht wehrlos!“ verteilt, das Tipps zu dem Umgang mit der Agentur für Arbeit zum Thema Hartz-IV gibt.

²³ Michael Andrejewski: Nichtwählen wird teuer!, vgl. www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=37&cmsint_id=1&detail=705, 19.06.2006.

²⁴ Jungwähler bekamen unerwünschte Post von NPD, in: OZ, 13.09.2006.

fen im gesamten Land nach eigenen Angaben in einer Stückzahl in Höhe von 25.000 Exemplaren gratis verteilt. Die neue Auflage versprach nach NPD-Meinung „Provokationsgarantie“.²⁵ Im Flyer dazu heißt es: „Unzählige Lehrer und hysterische linke Schüler haben schon im letzten Jahr voller Panik reagiert, wenn NPD-Aktivistinnen vor ihren Schulen standen (...) Wie groß war das Geschrei! (...) Ein lustiges Theater (...) Lehrer und linke Schüler sollen toben (...)“.

Dabei thematisierte die Partei gezielt die Probleme der Jugendlichen: Ausbildungsplätze, mit dem Zusatz „für alle Deutschen“, „für Freizeiteinrichtungen“, „für eine lebenswerte Zukunft“ sowie die Losung: „Gegen die arroganten Polit-Bonzen“ und „für eine deutsche Heimat“. Mit letzterem griff sie die zunehmenden diffusen Ängste vor der Globalisierung auf, wobei hier speziell niedrig gebildete Jugendliche als Globalisierungsverlierer, die auf dem Arbeitsmarkt wenig mobil sind, angesprochen wurden. Auch wenn dabei nicht erläutert wurde, wie diese Ziele verwirklicht werden sollen, heißt es gleichzeitig: „Wir versprechen nichts – das überlassen wir den Maulaffen der Etablierten“. Der kämpferische Stil der Partei setzt sich fort mit dem Slogan „Deine Stimme ist eine Waffe!“.²⁶

Die Strategie – egal mit welchem Werbemittel – zu provozieren, ist im Wahlkampf vollends aufgegangen. Verteilten die anderen Parteien farblose Handzettel oder nicht polarisierende Hochglanzbroschüren (CDU), sprach man in dem Erstwähler-Flyer eine junge, provokante Sprache. Hier setzte sich die Hetze der großformatigen Plakate gegen die „Bonzen“, die regierenden Parteien mit ihren „aalglaten Berufslügnern“ mit dem Slogan „Den Bonzen auf die Finger hauen!“ fort („Höchststrafe für die Versager da oben!“). Zusammengefasst sind alle anderen Parteien ihre ausgemachten Feinde. Die NPD wettete auch in ihren Wahlspots in Radio und Fernsehen gegen die „Versagerparteien“ und machte darauf aufmerksam, dass sie die Partei mit den jüngsten Mitgliedern sei. Im Gegensatz zu den anderen Parteien führte sie einen provozierenden und auf Themen orientierten Wahlkampf, wenn auch lediglich Fragen gestellt und keine Lösungen aufgezeigt wurden.

Das so genannte Aktionsprogramm der NPD ist zum einen von rein populistischen Forderungen geprägt. Zum anderen werden in dem Programm wohlstandschauvinistische, xenophobe und antisemitische Vorurteilsstrukturen beschworen und bedient. Insgesamt ist die NPD auch in ihrem Programm bemüht, sich als Anwalt der „kleinen Leute“ darzustellen und landesspezifische Themen wie die Folgen der Abwanderung und des demografischen Wandels populistisch aufzunehmen und bei ihrem potentiellen Wählerklientel damit zu punkten. So heißt es, dass man weder Schulschließungen zustimmen werde noch jedweder Einschränkungen in der öffentlichen Infrastruktur.²⁷ Mit der Parole „Unsere Kinder sind die Zukunft“ stellt sich die Partei betont als kinder- und familienfreundlich dar und verbindet dies mit der vor allem auf dem Lande attraktiven Forderung nach dem Erhalt der ländlichen Schulen und versucht dem Streitpunkt über das dreigliedrige Schulsystem eine populistischere Variante entgegenzusetzen.

Die antikapitalistische Linie der Partei wird in der generellen Ablehnung von Privatisierung von öffentlichem Eigentum wie in der Bezeichnung von Privatisierung als „Diebstahl am Volkseigentum“ ersichtlich. Bei der „Arbeits- und Strukturpolitik“ verfolgt die NPD plakativ die Abschaffung von Hartz IV und spricht davon, dass Arbeit wieder finanziert werden muss – wie, bleibt unbeantwortet.²⁸ Unter anderem setzt sich die NPD wie Gewerkschaften und PDS für einen Mindestlohn ein, der mit einer Höhe von 8,80 Euro deren Forderungen noch übertrifft.

²⁵ Vgl. MV-Wahlkampfleitung: Landesweiter Schulhof-CD-Aktionstag NPD, vgl.

www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=25&cmsint_id=1&detail=490, 01.09.2006.

²⁶ NPD-Erstwählerflugblatt, S. 2. Auch online abrufbar (wie fast alle Werbematerialien zum Landtagswahlkampf) unter www.npd-mv.de/medien/bilder/fb_20060907_erstwaeler.pdf, 10.10.2006.

²⁷ Vgl. das 20-seitige NPD-„Aktionsprogramm zur Landtagswahl 2006“, S. 5.

²⁸ Ebd., S. 6.

Weitere populistische Forderungen sind die Herabsetzung der Mehrwertsteuer auf sieben Prozent, was ebenso nicht in den Kompetenzbereich der Länder fällt, wie auch die Abschaffung der Praxisgebühr. Zudem ist ein entsprechendes Programm zur jeweiligen Gegenfinanzierung nicht vorhanden.

Unter dem Punkt „Ausländer“ heißt es einleitend im NPD-Aktionsprogramm: „Ausländerstopp: hier und jetzt!“ Das aufgebaute Bedrohungsszenario von „Überfremdung“ und „Verausländerung“ wird als Ursache für Staatsverschuldung, hohe Steuern und Arbeitslosigkeit aufgebaut. An jeder deutschen Schule in westdeutschen Städten würden durch „Multikulti“ Verhältnisse wie an der Berliner Rütli-Schule herrschen,²⁹ wovor man sich durch Ausländerstopp schützen müsse. Außerdem heißt es in der Wahlzeitung „Weiterdenken“, man müsse die NPD wählen, weil diese sich nicht von den „Herrschenden den Mund verbieten lässt – auch nicht vom Zentralrat der Juden“³⁰, was die allgemeine Behauptung der NPD, die Juden würden über die deutsche Politik bestimmen, in den Vordergrund rückt.

In Bezug auf die innere Sicherheit fordert die NPD nicht nur ein repressiveres Vorgehen und härtere Strafen, sondern auch die Einführung der Todesstrafe für Kindermörder, die generell mit dem Grundgesetz und EU-Recht nicht vereinbar ist. Mit diesem Thema geht die rechte Szene und die NPD immer wieder auch außerhalb des Wahlkampfes auf Stimmenfang, wobei man hier speziell Familien für sich gewinnen will. Die Polizei will die Partei zu einer Präsenzpolizei umfunktionieren, eine „echte Volkspolizei“ mit modernster Technik. Das Ziel, Protestwähler für sich zu mobilisieren, ist deutlich erkennbar. So ist auch der Titel einer der beiden Wahlkampfzeitungen „Es reicht!“ bewusst gewählt. In Sachsen hatte man mit dem Slogan „Schnauze voll – Wahntag ist Zahntag“ Protestwähler mobilisieren können. Insgesamt werden, wie von allen Protestparteien, einfache Antworten auf komplizierte Fragen gegeben, was besonders bei den Wählerschichten ankommt, die sich wenig mit komplizierten Sachverhalten auseinandersetzen wollen.³¹

3. Wahlergebnis

Mit 7,3 Prozent der Zweitstimmen (59.845 Wähler) konnte die NPD ihr Ziel, nicht nur mit insgesamt sechs Abgeordneten in den Landtag einzuziehen, sondern auch ihr selbst gestecktes prozentuales Ziel von „Sieben Prozent plus x“ erreichen. Allerdings wurde man nicht wie postuliert viertstärkste Kraft. Daneben ist das Ergebnis auch ein voller Erfolg für die strategische Arbeit der Partei selbst.

Sowohl die Bündnispolitik mit der DVU als auch die Zusammenarbeit mit neonazistischen Kameradschaften führten – wie bereits in Sachsen 2004 – wiederum zu einem wahlpolitischen Erfolg.³² „Das Konzept, sich erst regional zu etablieren, hat sich als richtig erwiesen. Nur so kann mittelfristig der gebündelte Angriff nationaler Kräfte auf die noch hart verteidigten etablierten Bonzen-Bastionen des Westens erfolgen.“³³

So gehört die NPD neben der FDP zum Gewinner der Landtagswahl am 17. September. In allen Wahlkreisen konnte sie einen Stimmenzuwachs verbuchen. Dabei sind es nur der studentisch geprägte Wahlkreis Rostock III (zum großen Teil Kröpeliner Tor-Vorstadt), das Bahnhofsviertel

²⁹ Vgl. Rütli-Schule – nein danke! Unsere Schulen müssen deutsch bleiben, in: Es reicht! Wahlkampfzeitung zur Landtagswahl, S. 6.

³⁰ Vgl. Weiterdenken – Zeitung für Mecklenburg und Pommern (2. Wahlkampfzeitung 2006), S. 3.

³¹ Vgl. auch Hubertus Buchstein, zitiert nach: Politologe: NPD-Wähler haben falsche Erwartungen, in: OZ, 14.09.2006.

³² Die Arbeit der Kameradschaften ist dabei enorm wichtig, werden ihr doch auch vom Verfassungsschutz Kampagnenfähigkeit, Propagandatätigkeit sowie Vorfeld- und Tarnaktivitäten zugeschrieben. Vgl. Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2005, S. 32.

³³ Udo Voigt: NPD mit Deutschland-Pakt voran! – ARD bekommt kalte Füße?, www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=530, 18.09.2006.

(Rostock IV) sowie der Wahlkreis Schwerin I, in denen die NPD unter der Fünf-Prozent-Marke blieb.³⁴ Die bisherigen Hochburgen in den Kreisen Uecker-Randow, Ostvorpommern und Ludwigslust sind bei dieser Landtagswahl erneut bestätigt worden. Bei den beiden ersteren handelt es sich dabei um Regionen, mit einem vergleichsweise hohen Arbeitslosenanteil. Hier verdecken die ohnehin schon hohen Ergebnisse der Wahlkreise die noch höheren in einzelnen Gemeinden.

Die höchsten Anteile konnte die Partei demnach in den ländlichen Regionen verbuchen. In der ostvorpommerschen 400 Einwohner-Gemeinde Postlow wurde die Partei mit 38,2 Prozent stärkste Kraft. Aber nicht nur nahe der polnischen Grenze um Anklam herum sind solche Ergebnisse keine Ausnahme. Auch in vielen Gemeinden im Landkreis Ludwigslust fuhr die Partei zweistellige Prozentzahlen ein. In dem etwa 200 Einwohner zählenden Dorf Groß-Krams (Amt Hagenow) erreichte die Partei beachtliche 26,3 Prozent. Es liegt damit landesweit an siebter Stelle der stärksten Gemeinden der NPD. Das schlechteste Ergebnis erreichte die Partei in dem Künstlerdorf Ahrenshoop mit 1,0 Prozent der Zweitstimmen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die NPD vor allem in den ländlichen Regionen mit einigen Ausnahmen von mittleren Städten wie Anklam (15,6 Prozent) und Ueckermünde (18,2 Prozent) in den kleinen und Kleinst-Gemeinden punkten konnte. Hier war auch der Wahlkampf gemessen an der Präsenz der Plakate im öffentlichen Erscheinungsbild am stärksten. Insbesondere im Osten des Landes ist dieses Ergebnis auch eng verbunden mit den dortigen rechtsextremen Strukturen. Hier unterstützten vor allem das „Soziale und Nationale Bündnis Pommern“ (SNBP) und deren Anhänger aktiv den Wahlkampf.³⁵ So zeugt auch die hohe Zustimmung für den Erststimmenbewerber Tino Müller³⁶ (gelernter Maurer, Listenplatz 2) mit 35,2 Prozent in einem Wahllokal in Ueckermünde, der dort stärkster Direktkandidat wurde, von der Anerkennung und Verankerung einzelner NPD-Mitglieder in der so genannten Mitte der Gesellschaft.³⁷

4. Die NPD-Wähler in der Analyse

Für die NPD-Wähler war weder eine besondere Präferenz für den Spitzenkandidaten Udo Pastörs (acht Prozent) noch eine langfristige Parteibindung (15 Prozent) bedeutsam am Wahlsonntag. Stattdessen dominierten inhaltliche Abwägungen (63 Prozent) die Wahlentscheidung.³⁸ Die NPD konnte dabei vor allem aufgrund der enttäuschten Arbeitsmarkt- und Gerechtigkeitsersparungen der Wähler Stimmen gewinnen (Bedeutungsgewicht: 39 Prozent bzw. 34 Prozent). Angesichts von einem Ausländeranteil von 1,8 Prozent im Land ist die hohe Bedeutung, die die NPD-Wähler der Integrations- und Ausländerpolitik zuordneten, erstaunlich (Bedeutungsgewicht: 40 Prozent).

„Wähler, die die NPD von anderen Parteien abwerben konnte, wechselten vor allem geleitet durch arbeitsmarktpolitische Überlegungen (44 Prozent) sowie Fragen der Ausländerpolitik (40 Prozent) zu den Rechtsextremen.“³⁹ Wechselwähler sprach die Partei zudem durch Themen der Sozialen Gerechtigkeit (30 Prozent), Wirtschaftspolitik (28 Prozent) sowie innere Sicherheit und Kriminalität (27 Prozent) erfolgreich an.

Bei dem Zeitpunkt für die Wahlentscheidung wird deutlich, dass diese schon lange vor der Wahl gefallen ist und nur bei fast einem Fünftel (18 Prozent) innerhalb der letzten Tage einschließlich des

³⁴ Vgl. den Beitrag von Steffen Schoon in diesem Band.

³⁵ Vgl. u.a. Günter Hoffmann zitiert in: Andrea Röpke: Verzögerter Start, in: bnr.de, blick nach rechts, Nr. 18, 01.09.2006, S. 4.

³⁶ Tino Müller (Jahrgang 1978, Mitglied der NPD seit 2005) führte die Bürgerinitiative „Schöner und sicherer wohnen in Ueckermünde“, die 2004 die Einrichtung eines Asylbewerberheimes verhindern sollte. Er bekam dabei ca. 2.000 Unterschriften.

³⁷ Vgl. Horst Freires: „Punktlandung“ im Nordosten, in: bnr.de, blick nach rechts, Nr.20, 29.09.2006, S. 3.

³⁸ Siehe Infratest dimap: Wahlreport, S. 42.

³⁹ Ebd., S. 43f.

Wahltag (elf Prozent) fiel. Keine andere Partei konnte ihre Wähler so frühzeitig im Wahlkampf von sich überzeugen. 40 Prozent der Wähler entschieden sich schon „vor längerer“ Zeit für die NPD und 15 Prozent gaben an, die Partei schon immer zu wählen, was auf eine wachsende Stammwählerschaft hindeutet. Die These, nach der die Kampagnen der etablierten Parteien gegen den Einzug der NPD dazu beigetragen haben, dieser noch darüber hinaus Wähler zuzutreiben, scheint nicht ganz abwegig, sie kann aber nicht klar bejaht werden.

Die Altersstruktur der NPD-Wähler ähnelt der ihrer Kandidaten: Die NPD hat eine äußerst junge Wählerschaft. Je älter die Wählerschaft, desto weniger entschieden sich für die Partei. Bei den 18 bis 33jährigen liegt die Partei hinter SPD und CDU an dritter Stelle. Nur bei den 60jährigen und älteren Wählern kam die Partei über fünf Prozent nicht hinaus.

Zwar weist die Geschlechterstruktur nicht einen ganz so großen Gegensatz zwischen Männern und Frauen wie bei dem Verhältnis ihren Direktkandidaten und Landeslistenkandidaten (lediglich eine Kandidatin) auf, es bleibt jedoch festzuhalten, dass vor allem Männer der rechtsextremen Partei ihre Stimme gaben. Hier konnte sie zehn Prozent der Wähler gewinnen (Frauen: vier Prozent). 17 Prozent der Erstwähler gaben der Partei ihre Stimme; von den 18 bis 24jährigen Männern machte sogar jeder Vierte (23 Prozent) sein Kreuz bei der NPD. Damit ist sie in dieser Altersgruppe neben der SPD stärkste Kraft.⁴⁰

Der Blick auf den Bildungsgrad der NPD-Wähler zeigt ein weniger eindeutiges Bild: der typische NPD-Wähler ist nicht unbedingt derjenige, der entweder über gar keinen oder nur einen Hauptschulabschluss verfügt. Die stärkste Wählergruppe sind hier die Wähler mit mittlerer Bildung. Jeder zehnte Wähler mit Mittel-/und Realschulabschluss gab der NPD seine Stimme. Bei den Hauptschülern (einschließlich Volksschulabgängern und Abschlusslosen) sind es sieben Prozent (Höhergebildete mit Abitur und Hochschulabschluss: vier Prozent).

In Bezug auf den Anti-Hartz-IV-Wahlkampf ist es nicht verwunderlich, dass 17 Prozent der arbeitslosen Wähler die NPD wählten, Arbeiter sind mit zwölf Prozent vertreten, und unter den Selbstständigen hat jeder Zehnte die NPD gewählt. Dass von den Beamten vier Prozent der NPD ihre Stimme gaben, sollte angesichts der Ablehnung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland seitens der NPD bedenklich stimmen.

Die Annahme, eine hohe Wahlbeteiligung würde den Einzug der NPD in den Landtag verhindern, war Motiv für eine umfangreiche Kampagne vor dem Wahlsonntag, die mit einem Aufruf zur Wahlbeteiligung den Einzug der NPD in den Landtag verhindern wollte. Mit Blick auf den Wählerstrom kann diese Annahme jedoch nicht bestätigt werden. So bekam die NPD 11.000 Stimmen aus dem Lager der Nichtwähler, auch wenn sie vor allem von Wählerwanderungen von der CDU profitieren konnte.

Die Betrachtung der Wahlergebnisse auf Gemeindeebene zeigt darüber hinaus, dass die NPD nicht so stark wie vermutet von der Höhe der Wahlbeteiligung abhängig war. Dennoch konnte sie tendenziell umso erfolgreicher abschneiden, je niedriger die Wahlbeteiligung ausfiel.⁴¹

⁴⁰ „Parallel zur Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern gab es landesweit eine Juniorwahl. 5.000 Jugendliche an landesweit 40 Schulen waren aufgerufen, ihre Stimme zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern abzugeben.“ Bei diesem Planspiel konnte die NPD mit 11,1 Prozent der wählenden Schüler unter 18 Jahren ebenfalls ein gutes Ergebnis erzielen. Siehe: www.junior-wahl.de/bilder_5/start_mv.htm, 17.09.2006.

⁴¹ Vgl. den Beitrag von Steffen Schoon in diesem Band.

Tab. 2: Wählerwanderungen zur NPD bei der Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern

Partei	Umfang des Wählerstroms (in Wählern, Zweitstimmen, Salden)
SPD	7.000
CDU	12.000
Linkspartei.PDS	4.000
FDP	2.000
Bündnis 90/Die Grünen	0
Nichtwähler	11.000

Quelle: Infratest dimap: Wahlreport, 2006.

5. Schluss und Ausblick

Der Wahlkampf der NPD war einer der erfolgreichsten der Partei und gleichzeitig der erfolgreichste aller Parteien in diesem Landtagswahlkampf. Der Einzug in den Landtag brachte der NPD zunächst vor allem einen Aufmerksamkeitsschub. Dabei ist – wie es die Erfahrungen in Sachsen gezeigt haben – damit zu rechnen, dass die Partei den Landtag als Bühne nutzt und nicht davor zurückschreckt, hier Eklats und Skandale zu provozieren.⁴² Dies bestätigen bereits die ersten Sitzungen des Landtages. Die Wahl des Fraktionsgeschäftsführers Peter Marx, der zuvor Fraktionsgeschäftsführer der sächsischen NPD war, ist ein Zeichen dafür, dass die NPD die enge Zusammenarbeit der „Achse Schwerin-Dresden“ fortsetzen wird.⁴³

Um der NPD die Möglichkeiten populistischer Propaganda auf der Bühne des Landtages zu erschweren, haben die Landtagsfraktionen der vierten Wahlperiode im Vorfeld der konstituierenden Sitzung des neuen Landtages zahlreiche Geschäftsänderungsanträge erarbeitet, die von den anderen Fraktionen einstimmig angenommen wurden.⁴⁴ Ein bundesweites Novum ist in diesem Zusammenhang die Voraussetzung eines einwandfreien polizeilichen Führungszeugnisses für Fraktionsmitarbeiter. Beschlossen wurde daneben auch die Kürzung der Zuschüsse für kleinere Fraktionen um etwa 30 Prozent, was nicht nur die NPD als eigentlichen Adressaten betrifft, sondern auch die zustimmende FDP.⁴⁵

Diese Änderungen mögen ihre Wirkung haben, das Arbeitsklima im Landtag wird sich durch den Einzug der NPD in jedem Fall verändern. Ob die NPD 2011 ihre zweite Legislaturperiode im Landtag antreten kann, hängt auch von der politischen Kultur im Land und von den gesellschaftlichen und politischen Einstellungen der Bevölkerung ab. Hier sind es vor allem seit Jahren anwachsende rechtsextreme Einstellungspotentiale, die den Einzug der NPD neben den Protestwählern erst möglich gemacht haben.

Die Präsenz der NPD im Landtag ist bei dem Problem, das das Bundesland mit dem Rechtsextremismus hat, nur die Spitze des Eisberges. Gleichwohl kann sich dieser Eisberg durch die finanzielle Stärkung der NPD vergrößern. In Zukunft werden der Partei einige Fraktionsmitarbeiter zur Seite stehen können „(...) und schon hat sie einen professionellen Apparat. Der wird dann neue Büros dort im Land eröffnen, wo die NPD ihr Potential bisher nicht ausschöpft.“⁴⁶ Innerhalb der rechtsextremen Szene, der NPD und der DVU ist der Einzug einer rechtsextremen Partei in den dritten Landtag (neben einem DVU-Vertreter in der Bremischen Bürgerschaft) ein Signal, an diese Erfolge

⁴² Die Jusos riefen auf ihrem „Infoportal zur Nazipartei NPD MV“ (www.endstation-rechts.de) unter Mithilfe des Landtagsabgeordneten Mathias Brodtkorb einen „Ordnungsruf – Contest“ aus, nachdem Udo Pastörs in der ersten Sitzungswoche derer drei provozierte.

⁴³ Enge Zusammenarbeit: Achse Schwerin-Dresden, www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=37&cmsint_id=1&detail=954, 20.09.2006.

⁴⁴ Siehe hierzu: Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, 5/Dr. 10. Hierzu stellte die Partei alleine sechs Änderungsanträge.

⁴⁵ Hiernach bekommt die NPD statt 847.000 Euro nur 600.000 Euro und die FDP 675.000 statt 882.000 Euro.

⁴⁶ Hubertus Buchstein zitiert nach: Die NPD handelt hochgradig professionell, in: taz, 12.09.2006.

anzuknüpfen: und dies mit der „Drei-Säulen-Strategie“, dem Kampf um die Straße, um die Köpfe und schließlich die Parlamente.

Insofern wäre es bei der Arbeit gegen den Rechtsextremismus, die seit 2001 durch den vom damaligen Bundeskanzler Schröder ausgerufenen „Aufstand der Anständigen“ in Form von tausenden geförderten Bundesprojekten stattfindet, ein falsches Signal gewesen, deren Förderung zu kürzen oder gar einzustellen. Der Einzug der NPD in den Landtag hat dazu beigetragen, dass das Bundesfamilienministerium die ursprünglich geplanten Änderungen teilweise zurücknahm, wodurch erfolgreiche Projekte weitergefördert werden können. Dabei ist das Problem des Rechtsextremismus kein rein ostdeutsches Phänomen, was nicht allein an der Präsenz rechtsextremer Abgeordneter in etlichen westdeutschen Kommunalparlamenten zu zeigen ist, sondern auch an den zahlreichen Aktivitäten von westdeutschen Freien Nationalisten und Kameradschaften sowie generell latenter rechtsextremistischer Einstellungen in der Bevölkerung.⁴⁷

Der Aufschrei und der Schock vieler politischer Vertreter über das Rechtsextremismusproblem, den das Wahlergebnis mit sich brachte, kommt zwar sehr spät, wenn ihm jedoch Taten folgen, kann er im Nachhinein für die gesamte Arbeit gegen den Rechtsextremismus positiv wirken. Dabei ist die inhaltliche Auseinandersetzung mit der NPD und dem Rechtsextremismus unabdingbar, was die Demokratie auch stärken kann.⁴⁸ Zudem ist im Kampf gegen den Rechtsextremismus immer wieder die Rede von der Zivilgesellschaft, die es nur zu stärken gelte. Hier sollte nicht vergessen werden, dass es Rechtsextremisten verstehen, zivilgesellschaftliche Strukturen zu nutzen und diese zum Teil gezielt zu unterwandern, oder sogar selbst Bürgerinitiativen zu gründen.

⁴⁷ Siehe hierzu u.a. die Studien von Wilhelm Heitmeyer, beispielsweise Wilhelm Heitmeyer: Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt/Main 2006.

⁴⁸ Vgl. Nikolaus Werz zitiert in: Große drängen zusammen, in: OZ, 18.09.2006.

Die Kleinstparteien und Einzelbewerber

Sven Klüsener

1. Einleitung

Neben den bekannten Parteien SPD, CDU, Linkspartei.PDS, FDP und Bündnis 90/Die Grünen trat noch eine Vielzahl kleinerer Parteien zur Landtagswahl an. Groß waren die Erwartungen nicht, denn in den zurückliegenden Jahren gelang es neuen politischen Gruppierungen nur in den Stadtstaaten Hamburg (Statt-Partei und Schill-Partei) und Bremen (Arbeit für Bremen) ins Landesparlament einzuziehen.¹ Das hängt natürlich mit dem kommunalpolitischen Charakter dieser Landtagswahlen zusammen. Die zweite Ausnahme ist der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) in Schleswig-Holstein, da dieser als Vertreter der dänischen Minderheit von der Fünf-Prozent-Hürde befreit ist. Seit den 60er Jahren konnten sich in der alten Bundesrepublik lediglich die Grünen als nachhaltige politische Kraft etablieren. Rechtsextreme Parteien (NPD, DVU und REP) wurden in der Regel bei den nächsten Wahlen wieder aus den Landesparlamenten raus gewählt. Nach der Deutschen Einheit kam als neue Kraft die PDS hinzu. Sie konnte sich jedoch lediglich in den Landtagen auf dem Gebiet der früheren DDR festsetzen. Anders als im Westen haben es hier FDP und Bündnis 90/Die Grünen besonders schwer, sich in den Parlamenten zu behaupten. In Mecklenburg-Vorpommern war die FDP bislang nur in der ersten Wahlperiode vertreten. Bündnis 90/Die Grünen scheiterten immer an der Fünf-Prozent-Hürde.²

Dennoch machten sich die sonstigen Parteien Hoffnung, den Sprung in den Schweriner Landtag zu schaffen. Zum einen hilft kleinen Parteien eine geringe Wahlbeteiligung, die für Mecklenburg-Vorpommern befürchtet worden war. Zum anderen war bei der Kommunalwahl 2004 die Fünf-Prozent-Hürde abgeschafft worden, was den kleinen Parteien und Wählergruppen sowie Einzelbewerbern zugute kam. Sie konnten ihre Anzahl an Sitzen gegenüber der letzten Kommunalwahl 1999 von 35 auf 94 beinahe verdreifachen, obwohl die Anzahl der insgesamt in Mecklenburg-Vorpommern zu vergebenden Sitze in kommunalen Vertretungsorganen nahezu konstant geblieben ist.³

2. Wahlzulassung

Am 18. Juli 2006 hatten bis 18.00 Uhr insgesamt elf Kleinstparteien ihre Beteiligungsanzeige beim Landeswahlleiter eingereicht:⁴

- 1 Die Grauen - Graue Panther (Graue)
- 2 Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative (WASG)
- 3 Bündnis für M-V
- 4 Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland, Partei für Volksabstimmung und gegen Zuwanderung ins "Soziale Netz" (Deutschland)
- 5 Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit (AGFG)
- 6 Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Offensive D)

¹ Interessant ist die politische Kurzlebigkeit dieser Gruppierungen, da sie alle ausnahmslos bei der nächsten Wahl wieder aus dem Parlament verschwanden.

² Vgl. den Beitrag von Johannes Saalfeld und Carsten Socke in diesem Band.

³ Vgl. Steffen Schoon: Die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, in: Steffen Schoon u.a.: Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2004 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 22), S. 6 ff.

⁴ Vgl. Pressemitteilung des Landeswahlleiters vom 19.07.2006, www.mv-regierung.de/stala/index_lwahll.htm.

- 7 Partei Bibeltreuer Christen (PBC)
- 8 Alternatives Bündnis für soziale Gerechtigkeit (AB)
- 9 Arbeiter/-rinnen Partei Deutschland (APD)
- 10 Familien-Partei-Deutschlands (Familie)
- 11 Wahlalternative Soziales Mecklenburg-Vorpommern (WAS-MV)

Die WAS-MV hatte ihre Beteiligungsanzeige beim Landeswahlleiter am 24. Juli 2006 zurückgezogen. Nach Angaben des Landesvorsitzenden war die Partei nicht in der Lage, die 100 Unterstützungsunterschriften beizubringen. Interessant ist die Aussage von Vorstandsmitglied Norbert Meyer, wonach die WAS-MV als „Sicherungsmaßnahme“ für den Fall gegründet worden [sei], dass eine Wahlteilnahme der WASG durch deren Gegner erfolgreich unterbunden worden wäre.⁵ Meyer ist auch WASG-Landesschatzmeister und gehört damit den Vorständen zweier Parteien an.⁵

Am 28. Juli 2006 entschied der Landeswahlausschuss, ob die Parteien zur Kandidatur zugelassen werden. Dabei geht es einzig und allein darum, ob die Parteien die formalen Voraussetzungen (Parteieigenschaft) erfüllen. Am 4. August 2006 entschied der Landeswahlausschuss über die Zulassung der von den Parteien bis zum 31. Juli 2006 (18.00 Uhr) eingereichten Wahlvorschläge (Landeslisten).

Auf Ebene der Kreiswahlleiter haben fünf Einzelbewerber, die sich im Wahlkreis um das Direktmandat bemühten, ihre Kandidatur zur Landtagswahl angemeldet:

Wahlkreis 8 (Schwerin I):	Jan Szymik
Wahlkreis 12 (Bad Doberan II):	Karl-Heinz Klinger
Wahlkreis 15 (Güstrow I):	Helmut Precht
Wahlkreis 20 (Müritz I):	Enrico Malow
Wahlkreis 32 (Parchim II):	Jörg Klingohr

3. Wahlergebnis

Der Wahlsonntag vom 17. September 2006 brachte, was die sonstigen Parteien angeht, keine Überraschungen. Sie sind auf Landesebene bedeutungslos. Auch die Einzelbewerber hatten nicht die Spur einer Chance als Direktkandidat in den Schweriner Landtag einzuziehen. Die Kleinstparteien haben gegenüber den etablierten Parteien den entscheidenden Nachteil, dass sie kaum über eine flächendeckende Infrastruktur verfügen, um sich entsprechend bekannt zu machen. Einzelbewerber müssten schon einen enormen Bekanntheitsgrad im Wahlkreis haben. Darüber hinaus müsste dieser Bekanntheitsgrad dann auch noch ein entsprechendes Vertrauen der Wähler rechtfertigen.⁶ Sowohl bei Kleinstparteien als auch Einzelbewerbern kommt hinzu, dass die ohnehin geringen Wahlaussichten zusätzlich potentielle Wähler (zum Beispiel Protestwähler) abschrecken, da diese ihre Stimme nicht verschenken wollen. In aller Regel erhofft sich der rationale Wähler, dass seine Stimme etwas bewirkt. Anderenfalls wäre Nichtwahl die weniger aufwendige Form des Protests, mit der man in Mecklenburg-Vorpommern – bei der geringen Wahlbeteiligung – zusätzlich noch zur „stärksten“ politischen Kraft gehören würde.

⁵ Vgl. OZ, 26.07.2006.

⁶ Dem Autor ist kein Fall der Wahl eines Einzelbewerbers auf Landes- oder gar Bundesebene bekannt.

Tab. 1: Ergebnis der sonstigen Parteien und Einzelbewerber bei der Landtagswahl 2006

	Erststimmen		Zweitstimmen	
	absolut	prozentual ¹	absolut	prozentual
Offensive D	-	-	361	0,1
Graue	2.438	0,3	5.602	0,7
PBC	800	0,1	1.957	0,2
Deutschland	2.653	0,3	3.131	0,4
AGFG	666	0,1	1.882	0,2
AB	-	-	951	0,1
WASG	2.459	0,3	4.281	0,5
APD	-	-	774	0,1
Bündnis für M-V	4.000	0,5	3.547	0,4
Familie	-	-	9.463	1,2
Karl-Heinz Klinger	269	0,0 (0,9)	-	-
Jörg Klingohr	1.788	0,2 (6,9)	-	-
Enrico Malow	264	0,0 (0,9)	-	-
Helmut Precht	451	0,1 (2,1)	-	-
Jan Szymik	848	0,1 (2,8)	-	-

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, www.statistik-mv.de.

¹ Der Wert in Klammern bei den Einzelbewerbern zeigt das Wahlergebnis im Wahlkreis, in dem der Einzelbewerber angetreten ist.

Die Grauen konnten in den Rostocker Wahlkreisen mit Ergebnissen zwischen 1,0 und 1,9 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen deutlich überdurchschnittlich abschneiden und gewannen dort dabei noch mehr Erst- als Zweitstimmen. Auch in der Landeshauptstadt Schwerin waren sie überproportional stark. Das Bündnis für M-V – ein landesweiter Zusammenschluss unabhängiger Wählergemeinschaften – konnte in den Rostocker Wahlkreisen⁷ zwischen 1,0 und 1,2 Prozent erreichen. Bei den Erststimmen erzielten die Wahlbewerber dabei teilweise doppelt so viele Stimmen. In Schwerin war das Bündnis ebenfalls überdurchschnittlich erfolgreich.

Die WASG konnte in den Rostocker Wahlkreisen mit Ergebnissen zwischen 0,7 und 0,9 Prozent überdurchschnittlich abschneiden. Auch sie erzielte dabei durchweg mehr Erst- als Zweitstimmen. In beiden Güstrower Wahlkreisen erzielte die WASG 1,0 Prozent der Stimmen. Der eigenständige Antritt der WASG hat der Linkspartei.PDS zwar möglicherweise die gut 4.000 Zweitstimmen gekostet, wenn man unterstellt, dass diese Stimmen der Linkspartei.PDS zugefallen wären. Allerdings hätten diese Stimmen nicht für ein weiteres Mandat im Schweriner Schloss gereicht, wie folgende Modellrechnung zeigt:

Tab. 2: Hypothetische Sitzverteilung im Landtag bei Übertragung der WASG-Stimmen auf die Linkspartei.PDS¹

SPD:	247.312 Stimmen	23,03 Mandate
CDU:	235.350 Stimmen	21,91 Mandate + 1 Mandat
Linkspartei.PDS:	141.534 (inkl. WASG-Stimmen)	13,18 Mandate
FDP:	78.440 Stimmen	7,30 Mandate
NPD:	59.845 Stimmen	5,57 Mandate + 1 Mandat
insgesamt:	762.481 Stimmen	69 Mandate + 2 Mandate = 71

Quelle: Eigene Berechnungen.

¹ Bei der Berechnung der Sitzverteilung bleiben die Zweitstimmen der Parteien unberücksichtigt, die an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert sind. Berechnung der Sitzverteilung: Mandate = Zweitstimmen x 71 / Stimmen insgesamt..

⁷ Sowohl die Grauen als auch das Bündnis für M-V (hier: Rostocker Bund) hatten bei der Kommunalwahl 2004 bereits den Sprung in die Rostocker Bürgerschaft geschafft.

Die PBC konnte in Güstrow I 0,9 Prozent der Stimmen und damit deutlich über dem Landesdurchschnitt abschneiden. In einem Wahlbezirk (Wahllokal Kuchelmiß) erzielte die PBC knapp 15 Prozent der Zweitstimmen und knapp 20 Prozent der Erststimmen. Die AGFG holte im Wahlkreis Nordvorpommern II 2,3 Prozent der Zweitstimmen und 4,7 Prozent der Erststimmen und wich damit deutlich vom landesweiten Ergebnis nach oben ab. Bei allen anderen Kleinstparteien gab es keine auffälligen Befunde in den einzelnen Wahlkreisen.

Bei den Einzelbewerbern konnte nur Jörg Klingohr einen kleinen Achtungserfolg erzielen. Seine Kandidatur („Bauer Korl in den Landtag“) hatte auch eher den Charakter einer Spaßkandidatur und zog knapp 1.800 Stimmen an. Er erreichte immerhin mehr Stimmen im Wahlkreis als die Direktkandidaten von NPD, FDP und Grünen.

Abschließend kann man festhalten: Obwohl einige sonstige Parteien durchaus bei der Kommunalwahl 2004 Erfolge erzielen konnten, reicht das kommunalpolitische Engagement (noch) nicht aus, um sich auf Landesebene durchsetzen zu können. Der Erfolg bei den Kommunalwahlen hatte im Großen und Ganzen zwei Gründe: zum einen der lokale bzw. regionale Bezug einer Kommunalwahl sowie zum anderen die seinerzeit noch geringere Wahlbeteiligung bzw. der Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde.

Landtagswahlen – Entscheidungen im bundespolitischen Schlaglicht

Matthias Wyssuwa

1. Einführung

„Jedes Bundesland bildet innerhalb des Zusammenschlusses der Bundesrepublik Deutschland einen eigenen kleinen Staat mit seiner Verfassung, seinem Parlament und seiner Regierung.“¹ Obwohl Landtagswahlen über die Besetzung der Landesparlamente entscheiden und somit die Grundlage für die Regierungsbildung in den Ländern schaffen, werden diese Wahlen selten als autonome Landesentscheidungen verstanden. Vielmehr wirken bundespolitische Einflüsse auf sie ein und lassen Landtagswahlen zu Trend-, Test- oder Stimmungswahlen für die Bundespolitik werden: „Die Ergebnisse von Landtagswahlen bilden sich als Addition einer systematischen Beeinflussung durch die Konstellation im Bundestag und der politischen Situation im politischen Land.“² Mecklenburg-Vorpommern stellte bei den Landtagswahlen 1994, 1998 und 2002 eine Besonderheit dar. Alle drei Termine waren mit einer Bundestagswahl gekoppelt. Die Kopplung wurde durch die Landesverfassung von 1994 vorgegeben. Wichtige Argumente hierfür waren die Aussicht auf eine höhere Wahlbeteiligung sowie geringere Kosten der Wahl selbst.³ Jedoch sind die „Auswirkungen auf die Landespolitik und den regionalen politischen Wettbewerb [...] erheblich.“⁴ Die Landtagswahlergebnisse waren hierdurch massiv von bundespolitischen Ereignissen und Themen überlagert. Durch die Wahlen wurden nicht mehr landespolitische Leistungen bewertet, sondern bundespolitische Stimmungen eingefangen. So wirkte die Kopplung der Wahltermine „[...] auf Kosten der landespolitischen Profilierung [...]“⁵ Aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 entfiel diese Besonderheit jedoch. Der folgende Aufsatz versucht zum einen darzustellen, wie und warum Bundespolitik auf Landtagswahlen wirkt. Zum anderen werden die Auswirkung der Kopplung bzw. Entkopplung der Wahltermine auf den bundespolitischen Einfluss nachvollzogen. Erkenntnisse aus der theoretischen Bearbeitung der Fragestellung sollen zu Thesen zusammengefasst und auf die Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern angewandt werden.

2. Die bundespolitische Durchdringung von Landtagswahlen

2.1 Dimensionen des bundespolitischen Einflusses

Die Verknüpfung von Bundespolitik und Landtagswahlen ergibt sich aus der institutionellen Beteiligung der Länder an der Gesetzgebung des Bundes durch den Bundesrat – dieser stellt „eine Art institutioneller Klammer zwischen Bundes- und Landespolitik“⁶ dar. Im Sinne von sicheren Mehrheiten im Bundesrat hat die Bundespolitik ein direktes Interesse an den Ergebnissen der Landtags-

¹ Henri Ménudier: *Parteien und Wahlen*, München 1986, S. 55.

² Rainer Dinkel: *Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen*, in: PVS, Jg. 17, H. 2, S. 348.

³ Finanzielle Ersparnis erwächst hierbei aus den Zuschüssen des Bundes zu den Portokosten bei der Versendung der Wahlunterlagen und zu den Vergütungen der Wahlhelfer. Diese Zuschüsse fallen bei entkoppelten Wahlterminen weg. Siehe: Nikolaus Werz: *Ende eines kurzen Sonderweges*. Unter: www.wiwi.uni-rostock.de/~polreg/download/svz_werz_neuwahlen.pdf (07.09.2006). Vgl. auch: Nikolaus Werz/Jochen Schmidt: *Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002*. ZParl, Jg. 33, S. 67.

⁴ Nikolaus Werz: *Ende eines kurzen Sonderweges*. www.wiwi.uni-rostock.de/~polreg/download/svz_werz_neuwahlen.pdf. (07.09.2006).

⁵ Steffen Schoon: *Wahlen, Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern. Eine politikwissenschaftlich-empirische Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee im Zeitraum von 1871 bis 2002*, Diss., Rostock 2005, S. 174.

⁶ Georg Fabritius: *Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik*, Diss., Tübingen 1978, S. 55.

wahlen. Aber auch die informellen Machtverhältnisse innerhalb der einzelnen Bundesparteien oder Koalitionen können durch Landtagswahlen verändert werden. Dass eine Landtagswahl hierdurch direkt auf die Bundespolitik zurückwirken kann, zeigt die Landtagswahl 2005 in Nordrhein-Westfalen, die Auslöser für die Ankündigung von Kanzler Schröder war, Neuwahlen anzustreben.⁷

Ein Mittel zur Beeinflussung von Landtagswahlen ist die Besetzung von Themen auf Bundesebene, die den Landeswahlkampf überstrahlen. Hier sind vor allem Außenpolitik, aber auch Wirtschafts- und Sozialpolitik zu nennen. So wurden unter Willy Brandt die Landtagswahlkämpfe von der Diskussion um die Ostpolitik überformt – zum Vorteil der Regierungsparteien im Bund.⁸ Zum Nachteil der führenden Regierungspartei SPD wurde hingegen der Streit um Hartz IV, welcher bei den Landtagswahlen 2004 unter anderem in Brandenburg und Sachsen zu Verlusten führte.⁹

Eine Landtagswahl kann aber auch zu einer bundespolitischen Entscheidungswahl stilisiert werden. Exemplarisch sei hier auf die Landtagswahl 1998 in Niedersachsen verwiesen, welche Gerhard Schröder zu einem Quasi-Referendum über seine Kanzlerkandidatur erhob. Als weitere Quelle der direkten Beeinflussung der Landtagswahlen durch die Bundespolitik gilt der Einsatz von bundespolitischem Personal bei Wahlkampfveranstaltungen im Land: „Da in der Politik Personen und Sache kaum zu trennen sind, folgt daraus, dass nicht nur bundespolitische Themen die Landtagswahlkämpfe bestimmen, sondern auch die Bundespolitiker selbst in großer Anzahl im Wahlkampf auf-treten.“¹⁰

Wie stark sich diese bundespolitischen Einflussgrößen auf die Landtagswahl auswirken, hängt auch von der Bereitschaft der Landesparteien ab, diese in ihren Wahlkampf einzufügen. So entschied sich die SPD in Mecklenburg-Vorpommern 2002 letztlich erfolgreich, im Windschatten der Bundes-SPD – genährt durch Flutkatastrophe und Kriegskontroverse – zu fahren. Im gleichen Wahlkampf versuchte sich hingegen die Landes-CDU von der Bundespartei abzugrenzen, da Kanzlerkandidat Stoiber im Landtagswahlkampf als nicht vermittelbar galt.¹¹ Diese Abgrenzung von der Bundespolitik kann aber nur gelingen, wenn der Ministerpräsidentenbonus ausgespielt oder ein Landesthema mit einem starken emotionalen Mobilisierungspotential besetzt wird.¹² Die Durchsetzung der Landesparteien mit eigenem Personal und Themen ist bei einer Gleichzeitigkeit von Bundestags- und Landtagswahl äußerst schwierig, denn „[...] landespolitische Themen [stoßen] auf wesentlich geringeres Interesse als Bundespolitik.“¹³ Bei Landtagswahlen, die terminlich mit Bundestagswahlen zusammenfallen, handelt es sich entsprechend um Sonderfälle im bundespolitischen Einfluss- und Aufmerksamkeitssoz.¹⁴

Um zu verstehen, wie bundespolitische Durchdringung auf die Entscheidung des Wählers wirkt, muss auf die Trennung zwischen Wahlen auf der ersten und zweiten Ebene, oder auch „first-order-elections“ und „second-order-elections“,¹⁵ verwiesen werden. Die erste Ebene beschreibt Wahlen zum nationalen Parlament und die zweite Ebene Wahlen zu regionalen Parlamenten.¹⁶ Dabei zeich-

⁷ Steffen Detterbeck: Zusammenlegung von Bundes- und Landtagswahlen? Die Terminierung von Wahlen und ihre Konsequenzen im europäischen Vergleich, Gütersloh 2006.

⁸ Georg Fabritius: Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik. S. 59f.

⁹ Vgl. Oskar Niedermayer: Die brandenburgische Landtagswahl vom 19. September 2004. Reaktionen der Wähler auf Hartz IV, in: ZParl, Jg. 36, H. 1, S. 78 ff.

¹⁰ Georg Fabritius: Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik. S. 62.

¹¹ Nikolaus Werz/Jochen Schmidt: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002: Bestätigung der rot-roten Koalition mit Gewinnern und Verlierern, in: ZParl, Jg. (2003), H. 1, S. 60-79.

¹² Starke Spitzenkandidaten im Landtagswahlkampf können bundespolitische Einflüsse zurückdrängen. Der Amtsbonus des Ministerpräsidenten hat besonders in Ostdeutschland starke, bundespolitisch unabhängige Wirkung. Vgl. Steffen Detterbeck: Zusammenlegung von Bundes- und Landtagswahlen, S. 23 ff.

¹³ Nikolaus Voss: Der Landtagswahlkampf 1998 in MV, in: Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, S. 196

¹⁴ Vgl. Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss: Wahlen in Deutschland 1946-1991. Ein Handbuch., München 1991, S. 262.

¹⁵ Wird hierzu synonym verwandt: Wahlen der ersten und zweiten Ordnung. Vgl. Steffen Detterbeck: Zusammenlegung von Bundes- und Landtagswahlen?, S. 8.

¹⁶ Auch Europawahlen werden als Wahlen der zweiten Ebene eingestuft.

nen sich „second-order-elections“ durch drei Merkmale aus. Erstens gelten diese bei den Wählern als nicht so wichtig wie Wahlen auf der ersten Ebene. Zweitens steigt das Risiko der Nichtwahl oder Wechselwahl zugunsten einer kleinen oder neuen Partei. Die Volatilität bei Landtagswahlen ist somit höher als bei Bundestagswahlen.¹⁷ Und drittens schneiden Regierungsparteien auf der „first-order-arena“¹⁸ bei „second-order-elections“ schlechter als die Oppositionsparteien ab.¹⁹

Nichtwahl kann ein Zeichen von Desinteresse, aber auch Ausdruck einer negativ veränderten Kosten-Nutzen-Rechnung des Wählers sein, bei der der Aufwand höher als der erwartete Ertrag ist. Die Wechselwahl kann ebenfalls Produkt einer Kosten-Nutzen-Rechnung sein, bei der das Ziel die Bestrafung der eigentlich sonst präferierten Bundespartei ist. Auch Experimentierfreude kann ein Grund sein, werden doch die Folgen auf Landesebene als gering eingeschätzt.²⁰

Die Einschätzung, dass Wahlen in der „second-order-arena“ weniger wichtig seien als jene in der „first-order-arena“, ist laut Decker und Blumenthal vor allem zwei Entwicklungen geschuldet: zum einen der gesetzgeberischen Kompetenzanhäufung bei der Bundesebene, und zum anderen der damit gestiegenen Bedeutung des Bundesrates am Gesetzgebungsprozess. Länder besitzen kaum autonome Entscheidungsfelder. Wähler können nur diffus Verantwortlichkeiten nachvollziehen.²¹ Beides „[...] hat bei den Wählern den Eindruck verfestigt, dass ihre materielle Lebenswirklichkeit, so sie denn von politischen Entscheidungen abhängt, in erster Linie auf der Bundesebene bestimmt wird. [...] Weil die Länder kaum noch über originäre Gestaltungsmöglichkeiten verfügen, spielen bundespolitische Aspekte auf der Landesebene eine immer größere Rolle.“²² Dadurch rücken auch bundespolitische Akteure und Themen stärker ins Zentrum der Wahrnehmung der Bürger. Auch wird den Akteuren im Bund größere Gestaltungskompetenz zugeschrieben als denen im Land.²³ Somit wird bei der Entscheidungsfindung des Wählers zur Landtagswahl sowohl die Kandidaten- als auch die Themenorientierung auf Landesebene von derjenigen auf der Bundesebene mitgeprägt.

Hinzu kommt, dass der Bürger in Deutschland im Regelfall nur alle vier Jahre über Bundestagswahlen direkt an der Gestaltung der „first-order-arena“, also der Bundespolitik, partizipieren kann. Somit bietet ihm die Landtagswahl eine Möglichkeit, „Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit der Bundesregierung während einer laufenden Legislaturperiode unmittelbar kundzutun.“²⁴ Die Landtagswahl wird somit zum Ort für die Sanktionierung der Bundesregierung. Dies kann seinen Ausdruck finden in Nicht- oder Wechselwahl. Verstärkt wird diese Option wiederum durch die Einschätzung der geringeren Auswirkung von „second-order-elections“.²⁵ „Landtagswahlen scheinen nur in den seltensten Fällen das Produkt überwiegend landespolitischer Überlegungen zu sein.“²⁶

¹⁷ Siehe: Frank Decker/Julia v. Blumenthal: Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001, in: ZParl., Jg. 33, H. 1.

¹⁸ Wird synonym verwandt zu erster bzw. zweiter Ebene (second-order-arena).

¹⁹ Vgl. Daniel Hough/Charlie Jeffery: Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen?, in: ZParl. Jg. 34, H. 1, S. 83.

²⁰ Vgl. Steffen Detterbeck: Zusammenlegung von Bundes- und Landtagswahlen, S. 10.

²¹ Diese Steigerung zeigt sich durch den Anstieg der zustimmungspflichtigen Gesetze. Die Auswirkungen der Föderalismusreform auf diesen Prozess wurden noch nicht berücksichtigt. Vgl. Frank Decker/Julia v. Blumenthal: Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001, in: ZParl., Jg. 33, H. 1, S. 144.

²² Ebd..

²³ Als Berücksichtigung eben dieser Begebenheit lässt sich auch der verstärkte Einsatz von Bundespolitikern im Landtagswahlkämpfen erklären. Vgl. Georg Fabritius: Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik, S. 62ff.

²⁴ Frank Decker/Julia v. Blumenthal: Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen, S. 145.

²⁵ Dabei reagieren Regierungsparteien im Bund auf Verluste bei Landtagswahlen nicht selten tatsächlich mit Kurskorrektur ihrer Politik selbst, oder aber deren Vermittlung bzw. Vermittler. Siehe: Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss: Wahlen in Deutschland 1946-1991, S. 263.

²⁶ Simone Burkhart: Parteipolitikverflechtung. Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2000, in: PVS, Jg. 45, H. 1, S. 14.

2.2 Regelmäßigkeit und Wandel der bundespolitischen Durchdringung

Schon seit den Anfängen der empirischen Wahlforschung in Deutschland bestand der weitgehende Konsens, dass Landtagswahlen bundespolitische Durchdringung erfahren.²⁷ Dinkel²⁸ führte das Modell der Zeitvariablen in die deutsche Diskussion ein. Demnach verlieren die Parteien, die zum Zeitpunkt der Landtagswahl die Bundesregierung stellen, relativ²⁹ an Stimmen – unabhängig von ihrer Stellung im Land: „Dabei ist der Verlust der Regierungsparteien eine Funktion des Zeitpunktes, an dem eine Landtagswahl stattfindet.“³⁰ Dies wird durch die Zeitvariable erfasst, die in U-Form verläuft. Danach nimmt dieser Verlust nach einem kurzen Nachwahlhoch immer mehr zu und erreicht in der Mitte der Legislaturperiode seinen Tiefpunkt. Bei Landtagswahlen zur Halbzeit der Legislaturperiode im Bund sind also die relativ höchsten Verluste für die Regierungsparteien zu erwarten. Bei Landtagswahlen zeitgleich und kurz nach der Bundestagswahl wären die Chancen der Regierungsparteien im Bund am besten.³¹ Die führende Oppositionspartei würde dagegen bei Landtagswahlen von dem relativen Verlust der Regierungspartei immer profitieren.

Das Verständnis dieses elektoralen Zyklus – also der systematischen Abhängigkeit der Wahlchancen der Parteien auf Landesebene vom Zeitpunkt der Landtagswahl – war bis Ende der 1980er Jahre im wissenschaftlichen Diskurs weit verbreitet. Für die Zeit nach 1990 gehen die Meinungen jedoch auseinander. Zwar lässt sich ein systematischer Verlust der Regierungsparteien im Bund bei Landtagswahlen nachweisen, aber die Oppositionsparteien können davon nicht mehr profitieren. Hinzu kommt eine „Regionalisierung des Parteiensystems“³², bei der durch die Stärke der Linkspartei und die Schwäche der Liberalen und Grünen in den neuen Bundesländern die Regierungsbildung eine eigene Dynamik erfährt. Zwei Hauptargumentationsstränge sollen hier als Kontinuitäts- und Diskontinuitätsthese dargestellt werden.³³

Die Kontinuitätsthese sieht weiterhin einen starken Zusammenhang zwischen Bundespolitik und Landtagswahlen³⁴: „Die stärkere Diversität regionaler Wahlergebnisse ist demnach ein Produkt der nachlassenden Parteibindung in Westdeutschland sowie der auf schwachem Niveau verharrenden Parteibindung in Ostdeutschland.“³⁵ Eben hierdurch seien kurzfristige Motive der Sanktionierung der Bundespolitik sowie der Kandidaten- und Issue-Orientierung für die Wahlentscheidung wichtig, welche wiederum bundespolitisch überformt werden. Simone Burkhart lehnt dabei die Gültigkeit der Dinkelschen Zeitvariable ab. Vielmehr hänge der Verlust der Regierungsparteien im Bund von deren Popularitätsentwicklung ab: „Je stärker die Popularität der Bundesregierung seit Amtsantritt gesunken ist, mit desto höheren Verlusten müssen die Parteien der Bundesregierung bei Landtagswahlen rechnen.“³⁶ Da auch die Popularitätswerte instabiler sind und sich kurzfristiger verändern, lassen sich diese Popularitätsentwicklungen im Verlaufe einer Legislaturperiode nicht mehr in der klassischen U-Kurve erfassen und fallen so nicht mehr mit Dinkels elektoralem Zyklus zusammen. Burkhart erkennt in ihrer Datenanalyse gar einen gestiegenen Einfluss der Bundespolitik auf die Landtagswahlen seit 1990. Als einen in den neuen Ländern wirksamen landespolitisch motivierten

²⁷ Simone Burkhart: Parteipolitikverflechtung, S. 15-17.

²⁸ Rainer Dinkel: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen, S.348-359.

²⁹ „Relativ verlieren heißt dabei, dass sie [die Regierungsparteien im Bund; Anm. d. Verf.] bei Landtagswahlen weniger Stimmen erhalten, als sie erwarten könnten, wenn das Ergebnis der Landtagswahl genau den Trend in der Entwicklung der Stimmenverhältnisse bei Bundestagswahlen in diesem Bundesland widerspiegeln würde.“ Vgl. ebd., S. 349.

³⁰ Ebd., S. 357.

³¹ Ebd., S. 351.

³² Steffen Detterbeck: Zusammenlegung von Bundes- und Landtagswahlen, S. 15.

³³ Aufteilung nach Steffen Detterbeck: Zusammenlegung von Bundes- und Landtagswahlen, S. 15-23.

³⁴ Dieser These zuzuordnende Artikel: Simone Burkhart: Parteipolitikverflechtung. Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2000. S. 14-38 in: PVS, Jg. (2005) Heft 1 und Frank Decker/Julia v. Blumenthal: Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen, S. 144-165.

³⁵ Steffen Detterbeck: Zusammenlegung von Bundes- und Landtagswahlen? S. 18.

³⁶ Simone Burkhart: Parteipolitikverflechtung, S.14.

Einflussfaktor filtert sie den Grad der Beliebtheit des Ministerpräsidenten heraus, welcher dem bundespolitischen Einfluss entgegenstehen kann.

Die Diskontinuitätsthese sieht in der deutschen Vereinigung 1990 eine Zäsur, nach der Regierungsparteien des Bundes im Land noch immer verlieren, Oppositionsparteien aber nicht davon profitieren.³⁷ Dafür gewinnen zunehmend regional begrenzte Kleinparteien in den Landtagswahlen. Die Diskontinuitätsthese führt die gestiegene Diversität der Landtagswahlergebnisse auf eine erhöhte Eigenständigkeit des Parteienwettbewerbs in den Ländern zurück, bedingt durch eine gewachsene Heterogenität der Länderinteressen.³⁸ Die deutsche Wiedervereinigung habe zwischen den Ländern eine neue Ost-West-Konfliktlinie erschaffen, deren Beweis die Existenz der PDS sei. An dieser Linie entlang entfalten sich neue, länderspezifische materielle, aber auch wertbezogene Verteilungskämpfe: „Darüber hinaus haben die Auswirkungen der deutschen Vereinigung auch anderswo in Deutschland territoriale Akzente in der Politik gesetzt. Vor allem in der Frage der Verteilung von staatlichen Ressourcen hat sich eine territoriale Konfliktlinie zwischen dem wohlhabenden Süden und einem vom Süden finanziell abhängigen Norden und Osten ausgebildet.“³⁹ Somit „...wird der politische Diskurs zunehmend territorialisiert und verliert teilweise an seiner früheren bundesweiten Homogenität.“⁴⁰ Benz weist auch auf die gestiegene Gestaltungskompetenz und Verteilungskonkurrenz der Länder im Rahmen der europäischen Förder- und Wirtschaftspolitik hin.⁴¹ Infolgedessen werden landespolitische Themen bzw. Interessen und Parteien, die diese zu besetzen bzw. zu vertreten vermögen, für die Wahlentscheidung bei Landtagswahlen immer wichtiger. Wähler würden nun bewusster bei der Wahl zwischen den Ebenen Bund und Land trennen und danach entscheiden.⁴²

2.3 Thesen

Der bundespolitische Einfluss wirkt immer auch auf Landtagswahlen. Diese können nie allein als Ausdruck landespolitischer Problemlagen erfasst werden. Es lassen sich folgende Thesen formulieren, die es auf die Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern anzuwenden gilt.

- 1) Bundespolitik kann auf Landtagswahlen Einfluss nehmen. Hierbei kann bundespolitische Themensetzung und bundespolitisches Personal Einsatz finden. Das bundespolitische Interesse an Landtagswahlen liegt sowohl in deren Funktion zur Besetzung des Bundesrates, als auch in der Neujustierung informeller koalitions- oder parteiinterner Machtstrukturen begründet.
- 2) Wie stark bundespolitische Durchdringung wirkt, hängt davon ab, ob sich die Landesparteien in den bundespolitischen Windschatten stellen oder eher versuchen, aus diesem herauszutreten. Eine Loslösung vom bundespolitischen Trend ist bei Kopplung der Wahlen kaum möglich.
- 3) Es ist zu unterscheiden zwischen gekoppelten und entkoppelten Wahlterminen. Fallen Wahlen der ersten und zweiten Ebene zusammen, so überstrahlt der Wahlkampf auf der ersten Ebene den auf der zweiten. Die Ergebnisse der Parteien im gleichen Bundesland für beide Ebenen gleichen sich an. Faktisch ist die Wahlbeteiligung identisch. Eine Ebenentrennung des Wählers bei seiner Wahl ist kaum nachweisbar. Die Sanktionierungsfunktion der Landtagswahl geht verloren.

³⁷ Dieser These zuzuordnende Artikel: Arthur Benz: Rediscovering Regional Economic Policy: New Opportunities for the Länder in the 1990s, in: Charlie Jeffery (Hrsg.): Recasting German Federalism, London, New York 1999; Daniel Hough/Charlie Jeffery: Landtagswahlen. Bundestestwahlen oder Regionalwahlen, in: ZParl. Jg. 34, H. 1, S. 79f.

³⁸ Steffen Deterbeck: Zusammenlegung von Bundes- und Landtagswahlen, S. 19.

³⁹ Daniel Hough/Charlie Jeffery: Landtagswahlen. Bundestestwahlen oder Regionalwahlen, S. 89

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Vgl. Arthur Benz: Rediscovering Regional Economic Policy, S. 177-196.

⁴² Der von Hough und Jeffery angeführte Index der Unähnlichkeit kann eine gestiegene Unabhängigkeit der Landtagswahlergebnisse von der Bundespolitik, für mit Bundestagswahlen gekoppelte Landtagswahlen nicht nachweisen. Dies spricht zumindest bei Gleichzeitigkeit der Wahltermine gegen eine Ebenentrennung des Wählers bei der Wahlentscheidung. Vgl. Daniel Hough/Charlie Jeffery: Landtagswahlen. Bundestestwahlen oder Regionalwahlen, S. 90 ff

4) Landtagswahlen sind „second-order-elections“. Dies wirkt sich auf das Wahlverhalten aus. Die Wahrscheinlichkeit der Nicht- und Wechselwahl liegt höher als bei „first-order-elections“. Hierbei kann die Nicht- oder Wechselwahl eine Sanktionierung der Bundesregierung bzw. den Ausdruck der Unzufriedenheit mit dieser darstellen. Klein- und Protestparteien können als Sammelbecken der Wechselwählerstimmen von der Abstrafung profitieren.

5) Nach 1990 hat die territoriale Heterogenität der politischen Interessen in Deutschland zugenommen. Trotzdem: „Bundes- und Landespolitik werden von den meisten Wählern weiterhin als eng miteinander verknüpft betrachtet und nicht streng geschieden.“⁴³ Jedoch kann die Betrachtung der bundespolitischen Trends nur eine Komponente der komplexen Erklärung von Landtagswahlergebnissen sein.

Eine Quantifizierung der bundespolitischen Einflussgrößen ist mit dem zur Verfügung stehenden Datenmaterial nicht möglich. Vielmehr gilt es, Verlauf und Ergebnisse der Landtagswahl unter Berücksichtigung der theoretischen Einflussdimensionen der Bundespolitik zu interpretieren. Die bundespolitischen Trends fallen immer auf landesspezifischen Boden. Ihr Wirken auf das Wahlverhalten ist hierbei vielfältig und komplex. Beim Aufzeigen des bundespolitischen Einflusses auf die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 müssen insofern sowohl grundlegende Charakteristika des Parteiensystems und der regionalen politischen Kultur als auch der Wahlkampf im Land unter Berücksichtigung der bundespolitischen Konstellation betrachtet werden.

3. Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006

3.1 Wahlen und politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern⁴⁴

Am 14. Oktober 1990 fanden in Mecklenburg-Vorpommern die ersten Landtagswahlen im vereinten Deutschland statt, nach 44jähriger „Unterbrechung“.⁴⁵ Eben diese „Unterbrechung“ stellt ein zentrales Moment im Verständnis der politischen Kultur in Mecklenburg-Vorpommern dar. Das Land musste von „außen“ und „innen“ neu gegründet werden, wobei „die äußere Gründung des Landes, verstanden als organisatorischer Staatsaufbau, [...] der inneren Gründung voraus [ging].“⁴⁶

Im Zentrum der Neugründung stand die Bildung bzw. Umbildung freiheitlicher politischer Parteien. Sie alle leiden bis heute unter einem Element des verzögerten Vollzugs der „inneren“ Neugründung – den geringen Mitgliederzahlen.⁴⁷ Zur geringen Mitgliederdichte der Parteien kommt erschwerend hinzu, dass es sich bei Mecklenburg-Vorpommern um ein dünn besiedeltes Flächenland handelt. Unter zwei Prozent der deutschen Bevölkerung leben auf 6,5 Prozent der Gesamtfläche.⁴⁸ Diese Tatsache macht zum Beispiel Wahlkampagnen personal- und somit geldintensiv.

Parteienidentifikation ist auch in Mecklenburg-Vorpommern vorhanden und scheint sich dem Niveau Westdeutschlands anzugleichen. Sie strukturiert die Bewertungsgrundlage und -ausrichtung für die kurzfristigen Variablen der Kandidaten- und Issue-Orientierung. Trotzdem gewinnen diese

⁴³ Steffen Detterbeck: Zusammenlegung von Bundes- und Landtagswahlen, S. 19.

⁴⁴ Die Anmerkungen zur politischen Kultur und den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern beschränken sich auf einen skizzenhaften Abriss. Für einen ausführliche Betrachtung zu Wähler und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern siehe: Steffen Schoon: Wahlen, Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern.

⁴⁵ Vgl. Nikolaus Werz/Jochen Schmidt: Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern, 1996, S. 19. Siehe auch: Nikolaus Werz: Wahlen und politische Einstellungen seit 1990: Resümee und Ausblick, in: Nikolaus Werz/Jochen Schmidt (Hrsg.): Mecklenburg-Vorpommern im Wandel. Bilanz und Ausblick, München 1998, S. 260.

⁴⁶ Die innere Neugründung bezeichnet hier die gesellschaftliche Verankerung und Akzeptanz des Parteiensystems. Vgl. Steffen Schoon: Wahlen, Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern, S. 5.

⁴⁷ So bringt es die CDU auf 6.600, die Linkspartei.PDS auf 6.500, die SPD auf 2.900, die FDP auf 1.250 und Bündnis 90/Die Grünen auf 300 Mitglieder. Stand Dezember 2006. Quelle: OZ, 16.01.2007.

⁴⁸ Vgl. Nikolaus Werz: Demokratie und Verfassung seit 1989, in: Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Politische Landeskunde Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2006, S. 53.

kurzfristigen Faktoren der Wahlentscheidung an Gewicht, wobei beide stark abhängig von aktuellen Stimmungslagen sind.⁴⁹

Die Landtagswahlen von 1994, 1998 und 2002 waren terminlich mit der Bundestagswahl gekoppelt. Dies hatte bei allen zur Folge, dass die Themen und Kandidaten im Landtagswahlkampf von denen des Bundestagswahlkampfes überstrahlt wurden. Darauf bezogen bemerkte Voss: „Es ist ganz klar, dass die Landtagswahlen in MV durch den Bundestagswahlkampf erheblich beeinflusst wurden.“ Und er verband dies mit der Aufforderung: „Mit Blick auf die kommenden Landtagswahlen ist politisch also zu entscheiden, ob eine Trennung der Wahltermine nicht sinnvoll ist, wenn stärker Landesthemen durch ein Wählervotum entschieden werden sollen.“⁵⁰

Bisherige Landtagswahlergebnisse in den neuen Bundesländern zeigen, dass ostdeutsche Wähler sich offenbar stark von kurzfristigen Faktoren bei ihrer Wahlentscheidung beeinflussen lassen, was zu großen Schwankungen in den Ergebnissen führt. CDU und SPD sind in ihren Ergebnissen besonders von der Wahlbeteiligung abhängig. Mecklenburg-Vorpommern weist aber einen geringeren Grad an Volatilität auf als die anderen ostdeutschen Bundesländern. „Für die im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern dennoch recht stabile Entwicklung ist zweifellos in erster Linie die seit 1994 bestehende Gleichzeitigkeit von Bundes- und Landtagswahlen verantwortlich.“⁵¹

Allerdings führte diese Kopplung dazu, „...dass die Landtagswahl stets von der Bundespolitik überlagert wird – sei es durch Wahlkampfthemen, Kandidaten oder durch aktuelle Stimmungslagen. Die Akteure der Landespolitik werden in diesem Rahmen nur sehr begrenzt als eigenständig wahrgenommen.“⁵² Durch die Gleichzeitigkeit der Wahltermine gibt es nur eine geringe Abweichung der Ergebnisse für Bundesebene und Landesebene in Mecklenburg-Vorpommern. Die kumulierte Prozentsatzdifferenz fällt mit einem Durchschnitt von 3,47 Prozent für die Wahlen 1994, 1998 und 2002 sehr gering aus und weist auf eine geringe Ebenentrennung bei der Wahlentscheidung hin.⁵³ Bei Gleichzeitigkeit der Wahl unterscheiden die Wähler in Mecklenburg-Vorpommern somit nur in geringem Maße zwischen den zu wählenden Ebenen.

3.2 Wahl und Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern 2006

Die bundespolitische Konstellation als Einflussfaktor der Landtagswahl

Die Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern war nicht nur durch ihre erstmalige Entkopplung seit 1990 von der Bundestagswahl besonders. Sie fand auch unter seltenen bundespolitischen Rahmenbedingungen statt. Seit 2005 regiert in Berlin eine Große Koalition, womit beide großen Parteien in die Regierungsverantwortung eingebunden waren. Somit konnten die Bundesparteien in Mecklenburg-Vorpommern keine Impulse für eine Wähler mobilisierende Polarisierung geben. Dazu war zu befürchten, dass sinkende Zufriedenheitswerte mit der Bundesregierung sich

⁴⁹ Vgl. Steffen Schoon: Wahlen, Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern, S. 245-282.

⁵⁰ Nikolaus Voss: Der Landtagswahlkampf 1998 in MV, in: Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München 2000, S. 206.

⁵¹ Steffen Schoon: Wahlen, Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern. S. 173.

⁵² Ebd. S. 173 f.

⁵³ Bei der kumulierten Prozentsatzdifferenz werden die Differenzen der Zweitstimmenergebnisse der einzelnen Parteien (SPD, CDU, PDS, Grüne, FDP, NPD) zwischen Landtagswahl und nächstgelegener Bundestagswahl addiert. Erzielte die CDU bei der Bundestagswahl 2005 ein Zweitstimmenergebnis von 29,6 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern und bei der Landtagswahl 2006 28,8 Prozent, so beträgt die CDU-Differenz zwischen Landtagswahl und nächstgelegener Bundestagswahl 0,8 Prozent. Dies wird für jede oben angegebene Partei berechnet und kumuliert. Je geringer der Wert, desto ähnlicher sind sich die Wahlergebnisse auf beiden Ebenen. Die veränderte Wahlbeteiligung findet keine Berücksichtigung.

negativ auf die Wahlchancen der Landesparteien auswirken würden.⁵⁴ Keine der beiden großen Parteien konnte sich als bundespolitische Opposition im Landtagswahlkampf profilieren.

Im Bund dominierte in der Endphase des Landtagswahlkampfes in Mecklenburg-Vorpommern vor allem die Diskussion um die Gesundheitsreform. Obwohl zerstritten in Details, konnte sich keine der Koalitionsparteien offen gegen das Reformprojekt positionieren. Die Reform selbst, im Wahlvolk kritisch bis ablehnend begleitet, wurde nur von den kleinen Parteien im Bundestag angegriffen.⁵⁵ Angesichts sinkender Umfrage- und Zufriedenheitswerte verdingen sich die Regierungsparteien in Selbstanalysen und aufreibenden Programmdebatten.⁵⁶ Eine Polarisierung zwischen CDU und SPD im Bund blieb aus.⁵⁷

Zeitgleich mit Mecklenburg-Vorpommern fanden die Wahlen in Berlin statt. Bei beiden stand eine rot-rote Regierung auf dem Prüfstein. Für die große Koalition hieß dies, dass durch die Ergebnisse der Landtagswahlen keine Sitze im Bundesrat verloren gehen konnten. Hingegen war das Erreichen einer Zwei-Drittel-Mehrheit für die Große Koalition im Bundesrat möglich. Ein gemeinsamer großkoalitionärer Wahlkampf mit Blick auf den Ausbau der Bundesratsmehrheit wurde nicht angestrebt. Vielmehr galt es auch hier, eine offene Konfrontation zu umgehen.

Der Wahlkampf

Zum ersten Mal seit 1990 fand der Landtagswahlkampf ohne Pendant auf der Bundesebene statt. Somit mussten sich die Parteien und ihre Kandidaten im landesspezifisch ausgerichteten „Scheinwerferlicht“ der Öffentlichkeit eigenständig präsentieren: „Es gibt kein Verstecken mehr hinter bundespolitischer Prominenz.“⁵⁸ Durch die Große Koalition im Bund war sowohl der SPD als auch der CDU weitgehend die Möglichkeit genommen, sich über bundespolitische Themen voneinander abzugrenzen. Hinzu kam die beschränkte Machtoption der CDU. Sie konnte nur mit Beteiligung der SPD auf eine Regierungsteilnahme hoffen, zu gering waren die schwarz-gelben Umfragewerte.⁵⁹

Sowohl die CDU als auch die SPD konzentrierten ihre Wahlkämpfe auf die Spitzenkandidaten. Hierbei setzte die SPD auf die Popularität von Harald Ringstorff. Dem stand Jürgen Seidel als Herausforderer gegenüber. Bei der Frage nach dem Wunschkandidaten bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten erreichten sowohl Ringstorff mit 55 Prozent als auch Seidel mit 33 Prozent für ihre Positionen gute Werte.⁶⁰ Ringstorff erreichte einen Bekanntheitsgrad von 98 Prozent, Seidel konnten 69 Prozent der Wahlberechtigten.⁶¹ Programmatisch setzten beide Parteien auf die Schwerpunkte Wirtschaft, Arbeitsmarktpolitik und Bildung.⁶² Die landesspezifisch-thematische, aber auch persönliche Polarisierung konzentrierte sich auf die Deutungshoheit der Regierungsbilanz. Hier stan-

⁵⁴ Im Januar 2006 gaben 42 Prozent der Befragten an, zufrieden mit der Bundesregierung zu sein. Im September waren dies nur noch 29 Prozent. Im Gegensatz dazu stieg der Anteil der Unzufriedenen von 43 Prozent auf 70 Prozent. Infratest dimap 2006: Deutschlandtrend Januar und September 2006. Unter: www.infratest-dimap.de (06.11.2006).

⁵⁵ So lehnten im August 2006 65 Prozent der befragten Wahlberechtigten den Kernpunkt der Gesundheitsreform, den Gesundheitsfonds, als falsche Grundrichtung ab. Vgl. Infratest dimap: Deutschlandtrend August. S. 2.

⁵⁶ Vgl. „Zeig mir deins...“, in: Die Zeit, 07.09.2006, S. 10.

⁵⁷ Vgl. auch: Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 17. September 2006, Mannheim 2006, S. 14.

⁵⁸ Steffen Schoon, Es ist Zeit erwachsen zu werden, in: OZ, 07.09.2006, S. 10.

⁵⁹ CDU und FDP erzielten zum Beispiel im August 2006 zusammen nur 37 Prozent. Eine schwarz-gelbe Koalition in Mecklenburg-Vorpommern war damit fern der Realität. Siehe Infratest dimap: Ländertrend Mecklenburg-Vorpommern August III. Unter www.infratest-dimap.de (10.09.2006); vgl. auch: Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Mecklenburg-Vorpommern., S. 14 f.

⁶⁰ Im Wahlkampf 2002 war das Ergebnis für Ringstorff jedoch besser. So erreichte er 63 Prozent, der Spitzenkandidat der Union, Rehberg, 27 Prozent Zustimmung. Siehe: Infratest dimap: Wahlreport, S. 81.

⁶¹ Vgl. Fast jeder kennt Ringstorff, in: OZ, 23.08.2006. S. 2 f.

⁶² Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Mecklenburg-Vorpommern. S. 56 ff.

den sich „Den Erfolg fortsetzen“⁶³ der SPD und der Kampf der CDU gegen die „rote Laterne“ gegenüber. Bundespolitische Streitfragen wurden von keiner der Parteien thematisiert und instrumentalisiert. Einzig die Finanzierung des Besuchs von George W. Bush führte zur bewussten Einbringung der bundespolitischen Dimension.⁶⁴

Ein anderes Bild zeigt sich bei den Parteien, die bundespolitisch die Opposition stellten. Sie setzten im Wahlkampf in unterschiedlichem Maße auf bundespolitische Themen. Die Linkspartei.PDS thematisierte die Gesundheitsreform, Hartz-IV-Gesetze und Mehrwertsteuererhöhung, „...um sich auch in der Regierung [im Land; Anm. d. Verf.] als attraktive Protestform zu etablieren.“⁶⁵ Die Grünen verzichteten sowohl auf einen personalisierten Wahlkampf⁶⁶ als auch gänzlich auf Landesthemen. Nicht die wenig bekannte Spitzenkandidatin Ulrike Seemann-Katz⁶⁷ wurde großräumig plakatiert, sondern die „Grünen Werte“. Eine Wahlkampfstrategie, die, auch in Ablehnung der Gesundheitsreform und der Mehrwertsteuererhöhung, ebenfalls bundespolitisch geprägt war.⁶⁸ Bei den Grünen wirkte sich die Entkopplung von der Bundestagswahl dramatisch auf das Wahlkampfmanagement aus. Der nur rund 300 Mitglieder starke Landesverband war mit dem Landtagswahlkampf organisatorisch stark gefordert. Die FDP führte unter dem Banner vom „Steueralarm“ einen Wahlkampf, der entschieden auf die Unzufriedenheit der Wähler mit der Bundesregierung setzte.⁶⁹ Da sie kaum Chancen auf eine Regierungsbeteiligung im Land hatte, verfolgte sie einen zweidimensionalen Oppositionswahlkampf – sowohl in Bezug auf die Bundes- als auch auf die Landesebene. Ihr Spitzenkandidat Michael Rooff erreichte in Mecklenburg-Vorpommern einen Bekanntheitsgrad von 14 Prozent.⁷⁰ Die NPD verzichtete im Wahlkampf auf landesebenenspezifische Themensetzung. Sie schürte hingegen mit einer großen Plakatkampagne und Slogans wie „Zukunft statt Arbeitsamt!“ und „Den Bonzen auf die Finger hauen!“ Ressentiments gegen die etablierte Politik auf Landes- und auf Bundesebene. Die NPD stand im Zentrum des einzigen echten Landesthemas zum Ende des Wahlkampfes – dem Aufruf der demokratischen Parteien zur Wahlteilnahme, um den Einzug der rechtsextremistischen NPD zu verhindern.

Sowohl CDU, SPD, FDP, Grüne und Linkspartei.PDS setzten in ihren Wahlkämpfen auf den Einsatz bundespolitischer Prominenz. Großveranstaltungen und Kundgebungen wurden von Bundespolitikern der jeweiligen Partei begleitet. Besonders augenscheinlich war dies beim Spitzenkandidaten der CDU, Jürgen Seidel. Er setzte verstärkt auf die Popularität der Bundeskanzlerin im Land ihres Bundestagswahlkreises. Jedoch konnte selbst dieser Einsatz kaum großes Publikumsaufkommen bei den Wahlkampfveranstaltungen erzeugen.⁷¹

Als wichtiges politisches Problem gaben 88 Prozent der Wähler in Mecklenburg-Vorpommern Arbeitslosigkeit an, auf Platz drei der Problemagenda rangierte mit elf Prozent die wirtschaftliche Situation – beides Themen, deren Verantwortlichkeit nicht ebenenspezifisch gebunden ist. Dies gilt somit auch für mögliche Lösungen solcher Probleme. Die Problemlösungskompetenz der Parteien wurde von den Wählern gering eingeschätzt. 29 bzw. 27 Prozent gaben an, dass keine der Parteien das Problem der Arbeitslosigkeit bzw. das Problem der schlechten wirtschaftlichen Situation beheben kann.⁷² Auf der von Infratest dimap erhobenen Problemagenda der Wähler in Mecklenburg-Vorpommern befinden sich, neben weiteren ebenenunspezifischen Problemen wie sozialer Gerech-

⁶³ Großleinwandslogan der SPD im Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern.

⁶⁴ So forderte Ringstorff, dass der Bund die Kosten für den Besuch des amerikanischen Präsidenten übernehmen sollte.

⁶⁵ Infratest dimap: Wahlreport, S. 59.

⁶⁶ Vgl. Viel Farbe wenig Inhalt, in: OZ, 19./20.08.2006, S. 3.

⁶⁷ Nur 19 Prozent der wahlberechtigten Bürger in Mecklenburg-Vorpommern gaben an, sie zu kennen. Siehe: Fast jeder kennt Ringstorff in: OZ, 23.08.2006, S. 2 f.

⁶⁸ Infratest dimap: Wahlreport, S. 61.

⁶⁹ Hierbei wurde vor allem auf die Enttäuschung von CDU-Wählern mit der Arbeit der Bundes-CDU gezielt. Die FDP bot sich so als „lagerinternes Korrektiv“ zur Bundes-CDU an. Vgl. Infratest dimap: Wahlreport, S. 59 f.

⁷⁰ Siehe: Fast jeder kennt Ringstorff, in: OZ, 23.08.2006.

⁷¹ Siehe zum Beispiel: Ackern mit Ängsten, in: SZ, 15.09.2006.

⁷² Siehe: Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Mecklenburg-Vorpommern, S. 32 f.

tigkeit, gar originär bundespolitische Themen wie die Gesundheitsreform.⁷³ Die Vermischung der Ebenen bei der Setzung der Problemagenda lässt ebenso eine Vermischung der Ebenenbewertung bei der Wahlentscheidung vermuten.

Der Wahlkampf in den regionalen Printmedien

„Medienberichterstattung beeinflusst das Wählerverhalten.“⁷⁴ Sie dient neben ihrer Kritik- und Kontrollfunktion gegenüber dem politischen System als Informationsportal für das Publikum.⁷⁵ Bedingt durch die selektive Wiedergabe der Realität sind die Medien an der Themensetzung des Wahlkampfes beteiligt. Sie „[...] stecken den Raum für öffentliche Streitfragen ab und beeinflussen die Rangordnung der von der Bevölkerung als lösungsbedürftig angesehenen Probleme.“⁷⁶ Dies wird auch als die Agenda-Setting-Funktion der Medien bezeichnet. Den Medien wird eine Verstärkungs- und Aktivierungsfunktion der vorhanden politischen Einstellungen beim Wähler attestiert, was sich entscheidend auf Faktoren wie Wählermobilisierung auswirken kann.⁷⁷ Mediale Berichterstattung wirkt auf die Einschätzung der kurzfristigen Faktoren der Wahlentscheidung, die Kandidaten- und Themenorientierung. Bei beiden Orientierungsfeldern ist die Agenda-Setting-Funktion der Medien zentral. Eben dieser Einfluss auf die Themenorientierung kann sich auch auf die Kosten-Nutzen-Rechnung des Wählers auswirken.⁷⁸ Da Landtagswahlen, also Wahlen der zweiten Ebene, nicht in gleichem Umfang Beachtung im Fernsehen finden wie Wahlen auf der ersten Ebene, gewinnen regionale Printmedien an Bedeutung. Wenn sich die Agenda-Setting-Funktion der Medien auf die Rangordnung des Themenhaushalts des Wählers auswirkt, so bewirkt auch eine Vermischung der politischen Ebenen in der Berichterstattung eine diffuse, ebenenunspezifische Strukturierung und Bewertungsgrundlage der Themen- und Kandidateneinschätzung des Wählers.

Mit Hilfe einer Inhaltsanalyse der regionalen Printmedien soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern der bundespolitische Einfluss auf die Berichterstattung wirkt und ob die Entkopplung der Wahltermine eine Konzentration auf die Landespolitik zur Folge hatte. Hierzu wurden die drei Regionalzeitungen Mecklenburg-Vorpommerns – die Schweriner Volkszeitung, der Nordkurier und die Ostsee-Zeitung – untersucht. Zusammen decken diese das gesamte Landesgebiet ab und erreichen Verkaufszahlen von rund 382.000 Exemplaren pro Tag.⁷⁹ Es wurden alle Ausgaben vom 9. bis 21. September 2002 und vom 4. bis 16. September 2006 in die Untersuchung einbezogen, also jeweils zwei Wochen vor der jeweiligen Landtagswahl. Bei allen Ausgaben wurden die Seite 1, die Kommentarspalte der Seite 2, die Seite 3 und die „Mecklenburg-Vorpommern“-Seiten der jeweiligen Zeitung analysiert. Somit wurden nur Flächen betrachtet, auf denen potentiell landespolitische Themen verarbeitet werden. Die Artikel wurden klassifiziert nach „Landespolitik“, „Bundespolitik“, „vermischt“ und „negativ“.⁸⁰

⁷³ Vgl. Infratest dimap: Wahlreport, S. 75.

⁷⁴ Frank Brettschneider: Massenmedien und Wählerverhalten, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2000, S. 473.

⁷⁵ Vgl. Christina Holtz-Bacha: Vorwort, in: Christina Holtz-Bacha (Hrsg.): Wahlkampf in den Medien – Wahlkampf mit den Medien, Opladen 2000, S. 7.

⁷⁶ Christine Dörner: Do Media Matter, in: Christine Dörner/Kludia Erhardt (Hrsg.): Politische Meinungsbildung und Wahlverhalten. Analysen zum „Superwahljahr“ 1994, Opladen 2000, S. 119.

⁷⁷ Frank Brettschneider: Massenmedien und Wählerverhalten, S. 478 ff.

⁷⁸ Ebd., S. 480-492.

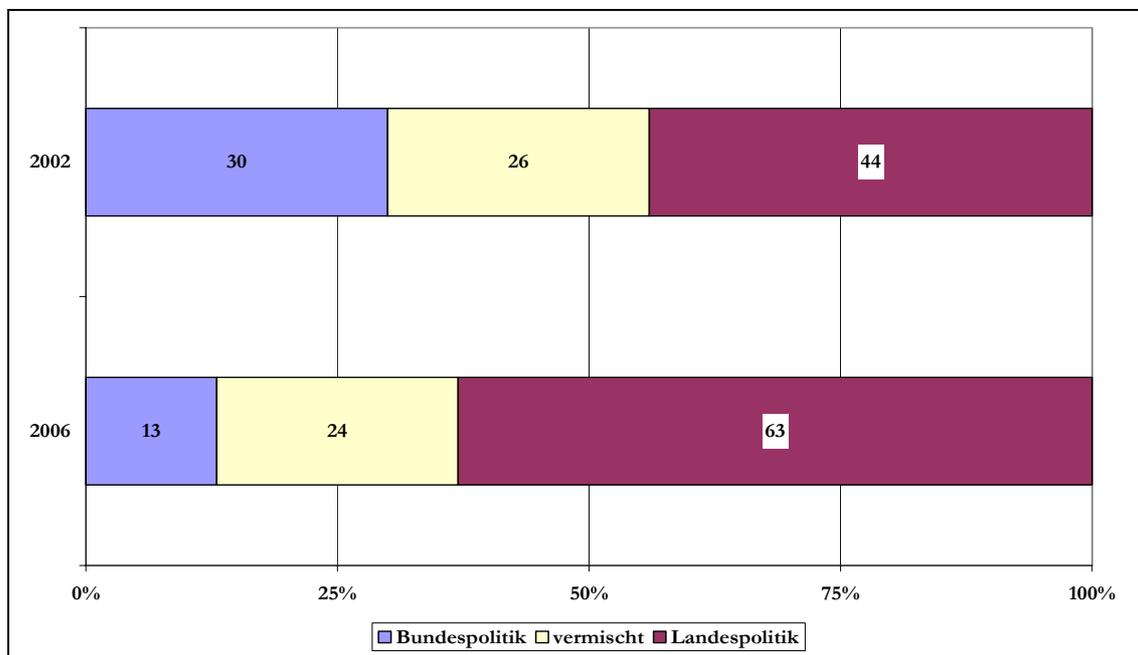
⁷⁹ Stand 2004. Für eine Betrachtung der regionalen Medien siehe: Nikolaus Werz: Demokratie und Verfassung seit 1989, S. 60 ff.

⁸⁰ „Landespolitik“ und „Bundespolitik“ wurden personell-institutionell definiert. Das heißt, dass ein Artikel, in dem ein Landespolitiker oder ein Landesministerium bzw. Organe der Landeslegislative erwähnt werden oder in welchem es explizit um die Landtagswahl geht, als „Landespolitik“ eingestuft wurde. Gleiches gilt für die „Bundespolitik“, hier war die Existenz von Bundespolitikern, Parteien oder Institutionen der Exekutive oder Legislative entscheidend für die Einstufung. Tauchen in einem Artikel beide Merkmale auf, so wurde dieser als „vermischt“ klassifiziert. Wenn der Artikel einer dieser drei Klassifizierungen zugeteilt werden konnte, wurde er in die Untersuchung einbezogen und die Zeilen des Artikels wurden gezählt. Wenn keine der drei Kategorien zutraf, galt der Artikel als „negativ“ und fand keine

Es fällt im Vergleich der Jahre 2002 und 2006 auf, dass die Gesamtanzahl aller Zeilen, die sich „Landespolitik“, „Bundespolitik“ oder „vermischt“ zuordnen lassen, mit 19.550 zu 19.551 fast identisch ist. Allerdings ändert sich das Verhältnis der drei Kategorien massiv. Waren 2002 noch 30,3 Prozent aller Zeilen der Kategorie „Bundespolitik“ zurechenbar, so waren dies 2006 nur noch 13 Prozent. Hingegen stieg der Anteil der „Landespolitik“ von 43,4 Prozent im Jahr 2002 auf 63,5 Prozent 2006.⁸¹ Mit 26,3 Prozent 2002 und 23,5 Prozent 2006 bleibt der Anteil von „vermischt“ nahezu konstant, wenn auch mit leichter Abnahme. Interessant ist auch die seitenspezifische Analyse. So waren 2002 nur 60,1 Prozent der kategorisierten Zeilen auf den „Mecklenburg-Vorpommern“-Seiten der „Landespolitik“ zuzuordnen. 2006 waren es hingegen 77,9 Prozent. Auch wenn der Gesamtanteil der Kategorie „vermischt“ sich zwischen 2002 und 2006 kaum unterscheidet, so doch dessen innere Verteilung. 2002 hatten nur 15,5 Prozent der „vermischten“ Artikel ein „Übergewicht Land“, 2006 waren es 22,6 Prozent. Dahingegen sank der Anteil von „Übergewicht Bund“ von 38 Prozent 2002 auf 16,7 Prozent im Jahr 2006. Zu beiden Untersuchungszeiträumen ist der Anteil der „Bundespolitik“ in der Berichterstattung auf den untersuchten Seiten hoch.

Die Betrachtung ergibt jedoch, dass die Entkopplung der Wahltermine eine Konzentrierung auf die Landespolitik in der Berichterstattung der regionalen Medien zur Folge hatte. Der Anteil der Ebenenvermischung bleibt hoch. Ein Erklärungsfaktor für den hohen Anteil von „vermischt“ auf den „Mecklenburg-Vorpommern“-Seiten ist der Einsatz von Bundespolitikern bei Wahlkampfauftritten. Die Printmedien berichteten also in den zwei Wochen vor der Landtagswahl 2006 im Gegensatz zu 2002 verstärkt über Landespolitik. Im Sinne der Agenda-Setting-Funktion von Medien wurde somit die Grundlage gelegt, dass sowohl der Themenhaushalt als auch die Ausprägungen der Kandidatenorientierung beim Wähler landesspezifischer strukturiert wurden, Landesthemen also stärkere Berücksichtigung fanden.

Abb. 1: Regionale Berichterstattung in den Printmedien



Quelle: Eigene Berechnung. Darstellung der Anteile von Landes- und Bundespolitik in der Berichterstattung in den regionalen Printmedien in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten 14 Tagen vor der Landtagswahl.

weitere Beachtung. Artikel der Kategorie „vermischt“ wurden nach „Gleichgewicht“, „Übergewicht Bund“ und „Übergewicht Land“ getrennt.

⁸¹ Das der Anteil der „Landespolitik“ grundsätzlich so hoch ist, hängt mit den ausgewählten Untersuchungsseiten der Zeitungen zusammen. So dominiert auf den Seiten „Mecklenburg-Vorpommern“ qua Definition auch die landespolitische Orientierung der Berichterstattung.

Wahlergebnisse

Die Wahlbeteiligung war mit 59,6 Prozent die geringste bei einer Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Die SPD erlitt starke Verluste, blieb aber stärkste Partei. Die CDU verlor ebenso und blieb zweitstärkste Partei im Land. Die Linkspartei.PDS verharrte auf dem Ergebnis der vorherigen Landtagswahl mit geringen Zugewinnen. Dazu zogen die FDP und die NPD ins Schweriner Schloss ein.⁸² Die kumulierte Prozentsatzdifferenz zur nächstgelegenen Bundestagswahl beträgt 16,9 Prozent und erreicht somit den höchsten Wert in Mecklenburg-Vorpommern. Die Ergebnisse auf beiden Ebenen haben sich somit stark unterschieden.⁸³ Bei der Frage nach der entscheidenden Ebene der Wahlentscheidung gaben 42 Prozent der Befragten an, dass diese nicht nur von der Landespolitik abhängt. 30 Prozent meinten, dass der Entschluss, ob und wie sie bei der Landtagswahl wählen, primär von der Bundespolitik bestimmt wird.⁸⁴ Auch wenn die Aussagekraft der Statistik begrenzt ist⁸⁵, so ist doch vor allem der hohe Anteil (56 Prozent) bei den Nichtwählern interessant, bei deren Entscheidung die Bundespolitik im Vordergrund stand. Dies lässt vermuten, dass der Ausdruck der Unzufriedenheit mit bzw. die Sanktionierung der Bundespolitik ein wichtiger Faktor bei der Nichtwahl ist.

4. Fazit

Durch die vorgezogene Bundestagswahl 2005 fand die Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern erstmalig seit 1990 wieder ohne gekoppelte Bundestagswahl statt. Durch die Entkopplung wurde eine geringere Beeinflussung durch den Bund und eine stärker landespolitisch orientierte Wahlauseinandersetzung erhofft.

Aufgrund der Regierungsverantwortung im Bund mangelte es an einer Polarisierung zwischen CDU und SPD. Die Oppositionsparteien im Bund – FDP, Grüne und Linkspartei.PDS – versuchten im Gegensatz hierzu bundespolitische Themen für den Landtagswahlkampf zu instrumentalisieren. Alle Bundesparteien schickten jedoch ihre bundespolitische Prominenz zu Einsätzen in den Landtagswahlkampf. Originäre Landesthemen, um eine Loslösung von Bundestrends zu bewirken, waren nicht vorhanden. Vielmehr konzentrierte sich die landesspezifische Auseinandersetzung auf die Kandidatenorientierung – sowohl CDU als auch SPD stellten die Spitzenkandidaten ins Zentrum ihrer Wahlkämpfe. Diese hatten durch den entkoppelten Wahltermin größere Chancen, sich dem Wahlvolk wirksam zu präsentieren.

Die vergleichende Analyse der Berichterstattung ergab, dass der Anteil der Bundespolitik in der Berichterstattung bei der entkoppelten Landtagswahl 2006 im Vergleich zu 2002 massiv gesunken ist. Der Landespolitik wurde 2006 mehr Platz eingeräumt und auch die Ebenenvermischung nahm leicht ab. Tatsächlich wirkte die Bundespolitik 2002 im Rahmen der medialen Berichterstattung viel stärker auf die Berichterstattung im Landtagswahlkampf ein als 2006.

Die Ergebnisse auf den Wahlebenen unterschieden sich 2006 weit stärker. Die kumulierte Prozentsatzdifferenz lag bei den gekoppelten Wahlen 1994, 1998 und 2002 im Durchschnitt bei 3,47 (Minimum: 2,9 Prozent, Maximum: 3,9 Prozent). Bei der Wahl 2006 ergibt sich eine kumulierte

⁸² Vgl. den Beitrag von Steffen Schoon in diesem Band.

⁸³ Hieraus lässt sich eine Loslösung des Landesergebnisses vom Bundesergebnis schließen. Jedoch bedeutet dies nicht zwangsläufig, dass der bundespolitische Einfluss geringer geworden ist, sondern nur, dass sich die Einflussrichtung verändert. Die hier veränderten Aggregatdaten können nur den Umfang der Veränderung bemessen. Für tiefere Analyseschritte ist die Auswertung von Individualdaten erforderlich. Hinzu kommt, dass die kumulierte Prozentsatzdifferenz nicht die sinkende Wahlbeteiligung berücksichtigt.

⁸⁴ Grundgesamtheit sind die Wahlberechtigten in Mecklenburg-Vorpommern. Datenquelle: Infratest dimap: Ländertrend Mecklenburg-Vorpommern August III. Vgl. www.infratest-dimap.de. (10.09.2006).

⁸⁵ Die Fragestellung ist nur bedingt geeignet, den bundespolitischen Einfluss auf die Wahlentscheidung zu messen. Schließlich ist dieser Einfluss den Wählern in seiner Breite nicht zwangsläufig auch bewusst.

Prozentsatzdifferenz von 16,9 Prozent. Während den Landtagswahlen 1994 bis 2002 die Sanktionierungsfunktion genommen war, da zeitgleich auch über die Bundesebene entschieden wurde, ändert sich dies 2006. Durch die Entkopplung nahm die Landtagswahl die Funktion einer Test- oder Sanktionswahl ein.

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern war eine „second-order-election“. Deutlicher Ausdruck hierfür ist die geringe Wahlbeteiligung von 59,2 Prozent. 40,8 Prozent der Wahlberechtigten entschieden sich somit für die Nichtwahl. Die beiden großen Parteien SPD und CDU konnten nur noch 59 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen, der niedrigste Wert bei einer Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Kombiniert mit der niedrigen Wahlbeteiligung und auf die gesamten Wahlberechtigten verrechnet, fällt der Wert noch schlechter aus. Es ist davon auszugehen, dass sich hier die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung aus CDU und SPD widerspiegelt. Im Gegensatz hierzu können die kleinen Parteien 24,3 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen, der höchste Wert bei einer Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Es muss davon ausgegangen werden, dass diese Parteien, insbesondere hier FDP und NPD, von der Unzufriedenheit der Bürger mit der Bundesregierung profitiert haben und sich als Korrektiv- oder Sanktionspartei präsentieren konnten.⁸⁶

Bundespolitische Stimmungen fallen immer auf landesspezifisch strukturierten Boden. Es gilt daher, sich mit diesem Boden – politischer Kultur und Parteiensystem – vertraut zu machen. Die Entwicklung der Parteien und ihrer Ergebnisse ist nur unter Beachtung der landesspezifischen Strukturen zu erschließen. So lässt sich das relativ schwache Abschneiden der SPD auch damit erklären, dass für diese die Entkopplung der Wahlen und die dadurch fehlende Mobilisierung eher schädlich ist. Die CDU im Land konnte sich hingegen aufgrund der bundespolitischen Konstellation nicht als einzige Oppositionspartei im Landtag präsentieren. Mangelnde Machtperspektiven der CDU im Land erschwerten dieses Phänomen zusätzlich. Die FDP konnte sich als einzige zweidimensionale Oppositionspartei (in Bund und Land) erfolgreich den Wählern darstellen. Den Grünen gelang dies nicht, auch aufgrund ihrer schlechteren strukturellen Verankerung. Die Linkspartei.PDS konnte trotz der schlechten Stimmung gegenüber der Bundesregierung keinen Bundes-Oppositionsbonus verbuchen, was insbesondere an der Einbindung der Linkspartei.PDS in die Regierungsverantwortung in Mecklenburg-Vorpommern lag.⁸⁷

Der Einfluss der Bundespolitik auf die Landtagswahlergebnisse zeigt sich letztlich vielfältig und komplex: Dieser wirkt durch institutionelle Verknüpfungen und die Wahrnehmung des Wählers beständig auf Themensetzung und Kandidatenorientierung im Wahlkampf und bei der Wahlentscheidung ein, er prägt die Wahlkampfführung der Landesparteien, und er kann Sanktionierungswahlverhalten auslösen. Diese Einflüsse sind jedoch in Intensität und Wirkungsrichtung immer abhängig von der Gesamtkonstellation im Bundesland selbst.

⁸⁶ Es muss darauf hingewiesen werden, dass bundespolitische Einflüsse freilich nur eine Komponente der Erklärung der Ergebnisse darstellen können. Den Erfolg der NPD nur auf das Phänomen Protestwahl zu verschieben, ist zu kurz gedacht und negiert langfristig-strukturelle Ursachen, welche sich zum Beispiel in den 3,5 Prozent der NPD bei der Bundestagswahl 2005 ausdrückten. Vgl. auch den Beitrag von Gudrun Heinrich und Arne Lehmann in diesem Band.

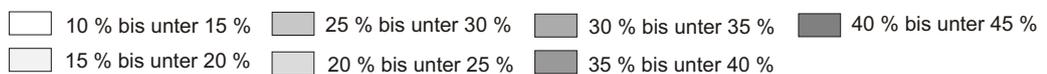
⁸⁷ Vgl. hierzu: Wählerwanderungsbilanz in der Landtagswahlanalyse. Infratest dimap: Wahlreport, S. 27-33.

Karte 1: Ergebnisse von SPD und CDU bei der Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern nach Wahlkreisen

SPD



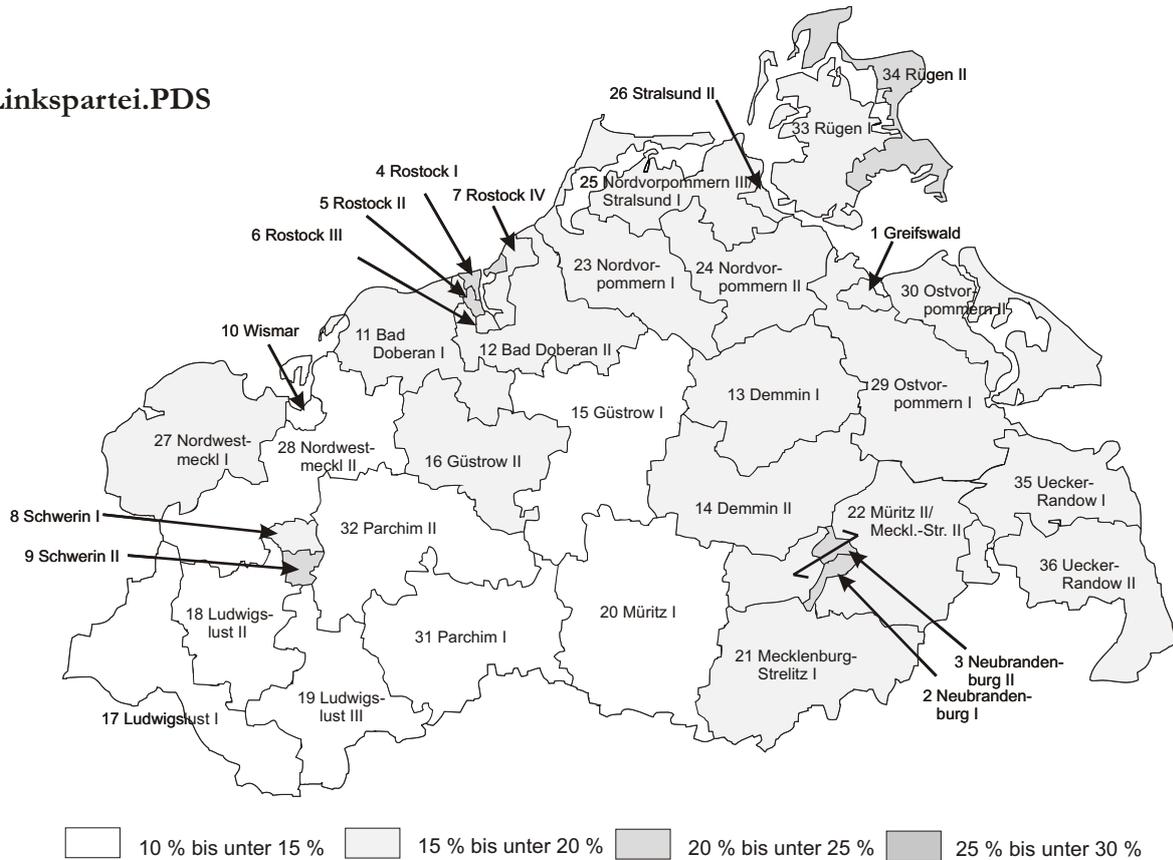
CDU



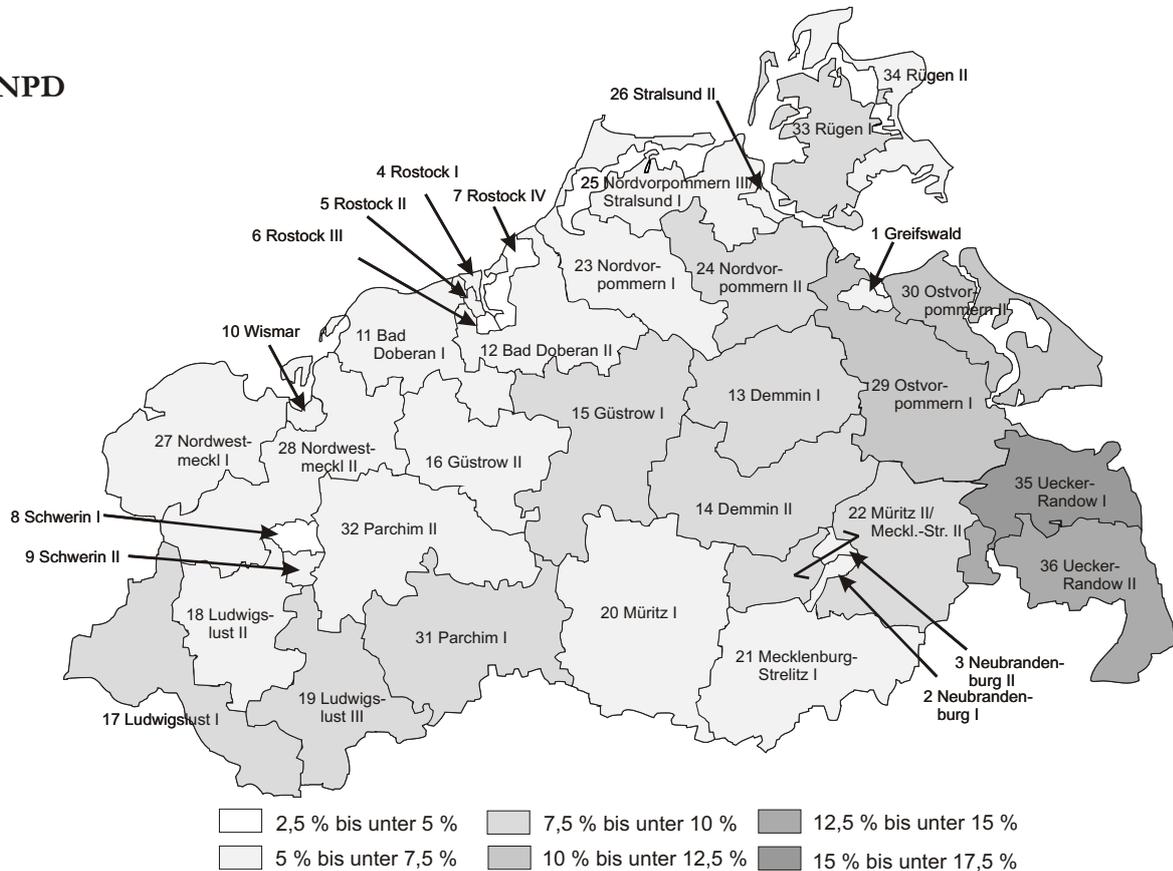
Darstellung: Steffen Schoon.

Karte 2: Ergebnisse von Linkspartei.PDS und NPD bei der Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern nach Wahlkreisen

Linkspartei.PDS



NPD



Darstellung: Steffen Schoon.

Abkürzungsverzeichnis

AB	Alternatives Bündnis für soziale Gerechtigkeit
Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
AGFG	Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit
APD	Arbeiter/-rinnen Partei Deutschland
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DA	Deutschland Archiv
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Diff.	Differenz
Dipl.	Diplom
Drs.	Drucksache
DVU	Deutsche Volksunion
ebd.	ebenda
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	folgende
FGW	Forschungsgruppe Wahlen e.V, Mannheim
G8	Gruppe der sieben führenden Industrienationen und Russland
HDJ	Heimattreue Deutsche Jugend
Ing.	Ingenieur
inkl.	inklusive
Jusos	Jungsozialisten
Landw.	Landwirtschaft
LVerfG	Landesverfassungsgericht
MAF	Mecklenburgischen Aktionsfront
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NNN	Norddeutsche Neueste Nachrichten
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
o.J.	ohne Jahr
o.O.	ohne Ort
OZ	Ostsee-Zeitung
parl.	parlamentarische(r)
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PVS	Politische Vierteljahresschrift
REP	Die Republikaner
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SNBP	Soziales und Nationales Bündnis Pommern
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
SVZ	Schweriner Volkszeitung
SZ	Süddeutsche Zeitung
Tab.	Tabelle
taz	Die Tageszeitung
u.a.	und andere/unter anderem
WASG	Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit
WAS-MV	Wahlalternative Soziales Mecklenburg-Vorpommern
WBT	Wahlbeteiligung
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen

Die Autoren

- Gudrun Heinrich** **Dr. phil.**, geboren 1965 in Frankfurt/Main,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock, Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre
- Nico Jessen** **B.A.**, geboren 1982 in Eckernförde,
Student am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock
- Sven Klüsener** **M.A.**, geboren 1971 in Greifswald,
Geschäftsführer AWO-Sozialdienst Rostock gGmbH
- Arne Lehmann** **M.A.**, geboren 1978 in Uslar,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock, Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre
- Frithjof Reimers** geboren 1985 in Hamburg,
Student am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock
- Johannes Saalfeld** **B.A.**, geboren 1982 in Eisenach,
Student am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock
- Christopher Scheele** geboren 1982 in Hannover,
Student am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock
- Steffen Schoon** **Dr. rer. pol.**, geboren 1974 in Malchin,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock, Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre
- Christian Schwießelmann** **M.A.**, geboren 1980 in Güstrow,
Mitarbeiter beim Bund der Steuerzahler e.V. Mecklenburg-Vorpommern, Doktorand am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock
- Carsten Socke** **B.A.**, geboren 1980 in Lübz,
Student am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock
- Andreas Timm** **Dipl.-Pol.**, geboren 1973 in Hunburg,
Leiter des Büros des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern
- Nikolaus Werz** **Prof. Dr. phil. habil.**, geboren 1952 in Bonn,
Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock
- Matthias Wyssuwa** geboren 1982 in Neubrandenburg,
Student am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock

Ausgewählte Publikationen der Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern“ (nach Erscheinungsjahr gelistet)

a) Einzelveröffentlichungen / Sammelbände

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern. Rostock 1996 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 6).

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen (Hrsg.): Mecklenburg-Vorpommern im Wandel. Bilanz und Ausblick. München 1998.

WERZ, Nikolaus; HENNECKE, Hans Jörg (Hrsg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern. München 2000.

WERZ, Nikolaus u.a.: Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2001 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 15).

SCHOON, Steffen u.a.: Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2004 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 22).

SCHOON, Steffen: Wahlen, Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg-Vorpommern. Eine politikwissenschaftlich-empirische Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee im Zeitraum von 1871 bis 2002. Diss., Rostock 2005.

SCHOON, Steffen; SAB, Britta; SAALFELD, Johannes: Kein Land(tag) in Sicht? – Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern. hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, München 2006.

b) Aufsätze / Artikel

SCHMIDT, Jochen; WERZ, Nikolaus: Das Dilemma der SPD. In Mecklenburg-Vorpommern gelingt es den Sozialdemokraten nur schwer, zwischen CDU und PDS Fuß zu fassen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.10.1994, S. 12.

WERZ, Nikolaus: Nach den Wahlen. Das Problem des Rechtsextremismus ist nur aufgeschoben. In: Gegenwartskunde, (1998), H. 4, S. 419-424.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Fragile Mehrheit der Sozialdemokraten. Die Stabilisierung eines Dreiparteisystems in Mecklenburg-Vorpommern. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.10.1998, S. 15.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998: Weichenstellung zur rot-roten Koalition. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 30 (1999), H.1, S. 97-116.

WERZ, Nikolaus: Vom Tabubruch zur Normalität. Die rot-rote Koalition Mecklenburg-Vorpommerns im deutschen Parteiensystem. In: VILLINGER, Ingeborg; RIESCHER, Gisela; RÜLAND, Jürgen (Hrsg.): Politik und Verantwortung. Festgabe für Wolfgang Jäger zum 60. Geburtstag. Freiburg 2000, S. 274-278.

SCHOON, Steffen: Zwischen „Ostkompetenz“ und Entzauberung. Die PDS und ihre Wähler in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1994 und 1998. In: Deutschland Archiv, 34. Jg. (2001), H.5, S. 777-784.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002: Bestätigung der rot-roten Koalition mit Gewinnern und Verlierern. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 34 (2003), H.1, S. 60-79.

HEINRICH, Gudrun: Die PDS als Regierungspartei in Mecklenburg-Vorpommern. Im Spagat zwischen Oppositionsspielwiese und Regierungsalltag, in: Vorgänge, Jg. 43 (2004), H. 4, S. 92-100.

SCHOON, Steffen; WERZ, Nikolaus: Die Bundestagswahl 2005 in den neuen Ländern. In: Deutschland Archiv, Jg. 38 (2005), H. 6, S. 972-980.

Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“

- Heft 1** Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien
(Jürgen Rüländ 1994)
- Heft 2** Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien
(Christian Wagner 1995)
- Heft 3** Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995. Stellungnahmen argentinischer Wissenschaftler und Politiker aus Anlaß des Symposiums „Argentinien – Politik, Kultur und Außenbeziehungen“ vom 30.6. bis 2.7.1995 in Rostock
(Peter Birle/Nikolaus Werz 1995)
- Heft 4** Wirtschaftspartner Asien: Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der Suche nach neuen Märkten. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung
(Jost Bandelin/Gerald Braun/Jürgen Rüländ 1995)
- Heft 5** The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship?
(Jürgen Rüländ 1996)
- Heft 6** Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern
(Nikolaus Werz/Jochen Schmidt 1996)
- Heft 7** Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien
(Christian Wagner 1997)
- Heft 8** Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Situation von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern
(Conchita Hübner 1997)
- Heft 9** Canada's Asia-Pacific Policy on the Eve of the APEC-Summit
(Martina Zellmer-Bjick 1997)
- Heft 10** Vom Feindbild zur Armee der Einheit. Die Bundeswehr der Einheit aus der persönlichen Sicht von zwei betroffenen Soldaten
(Falko Brinner/Michael Storck 1998)
- Heft 11** Tourismus und Tourismuskonzepte in Mecklenburg-Vorpommern
(Johann-Friedrich Engel 1999)
- Heft 12** Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela
(Friedrich Welsch/Nikolaus Werz 1999)
- Heft 13** Die deutsch-französischen Beziehungen. Rückblick und aktueller Stand
(Yves Bizeul/Matthias Schulz 2000)
- Heft 14** Transformation des Bildungswesens in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990
(Conchita Hübner-Oberndörfer 2001)
- Heft 15** Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern
(Nikolaus Werz u.a. 2001)
- Heft 16** Peripherer ländlicher Raum – zum Beispiel der Landkreis Demmin
(Dieter Schröder u.a. 2002)

- Heft 17** 10 Jahre Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Ehrenpromotion von Prof. Dr. Dieter Schröder
(Yves Bizeul u.a. 2002)
- Heft 18** Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt
(Gudrun Heinrich/Nikolaus Werz 2003)
- Heft 19** Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus
(Gudrun Heinrich 2004)
- Heft 20** Jugend und Politik – Verdrossenheit?
(Gudrun Heinrich 2004)
- Heft 21** Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern. Anregungen, Standpunkte und Perspektiven zur Reformdebatte
(Hans Jörg Hennecke 2004)
- Heft 22** Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern
(Steffen Schoon u.a. 2004)
- Heft 23** Die Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock von 1958 bis 1995
(Dörte Ahrendt-Völschow 2004)
- Heft 24** Kooperation im Ostseeraum. Eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer
(Nikolaus Werz/Jenny Bonin/Jeanette Edler/Ute Fabricius/Christoph Krüger/Heribert Saldik, mit einem Beitrag von Tilo Braune 2005)
- Heft 25** Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus
(Gudrun Heinrich, mit Beiträgen von Lothar Probst, Gudrun Heinrich, Michael Flenker, Dierk Borstel und Mathias Rautenberg 2005)
- Heft 26** Baltic Cities and Migration. Contributions of the UBC Workshop Baltic Cities and Migration. Problems – Potentials – Perspectives, 05-07 Oktober 2006 in Rostock.
(Jenny Bonin/Nikolaus Werz u.a. 2006)
- Heft 27** Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler
(Steffen Schoon/Nikolaus Werz 2006)

Der Großteil der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“ ist auch von den Internetseiten des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften unter <http://www.wiwi.uni-rostock.de> abrufbar.